

# DOKUMENTATION



## „Sicherheit im Quartier – Ansätze sozialräumlicher Kriminalprävention“

Veranstaltungsdokumentation  
und Forschungsergebnisse



# **„Sicherheit im Quartier – Ansätze sozialräumlicher Kriminalprävention“**

**Veranstaltungsdokumentation  
und Forschungsergebnisse**





## Inhalt

### Seite

<b>Vorwort von Staatssekretär Michael von der Mühlen</b> Ministerium für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr NRW	6
<b>Einleitung von Ralf Zimmer-Hegmann</b> ILS – Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung gGmbH	8
<b>(Kriminal-)Prävention im Quartier – Forschungsstand und erweitertes Verständnis</b>	11
<b>Ergebnisse aus Forschungsprojekten</b>	18
DynASS – Dynamische Arrangements städtischer Sicherheitskultur	18
Gewalt- und Kriminalprävention in der Sozialen Stadt	22
SoPräv – Sozialräumliche (Kriminal-)Prävention in Quartieren in NRW	29
Aus der Praxis der SoPräv-Fallstudien	32
Brakel-Bökendorfer Grund	33
Bergheim Süd-West	35
Essen-Altenessen	37
<b>Anhang 1: Zusammenfassung der SoPräv-Ergebnisse</b>	41
<b>Anhang 2: Zusammenfassungen der fünf SoPräv-Fallstudien</b>	51
Fallstudie Brakel-Bökendorfer Grund	51
Fallstudie Bergheim Süd-West	60
Fallstudie Essen-Altenessen	70
Fallstudie Hamm-Norden	79
Fallstudie Dortmund-Clarenberg	87
<b>Anhang 3: Methodisches Vorgehen</b>	95
Impressum	99

## Vorwort von Staatssekretär Michael von der Mühlen

Ministerium für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr NRW



Bereits vor über 20 Jahren durfte ich an einem Kongress teilnehmen, wo es um Frauenpolitik allgemein und insbesondere um die Sicherheit von Frauen im öffentlichen Raum ging. Ich vertrat damals die These, dass es sich bei dem Thema Sicherheit um ein gesamtgesellschaftliches Phänomen handelt und eine Schaffung von sicheren öffentlichen Räumen für Frauen gleichbedeutend mit einer Schaffung von sicheren öffentlichen Räumen im Allgemeinen ist. Die Debatte war zur damaligen Zeit sehr baulich-technisch geprägt und beschäftigte sich hauptsächlich mit der Vermeidung von Angsträumen, beispielsweise durch weithin einsehbare Flächen ohne hohe Hecken, Mauern oder Ähnlichem. Inzwischen hat sich der Fokus dahingehend geändert, dass diese baulich-technischen Maßnahmen besonders in der Konzeption von öffentlichen Räumen immer noch eine große Rolle spielen, aber auch erkannt wurde, dass das Thema Kriminalität ein gesellschaftliches Problem darstellt. Diese Feststellung ist schlussendlich auch Gegenstand der verschiedenen Studien, die im Rahmen der Veranstaltung „Sicherheit im Quartier – Ansätze sozialräumlicher Kriminalprävention“ vorgestellt und diskutiert werden.

Viele Menschen sind sich gar nicht bewusst, welch ein Privileg es ist, sich sicher im öffentlichen Raum bewegen zu können. Wir gehören in

Deutschland und in West- bzw. Mitteleuropa im weltweiten Vergleich zu einem sehr privilegierten Kreis. Wer sich schon einmal längere Zeit in afrikanischen Großstädten oder auch in Südamerika aufgehalten hat, wo man im Grunde ständig Angst haben muss Opfer von Gewaltattacken zu werden, kann dies nachvollziehen. Es lässt sich jedoch feststellen, dass das Gefühl von Sicherheit im öffentlichen Raum auch in Teilen von Westeuropa in den letzten Jahren zurückgegangen ist und dass in einigen französischen und britischen Großstädten Bereiche entstanden sind, die als sog. No-Go-Areas von einem Großteil der Bevölkerung gemieden werden. Dies hat damit zu tun, dass es in den betroffenen Städten zu einer sozialen und ethnischen Homogenisierung bzw. Entmischung gekommen ist. Dieser Segregationsprozess führte dazu, dass in bestimmten städtischen Bereichen nicht nur das staatliche Gewaltenmonopol in Frage gestellt wird, sondern der öffentliche – und zunehmend auch der private – Raum als unsicher wahrgenommen wird. In einer solchen Situation sind wir in Deutschland glücklicherweise noch nicht. Es gab vor einigen Jahren jedoch ansatzweise eine Diskussion zu dieser Fragestellung im Zusammenhang mit Stadtteilen wie beispielsweise Berlin-Neukölln.

Insbesondere im Bund-Länder-Programm Soziale Stadt hat die Einsicht Einzug erhalten, dass Sicherheit ein wichtiges Thema für die Stadt- und Quartiersentwicklung darstellt. Ein wesentlicher Teil der Lebensqualität hängt somit von der Stadtentwicklung ab. Anders als noch vor 20 oder 30 Jahren, als man einen Zusammenhang zwischen baulich-räumlichen Gegebenheiten und sozialen Verhaltensweisen – Stichwort Urbanität durch Dichte im positiven Sinn oder zunehmende Kriminalität bei hoher Dichte im negativen Sinn – vermutete, lässt sich heute festhalten, dass ein solcher Zusammenhang statistisch bisher nicht nachweisbar ist. Es muss folglich andere Gründe geben, warum sich Menschen in einigen städtischen Teilräumen sicherer fühlen als in anderen. Hier spielt der soziale Friede eine wichtige Rolle. Sozialer Friede bedeutet in diesem Fall mehr als die reine Abwesenheit von Unsicherheit, Ge-

walt oder Gefahren, sondern es geht schlussendlich um die Frage von horizontaler und vertikaler Durchlässigkeit in einer Stadt bzw. einer Gesellschaft. Es darf keine destabilisierenden Elemente geben, die dafür verantwortlich sind, dass Segregation, wie sie oben beschrieben wurde, fortschreitet. Das Zusammenleben von verschiedenen sozialen und auch ethnischen Gruppen sollte auf eine friedliche Art und Weise erfolgen. Demzufolge muss das Thema Segregation unter verschiedenen Gesichtspunkten betrachtet werden: Wenn bestimmte Gruppen glauben, sie können sich durch Abgrenzung ein erhöhtes Maß an Sicherheit erkaufen, muss dies immer mit einem erhöhten Aufwand bezahlt werden. Und dies nicht nur von den Reichen selbst, die sich in sog. Gated Communities abschotten, sondern auch von der öffentlichen Hand, die in den Quartieren der ärmeren Bevölkerungsgruppen für die Sicherheit verantwortlich ist. Es handelt sich also bei der Segregation um einen Prozess, der auf beiden Seiten einen Mehraufwand erzeugt.

Tendenziell ist öffentlicher Raum umso sicherer, je belebter er ist. Dies setzt aber voraus, dass jeder Nutzer des öffentlichen Raumes dem Anderen Spielräume lässt und dass keine Nutzergruppe dominiert. Hier spielt das Thema Toleranz eine wichtige Rolle. Es ist wichtig eine gewisse Toleranzbreite für Verhaltensweisen im öffentlichen Raum zu haben, aber auch klar zu definieren, was eine Regelverletzung darstellt und wie damit so umgegangen werden kann, dass der soziale Friede insgesamt nicht beeinträchtigt oder gestört wird.

Für die Quartiersebene bedeutet dies, dass man sich vergewissern muss, was genau in einem Quartier geschieht, welche sozialen und ethnischen Gruppen sich dort aufhalten und wie diese Gruppen den öffentlichen und privaten Raum nutzen. Je nachdem um was für ein Quartier es sich handelt, können auch verschiedene Nutzergruppen im Vordergrund stehen: in Wohngebieten beispielsweise sind es vor allem Frauen und Kinder, die den öffentlichen Raum nutzen, während es sich an zentralen Plätzen deutlich differenzier-

ter darstellt. Insofern ist die Frage nach Sicherheit im öffentlichen Raum sehr komplex und insbesondere in schwierigen Stadtteilen integrativ mit allen anderen Aspekten der Quartiersentwicklung zu betrachten.

Die Studien, die im Rahmen dieser Veranstaltung vorgestellt und diskutiert werden, beschäftigen sich speziell mit dieser Frage nach einer integrativen Einbindung des Themas Sicherheit in die Quartiersentwicklung. Sie befassen sich darüber hinaus mit den Fragestellungen, warum sich die subjektive Wahrnehmung von Bedrohungen von der objektiven Kriminalitätsstatistik unterscheidet und was stabilisierende Faktoren sein können, die dazu führen, dass sich Menschen in einem Stadtteil sicher(er) fühlen. Es ist weniger die objektive Kriminalitätsstatistik, sondern eher die Einbindung in soziale Netzwerke, die einer Person Sicherheit im Quartier und eine Rückbindung an den eigenen Wohnort geben. Es handelt sich also offensichtlich um eine Reihe von Sachverhalten, die nicht mit objektiven Faktoren im gebauten Raum zusammenhängen, sondern mit der Teilhabe an gesellschaftlichen Prozessen am jeweiligen Wohnort.

Aufgrund dieser Tatsache kommen alle Studien zu dem Schluss, dass eine rein technische Betrachtung von Sicherheit ebenso wie eine rein selektive Betrachtung von Übergriffszahlen nicht ausreicht, sondern der Blick in Bezug auf Kriminalprävention auf die Frage nach dem Zusammenleben der Menschen in einem Quartier ausgeweitet werden muss. Ich halte dies für den richtigen Weg und hoffe, dass das Ministerium für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen aus den Ergebnissen der Studien und den heutigen Diskussionen neue Erkenntnisse für seine Quartierspolitik ziehen kann.

## Einleitung von Ralf Zimmer-Hegmann

ILS – Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung



### Die Untersuchung und ihre Ziele

Sicherheit ist eine entscheidende Voraussetzung, um am gesellschaftlichen Leben teilnehmen und den öffentlichen Raum unbegrenzt nutzen zu können. Insbesondere das Quartier, als der unmittelbare Ort des Zusammenlebens, spielt hier eine zentrale Rolle. Neben dieser allgemeinen Feststellung, besteht aber noch lange keine eindeutige Kenntnis darüber, wie genau Sicherheit erreicht werden kann. In wissenschaftlichen Studien wurde bereits gezeigt, dass Sicherheit kein messbares, quantifizierbares Gut ist, sondern im Gegensatz hierzu stark subjektiv beeinflusst wird. Entsprechend ist die Abwesenheit von Kriminalität alleine kein Garant für ein Quartier, in dem die Bewohner/-innen sich sicher fühlen. Im Umkehrschluss sind somit offizielle Kriminalitätsstatistiken alleine kein ausreichendes Messkriterium für das Erfassen von Sicherheit in einem Viertel.

Wir wissen, dass eine Vielzahl unterschiedlicher Faktoren, wie Verwahrlosung, Anonymität und delinquentes Verhalten für das subjektive Sicherheitsgefühl wichtiger sein können als die objektive Kriminalitätsbelastung. Somit fängt Sicherheit weit vor dem Greifen des Strafrechts an, nämlich bereits bei sozialen Belangen wie dem Umgang in der Nachbarschaft oder bei sogenannten Unsicherheitszeichen wie etwa Unordnung. Vor diesem Hintergrund sind benachteiligte Quartiere mit

Problemlagen besonders gefährdet und entsprechend ist hier die Frage nach Sicherheit von Relevanz.

Ein wichtiges Programm zur Stärkung solcher Quartiere ist dabei das 1993 initiierte „Integrierte Handlungsprogramm der Landesregierung Nordrhein-Westfalen für Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf“, welches seit 1999 als „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Die Soziale Stadt“ bundesweit in einer Bundesländer-Finanzierung aufgelegt wird. Das Ziel jenes Programmes ist es, in benachteiligten Programmquartieren vor Ort vorhandene Ressourcen zu mobilisieren und somit eine stabilisierende Entwicklung in Gang zu setzen. Dabei zielt die Förderung auf unterschiedliche Bereiche wie bspw. eine bauliche Aufwertung, aber auch auf soziale Projekte wie im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit ab. Die Förderungen im Rahmen der Sozialen Stadt wurden bis dato nur in einem sehr geringen Maße aus dem Blickwinkel ihrer Relevanz für die Sicherheit im Quartier betrachtet. Obgleich die Maßnahmen im Rahmen der Sozialen Stadt in regelmäßigen Abständen evaluiert werden, bestehen über die Wirksamkeit und Nachhaltigkeit der Maßnahmen aus (kriminal-)präventiver Sicht bislang nur wenige Erkenntnisse.

Die vorliegende Studie, die in den Jahren 2013 bis 2014 – finanziert vom Ministerium für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr des Landes NRW – durch das Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung und die FH Köln durchgeführt wurde, soll einen Beitrag zu genau jenen Kenntnissen in Quartieren Nordrhein-Westfalens leisten. Hierfür wurden zum einen die Evaluationen der nordrhein-westfälischen Programmquartiere untersucht und anschließend eine tiefergehende Betrachtung von fünf Quartieren der Sozialen Stadt durchgeführt. In der Studie standen dabei die Analyse der Maßnahmen zur Prävention von Straftaten und die Erhöhung von Sicherheit in benachteiligten Stadtteilen im Fokus. Hierbei wurden gezielt neben der „objektiven“ Sicherheits- und Kriminalitätslage auch die „subjektiven“ Empfindungen untersucht.



### Die Veranstaltung und Diskussion

Ein wichtiges Ziel der durchgeführten Studie „SoPräv – Sozialräumliche (Kriminal-)Prävention in Quartieren in NRW“ ist neben der Generierung eines wissenschaftlichen Mehrwertes, jene gewonnenen Erkenntnisse auch wieder in die Praxis zurückzutragen und einen Beitrag zur möglichen Verbesserung örtlicher Politiken und Maßnahmen zu leisten. Hierfür ist es wichtig, die Ergebnisse dem Fachpublikum vorzustellen, zu diskutieren und somit wieder zu reflektieren. Es ist dabei zu beachten, dass die erlangten Ergebnisse nicht einfach auf andere Quartiere und Kontexte übertragen werden können. Entsprechend ist eine solche Reflexion, wie sie auf der Veranstaltung durchgeführt wurde, unerlässlich und kann gleichzeitig nur ein erster Anstoß für die Praxis sein, dies auch in der weiteren Arbeit zu beachten.

Im Rahmen der Veranstaltung „Sicherheit im Quartier – Ansätze sozialräumlicher Kriminalprävention“ am 09.10.2014 in Düsseldorf wurden die angesprochene Studie sowie weitere Forschungen in diesem Bereich von den verschiedenen Referenten und dem Plenum intensiv diskutiert.

Ein zentraler Diskussionsstrang war dabei der Versuch, Erklärungen für die in allen vorgestellten Studien nachgewiesene Diskrepanz zwischen der subjektiven Wahrnehmung von Unsicherheiten und den objektiven Kriminalitätsdaten zu finden. Mögliche Begründungen für die genannte Diskrepanz, beinhalten den Rückzug von sowohl staatlichen und kommunalen Akteuren aus dem öffentlichen Raum, den Bildungsstand und den Medienkonsum der Bewohner/-innen. Nicht zuletzt spielen auch die individuellen Persönlichkeitsstrukturen der Quartiersbewohner/-innen, beeinflusst durch eine negative Sozialisation, eine Rolle. Häufig wird auch ein hoher Anteil von Migranten/-innen in einem Quartier als Grund einer erhöhten subjektiven Unsicherheitswahrnehmung angeführt, ein objektiv-statistischer Nachweis dafür existiert jedoch nicht. Ganz im Gegenteil konnte eine Studie in Duisburg zeigen, dass in diesem Fall mit der großen türkischen Gemeinde eine erhöhte soziale Kontrolle im Quartier

einherging, was das Sicherheitsempfinden aller Bewohner/-innen steigerte.

Im Zuge dieser Diskussion kam die Frage auf, inwieweit es unter Berücksichtigung der Tatsache, dass offenkundig nur ein geringer Zusammenhang zwischen Sozialraum und objektiver Kriminalitätsbelastung besteht, es sinnvoll ist, durch Förderprogramme wie die Soziale Stadt, in bauliche Maßnahmen zur Kriminalitätsprävention zu investieren, anstatt Betroffene durch sozial-integrative Maßnahmen direkt zu fördern. Die Runde der Referenten war sich jedoch einig, dass ein gegenseitiges Auspielen von investiven und sozial-integrativen Maßnahmen an dieser Stelle nicht zielführend sein kann.

Vielmehr sollte über das im Rahmen des SoPräv-Projektes entwickelte theoretische Mehrebenen-Modell des Präventionsrasters versucht werden, die Zusammenhänge zwischen sozialen und städtebaulichen Maßnahmen zu verstehen und so eine effektive Kombination aus kriminalpräventiven Maßnahmen zu entwickeln. Dies entspricht eindeutig auch dem integrierten Grundsatz der Sozialen Stadt. Darüber hinaus ist an dieser Stelle auch die Partizipation von Nutzergruppen bei der Planung und Umsetzung von Bauprojekten zu nennen. Auf diese Weise kann eine Identifikation mit neu geschaffenen Strukturen erzeugt werden, die Vandalismus verhindert und somit die sichtbaren Anzeichen für Unordnung im öffentlichen Raum – ein wesentlicher Faktor für die Entstehung einer subjektiven Problemwahrnehmung – reduziert.

Allgemein wurde die Kriminalprävention von allen Diskutanten als eine wichtige (Querschnitts-) Aufgabe zur Förderung sozialer Kohäsion gesehen, die stärker als bisher auch im Programm der Sozialen Stadt verankert werden sollte. Bisher spielt das Thema in den meisten Programmgebieten nur eine untergeordnete Rolle und wird nicht als eigenständiges Handlungsfeld gesehen, sondern in andere Handlungsfelder integriert. Kriminalprävention muss im Sinne der vorgestellten Präventionsstufen jedoch gezielter und

frühzeitig beginnen, nicht erst wenn entsprechende Personen bereits straffällig geworden sind. Kriminelle Karrieren fangen teilweise bereits im Grundschulalter an und werden oft durch falsche Vorbilder gefördert. Hier ist im Rahmen einer vorbeugenden Kriminalprävention zeitig anzusetzen.

In Bezug auf die empirische Analyse von Problemlagen gehen sowohl die Vertreter der Wissenschaft als auch die kommunalen Praktiker/-innen davon aus, dass Daten sinnvoll zusammengeführt werden müssen. Diese Datengrundlage sollte mit Aussagen von Schlüsselpersonen aus den jeweiligen Quartieren abgeglichen werden, um ein umfassendes Bild zu erhalten. Gerade für Kommunen ist eine solide und aktuelle Datengrundlage entscheidend, um gegenüber der Kommunalpolitik argumentieren zu können, wo aktuelle Handlungserfordernisse bestehen und warum manche Stadtteile mehr finanzielle Mittel benötigen als andere.

Wie die vorgestellten Fallstudien bereits zeigten, ist die Liste der Akteure, die bei kriminalpräventiven Maßnahmen beteiligt werden sollten, lang und je nach spezifischer Problemlage vor Ort durchaus unterschiedlich. Neben den klassischen Ordnungsorganen, wie der Polizei und den Ordnungsämtern, können auch Vereine, Religionsgemeinschaften, Beschäftigungsträger, die Wohnungswirtschaft oder Einzelpersonen wichtige strategische Partner im Quartier sein.

In Hinblick auf die Zukunft wird besonders das Thema der Verstetigung übereinstimmend als zentral erachtet und sollte bei allen kriminalpräventiven Maßnahmen im Sinne einer integrierten Gesamtstrategie von Beginn an mit bedacht werden. Von Seiten der Forschung wird empfohlen, Verstetigungskonzepte zu einer Grundvoraussetzung für den Erhalt von Fördergeldern zu machen. Hier bestehen auch von Seiten des Landes NRW bereits entsprechende Überlegungen. Möglichkeiten der Verstetigung sind dabei unter anderem die Gründung eines Bürgervereins bzw. das Fortbestehen des Quartiersmanagements mit Hilfe alternativer Fördermittelquellen oder kom-

munaler Regelmittel. In jedem Fall ist das Vorhandensein von aktiven, engagierten Akteuren vor Ort entscheidend. Speziell von den kommunalen Vertretern/-innen wird das Thema der zukünftigen Finanzierbarkeit unter anderem von kriminalpräventiven Maßnahmen aufgeworfen. Es wird die Forderung gestellt, trotz aller Unterschiede in den Finanzsituationen der Kommunen darauf zu achten, dass alle Kommunen gleichermaßen die Möglichkeit erhalten eine Förderung für benachteiligte Quartiere in Anspruch nehmen zu können.

Für die Zukunft des Themas Kriminalprävention sehen die Referenten unterschiedliche Szenarien: Zum einen geht vor allem die Wissenschaft davon aus, dass die Informationssysteme zukünftig verbessert und wesentlich schärfere Stadtteilprofile sowie Problembeschreibungen vorhanden sein werden. Dadurch könnten bestehende Handlungsbedarfe exakter dargestellt werden. Zum anderen wird für die Zukunft eine Schwerpunktverlagerung der Förderung weg von reagierenden hin zu vorbeugenden Maßnahmen gefordert, was einer Stärkung des Präventionsgedankens gleich käme.

Insgesamt verdeutlichen die vorgestellten Diskussionen, dass es sich lohnt den Bereich der Sicherheit und der (Kriminal-)Prävention im Quartier auch in Zukunft weiter zu verfolgen.

Es ist im Rahmen der Veranstaltung „Sicherheit im Quartier – Ansätze sozialräumlicher Kriminalprävention“ gelungen, schwere und leichte Kost zu verbinden und wissenschaftliche Theorie mit der konkreten Praxis in den Städten und Stadtteilen zu verknüpfen. Es war wichtig, dass die unterschiedlichen Gutachten zum Thema Sicherheit und Kriminalprävention von verschiedenen Auftraggebern in einem Format gemeinsam vorgestellt, zusammengeführt und diskutiert werden konnten. Die Diskussion wurde sehr intensiv und interessant geführt. Hier gilt der Dank auch der Moderatorin Frauke Burgdorff. Gerade die Diskussionen haben einige Erkenntnisse erzeugt, die die tägliche Arbeit in der kommunalen und polizeilichen Praxis weiterbringen werden.

Der Dank gilt darüber hinaus dem Ministerium für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen, das als Auftraggeber der Studie „SoPräv – Sozialräumliche (Kriminal-)Prävention in Quartieren in NRW“ die entsprechenden Forschungen und diese Veranstaltung erst ermöglicht hat. Hier ausdrücklich anzuschließen ist ein Dank an den Landespräventionsrat, der sowohl die Studie als auch diese Veranstaltung mit unterstützt hat, so dass die Veranstaltung dokumentiert und die Ergebnisse in

der vorliegenden Veröffentlichung präsentiert werden können. Nicht vergessen werden dürfen hier schlussendlich die Kommunen und die Beteiligten, die für Fragen zur Verfügung standen und bereit waren, ihre Kenntnisse und Erfahrungen aus der Praxis mit uns zu teilen. Auch dem Landeskriminalamt in Nordrhein-Westfalen gilt ausdrücklich der Dank, genau wie dem Landesamt für Zentrale Polizeiliche Dienste, die es uns ermöglicht haben, die Daten des IGVP zu erhalten und auszuwerten.

## (Kriminal-) Prävention im Quartier – Forschungsstand und erweitertes Verständnis

Im Rahmen des Forschungsprojektes „SoPräv– Sozialräumliche (Kriminal-)Prävention in Quartieren in NRW“, das der Forschungsschwerpunkt Sozial • Raum • Management der FH Köln in Kooperation mit dem ILS – Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung durchgeführt hat, wurde ein „Präventionsraster für die Soziale Stadt“ entwickelt. Es wurde als Grundlage für die Studie verwendet und wird nach diesen Anwendungserfahrungen als Instrument für Analysen und die Strategie- sowie Maßnahmenentwicklung in Stadterneuerungsgebieten empfohlen. Es soll helfen Präventionsperspektiven für benachteiligte Quartiere und einen konstruktiven Umgang mit raumbezogenen Ängsten der Bürger/-innen zu entwickeln.

Die Benachteiligung von Stadtgebieten drückt sich auch in einer erhöhten Unsicherheitswahrnehmung der Bevölkerung und der Passanten/-innen aus. Davon sind vor allem inner- und randstädtische Quartiere mit hohem Altbaubestand betroffen, der einen hohen Sanierungsbedarf aufweist. In diesen Quartieren kommt es zu einer Abwanderung von aufstrebenden Haushalten und einem Zuzug von Armutsmigranten/-innen. Es herrscht insgesamt eine hohe Fluktuation der Bewohnerschaft und eine relativ große Armut.

In einigen Städten ist eine Verschiebung dieser Problemlagen von den innerstädtischen Quar-



Prof. Dr. Herbert Schubert, Fachhochschule Köln – Fakultät für Angewandte Sozialwissenschaften, Institut für Angewandtes Management und Organisation in der Sozialen Arbeit (IMOS) und Forschungsschwerpunkt „Sozial • Raum • Management“ (SRM)

tieren in die randstädtischen Bereiche zu beobachten. Auch Konversionsflächen und vor allem Großwohnsiedlungen der 1960er und 1970er sind – geprägt durch eintönige und wenig individuelle Architektur, einen unattraktiv gestalteten öffentlichen Raum, der meist unbelebt ist und wenig genutzt wird – von dieser Entwicklung betroffen. Die Bevölkerungsstruktur dieser Quartiere ist homogen und durch einen hohen Anteil an Bewohner/-innen von öffentlich geförderten Woh-

nungen geprägt. Auch in diesen Gebieten ziehen aufstrebende Haushalte weg, so dass eine hohe Fluktuation vorherrscht. Angst stellt ein Schlüsselkriterium in der persönlichen Beurteilung der Unsicherheitssituation in diesen Quartieren dar. Die objektive Kriminalitätsstatistik bietet wenig Erklärungspotenzial, weil gerade in diesen Teilen der Stadt ein hohes Dunkelfeld herrscht. Daher ist die subjektive Unsicherheitswahrnehmung, die sich als Angstgefühl äußert, der relevante Faktor, an dem die Maßnahmen der sozialen Stadterneuerung ansetzen können.

Die Metapher des Eisberges verdeutlicht diesen Beurteilungsprozess: Wahrnehmbar ist nur die Spitze oberhalb der Wasseroberfläche – sie symbolisiert die Perspektive aus real nachweisbarer subjektiver Unsicherheit und objektiver Kriminalitätsbelastung. In der Stadtteil- und Sozialraumanalyse wird oft nur dieser kleine sichtbare Teil des gesamten Beurteilungsprozesses in Augenschein genommen.

Es macht Sinn auch unter die Wasseroberfläche zu schauen: Dort verbergen sich weitere Indikatoren wie Zeichen der Unordnung und Verwahrlosung, Verantwortungslosigkeit für den öffentlichen Raum und Ordnungswidrigkeiten, die subjektive Unsicherheiten unter der Wohnbevölkerung und Passanten/-innen auslösen. Diese subjektiven Gefühle variieren nach Geschlecht und Alter der betreffenden Person: Frauen, junge und ältere Menschen reagieren im Allgemeinen sensibler. Auch die Dichte der Quartiere spielt eine wichtige Rolle: in sehr dichten Quartieren treten Angstgefühle häufiger auf.

Vor diesem Hintergrund wird ein erweitertes Begriffsverständnis von Prävention empfohlen. Es darf nicht nur auf Kriminalitätsprävention – also auf objektive kriminelle Ereignisse – fokussiert werden, sondern muss darüber hinaus auch die Auslöser der Unordnung und Ordnungswidrigkeiten einbeziehen. Und es wird empfohlen, die Prävention nach Zeitpunkten des präventiven Handelns zu differenzieren. Im Allgemeinen werden dabei drei zeitliche Stadien unterschieden:

- Der primäre Ansatz fordert eine präventive Strategie zum frühestmöglichen Zeitpunkt. In der Stadtplanung können beispielsweise Kriterien der präventiven Stadtgestaltung bereits in den Stufen der Bauleitplanung und der Architekturwettbewerbe verankert werden. Innerhalb der kommunalen Baubehörde müssen die Fähigkeiten zu einer solchen voraussichtigen Planung geschaffen werden. Aber das Thema geht auch andere Fachbereiche der Kommunalverwaltung an, die unter den Bewohnern/-innen der entwickelten Quartiere Zusammenhalt und Verantwortung für die gebaute Umwelt fördern können.
- Die sekundäre Prävention setzt am Bestand an. In bestehenden Wohnquartieren sollen Risiken rechtzeitig vor Problementwicklungen erkannt werden, um die materiellen Strukturen (Infrastruktur, öffentlicher Raum) baulich oder auch organisatorisch anzupassen sowie Bewohnern/-innen, die von negativen Entwicklungen direkt betroffen sind, die Möglichkeit zu geben zu reagieren. Maßnahmen können hier Einzelfallhilfen sein, um die Gefährdungspotenziale für potenziell Betroffene zu verringern, oder Investitionen in den Wohnungsbestand und in den öffentlichen Raum.
- Bei der tertiären Prävention liegen bereits Schädigungen vor und ein interdisziplinäres Eingreifen ist notwendig, um eine weitere negative Entwicklung zu verhindern. Hierzu kann das klassische Eingreifen in Soziale Stadt-Gebieten gerechnet werden. Das Spektrum der tertiären Präventionsmaßnahmen reicht von Betreuungsangeboten bis zu baulichen Maßnahmen. Eingebunden sind zahlreiche Akteure von Schulen und kommunaler Verwaltung über soziale Organisationen bis hin zur Wohnerschaft. Auf diese Weise können weitere kritische Ereignisse verhindert werden. Es stellt sich jedoch die Frage, wie tertiäre Prävention im Kontext der Sozialen Stadt eingebettet werden kann.



Wenn die Ansatzpunkte für eine (Kriminal-)Prävention im Rahmen der Sozialen Stadt gesucht werden, kann auf einen breiten Wissensfundus Bezug genommen werden. Zusammengefasst lassen sich sechs Säulen identifizieren, die die Strömungen der internationalen Forschung und Präventionsstrategien widerspiegeln: Den Gegenstand der zeitlich ersten Säule repräsentiert die Kohäsion, d.h. der Zusammenhalt im Quartier. Soziale Desorganisation, negative Werte inner-

des sozialen Zusammenhalts und des Vertrauens untereinander als Resilienzfaktoren im Quartier herausgearbeitet. Dieser Aspekt muss bei der präventiven Arbeit in Gebieten der Sozialen Stadt eine Schlüsselrolle spielen; d.h. die Präventionsarbeit muss beim Zusammenhalt in der Nachbarschaft vor Ort ansetzen.

In der zweiten Säule geht es vor allem um einen Mix aus Rational Choice Theory, Routine Activity Theory und Crime Pattern Theory, die zusammen den Situationsansatz bilden. Die „Routine Activity Theory“ von Lawrence Cohen und Marcus Felson forderte schon in den 1970ern auf, sich mit dem Einfluss von Alltagsroutinen der Bewohnerschaft auf die Unsicherheitslage zu beschäftigen. Sie machen transparent, wann und wo kriminelle Ereignisse im Quartier geschehen. Insbesondere Ronald Clarke betonte in den 1980er Jahren die „Situation“, in der ein Täter oder eine Täterin unter Abwägung von Risiken und Nutzen rational entscheidet, ob sich die Tat bei einer gegebenen Gelegenheit lohnt. Im Kriminalitätsdreieck des Situationsansatzes (Abb. 1) wurde dieses Gefüge von Täterentscheidung, geeignetem Opfer und günstiger Gelegenheitsstruktur integriert dargestellt. An diesem Zusammenhang können die Handlungsfelder der Sozialen Stadt ansetzen und versuchen Routinen zu beeinflussen und Gelegenheiten schutzbietend zu gestalten. Es geht beispielsweise darum, Wege anders zu gestalten und Orte anzupassen. Auch Eigentümer/-innen und Bewohner/-innen können sich im Rahmen von Investitionen und Engagement darum kümmern, die Gelegenheiten für Taten zu verringern.

In der dritten Säule wird seit den 1970er Jahren die Gestaltung der Umwelt nach dem Ansatz der „Crime Prevention Through Environmental Design“ (CPTED) thematisiert. Die Diskussionen und Entwicklungen von Planungshilfen lassen sich in diesem Feld nach zwei Generationen unterscheiden. Die erste Generation (1970 – ca. 2000) betont präventive Gestaltungsmittel wie Zugangskontrollen an den Hauseingängen und das Abschließen von Flächen mit Zäunen oder Grünflächendesign. Die Raumgestaltung soll widerstandsfähig und



Abb. 1: Kriminalitätsdreieck, Quelle: verändert nach Präsentation Schubert 09.10.2014

halb der Bewohnerschaft, abweichende Subkulturen und Street Corner Societies sind Schlagworte dieses in den 1920er Jahren beginnenden Ansatzes. Kennzeichnend ist der negative Blick auf Gruppen in den Quartieren, die allein als negative Faktoren der Quartiersentwicklung identifiziert werden, ohne auch deren Potenziale anzuerkennen. Die Wende kommt erst mit der Forschergruppe von Robert J. Sampson in den 1990er Jahren. In der Gegenperspektive erkannte Sampson, welche Chancen und Resilienzkräfte sich in der Bewohnerschaft für die Quartiersentwicklung verbergen. Unter dem Begriff „Collective Efficiency“ (kollektive Wirksamkeit) werden die Bedeutung

robust ausgearbeitet werden. Darüber hinaus ist der „Defensible Space“-Ansatz von Oskar Newman (1972) zu nennen, der die abgestufte Strukturierung von Zonen im Übergang aus dem Privatbereich der Wohnung in den öffentlichen Raum thematisierte. Als beachtenswert wurden auch Fragen nach Sichtachsen und Sichtbarkeit durch die Ausrichtung der Fenster, nach der Beleuchtung und nach der Beseitigung von Versteckmöglichkeiten aufgeworfen. Dieser Ansatz zielt auf die Stadtplanung, ein Raumdesign zu entwickeln, das auf der Grundlage dieser Kriterien die natürliche soziale Kontrolle in der Nachbarschaft und auf der Straße fördert.

Als weiteren wichtigen Aspekt betonte der CPTED-Ansatz das Raummanagement, d. h. die definierte Verantwortung von Akteuren für den öffentlichen Raum, für die die Koordinierung von Aktivitäten und für die Organisation von Sauberkeit und Pflege sowie störungsfreier Nutzungsabläufe. So betrachtet tragen Stadtplanung und Architektur entscheidend zu der Prävention im Quartier bei. Im Rahmen der ersten Generation des CPTED-Ansatzes liegt das Augenmerk auf der Raumgestaltung; es handelt sich somit um einen schwerpunktmäßig baulich-technischen Ansatz. In der zweiten Generation des CPTED-Ansatzes wird ab etwa 2000 auch der Zusammenhalt im Quartier mit einbezogen. Hier wird die Nachbarschaftsförderung, insbesondere durch die Wohnungswirtschaft, genau wie die Abgabe von Verantwortung an die Bewohnerschaft eines Quartiers als Schlüsselkriterium gesehen. Kontakte zu Institutionen und Organisationen außerhalb des Quartiers müssen gefördert werden und die Verknüpfung zur übrigen Stadt, z. B. durch den ÖPNV, gilt als wichtig. Dazu wird an der Soziokultur innerhalb des Quartiers angesetzt, und es werden die sozialen Kulturen gestärkt und die Subkulturen angesprochen. Für eine nachhaltige Entwicklung des Quartiers ist eine Nutzungsvielfalt durch verschiedene (Sub-)Kulturen und eine Mischung der gruppenspezifischen Raumansprüche wichtig. Neben der Gestaltung der „harten“ Faktoren der materiellen Umweltgestaltung bedürfen also auch die „weichen“ Faktoren der so-

zialen Kohäsion und kulturellen Wertevermittlung besonderer Beachtung.

Die vierte Säule befasst sich mit der Wahrnehmung von Signalen. Dieses Forschungsfeld ist ein relativ neuer Ansatz, welcher erst in den 1990er Jahren von Martin Innes und Vanessa Jones im Rahmen der Signal Crime Perspective geprägt wurde. Grundlage dieser Perspektive ist die Annahme, dass Signale von Unordnung und Kriminalität Unsicherheiten gegenüber Personen, Orten und Ereignissen verursachen. Wenn beispielsweise bei Bewohnern/-innen der Eindruck entsteht, dass niemand Verantwortung für private und öffentliche Flächen übernimmt und diese nicht gepflegt werden, sind dies Risikosignale.

Dieser Eindruck des Nicht-Kümmerns hat gleichermaßen eine negative Wirkung auf Bewohner/-innen und Besucher/-innen der betroffenen Quartiere. Kontrollsignale können dagegen positiv für ein Quartier sein. Es wird deutlich, dass Verantwortung übernommen wird, was sich gleichermaßen positiv auf Bewohner/-innen und Besucher/-innen auswirkt. Diese Kontrollsignale stärken die Resilienz eines Quartiers und verbessern die Fähigkeit Risikofaktoren frühzeitig zu erkennen und zu reduzieren. Die Bewertung des Zustandes eines Raums über die Wahrnehmung von Risiko- und Kontrollsignalen spielt insbesondere in Quartieren der Sozialen Stadt eine zentrale Rolle. Ziel muss es hier sein, die Resilienz des Quartiers wiederherzustellen. Im Rahmen der Stärkung der Kontrollsignale kommt der Polizei eine große Bedeutung zu. Durch strategische und operative Partnerschaften zwischen Polizei, lokalen Akteuren und Institutionen kann ein deutliches Signal gesetzt werden. Neuere Forschungen unterstreichen, dass die Polizei durch das Community Policing, d. h. in der Zusammenarbeit mit Akteuren im Quartier, zu Zufriedenheit und Vertrauen der Bewohner/-innen beitragen kann. Diese Form der polizeilichen Aktivität verringert die subjektive Wahrnehmung von Unordnung und Ordnungswidrigkeiten. Somit kann das präventive Engagement der Polizei (nicht Intervention!) erheblich zu einer Verbesserung der Situation im Quartier beitragen.

In einer weiteren Säule findet seit den 1990er Jahren eine intensive Beschäftigung mit individuellen Schutzfaktoren statt. Das Social Development Model von David Hawkins und Richard Catalano fokussiert auf das Profil der Risiko- und Schutzfaktoren von Kindern und Jugendlichen im Quartier bzw. im Sozialraum.

kritischer Ereignisse abhängig von den betroffenen Personen und ihren Neigungen bzw. ihrer Moral sowie ihrem Aufenthaltsort, d.h. welchem Gefahrenpotenzial sie dort ausgesetzt sind. Für die Soziale Stadt lässt sich aus diesem Diskurs ableiten, für präventive Maßnahmen in Bezug auf Risikofaktoren den Nachweis von Effektivität

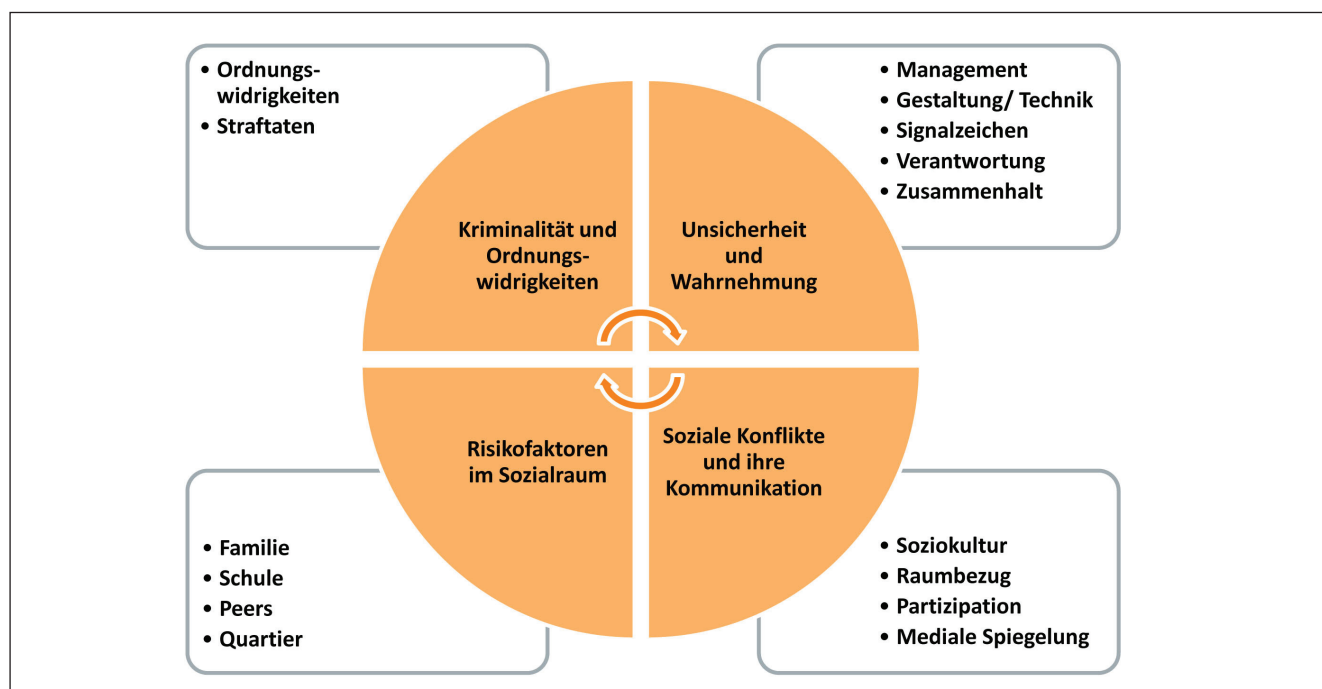


Abb. 2: Analysekatoren des Präventionsrasters der SoPräv-Studie, Quelle: verändert nach Präsentation Schubert 9.10.2014

Der Ansatz wurde zum Handlungsmodell „Communities That Care“ (Kommunen, die sich kümmern) weiterentwickelt: Im Rahmen von Schülerbefragungen wird das lokale Faktorenprofil ermittelt und anschließend werden vor Ort Fördermaßnahmen durchgeführt, die auf das Profil zugeschnitten sind. Dadurch, dass nur evaluierte Maßnahmen zur Anwendung kommen, für die profilbezogene Wirkungen nachgewiesen wurden, lässt sich die Effektivität von Prävention im Sozialraum steigern.

In eine ähnliche Richtung zielt die Situational Action Theory, die Per-Olof H. Wikström im Jahr 2004 skizziert hat – auch hier werden die Sozialraumebene und die Ebene der Individuen in Beziehung gesetzt. Danach ist das Auftreten

vorauszusetzen, damit die Wirksamkeit der integrierten Handlungskonzepte unter Aspekten der sozialen Prävention erhöht werden kann.

Abschließend kann eine sechste Säule genannt werden, die sich mit der medialen Konstruktion von Sicherheit und Unsicherheit befasst. Das Konzept der Securitization – zu Deutsch etwa Versicherheitlichung – haben Barry Buzan und Ole Waever von der Kopenhagener Schule am Ende der 1990er Jahre geprägt. Zugrunde liegt ein konstruktivistischer Sicherheitsbegriff: Danach wird die soziale Wirklichkeit im Stadtgebiet durch das Sprechen über Sicherheit oder Unsicherheit im öffentlichen Raum konstruiert. In diesem Deutungsprozess der Wirklichkeit werden Ereignisse im öffentlichen Raum als sicherheitsrelevant

konstruiert und auf den benachteiligten Stadtteil übertragen. Meinungsführer/-innen und diskursmächtige Akteure, wie z. B. lokale Schlüsselpersonen und die Medien, „versicherheitlichen“ die Deutungsprozesse gegenüber einem Publikum und identifizieren Bedrohungen. Die Medien haben demnach einen hohen Einfluss auf das Image eines Quartiers. Eine differenzierte Berichterstattung über kriminelle Ereignisse und das Entstehen von Kriminalitätsfurcht stehen in einem engen Zusammenhang. Daraus folgt, dass der Meinungsdruck der lokalen Presse und des Story Tellings von Bewohnern/-innen im Alltag in die Strategien der Sozialen Stadt aufgenommen und die Presse als Partner gesehen und gewonnen werden sollte.

Basierend auf diesen sechs Diskursen wurde für die Studie „SoPräv – Sozialräumliche (Kriminal-)Prävention in Quartieren in NRW“ (s. auch Beitrag Zimmer-Hegmann) ein Präventionsraster für die Analysen von Fallstudien abgeleitet. Hinzugezogen wurden auch Arbeitshilfen der Sicherheitspartnerschaft im Städtebau in Niedersachsen (<http://www.sicherheit-staedtebau.de/>). Das Präventionsraster beinhaltet vier Analysekatégorien (Abb. 2):

- Kriminalität und Ordnungswidrigkeiten,
- Unsicherheit und Wahrnehmung,
- Soziale Konflikte und Kommunikation und
- Risikofaktoren im Sozialraum.

Im Präventionsbereich Kriminalität und Ordnungswidrigkeiten werden das Vorkommen von Ordnungswidrigkeiten und Straftaten im Zusammenhang betrachtet.

Eine präventive Betrachtung für das Feld Unsicherheit und Wahrnehmung beschäftigt sich mit Fragen des (Raum-)Managements mit dem Maßnahmenbedarf zur veränderten Gestaltung bzw. Technikausstattung im öffentlichen und privaten Raum. Auch die Proportion von Risiko- und Kontrollsignalen sowie der Stellenwert von Verantwortung und Zusammenhalt im Quartier sind zu analysieren.

Der Umgang mit sozialen Konflikten und ihrer lokalen Kommunikation gehört ebenfalls zu einer erfolgreichen Prävention. Dabei sind die soziokulturellen Zusammenhänge zu beachten und in Bezug zum jeweiligen Quartier zu stellen. Eine Beteiligung der Akteure im Quartier ist hier entscheidend, um Konflikten zwischen jüngeren und älteren Menschen oder zwischen Alteingesessenen und Zuwanderern/-innen entgegenzuwirken. Auch müssen Aneignungsprozesse betrachtet werden, wenn beispielsweise Bushaltestellen oder Spielplätze zu Treffpunkten von bestimmten Gruppen werden. Ebenfalls wichtig ist ein genau abgestimmter Umgang mit den Medien.

Wie sich Risikofaktoren im Sozialraum verteilen, ist eine Voraussetzung, um wirkungsvolle Maßnahmen in Schulen und zur Unterstützung der Familien und Schulen zu implementieren. In der Analysephase sind die Geschichte des Problemverhaltens in den Familien und die Probleme im Familienmanagement zu betrachten. Erst wenn bekannt ist, welche Konflikte es in den Familien gibt oder wie Eltern auf Problemverhalten ihrer Kinder reagieren (z. B. zustimmend oder ablehnend), können zugespitzte Präventionsstrategien entwickelt werden. Auch in den Schulen muss bei einem anhaltend unsozialem Verhalten frühzeitig reagiert werden. Lernrückstände, die schon in der Grundschule auftreten können, und eine fehlende Bindung zur Schule sind Indikatoren für ein erhöhtes Risiko.

Darüber hinaus müssen auch Peer Groups der Kinder und Jugendlichen betrachtet werden: Kommt es bei Kindern und Jugendlichen zu Entfremdungs- und Auflehnungszeichen? Wie gehen die Gruppen der Kinder und Jugendlichen mit Freunden/-innen um, die ein Problemverhalten zeigen? Wird dieses Problemverhalten gefördert? Besonders bei einem bereits in einem jungen Alter beginnenden Problemverhalten ist es notwendig, frühzeitig mit Fördermaßnahmen anzusetzen. Dazu gehört auch zu berücksichtigen, inwieweit Drogen und Waffen verfügbar sind oder Normen vorherrschen, die Problemverhalten fördern, und ob es zu sozialer und räumlicher Ausgrenzung kommt.



		<b>2</b>	<b>Dimensionen zur Abbildung des Präventionsbedarfs/-konzepts</b>
		<b>2.1</b>	Ordnungsrechtliche und kontrollierende Maßnahmen (a) Präsenz vor Ort (Polizei/ Ordnungsamt) (b) Einsatz Sicherheitsdienste (c) besondere rechtliche Vorschriften
		<b>2.2</b>	Gestaltung und Technik (a) (städte-)baulich-materiell (b) symbolische Zeichen (c) technische Ausstattung
		<b>2.3</b>	Nutzungsverantwortung und Zusammenleben der Bewohnerschaft (a) Übernahme Verantwortung (b) Partizipation und Zusammenhalt (c) Mediation sozialer Konflikte
<b>1</b>	<b>Dimensionen zur Erfassung der Problem-/Ausgangssituation</b>	<b>2.4</b>	Förderung der individuellen/ sozialen Entwicklung (a) Maßnahmen mit Bezug auf lokales Profil der Risikofaktoren (b) Anwendung evaluierter Präventionsprogramme
<b>1.1</b>	Objektive Kriminalität	<b>2.5</b>	Management (a) des öffentlichen Raumes (b) des Wohnungsbestandes, der Einrichtungen/ Geschäfte (c) Kooperation unter Akteuren
<b>1.2</b>	Ordnungswidrigkeiten		
<b>1.3</b>	Visuelle Unsicherheitszeichen		
<b>1.4</b>	Risikofaktoren unter der Bevölkerung		
<b>1.5</b>	Soziale Konflikte		
<b>1.6</b>	Mediale Konstruktionen		

Tab. 1: Dimensionen des Präventionsrasters der SoPräv-Studie, Quelle: verändert nach Präsentation Schubert 09.10.2014

Aus diesen vier Kategorien wurde der Kern des Präventionsrasters entwickelt, das in der empirischen Untersuchung zur Anwendung kam und das als Analyse- und Orientierungsrahmen für die Präventionsarbeit in Gebieten der Sozialen Stadt genutzt werden kann. Wie bereits beschrieben, werden in der Analyseperspektive die Dimensionen zur Darstellung der Problem- und Ausgangssituation in den Quartieren erfasst. Hier werden Dimensionen, wie objektive Kriminalität, Ordnungswidrigkeiten, visuelle Unsicherheiten, Risikofaktoren unter der Bevölkerung, soziale Konflikte und mediale Konstruktionen erfasst. In der zweiten Perspektive wird der Präventionsbedarf bzw. das Präventionskonzept anhand folgender Dimensionen abgebildet (Tab. 1):

- Entwicklung ordnungsrechtlicher und kontrollierender Maßnahmen;
- Pläne für die (städte-)baulich-materielle Raumbau- und notwendige (technische) Ausstattung;
- Konzipierung von Maßnahmen zur Förderung der Nutzungsverantwortung und des Zusammenlebens unter der Bewohnerschaft;

- gezielte Durchführung einer Förderung der individuellen und sozialen Entwicklung im Quartier;
- Sicherstellung von Managementstrukturen für den öffentlichen Raum, den Wohnungsbestand, die Geschäfte und Infrastruktureinrichtungen.

Zusammenfassend ist zu betonen, dass die Prävention von Straftaten und Ordnungswidrigkeiten in den integrierten Handlungskonzepten der Sozialen Stadt zu einem festen Bestandteil werden sollte. Dazu ist ein erweitertes Verständnis der (Kriminal-)Prävention notwendig, das eine systematische Reaktion sowohl auf die objektive Sicherheitslage als auch auf die subjektive Sicherheitswahrnehmung mit primär-, sekundär- und tertiärpräventiven Maßnahmen beinhaltet. Sechs Präventionsdiskurse sind dabei zu berücksichtigen: (1) die Stärkung des sozialen Zusammenhalts, (2) die Beeinflussung von Routineaktivitäten und die Beseitigung von Gelegenheiten im Quartier, (3) die präventive Gestaltung der städtischen Umwelt, (4) die Förderung von Kontrollsignalen, (5) die Stärkung der individuellen Schutzfaktoren

und (6) das Vorbeugen einer Konstruktion eines „unsicheren Ortes“ durch die Medien.

Im Sinne eines Präventionsrasters sollten straf- und ordnungsrechtliche Verstöße zusammen betrachtet, die Prävalenz von Risikofaktoren auf der individuellen Bewohnerebene berücksichtigt, soziale Konflikte im Kontext der Gelegenheiten, Routinen und medialen Konstruktion bearbeitet und Unsicherheitswahrnehmungen in der Bewohnerschaft über geeignete Maßnahmen vorgebeugt werden. Die organisatorischen Voraussetzungen in Ge-

bieten der Sozialen Stadt sind eine interdisziplinäre Kooperation und ein Informationsaustausch zwischen Stadt- und Grünflächenplanung, Jugend-, Gesundheits- und Sozialbehörden, Schulen, Wohnungswirtschaft (Eigentümer/-innen), Partizipationsgremien der Bewohnerschaft und der Polizei. Dabei sollten lokale Erkenntnisse und Erfahrungen genutzt werden sowie Erfahrungswissen und datengestütztes Ereigniswissen der unterschiedlichen Disziplinen zur Analyse von Status Quo, Prozessverlauf und Wirkungshorizont hinzugezogen und zusammengeführt werden.

## Ergebnisse aus Forschungsprojekten

### DynASS – Dynamische Arrangements städtischer Sicherheitskultur



Dr. Helmut Tausendteufel,  
Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin

In diesem Beitrag möchte ich Ihnen einige Ergebnisse des Forschungsprojekts „DynASS – Dynamische Arrangements städtischer Sicherheitskultur“<sup>1</sup> vorstellen. Es soll insbesondere um das Konzept des dynamischen Sicherheitsarrangements gehen, das an einem Fallbeispiel vorgestellt wird. Anschließend möchte ich die sich daraus ergebenden kriminalpolitischen Konsequenzen mit Ihnen diskutieren.

Das Forschungsprojekt wurde vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) im Rahmen des Programms „Forschung für die zivile Sicherheit/ Gesellschaftliche Dimensionen der Sicherheitsforschung“ gefördert. Die Laufzeit des Projektes war von August 2010 bis April 2013. Es waren mehrere Institute und Hochschulen beteiligt.<sup>2</sup> Die Forschungsgruppe war interdisziplinär aus Sozialwissenschaftlern/-innen mit unterschiedlichen Schwerpunkten und teilweise auch Technikern/-innen zusammengesetzt.

Was sind nun dynamische Sicherheitsarrangements? Im Rahmen des Forschungsprojektes wurde das Konzept nicht abschließend definiert. Seine Funktion war eher heuristischer Natur, es sollte den Horizont der Forschung erweitern und kurz gesagt, das Große und Ganze der Sicherheitsproduktion in den Blick nehmen. Dynamische Sicherheitsarrangements umfassen mehrere Ebenen:

- die *Wahrnehmung* von Unsicherheit: Hier geht es vor allem um die schwierige Frage, wovon die Wahrnehmung von Unsicherheit abhängt.

<sup>1</sup> <http://www.dynass-projekt.de>

<sup>2</sup> Projektbeteiligte sind das Institut für Stadt- und Regionalplanung der TU Berlin, das Institut für Strömungsmechanik und Technische Akustik der TU Berlin, das Zentrum Technik und Gesellschaft der TU Berlin, der Fachbereich Polizei und Sicherheitsmanagement der Hochschule für Wirtschaft und Technik Berlin, das Deutsche Institut für Urbanistik und Inter 3 – Institut für Ressourcenmanagement.

- Das können materielle Aspekte sein, aber auch Sicherheitsbilder oder Sicherheitsdiskurse.
- die *Akteure*: Hierzu zählen alle relevanten Akteure städtischer Sicherheit in einem definierten Raum (Quartier, Stadtteil usw.) und deren Zusammenarbeit untereinander.
- die *Sicherheitsproduktion*: Dies beinhaltet die konkreten Maßnahmen, um Sicherheit in einem bestimmten Quartier/ Stadtteil (wieder-) herzustellen bzw. zu verbessern.

Insgesamt wurden Fallstudien in sechs Quartieren der drei Städte Hamm, Nürnberg und Leipzig durchgeführt. Die Auswahl der Fallstudien basierte auf einer Befragung von Ordnungsämtern, die im Vorfeld durchgeführt wurde. Es wurde erfragt, ob Quartiere genannt werden können, die in puncto Sicherheit in den letzten Jahren eine Auf- oder Abwärtsentwicklung gezeigt haben. Die drei Städte wurden dann anhand eines theoriegeleiteten Verfahrens ausgewählt. Für die Fallstudien wurde ein Methodenmix genutzt, der insbesondere qualitativ ausgerichtet war. Es wurden Experteninterviews geführt, aber auch mit Bewohnern/-innen auf der Straße gesprochen. Darüber hinaus fanden standardisierte Befragungen, Begehungen und sogenannte Soundwalks, mit denen die akustischen Aspekte von urbanen Unsicherheitsgefühlen bestimmt wurden, statt. Sekundärauswertungen wissenschaftlicher Studien und der amtlichen Statistik begleiteten das Forschungsprojekt.

Den hier vorgestellten Ergebnissen liegt folgende These zu Grunde: Dynamische Sicherheitsarrangements erreichen mit der Ausweitung des Sicherheitsbegriffs, d.h. mit dem Einbezug des Sicherheitsgefühls als kriminalpolitische Zielgröße, und der Entstehung großer Präventionsnetzwerke eine Komplexität, die sich der Plan- und Steuerbarkeit durch Kriminalpolitik weitgehend entzieht. Dies führt zum einen dazu, dass sich auf der diskursiven Ebene Kriminalitäts- und Ordnungsprobleme mit anderen sozialräumlichen Problemfeldern verbinden und dadurch erheblich an Komplexität gewinnen. Zum anderen entwickeln sich auf der Akteursebene teilweise weit ausgreifende, eigendynamische Netzwerke, die – je

nachdem wie sie ausgerichtet und strukturiert sind – nicht oder nur schwer steuerbar sind.

Ein Fallbeispiel aus dem Projekt, das im Rahmen dieses Beitrages näher erläutert werden soll, ist das Gewerbegebiet Fuggerstraße in Nürnberg. Hier gab es in einem Teilbereich einen „wuchernenden“ Gebrauchtwagenhandel, in Folge dessen es zu Ordnungsproblemen kam. Hierzu zählten u.a. wildes Urinieren, Campen auf öffentlichen Straßen mit Lagerfeuern und Prostitution in sogenannten „Billigpensionen“. Das Gebiet gehört zum Nürnberger Stadtteil St. Leonhard/ Schweinau und ist wie dieser durch den Frankenschnellweg von der Innenstadt abgetrennt. Der gesamte Bereich ist planungsrechtlich als Mischgebiet ausgewiesen, überwiegend dominiert von Gewerbehallen mit einigen Einfamilienhäusern, die teilweise von den Besitzern/-innen der Gewerbehallen bewohnt werden. Dazwischen gibt es wenige Mehrfamilienhäuser. Im Gebiet gab es, als die Probleme im Umfeld des Gebrauchtwagenhandels begannen, drei Bordelle, die relativ zurückhaltend ihrem Gewerbe nachgingen. In der Fuggerstraße gibt es kaum Durchgangsverkehr und nur sehr wenige Leute bewegen sich im öffentlichen Raum. Insofern waren die Verhältnisse dort nur wenigen Bewohnern/-innen von St. Leonhard/ Schweinau bekannt.

Der Stadtteil St. Leonhard/ Schweinau ist städtebaulich nicht besonders ansprechend (verfallene Gebäudefassaden, Baulücken usw.); es handelt sich zudem um ein eher armes Viertel. Es ist, wie der Nürnberger Südwesten insgesamt, seit dem 19. Jahrhundert von der Industrialisierung geprägt, so dass sich dort vor allem Arbeiterquartiere befinden. In den 1990er Jahren gaben mit dem Gaswerk, dem Schlachthof und der Müllverbrennungsanlage wichtige Infrastrukturwerke ihren Standort dort auf. Der Abzug der Infrastruktur war Teil einer sozialen und baulichen Abwärtsentwicklung des Stadtteils in dieser Zeit. Das schlechte Image, das mit diesen Einrichtungen verbunden wurde, blieb dem Stadtteil aber erhalten.

Im Jahr 1999 wurde eine Bürgerbefragung durchgeführt, die zeigte, dass das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung im Stadtteil deutlich beeinträchtigt war, die Menschen aber vor allen Dingen mit der niedrigen Aufenthaltsqualität unzufrieden waren. In einer weiteren Bürgerbefragung 2005 waren die Ergebnisse dramatisch: Zwei Drittel der Bewohner/-innen – 23% mehr als 1999 – schätzten ihr Wohnviertel nachts als unsicher ein. Das zog ein erhebliches mediales Echo nach sich und wurde daraufhin in der Öffentlichkeit breit diskutiert. Als Reaktion gab die Stadt eine Studie in Auftrag, die zu dem Ergebnis kam, dass zwar besonderer und umfassender städtebaulicher Entwicklungsbedarf besteht, es aber kein erkennbares Kriminalitätsproblem gibt. Es gab leicht erhöhte Kriminalitätswerte, aber für einen eher armen Stadtteil war dies nicht besonders überraschend.

Parallel dazu entwickelte sich die Fuggerstraße wie folgt: Im Jahr 1997 wurde eine große Gewerbehalle von einer Spedition als Standort aufgegeben. Der Eigentümer des ehemaligen Speditionsgeländes verpachtete es dann an einen Araber, der es parzellerte und wiederum an türkisch- und arabischstämmige Gebrauchtwagenhändler weiter verpachtete. Der entstehende Gebrauchtwagenmarkt war schnell stark frequentiert, weil die Nachfrage nach Gebrauchtwagen zum damaligen Zeitpunkt – vor allem bei osteuropäischen Kundinnen und Kunden – hoch war. Es kamen teilweise Menschen mit Kleinbussen und LKW, die auf der Straße übernachteten. Auch Reparaturen, Ölwechsel und ähnliches wurden auf der Straße durchgeführt. In manchen Interviews wurde die Szenerie mit einem „türkischen Basar“ verglichen. In der Zeit um 2005, als die Ergebnisse aus der Bürgerbefragung zu ganz St. Leonhard und Schweinau öffentlich wurden, wurde auch die Fuggerstraße zunehmend als Problem wahrgenommen. Weitere Probleme im Stadtteil St. Leonhard/ Schweinau, wie sie noch in der von der Stadt in Auftrag gegebenen Studie genannt wurden, traten im Vergleich dazu in den Hintergrund. Auf den regelmäßig in den Stadtteilen stattfindenden Bürgerversammlungen wurde fast ausschließlich die Fuggerstraße als Problem diskutiert. Die Men-

schen im Stadtteil fühlten sich verunsichert und bedroht. Das nur von wenigen Nürnbergern besuchte Gebiet wurde zum Aufregertema, auf das sich dann auch die lokalen Medien stürzten.

Als Reaktion auf die Ergebnisse der Bürgerbefragung und die von der Stadt beauftragten Studie gaben der Polizeipräsident und der Bürgermeister auf einer Bürgerversammlung bekannt, es gäbe kein Kriminalitätsproblem – weder in St. Leonhard/ Schweinau noch in der Fuggerstraße. Die Bürger/-innen reagierten empört, da die Probleme – insbesondere in der Fuggerstraße – offensichtlich und deutlich wahrnehmbar seien.

Es folgten einige eher symbolische Aktionen, wie das Abschleppen von widerrechtlich geparkten Fahrzeugen und die Schließung der Bordelle. Die Stimmung im Stadtteil konnten diese Maßnahmen nicht verändern. Entscheidend für die weitere Entwicklung wurde vielmehr der stadtplanerische Ansatz. Ein neuer Bebauungsplan sollte das Gebiet neu ordnen und den öffentlichen Raum im gesamten Stadtteil aufwerten. Dabei handelt es sich jedoch um einen langwierigen Prozess mit einem hohen Aufwand auf Seiten der Kommune, der nur langsam sichtbar wurde. 2008 wurde St. Leonhard/ Schweinau zudem in das Programm Soziale Stadt aufgenommen. Die Fuggerstraße selbst war nicht Teil des Programmgebietes.

In der weiteren Entwicklung sank 2007/2008 die Nachfrage nach gebrauchten Autos, was die Situation im Gebiet weitgehend entschärfte. Dennoch kam die Fuggerstraße nicht zur Ruhe. 2009 gab es eine vom Quartiersmanagement initiierte Postkartenaktion von Künstlern/-innen unter dem Titel „St. Leonhard hat die schönsten Bordelle.“ Auch hier rückte die Fuggerstraße wieder in den Vordergrund, obwohl die Bordelle dort bereits geschlossen waren. Parallel dazu gab es im gesamten Stadtteil aber bereits erste sichtbare Aufwertungen: So wurde beispielsweise auf dem Gelände des ehemaligen Schlachthofs ein neues Wohnviertel (sozialer Wohnungsbau) errichtet. Auf das negative Image der Fuggerstraße hatte dies aber keinen Einfluss.



Auf einer Bürgerversammlung 2011 wurde das Thema Prostitution zum Skandal, als eine türkische Familie von ihrem Kind erzählt, das auf dem Weg zur Schule einer leicht bekleideten Prostituierten begegnet sein soll. Das war in der Fuggerstraße zum damaligen Zeitpunkt beinahe unmöglich. Es gab lediglich in bestimmten umliegenden Bereichen Wohnungsprostitution, was dann aber offenbar auf die Fuggerstraße übertragen wurde. Auf einer der analog zu den Bürgerversammlungen durchgeführten Kinderversammlungen wurde der Bürgermeister von den Kindern gebeten, diese bedrohlichen Autohändler „wegzumachen“.

Zu den Sicherheitsbildern, die die Wahrnehmung von Unsicherheit wesentlich bestimmen, gehören Schmutz und Unordnung – und das nicht nur in der Fuggerstraße, sondern in allen sechs Untersuchungsgebieten. Zudem wurde die sichtbare Präsenz ausländischer Personen, vor allem junger Männer, als wichtiger, Unsicherheit auslösender Faktor regelmäßig in den Interviews genannt. Im Fall der Fuggerstraße waren die ausländischen Autohändler und ihre Kunden/-innen allerdings eher diejenigen, die Opfer von Kriminalität (v.a. Diebstahl und Raub) wurden. Darüber hinaus fühlten sich die Bewohnerinnen und Bewohner des Stadtteils St. Leonhard/ Schweinau durch die an einigen Stellen sichtbare Prostitution verunsichert. Das Ausmaß der Empörung über das Phänomen überstieg aber seine sichtbare Präsenz im Stadtteil bei weitem. Letztlich schien ein großer Teil der Verunsicherung auf das Gefühl zurückzuführen zu sein, dass der Stadtteil in den 1990er Jahren von der gesamtstädtischen Entwicklung abgehängt wurde.

Man kann sagen, dass die Fuggerstraße über weite Teile eine Projektionsfläche für die Bevölkerung des Stadtteils St. Leonhard/ Schweinau darstellte. Nur wenige hatten dort Zugang bzw. hielten sich dort regelmäßig auf, dennoch wurde sie zum Stadtgespräch. Die oben bereits beschriebene Abwärtsentwicklung, hauptsächlich bestehend aus einer schlechter werdenden Aufenthaltsqualität und einem Wegzug von Besserverdienern, war im Unterschied zum boomenden Autohandel

mit all seinen negativen Auswirkungen nur schwer fassbar. Am Autohandel in der Fuggerstraße konnte sich der öffentliche Diskurs jedoch entzünden. Er wurde zu einer Art Vehikel über das weitere, eher unterschwellige Probleme in St. Leonhard/ Schweinau auf die Fuggerstraße projiziert werden konnten. Das Phänomen Fuggerstraße verdichtete sich dabei zu einem Konglomerat aus verschiedenen Problemfeldern, von denen sich einige dort gar nicht finden ließen.

Aufgrund der zentralen Organisation der Stadt Nürnberg im Sicherheitsbereich sind die Akteursstrukturen im Fall der Fuggerstraße nicht so weit ausgreifend, wie teilweise in anderen Städten. Von kommunaler Seite sind lediglich wenige Akteure im sog. Sicherheitsrat bzw. am Sicherheitspakt unmittelbar beteiligt (Bürgermeister, Ordnungsamt und Polizei). Dennoch sollte am Beispiel deutlich geworden sein, dass das aufeinander bezogene Handeln der unterschiedlichen Akteure (Bürgervereine, die Gewerbetreibenden, die Künstlergruppe, Medien usw.) eine nur noch schwer beeinflussbare Eigendynamik entwickelte. Am augenfälligsten wurde die Schwierigkeit, alle Akteure in einen rationalen Diskurs einzubinden und daraus Maßnahmen zu entwickeln, wohl auf den Bürgerversammlungen, als sich die Bewohnerinnen und Bewohner weigerten die Information, es gäbe kein Kriminalitätsproblem, zu akzeptieren.

Ein weiterer Aspekt, der kommunale Kriminalpolitik in der Stadt teilweise schwer planbar macht, ist die Bedeutung von Einzelpersonen und singulären Ereignissen. In allen sechs im Zuge des Forschungsprojektes untersuchten Fallstudien gab es Personen, die mit ihrem individuellen Engagement wichtige Prozesse anstießen, Kooperationen begründeten oder denen es gelang bestimmte Themen auf die öffentliche Agenda zu setzen. Darüber hinaus gab es fast immer singuläre Ereignisse, die eine hohe, auch mediale Aufmerksamkeit auf das jeweilige Quartier lenkten. So entfachte bspw. in Leipzig ein Spritzenfund auf einem Kinderspielplatz eine heftige öffentliche Diskussion über die Sicherheit im betreffenden Stadtteil. Bemerkenswert ist, dass ein Spritzenfund auf ei-

nem Spielplatz in Nürnberg nur deshalb Erwähnung in einem kleinen Artikel in der Lokalzeitung fand, weil gelobt wurde, dass Schulkinder ihren Spielplatz selbst aufräumten. Ob also bestimmte Ereignisse für den öffentlichen Diskurs bedeutsam werden, hängt stark von den Kontextbedingungen und manchmal wohl einfach vom Zufall ab.

Städtische Politik lässt sich also mit der Etablierung sozialräumlicher Präventions- und Interventionsansätze auf das Wagnis ein, dass sich derartige Prozesse verselbständigen und damit der Kontrolle der Politik – zumindest teilweise – entziehen. Problematisch erscheinen in dieser Hinsicht vor allem die thematische Verknüpfung von Sicherheit mit anderen, eher latent vorhandenen Befürchtungen und Ängsten sowie die Einbindung schwer einzuschätzender Akteure und Akteurskonstellationen.

Dabei sind die Folgen kommunaler Sicherheitsdiskurse und -produktionen häufig weitreichend, da sie die Entwicklung des Quartiers erheblich beeinflussen können: Von sinkenden bzw. steigenden Immobilienpreisen über die Ab- oder Zuwanderung bestimmter Bevölkerungsgruppen bis zu Investitionen in die Infrastruktur und anderem mehr.

Innerhalb des Projekts DynASS konnte man sich nicht auf eine abschließende Beurteilung des Ansatzes der kommunalen Kriminalprävention einigen. Es bildeten sich – mehr oder weniger - zwei Sichtweisen aus: Die eine sieht eher die Gefahr der Entgrenzung von Kriminalpolitik, so dass Stadtpolitik nur noch unter dem Primat von Sicherheit verfolgt wird. Die andere betont hingegen die Chance einer partizipativen Stadtpolitik, unter Einbezug des Sicherheitsaspekts.

## Gewalt- und Kriminalprävention in der Sozialen Stadt



Timo Heyn, empirica Bonn (links) und Dr. Dirk Baier, Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen e.V. (rechts)

Die Ausgangsfrage für das in diesem Beitrag vorzustellende Projekt, das zwischen 2011 und 2012 im Rahmen einer Sonderauswertung des ExWoSt-Programmes des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) durchgeführt wurde, war, welchen Stellenwert die Gewalt- und Kriminalprävention in der

Sozialen Stadt hat. Im Zusammenhang damit stehen einerseits die Auswahlkriterien für die Soziale Stadt-Gebiete. Dazu gehören beispielsweise ein gewisses Maß an Benachteiligung, Segregations-tendenzen oder eine erhöhte Armutsquote.

Auf der anderen Seite gibt es den kriminologischen Diskurs, dem entsprechend diese Stadtteile mit erhöhter Kriminalität, mit einem erhöhten Unsicherheitsgefühl und mit sog. Incivilities in Beziehung stehen. In erster Linie sollte deshalb untersucht werden, ob diese angenommene Beziehung zwischen Benachteiligung von Stadtteilen auf der einen Seite und der erhöhten Kriminalität auf der anderen Seite empirisch haltbar ist. Der Hauptstudie wurden eine intensive Literaturrecherche und eine empirische Analyse zum Einfluss des sozialräumlichen Kontexts auf Jugendkriminalität vorgeschaltet. Anschließend wurde sich den Sozialen Stadt-Gebieten gewidmet und untersucht, welchen Stellenwert Gewalt- und Kriminalprävention in diesen Gebieten hat.

Das methodische Vorgehen beinhaltete insgesamt fünf Bausteine:

- eine Literaturanalyse,
- eine Sonderauswertung von Schülerbefragungen,
- eine internetgestützte Befragung von etwa 600 Soziale Stadt-Gebieten, mit einer Rücklaufquote von rd. 32%,
- eine Auswahl von elf Sozialen Stadt-Gebieten auf Basis der internetgestützten Befragung, die durch Ortsbegehungen und Expertengespräche detaillierter analysiert wurden und
- die Zusammenführung aller Ergebnisse in einem Werkstattgespräch mit geladenen Experten/-innen aus unterschiedlichen Fachbereichen.

### Theoretischer Hintergrund

Der Stand der theoretischen Forschung zum Einfluss des Sozialraums auf kriminelles bzw. delinquentes Verhalten ist im amerikanischen Raum umfassender und dem in Deutschland einige Zeit voraus. Bereits in den 1930er Jahren führten Shaw und McKay eine bedeutende Studie in Chicago durch, aus der heraus die Theorie der Sozialen Desorganisation entstand. Diese Studie konzentriert sich noch primär auf strukturelle Faktoren und zeigt, dass sich in Gebieten mit hoher Armutsquote, hoher Mobilität und einem hohen Anteil ethnischer Minderheiten häufiger

Täter/-innen kriminellen Verhaltens finden. Zur Erklärung dieses Befunds wurde die Vermutung aufgestellt, dass sozial-kulturellen Prozessen eine entscheidende Bedeutung zukommt. Im Übrigen wurde hier nur mit kriminalstatistischen Daten gearbeitet und nicht mit Dunkelfelddaten. 50 Jahre später hat Sampson in Chicago eine relativ große Befragungsstudie durchgeführt und versucht, die vermittelnden sozial-kulturellen Prozesse zu erfassen (kollektive Wirksamkeit, Interventionsbereitschaft, Zusammenhalt der Bürger/-innen bei Auftreten von Kriminalität).

In Deutschland gibt es ab dem Jahr 2000 erstmals systematisch groß angelegte Studien zu diesem Thema. Durchgeführt wurde einerseits im Jahr 2000 in Köln und Freiburg eine Jugendstudie; andererseits hat im Jahr 2002 in Duisburg eine langfristig angelegte Studie mit Schülern/-innen der 7. Jahrgangsstufe begonnen, in der auch aktuell noch Datenerhebungen stattfinden.

Zudem wurden in den Jahren 2006 und 2011 in Hannover Jugendstudien zum Thema durchgeführt. Den Studien ist gemeinsam, dass sie nicht kleinräumig untersucht haben, sondern immer auf der administrativen Ebene der Stadtteile. In Berlin (2010/2011) ist man zum ersten Mal von dieser Praxis abgewichen. Die Betrachtung erfolgte hier auf der Ebene lebensweltlich orientierter Räume, was eine sehr viel kleinräumigere städtische Unterteilung darstellt. Werden die Ergebnisse der Forschung zum Einfluss des Sozialraums auf delinquentes Verhalten in Deutschland zusammengefasst, so kann dies entlang folgender vier Thesen geschehen:

1. Jugenddelinquenz ist von sozialräumlichen Bedingungen in den Stadtteilen abhängig. Wichtiger als die soziale Benachteiligung („objektive Faktoren“) sind die kulturellen Bedingungen, die in einem Sozialraum vorzufinden sind.
2. Delinquentes Verhalten von Kindern und Jugendlichen ist dennoch primär durch Sozialisationsfaktoren im unmittelbaren sozialen Nahraum bedingt (Familie, Schule, Peers).

3. Die Sozialisationsfaktoren sind auch abhängig von den sozialräumlichen Bedingungen.
4. Die sozialräumlichen Bedingungen wirken sich auf die Wahrnehmung der Kriminalität (Kriminalitätsfurcht, (Un-)Sicherheitsgefühl) aus.

### **Sonderauswertung von Schülerbefragungen**

Im Rahmen des Projekts „Gewalt- und Kriminalprävention in der Sozialen Stadt“ wurden weitere Auswertungen bzgl. des Einflusses des Sozialraums durchgeführt. Hierfür wurden Daten einer bundesweit durchgeführten Schülerbefragung genutzt, bei der 45.000 Jugendliche der 9. Jahrgangsstufe an 1.189 Schulen (davon 55 in Soziale Stadt-Gebieten) bzw. 8.000 Kinder der 4. Jahrgangsstufe an 372 Schulen (davon 12 in Soziale Stadt-Gebieten) befragt wurden. Da nicht alle Schulen in Soziale Stadt-Gebieten lagen, gab es die Möglichkeit, Soziale Stadt-Gebiete direkt mit anderen Gebieten zu vergleichen und Besonderheiten herauszuarbeiten. Um die Schulen wurden Einzugsbereiche konstruiert, die unter Heranziehung des Migrationsanteils, des Anteils des Geschosswohnungsbaus oder des Preisniveaus charakterisiert wurden, so dass zwischen desorganisierten Stadtteilen und nicht-desorganisierten Stadtteilen unterschieden werden konnte. Im Ergebnis finden sich in den Auswertungen kaum systematische Zusammenhänge zwischen der Benachteiligung eines Stadtteiles und dem kriminellen bzw. delinquenten Verhalten der Jugendlichen. Vergleichbare Befunde lieferten auch die oben erwähnten Studien aus Hannover und Berlin. Zu finden sind aber Zusammenhänge mit Einflussfaktoren, wie bspw. der Erfahrung schwerer elterlicher Gewalt. Dies zeigt sich auch für andere Einflussfaktoren: In der Hannover-Studie wurde festgestellt, dass mit einer zunehmenden Desorganisation des Wohnumfeldes ein unstrukturiertes Freizeitverhalten, die Gewaltakzeptanz und eine Vernetzung mit delinquenten Freundinnen und Freunden zunehmen. Gleichwohl sieht man aber stärkere Zusammenhänge zwischen den kulturellen Merkmalen von Stadtteilen (Kohäsion, Konfliktwahrnehmung) und dem Kriminalitätsverhalten als den strukturellen Merkmalen (Desorganisation). In den Studien konnte zudem

festgestellt werden, dass soziale Kohäsion mehrere Facetten hat (Zusammenhalt auf der einen Seite, Konflikthaftigkeit auf der anderen). Der soziale Zusammenhalt bzw. die wahrgenommenen Konflikte innerhalb eines Stadtteils stehen in Verbindung mit Jugenddelinquenz. Eine differenziertere Betrachtung der Theorie der sozialen Organisation erscheint demnach sinnvoll.

In den Auswertungen konnten zudem Zusammenhänge zwischen den Wahrnehmungen und den Eigenschaften von Stadtteilen festgestellt werden. In allen Städten, in denen geforscht worden ist, ist in Gebieten mit höherem Sozialstatus, ein stärker ausgeprägtes Sicherheitsgefühl vorhanden als in Gebieten mit hoher sozialer Benachteiligung – insbesondere dann, wenn es darum geht, einzuschätzen, wie man sich nachts fühlt, wenn man im Stadtteil unterwegs ist. Es sind also eher die subjektiven Eindrücke und weniger die objektiven Kriminalitätsprobleme, die zu einem Unsicherheitsgefühl führen.

Die Ergebnisse der Sonderauswertung zum Zusammenhang von Benachteiligung und Kriminalität können derart zusammengefasst werden, dass es bislang wenige Studien zu diesem Thema gibt, mit zum Teil widersprüchlichen Ergebnissen. Eine Studie in Duisburg konnte zum Beispiel gar keine Zusammenhänge zwischen der Benachteiligung eines Stadtteiles und der Kriminalität nachweisen. In der hier vorgestellten Studie konnten nur geringe Zusammenhänge festgestellt werden. Im Vergleich zum angloamerikanischen Raum gibt es in Deutschland damit abweichende Befunde, was mindestens zwei Gründe hat: Einerseits sind die Unterschiede zwischen den Stadtteilen in Deutschland nicht so groß wie in amerikanischen Großstädten, andererseits gibt es in Deutschland keine vergleichbaren Gangaktivitäten wie in den USA. Für die Prävention gilt, dass am sozialen Nahraum, d.h. beispielsweise an der Familie, anzusetzen ist. Eine frühe Förderung von Familien ist präventiv notwendig. Auf der anderen Seite sind auch Maßnahmen notwendig, die die Erwachsenen mit einbeziehen und gemeinsame Aktivitäten schaffen. Dabei müssen es nicht



immer eindeutig gewalt- und kriminalpräventiv bezeichnende Maßnahmen sein. So können auch Maßnahmen wie z. B. die gemeinsame Gestaltung des öffentlichen Raums kriminalpräventive Wirkungen entfalten.

Die Schulen, die in Soziale Stadt-Gebieten liegen konnten gut verglichen werden mit Schulen aus Gebieten, die zwar einen ähnlichen Grad an sozialer Benachteiligung aufweisen, aber kein Gebiet der Sozialen Stadt sind. Hier zeigte sich, dass die Soziale Stadt-Gebiete eine besondere Negativselektion aufweisen. Der Anteil an Jugendlichen aus von Sozialhilfebezug betroffenen Haushalten war signifikant erhöht. Die Jugendlichen waren auch häufiger gewalt- und eigentumsdelinquent. Das hatte unter anderem damit zu tun, dass bestimmte delinquenznahe Aktivitäten verbreiteter sind, wie der Konsum von Alkohol oder das Schwänzen der Schule. Ein Ausreißer in allen Analysen war, dass in den Soziale Stadt-Gebieten das Sicherheitsgefühl der befragten Jugendlichen höher ausgeprägt war, bei zugleich höherer Delinquenzbelastung. Hier gibt es einen ersten Hinweis darauf, dass das Programm der Sozialen Stadt eine Wirkung erzielt, d.h. das Sicherheitsgefühl positiv beeinflusst.

### Befragung der Soziale Stadt-Gebiete und Fallbeispiele

Im Rahmen der Expertenbefragungen wurden bundesweit Akteure aus allen Soziale Stadt-Gebieten angeschrieben. Die Rücklaufquote der schriftlichen Befragung von etwa 30% ist als hoch zu bewerten, da es grundsätzlich schwierig ist bei einer derart flächendeckenden Befragung jeweils die passenden Ansprechpartner/-innen auch zu erreichen. Die 190 Gebiete von denen Antworten vorliegen, decken Gebiete aller Größenordnungen ab. Ein leichtes Übergewicht gab es bei den Gebieten mit mehr als 10.000 Einwohnern/-innen und in Bezug auf die Programmdauer, mit Gebieten die schon länger als 10 Jahre Programmgebiet

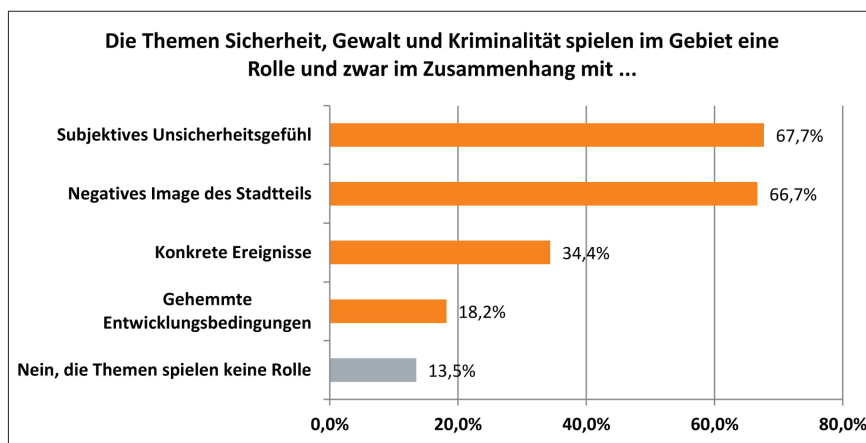


Abb. 3: Kriminalität als Thema der Sozialen Stadt, Quelle: verändert nach Präsentation Baier & Heyn 09.10.2014

waren. Die Ansprechpartner/-innen wurden dabei unter anderem zur Rolle der Themen Sicherheit und Gewalt im Programmgebiet befragt.

Bei der Mehrzahl der befragten Programmgebiete spielen die Themen Sicherheit und Gewalt eine Rolle. Das subjektive Unsicherheitsgefühl und das negative Image des Stadtteils sind aus Sicht der Befragten die bedeutendsten Faktoren (Abb. 3), wobei es keine eindeutige Klärung zum Zusammenhang zwischen dem negativen Image und dem subjektiven Unsicherheitsgefühl gibt. Oft wurden auch Einzelereignisse genannt, die von den Medien aufgegriffen und zu Auslösern wurden, sich mit dem Thema zu beschäftigen, bis hin zur Initiierung des Programms.

Die überwiegende Zahl der Gebiete gab an, nicht stärker als andere Stadtteile von Kriminalität betroffen zu sein. Hier bestätigt sich das bekannte Bild anderer Forschungsprojekte, dass diese Gebiete objektiv nicht stärker von Kriminalität betroffen sind, subjektiv aber eine hohe Kriminalitätsbelastung wahrgenommen wird.

Die am häufigsten durchgeführten Maßnahmen (jeweils mit über 90% der befragten Gebiete) waren eine Verbesserung des Frei- und Spielflächenangebots und der sozialen Infrastruktur, gefolgt von Verbesserungen im Wohnumfeld, im öffentlichen Raum und bei den Wohnverhältnissen. Damit dominieren bauliche Maßnahmen im öffentlichen Raum, gleichsam als Reaktion auf die negative



Abb. 4: Thron in Stuttgart-Zuffenhausen, Quelle: Amt für Stadtplanung und Stadterneuerung, Stuttgart o.J.

subjektive Wahrnehmung. Einen hohen Stellenwert hat darüber hinaus das in allen Sozialen Stadt-Gebieten einzurichtende Stadtteilmanagement.

Die befragten Stadtteile wurden gebeten, eigene spezifische Projekte/ Maßnahmen zum Thema Kriminalprävention zu benennen. Insgesamt wurden etwa 40 Beispiele genannt. Eines davon ist Stuttgart-Zuffenhausen. Es handelt sich um einen Stadtteil der 1950er und 1960er Jahre mit einer geringen Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum sowie einem hohen subjektiven Unsicherheitsgefühl. Eine der Ursachen in dem Gebiet ist ein Wohnheim mit rd. 150 Wohnplätzen für wohnungslose Männer, die die Angewohnheit hatten im öffentlichen Raum Alkohol zu konsumieren. Vor allem die Begleiterscheinungen, wie auffällige Betrunkene, Lärm und Verunreinigungen führten zu Konflikten mit den Bewohnern/-innen und zu einer Verunsicherung sowie der Meidung der Trefforte der Trinker. Bei der Umgestaltung wurde diese Problemgruppe gezielt mit einbezogen und aktiv an dem Umgestaltungsprozess beteiligt. Gemeinsam wurde ein Platz in der Nähe des Wohnheims als neuer Treffort ausgewählt, von dem keine Störungen ausgehen. Dieser Platz wurde unter Anleitung eines Künstlers neu gestaltet. Das Beispiel zeigt einen Weg auf, wie man sich mit künstlerischen Projekten einem solchen Thema unbefangener nähern kann. Statt einen sozialpädagogischen Ansatz überzustülpen, wurden dort unter dem Motto „Sitzen im öffentlichen Raum“ die Gruppen von Männern integriert. Aus alten Stühlen wurden herr-

schaftliche Throne gebaut, die im Rahmen einer öffentlichen Veranstaltung im Stadtteil präsentiert wurden. Auf diese Weise wurde die Bevölkerung nicht nur für das Thema „Sitzen im öffentlichen Raum“, sondern auch die individuelle Würde jedes Einzelnen sensibilisiert (Abb. 4). So ist es gelungen einen neuen Treffpunkt zu finden und die Gruppe mit in die Platzgestaltung zu integrieren.

Problematische Räume in Quartieren der Sozialen Stadt sind in erster Linie die öffentlichen Plätze, einzelne Wohnblöcke und deren Umfeld oder Spielplätze. In Berlin-Reinickendorf ist der Letteplatz ein weiteres Beispiel der Umgestaltung. Das Gebiet aus den 1920er und 1930er Jahren erlebte seit den 1990er Jahren eine Abwärtsentwicklung in Bezug auf die soziale Stabilität der Bewohnerschaft. Mit dem Aufeinandertreffen unterschiedlicher Lebensgewohnheiten von Alteingesessenen und Neu-Hinzugezogenen sind Verunsicherungen und auch eine Unzufriedenheit entstanden. Dies kumulierte am Letteplatz, einem in den 1970er Jahren entstanden zentralen Quartiersplatz mit einem durch Asphalt und Mauern dominierten Erscheinungsbild. Der Letteplatz war für viele Nutzer/-innen zu einem Angstraum geworden, in dem unterschiedlichste Ansprüche, z. B. Picknicken, Drogenkonsum, Hundefreifläche, Sport und Spielen zu Nutzungskonflikten führten. Anfangs hat man mit kleineren Maßnahmen, wie neuen Spielgeräten und einem Platzfest, versucht die Situation zu entschärfen und den Platz wieder attraktiver zu gestalten. Mit der Aufnahme in das Programm Soziale Stadt im Jahr 2009 hatte man die Gelegenheit, eine umfangreiche Platzgestaltung durchzuführen. Dabei wurden unterschiedliche Nutzergruppen mit einbezogen und deren spezifische Ansprüche an den öffentlichen Raum herausgearbeitet. Die Anregungen sind in einen Ideenwettbewerb eingeflossen und wurden in der Umsetzung fortlaufend mit den Bewohnern/-innen des Quartiers rückgekoppelt. Klare Abgrenzungen der einzelnen Teilbereiche durch räumliche Signale haben einen sehr attraktiven Platz entstehen lassen, der die unterschiedlichen Nutzungen von Sport, Spiel und Entspannung z. B. durch Zäune zum Boulevard- und Promenadenbereich abgrenzt, der auch



Abb. 5: Letteplatz nach Umgestaltung, Quelle: QM-Team Letteplatz, Berlin-Reinickendorf o.J.

von Hundebesitzern/-innen genutzt werden kann. Mit dem Konzept wurde ein Platz mit unterschiedlichen Nutzungsbereichen gestaltet, der nun von allen Nutzergruppen akzeptiert wird (Abb. 5).

In der Befragung wurden auch die auftretenden Formen von Gewalt und Kriminalität in den Sozialen Stadt-Gebieten abgefragt. Sachbeschädigung und Alkoholmissbrauch sind hier die am häufigsten genannten Probleme bei den sichtbaren Formen von Gewalt und Kriminalität. Formen weniger sichtbarer Gewalt stellen insbesondere Delikte innerhalb der Familie dar. Hier stehen dann weniger die baulichen Maßnahmen im Vordergrund, sondern es werden Schutzorte oder Treffpunkte bzw. Beratungsangebote geschaffen. Diese Angebote stehen vordergründig nicht unbedingt mit dem Thema Gewalt in Zusammenhang. Über Alphabetisierungskurse, Sprachkurse, Nähkurse oder Cafés erfolgt eine Kontaktaufnahme, so dass in diesen geschützten Räumen dann indirekt auch auf Themen wie häusliche Gewalt eingegangen werden kann und Alternativen und Perspektiven aufgezeigt werden können.

Die Abfrage der Täter- und Opfergruppen in den Sozialen Stadt-Gebieten macht deutlich, dass es sich hauptsächlich um Jugendliche und junge Erwachsene handelt, die sowohl Täter/-innen als auch Opfer von Kriminalität sind. Besonders betroffen sind dabei Schulen, an denen Schulschwänzen, soziales Mobbing oder auch physische Gewalt sichtbar werden. Zum Zeitpunkt der Befragung wurde Schulschwänzen relativ am

häufigsten genannt. Würde man die Befragung heute wiederholen, hätte das Thema soziales Mobbing vermutlich einen höheren Stellenwert. Ein Beispiel für Aktivitäten an der Schule ist das Soziale Stadt-Gebiet Rendsburg-Mastbrook in Norddeutschland. Es handelt sich um einen vergleichsweise kleinen Stadtteil mit einer Wohnbebauung aus den 1950er bis 1960er Jahren. Das Gebiet ist stadträumlich relativ isoliert und weist einen hohen Problemdruck auf. Seitens der Schule wurde eine zunehmende Aggressivität und Gewaltbereitschaft unter den Schülern/-innen festgestellt, die in der Regel mit familiären Problemen einhergehen. Die Probleme waren so massiv, dass Auseinandersetzungen aus der Pause mit in die nächste Unterrichtsstunde getragen wurden und den regulären Unterricht verhinderten. Das Soziale Stadt-Programm ermöglichte es, ein Präventionsteam (bestehend aus einem Mann und einer Frau) einzusetzen, mit dem zunächst im Sinne von Schulsozialarbeit feste Ansprechpartner/-innen für Schüler/-innen, Eltern sowie Lehrer/-innen geschaffen wurden. Im Projektverlauf hat sich die Arbeit der zwei Schulsozialarbeiter/-innen immer stärker in Richtung zugehender Elternarbeit entwickelt. In der rückblickenden Betrachtung war die zugehende Unterstützung der Elternhäuser der Schlüssel zum Erfolg, dass sich ein enges Vertrauensverhältnis zwischen Elternhaus, Kindern und Schule entwickeln konnte. Die Stimmung und damit auch die Unterrichtsqualität der Schule haben sich deutlich verbessert. Eine der entscheidenden Fragen ist die nach der Wirkung von Maßnahmen. Im Rahmen der Studie konn-

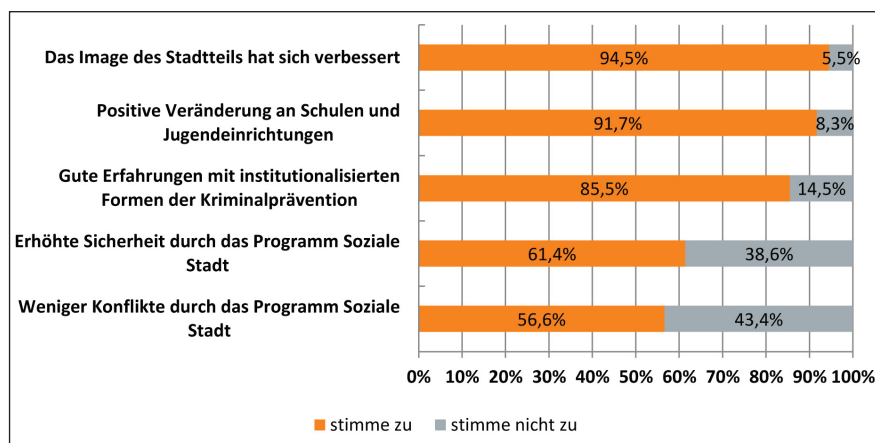


Abb. 6: Wirkungen des Programms Soziale Stadt in Bezug auf Kriminalprävention, Quelle: verändert nach Präsentation Baier & Heyn 09.10.2014

te dies nur über die Selbsteinschätzung der befragten Ansprechpartner/-innen zu den Soziale Stadt-Gebieten erfasst werden. In fast allen Gebieten (rd. 95%) hat sich nach Einschätzung der Ansprechpartner/-innen das Image des jeweiligen Stadtteils verbessert. Demgegenüber hat sich das Sicherheitsgefühl nach der Einschätzung nur in 61% der Gebiete verbessert. Hier besteht offensichtlich eine Diskrepanz zwischen dem Image (stärker auf die Außensicht auf den Stadtteil bezogen) und der subjektiv empfundenen Sicherheitslage (stärker auf die Innensicht bezogen). Jene Programmgebiete, die Schulen und Jugendeinrichtungen im Fokus hatten, berichten von positiven Veränderungen (rd. 92%). Etwa die Hälfte der Gebiete, die institutionalisierte Formen, wie etwa Runde Tische, Arbeitskreise oder Präventionsräte bildeten, konstatieren, dass sie zu einem hohen Anteil (rd. 86%) gute Erfahrungen damit gemacht haben. Etwas mehr als die Hälfte der Befragten sieht die Reduzierung von Konflikten als direkten Erfolg des Programms Soziale Stadt (Abb. 6).

### Fazit

Als Fazit lässt sich ziehen, dass ein Quartier einen mittelbaren Faktor für deviantes Verhalten und einen nicht zu unterschätzenden Sozialisationsfaktor darstellt. Es eignet sich somit als gemeinsame Klammer für die komplexen Problemlagen und Entwicklungsaufgaben, die darin eingebunden sind, auch im Hinblick auf die kriminalpräventiven Aufgaben. Alleine durch eine Institutionalisierung (z. B. Runde Tische) kann diese komplexe Ent-

wicklungsaufgabe nicht bewältigt werden. Gefordert ist hier eine inhaltliche Zusammenarbeit aller beteiligten Fachressorts. Letztlich muss jedoch auch bedacht werden, dass die Soziale Stadt im Kern kein kriminalpräventives Programm ist. Im Sinne eines Querschnittsprogrammes ermöglicht die Soziale Stadt jedoch die Einbindung vieler kriminalpräventiver Bausteine. Dazu zählen vor allem bauliche Maßnahmen, die einen

sichtbaren Ankerpunkt bilden und an die sozial-integrativen Maßnahmen angedockt werden können. Mit diesem Verständnis, dass die Soziale Stadt einen Rahmen für Kriminalprävention als querschnittsorientierten Baustein der Gebietsentwicklung ermöglicht, gehen weitere Anforderungen einher: So müssen die gebietsbezogenen Ansätze in eine gesamtstädtische Strategie eingebunden werden. Im Hinblick auf den modellhaften Charakter des Programms Soziale Stadt, muss eine Verstetigung der Ansätze zur Gewalt- und Kriminalprävention in den Regelstrukturen und Aufgaben der verschiedenen Ämter (Jugend, Soziales, Stadtentwicklung usw.) stattfinden.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist das Thema der praxistauglichen Wirkungsmessung von gebietsbezogenen Veränderungen, auch im Hinblick auf die Akzeptanz von Maßnahmen. Es ist wichtig Instrumente anzuwenden, wie beispielsweise Befragungen von Bürgern/-innen, die als Längsschnittstudie zeigen können, was sich durch die Soziale Stadt verändert hat, auch mit Blick auf Kosten-Nutzen-Fragen. Letztendlich ist die Qualität des Quartiersmanagements ein zentraler Erfolgsfaktor. Hier stellt sich bereits bei der Auswahl die Frage nach dem Anforderungs- und Kompetenzprofil dieser Personen, auch im Hinblick auf die kriminalpräventive Tätigkeit.



## SoPräv – Sozialräumliche (Kriminal-)Prävention in Quartieren in NRW

Ralf Zimmer-Hegmann,  
ILS – Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung

Das ILS wurde in Zusammenarbeit mit dem Forschungsschwerpunkt Sozial • Raum • Management der FH Köln durch das Ministerium für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr des Landes NRW beauftragt, die Forschungsstudie „SoPräv – Sozialräumliche (Kriminal-)Prävention in Quartieren in NRW“ durchzuführen. Die Untersuchung erfolgte in enger Abstimmung mit den Aktivitäten des Landespräventionsrates NRW.

Untersucht wurden benachteiligte Stadtteile und gleichzeitig Gebiete im Soziale Stadt-Programm, in denen eine integrierte Handlungsstrategie zur Stabilisierung umgesetzt wird. Durch sozialräumliche Segregation und Polarisierung in den Städten gibt es Stadtteile, die geprägt sind von Problemkumulationen in Form von sozialen und ökonomischen Problemlagen sowie Defiziten in der Infrastruktur und der Wohnraumversorgung. Letztendlich geht es dabei um die Frage, ob es die räumlichen Zustände oder die individuellen Dispositionen sind, die zu diesen Problemlagen führen. Maßgeblich ist hier vor allem die räumliche Konzentration von individuellem und strukturellem Ressourcenmangel in diesen Gebieten. Ausgangspunkt für die Untersuchung ist die These einer erhöhten Gewalt- und Kriminalitätsbelastung und ein entsprechendes Unsicherheitsempfinden in diesen Quartieren.

Obwohl das Programm Soziale Stadt bereits seit 1993 in Nordrhein-Westfalen und bundesweit seit 1999 umgesetzt wird, spielt das Thema Kriminalprävention in den Handlungskonzepten der Sozialen Stadt in Nordrhein-Westfalen eine eher untergeordnete Rolle und wird nur selten anhand eines eigenen Handlungsfeldes oder eigener Handlungsziele bearbeitet. Ursache dafür könnte die Angst vor einer Stigmatisierung und infolge dessen eine mangelnde Thematisierung von Kriminalität sein.

In diesem Zusammenhang war es Ziel der Untersuchung, zu einer Analyse von Maßnahmen und

Wirkungen oder Wirkungszusammenhängen des Programms Soziale Stadt im Bereich Sicherheit und Kriminalprävention zu kommen und das Verständnis von sozialräumlicher Kriminalprävention in einem erweiterten Sinne abzuleiten (s. auch Beitrag Schubert).

Exemplarisch wurden fünf ganz unterschiedliche Gebiete untersucht. Drei Gebiete, die noch in der Förderung sind, sich aber in ganz unterschiedlichen Phasen der Programmumsetzung befinden, wurden intensiver analysiert:

- Brakel-Bökendorfer Grund als Kleinstadt im ländlichen Raum
- Bergheim Süd-West als Großwohnsiedlung einer Mittelstadt
- Essen-Altenessen als innerstädtisches Quartier in einer Großstadt

Zwei weitere Gebiete, die nicht mehr in der Förderung sind, wurden anhand einer analytischen Nachbetrachtung untersucht:

- Hamm-Norden als innerstädtisches Quartier in Randlage
- Dortmund-Clarenberg als Großwohnsiedlung einer Großstadt

Zentrale Problemlagen in allen Fallstudiengebieten sind soziale Konflikte zwischen den Bewohnern/-innen und innerhalb von Familien, Probleme im Bereich Bildung, häufig fehlende Sprachkenntnisse, eine zum Teil hohe Jugendkriminalität sowie fehlende Freizeitangebote.

Es gibt visuelle Unsicherheitszeichen durch Leerstand und Verfall von Wohnungen bzw. Gebäuden, eine fehlende Aufenthaltsqualität des öffentlichen Raumes sowie vorhandene Angsträume. Kriminelle Delikte treten in Form von Ordnungswidrigkeiten, wie Verschmutzung und Vandalismus, aber auch in Form von Drogenkonsum und -handel sowie gewalttätigen Übergriffen und Einbrüchen auf. Die Gebiete sind somit geprägt durch ein negatives Image und eine Stigmatisierung.

Die Untersuchung wurde methodisch gestützt auf vier verschiedenen Bausteinen durchgeführt:

1. Auswertung von schriftlichen Informationen, u. a. Handlungskonzepte und Evaluationsberichte der Programmgebiete
2. Experteninterviews mit Vertretern/-innen von Planungsämtern, Quartiersmanagements, Wohnungswirtschaft, Jugendeinrichtungen und der Polizei
3. Bewohnerbefragung
4. Auswertung von statistischen Daten zur Kriminalität aus der polizeiinternen Datenbank IGVP (Integrationsverfahren Polizei), die in Zusammenarbeit mit dem Landeskriminalamt NRW auf die Gebiete umgerechnet wurden und so einen räumlich aufgeteilten Überblick über die erfassten Delikte in den Gebieten liefern konnten.

Anhand der Ergebnisse aus den verschiedenen methodischen Erhebungen konnten Aussagen über das Unsicherheitsempfinden der Bewohner/-innen in den fünf untersuchten Gebieten und die tatsächliche objektive Kriminalität getroffen werden. Die große Mehrheit der Bevölkerung fühlt sich in den Quartieren insgesamt sicher bzw. sogar sehr sicher. Allerdings entwickelte sich die Beurteilung der Sicherheitslage bzw. der Unsicherheitsgefühle in den Untersuchungsgebieten sehr unterschiedlich. In den innerstädtischen, dicht besiedelten Quartieren sind Ängste und Unsicherheitsgefühle stärker ausgeprägt. Frauen und ältere Befragte haben ein deutlich stärkeres Unsicherheitsempfinden.

Im Gegensatz dazu zeigt die objektive Kriminalität meist keine überdurchschnittliche Belastung bzw. wesentliche (negative) Veränderungen im Vergleich zur Gesamtstadt. Das Unsicherheitsempfinden und die subjektive Wahrnehmung von Kriminalität sind häufig deutlich höher als persönliche Betroffenheit und objektive Kriminalitätszahlen.

Im Rahmen der Studie wurde ein Raster aus fünf Präventionsdimensionen entwickelt (s. auch Beitrag Schubert), denen die umgesetzten Maßnahmen aus den fünf Fallstudiengebieten übergreifend zugeordnet werden (Abb. 7).

1. **Ordnungsrechtliche und kontrollierende Maßnahmen:** In den Fallstudiengebieten werden gezielte und verstärkte ordnungsrechtliche und kontrollierende Maßnahmen im Zusammenwirken zwischen Kommune und Polizei durchgeführt. Die höhere Präsenz von Ordnungsbehörden und Polizei sowie die gezielte Ansprache insbesondere von gewalt- und kriminalitätsbereiten Jugendlichen haben positive Wirkungen auf Vandalismus, Sachbeschädigungen, gewalttätige Auseinandersetzungen sowie Drogenkriminalität gezeigt. Allerdings wird berichtet, dass es zu Verdrängungseffekten der Probleme in andere Stadtteile kommt. Neben dem Einsatz repressiver Maßnahmen gewährleisten Netzwerkstrukturen (z.B. Ordnungspartnerschaften) auf Grundlage integrierter Ansätze gezielt das Zusammenwirken von Maßnahmen der baulichen und sozialen Prävention.
2. **Gestaltung und Technik:** Eine zentrale Bedeutung haben (städte-)bauliche Maßnahmen zur Aufwertung der Gebiete. Die Umgestaltung von öffentlichen (Grün-)Flächen, Gebäuden und Hauseingängen steigert die Aufenthaltsqualität und beseitigt Angsträume. Bauliche Maßnahmen führen so zu einem besseren äußeren Erscheinungsbild der Stadtteile, was sich zum Teil positiv auf die subjektive Wahrnehmung und Zufriedenheit der Bewohner/-innen auswirkt sowie eine positive Imageentwicklung einleitet. So können Unsicherheits- und Kriminalitätsschwerpunkte beseitigt und die Bewohnerfluktuation reduziert werden.
3. **Nutzungsverantwortung und Zusammenleben:** Unter anderem durch die Einrichtung von Mietergärten oder gemeinsame Spielplatzgestaltungen mit den Betroffenen werden Identifikation und Nutzungsverantwortung gesteigert sowie Vandalismus und Sachbeschädigungen reduziert. Maßnahmen zur Förderung der Begegnung und des Zusammenlebens stärken das Miteinander in den Gebieten und bauen Vorurteile und Konflikte ab. Interkulturell und intergenerativ ausge-



Abb. 7: Die fünf Präventionsdimensionen, Quelle: verändert nach Präsentation Zimmer-Hegmann 09.10.2014

richtete Angebote sind besonders förderlich. Die Unterstützung von Aktivitäten, Strukturen und Vereinen hat dabei eine wichtige Bedeutung zur Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements und zur Schaffung nachhaltiger und selbsttragender Strukturen. Das Selbstwert- und Zusammengehörigkeitsgefühl der Bewohner/-innen wird auf diese Weise gesteigert, was einen positiven Einfluss auf das soziale Klima und den Abbau von sozialen Konflikten hat.

- 4. Förderung der individuellen und sozialen Entwicklung:** Der Fokus liegt hier auf Maßnahmen zur Stärkung der individuellen und sozialen Entwicklung von benachteiligten Personen und Bevölkerungsgruppen. Dabei stehen vor allem Kinder und Jugendliche und Aktivitäten im Zusammenhang mit Jugendhilfe und Schule im Mittelpunkt. Auch wenn der Wirkungsnachweis hier nur schwer nachzuweisen ist, wird von sozialstabilisierenden und konfliktvermeidenden Wirkungen berichtet. Eminent wichtig dafür sind passgenaue Maßnahmen, die auf die jeweilige Bedarfssituation vor Ort zugeschnitten sind. Dabei ist es eine

zentrale Herausforderung die Angebote und Infrastrukturen nach Auslaufen der zeitlich begrenzten Förderung durch das Programm Soziale Stadt weiterzuführen und zu verstetigen.

- 5. Soziales Management:** Durch das Zusammenwirken der unterschiedlichen Maßnahmenbereiche und durch den integrierten Programmansatz der Sozialen Stadt können deutliche Wirkungen gerade auch in kriminalpräventiver Hinsicht entwickelt werden. Als zentral für die Durchführung eines solchen integrierten Programmansatzes müssen dabei der Ausbau und die Stärkung von Kooperations- und Managementstrukturen angesehen werden. Die Stärkung solcher Strukturen ist entscheidend für den Erfolg und die Nachhaltigkeit der Maßnahmen, es hängt aber auch immer von engagierten und kooperationsbereiten Einzelpersonen sowie Vertrauen und niederschweligen Angebotsstrukturen ab.

Im Ergebnis lässt sich festhalten, dass die Erzielung von (nachhaltigen) Wirkungen auf der Grundlage integrierter Bündel sozialraumbezogener Maßnahmen der Kriminalprävention an dieser

Stelle naheliegend ist. Allerdings werden bessere Wirkungen – in Bezug auf das Input-Output-Verhältnis – in kleinen, überschaubaren Gebieten als in großen, städtischen Gebieten erzielt.

Die Kommunikation von Erfolgen ist ein wichtiger Faktor, um der Wahrnehmung von Unsicherheit entgegenzuwirken und eine positive Bewertung der Maßnahmen durch die Bewohner/-innen zu fördern. Dies ist umso wichtiger, da es häufig einen Widerspruch zwischen der Wirksamkeit von Maßnahmen und ihrer Wahrnehmung durch die Bevölkerung gibt. Obwohl das Programm Soziale Stadt aufgrund seines integrierten Ansatzes eine geeignete Plattform und Motor für Maßnahmen im Bereich der sozialraumbezogenen Kriminalprävention darstellt, haben die Themen Sicherheit und Kriminalprävention bislang eine untergeordnete Bedeutung in den Handlungskonzepten. Eine strategische Gesamtkonzeption zur sozialräumlichen Kriminalprävention fehlt gänzlich.

Die aus diesen Erkenntnissen folgenden Handlungsempfehlungen beinhalten eine tiefenscharfe, kleinräumige Bestandsaufnahme zur Identifizierung der Problemorte und Problemquellen innerhalb des Gebiets. Um die Handlungsnotwendigkeit zu stärken sollte sozialräumliche Kriminalprävention konsequent in den integrierten Handlungskonzepten der Sozialen Stadt eingebettet und kohärent ein lokaler Aktionsplan mit thematischem Bezug formuliert werden. Dabei ist eine Orientierung am Modell des Präventionsrasters bei der Konzipierung integrierter Maßnahmenbündel zur Kriminalprävention empfehlenswert. Auch ist ein Stadtteilmarketing bzw. Branding zur Wirksamkeit der umgesetzten Maßnahmen und zur positiven Beeinflussung der Wahrnehmung durch die Bevölkerung als Gegenstrategie zum alltäglichen Story Telling zu empfehlen.

(Weitere Ergebnisse der Studie finden sich im Anhang.)

### **Aus der Praxis der SoPräv-Fallstudien**

Wie im voranstehenden Beitrag von Ralf Zimmer-Hegmann bereits erwähnt, wurden im Rahmen des Forschungsprojektes „SoPräv – Sozialräumliche (Kriminal-)Prävention in Quartieren in NRW“ insgesamt fünf Fallstudien untersucht. Im Folgenden sollen die drei intensiver betrachteten Fördergebiete der Sozialen Stadt näher beleuchtet werden. Für tiefergehende Informationen zu allen fünf Fallstudien befinden sich Zusammenfassungen der Fallstudienberichte im Anhang (s. Anhang 2).



## Brakel – Bökendorfer Grund

Die Stadt Brakel mit rund 16.800 Einwohner/-innen liegt im Kreis Höxter, innerhalb des Dreiländerecks Hessen, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen. Der Kreis Höxter ist ein eher ländlich strukturierter Raum. Bei dem Quartier Bökendorfer Grund handelt es sich um eine ehemalige Wohn- und Kasernenanlage, auf der ca. 1000 belgische NATO-Soldaten/-innen mit ihren Familien untergebracht waren.

Im Jahr 1994 kam es zum Abzug der Soldaten/-innen und zu einem gleichzeitigen Zuzug von Spätaussiedlern/-innen aus der ehemaligen Sowjetunion und weiterer Menschen unterschiedlicher Herkunftsländer in das Quartier. Insgesamt war die ehemalige Wohn- und Kasernenanlage mit einer geringen Wohn- und Aufenthaltsqualität ausgestattet, so dass es zu einer Isolierung und Stigmatisierung der gesamten Anlage innerhalb der Bevölkerung Brakels kam. Das Quartier entwickelte sich zu einem sozialen Brennpunkt. Neben steigenden Kriminalitätsraten kam es zu erheblichen sozialen und kulturellen Spannungen sowie zu einem großen Unsicherheitsgefühl innerhalb der ansässigen Bevölkerung.

Seit dieser Zeit hat sich das Gebiet deutlich positiv entwickelt. Die Erfolgsfaktoren dafür liegen zum einen in durchgeführten Baumaßnahmen und zum anderen in sozialen Maßnahmen, die flankierend zu den Baumaßnahmen umgesetzt wurden. Es konnte eine private Wohnungsbaugesellschaft gefunden werden, die bereit war umfangreiche Sanierungsmaßnahmen an ihren Wohngebäuden vorzunehmen, so dass die Stadt an der Stelle entsprechend finanziell entlastet werden konnte. Ergänzend dazu war die Förderung im Rahmen des Programms Soziale Stadt hilfreich für die Mobilisierung weiterer finanzieller Mittel.

Das Quartier war vormals lediglich durch eine einzige Straße verkehrlich an das übrige Stadtgebiet Brakels angebunden. Hier konnte durch den Bau einer zweiten Zugangsstraße eine insgesamt verbesserte Anbindung erreicht werden. Um der Stigmatisierung und dem negativen Image entgegenzuwirken, wurde das Quartier, das vormals



Norbert Loermann, Stadt Brakel, Fachbereichsleiter Bürgerservice

Lange Wanne hieß, in den Bökendorfer Grund umbenannt. Auch die Straßen innerhalb des Quartiers bekamen entsprechend andere Namen. Das gesamte Gebiet wurde bauplanungsrechtlich überplant, so dass auf dem gesamten Gebiet auch Einfamilienhäuser realisiert werden konnten. Darüber hinaus wurden die Außenanlagen, die teilweise in einem katastrophalen Zustand waren, saniert und aufgewertet.

Neben den Maßnahmen, die dazu geführt haben, dass sich die bauliche Situation verbessert hat, wird das gesamte ehemalige Kasernen-Areal einer Neunutzung zugeführt. Es wurde ein Mehrgenerationenpark erbaut, und aktuell wird zusätzlich ein zentraler Anlaufpunkt für die Bevölkerung in Form eines Stadtteilzentrums eingerichtet. Darüber hinaus konnten kleinere Gewerbebetriebe im Gebiet angesiedelt werden. Dank eines privaten Investors konnte eine Seniorenresidenz errichtet werden, ein vorhandenes Kino wurde saniert und wieder eröffnet. Es wurde eine Kindertagesstätte im Quartier angesiedelt und es konnten einige Gebäude für betreutes Wohnen hergerichtet werden.

Neben diesen baulichen Maßnahmen gab es viele begleitende soziale Initiativen, die zu einem guten Miteinander innerhalb der Bewohnerschaft ge-



Abb. 8: Luftbild des Quartiers Bökendorfer Grund, Quelle: <http://www.luftbild-service.com> o.J.

führt haben. Bereits zum Ende der 1990er Jahre ist ein Arbeitskreis unter Beteiligung aller Akteure, einschließlich der Wohnungsbaugesellschaft und insbesondere auch unter Beteiligung der Bewohnerschaft, gegründet worden. In diesem Kreis wurden Handlungsempfehlungen und Handlungskonzepte erarbeitet, um das Quartier Bökendorfer Grund neu aufzustellen. Streetworker wurden eingesetzt und es wurde eine entsprechende Ordnungspartnerschaft gebildet, die immer noch aktiv ist und mit der von Seiten der Stadt ein regelmäßiger Austausch stattfindet. Insgesamt ist es gelungen ein Netzwerk „Soziale Stadt“ zu schaffen, mit Beteiligung von Behörden, Schulen, Jugendhilfe, Kirchen und der Wohnbaugesellschaft vor Ort.

Mit all diesen baulichen und sozialen Maßnahmen ist ein völlig neu strukturiertes Quartier entstanden (Abb. 8). In dem Bereich in dem sich nun Einfami-

lienhäuser befinden, standen vorher 8-geschossige Hochhäuser, die vollständig abgerissen wurden. Durch die Errichtung der Einfamilienhäuser und die Sanierung der umliegenden Gebäude ist mit entsprechenden Grünanlagen ein für die Bewohnerschaft wesentlich attraktiveres Quartier entstanden.

Durch die Kombination von baulichen und sozialen Maßnahmen konnte ein deutlich höheres Sicherheitsempfinden der Bewohnerschaft erzeugt werden. Es gibt kaum noch Einsätze von Polizei und Ordnungsbehörde innerhalb des Quartiers, insgesamt konnte die Lebensqualität der Bewohner/-innen durch die durchgeführten Maßnahmen erheblich gesteigert werden. Durch das Angebot von Sprachkursen ist auch die Integration der Bewohner/-innen mit Migrationshintergrund deutlich gefördert worden.



## Bergheim Süd-West

Im Rahmen dieses Beitrags soll der Soziale Stadt-Prozess in Bergheim Süd-West in Bezug auf die sozialräumliche Kriminalprävention vorgestellt werden. Informationsgrundlagen für die im Folgenden dargestellte Auswertung waren das Integrierte Handlungskonzept von 2001, mit den Fortschreibungen von 2005 und 2008 sowie die statistischen Daten der Polizei und der Jugendgerichtshilfe. Darüber hinaus wurden über den gesamten Prozess verteilt Bewohnerbefragungen durchgeführt und im Jahr 2007/2008 eine Analyse des Stadtteiles in kriminalpräventiver Hinsicht an ein externes Büro in Auftrag gegeben. Bergheim ist eine Stadt mit etwa 63.000 Einwohnern/-innen sowie Kreisstadt des Rhein-Erft-Kreises in Nordrhein-Westfalen. Im Soziale Stadt-Gebiet Bergheim Süd-West leben etwa 6.200 Menschen, was knapp ein Zehntel der Gesamtbevölkerung Bergheims ausmacht. Ein Vergleich der Kriminalstatistiken zwischen Gesamtstadt und Stadtteil zeigte 2004 besonders Auffälligkeiten in den Bereichen Beziehungsgewalt, Hausfriedensbruch, Fahrraddiebstahl, Körperverletzungen, Raub und Erpressung. Im Vergleich zur Gesamtstadt wurden in Bergheim Süd-West überproportional viele solcher Delikte verzeichnet (Tab. 2).

Folgende zentrale Herausforderungen stellten sich zum damaligen Zeitpunkt:

- *Vandalismus* im öffentlichen wie privaten Raum verursachte erhebliche Kosten, was im privaten Raum zu einer Steigerung der Mietnebenkosten führte.
- Umgang mit einer Gruppe *auffälliger marokkanischer Jugendlicher*, die aus einer ländlichen Region Marokkos stammen und durch verbale Gewalt (Nötigungen, Beleidigungen etc.) aufgefallen sind.
- Massive Probleme mit *Drogenkonsum und -handel*, insbesondere innerhalb einer bestimmten Wohnanlage im Stadtteil.
- Das Thema *Gewalt im Allgemeinen*, wobei an der Stelle das subjektive Unsicherheitsempfinden eine zentrale Rolle spielt. Die Zahlen der Polizeistatistik konnten diese gefühlte Unsicherheit nur vereinzelt bestätigen.



Horst-Günter Lankers, Geschäftsführer Entwicklungsgesellschaft Bergheim gGmbH

Um diesen zentralen Herausforderungen zu begegnen, wurden verschiedene Maßnahmen in den einzelnen Problemfeldern umgesetzt. Im Bereich Vandalismus nahmen Jugendliche in Workshops an den Planungen teil, um gemeinsam Projekte und deren Umsetzung entwickeln zu können. Insbesondere (langzeit-)arbeitslose Jugendliche wurden auch an der baulichen Umsetzung der Projekte beteiligt.

Im Jahr 2004 beispielsweise wurde in Zusammenarbeit mit Jugendlichen aus dem Stadtteil ein Spielplatz wiederhergestellt. Die Kinder und Jugendlichen pflanzten Bäume und stellten einen selbst gestalteten Totempfahl auf. Der Spielplatz ist jetzt 10 Jahre alt und weist keinerlei Vandalismusschäden auf. Die Jugendlichen wurden darüber hinaus bei der Entwicklung eines Nutzungskonzepts für die verschiedenen Treffpunkte und Plätze im Stadtteil miteinbezogen.

Bei der Problematik mit den marokkanischen Jugendlichen hat sich herausgestellt, dass es sich nicht um viele verschiedene Personen handelt, die hier auffällig sind, sondern dass es immer die gleichen Personen waren. In verschiedenen Teams wurden Maßnahmen gemeinsam besprochen und umgesetzt. Eine dieser Maßnahmen

<b>Bergheim Gesamtstadt Einwohner/-innen 63.134 (2004)</b>	<b>absolut = 100 Prozent</b>	<b>Bergheim Süd-West Einwohner/-innen 6.247 (2004)</b>	<b>absolut</b>	<b>davon in Prozent</b>
Diebstahl	3.262	Diebstahl	360	11,03
Kfz-Diebstahl	1.314	Kfz-Diebstahl	143	10,88
Sachbeschädigung	1.059	Sachbeschädigung	129	12,18
Körperverletzung	691	Körperverletzung	128	18,52
Fahrraddiebstahl	380	Fahrraddiebstahl	74	19,47
BTM	312	BTM	32	10,26
Raub und Erpressung	111	Raub und Erpressung	19	17,12
Hausfriedensbruch	92	Hausfriedensbruch	19	20,65
Beziehungsgewalt	109	Beziehungsgewalt	24	22,02
<b>Gesamt</b>	<b>7.330</b>	<b>Gesamt</b>	<b>928</b>	

Tab. 2: Kriminalitätsstatistik Bergheim Gesamtstadt und Bergheim Süd-West, Quelle: verändert nach Präsentation Horst-Günter Lankers, 9.10.2014

ist der Einsatz eines Streetworkerteams für drei Jahre über einen Umfang von eineinhalb Stellen. Ein handelsübliches Wohnmobil wurde zum Streetmobil umgestaltet. So konnte sehr kleinräumig dort agiert werden, wo sich Problematiken zeigten. Die Gruppendynamiken konnten auf diese Weise erfolgreich aufgebrochen werden. Ein Problem waren immer auch fehlende positive Vorbilder im Verwandtschafts- und Freundeskreis der Jugendlichen. Hier konnten mit neuen Vorbildern positive Anreize für Kinder und Jugendliche geschaffen werden. Darüber hinaus gab es noch viele weitere, kleinere Beteiligungsprojekte und Einzelfallhilfen. Der Drogenhandel im Stadtteil hat sich relativ offen vollzogen. Dies konnte unter anderem durch eine Thematisierung des Problems in Arbeits- und Gesprächskreisen unterbunden werden. Das Thema soziale Kontrolle ist bei der Gestaltung öffentlicher Räume

sehr wichtig. Diese soziale Kontrolle bestimmter Räume wurde erreicht durch Einsehbarkeit von Wohnungen aus und durch Sichtbeziehung der Räume untereinander. Hilfreich war hier eine aktive, offene Mitarbeit der Bezirksbeamten/-innen der Polizei, die eine wichtige Beratungsfunktion eingenommen haben. Die Reaktionszeiten der Polizei konnten auf diese Weise deutlich verkürzt werden.

Das Thema Gewalt im Allgemeinen und die damit einhergehende Angst im Stadtteil wurden ebenfalls in den Arbeits- und Gesprächskreisen thematisiert. Es wurden Nachspaziergänge durchgeführt, um festzustellen, wo es Angsträume gibt, wo ein Raum nicht genügend ausgeleuchtet ist und wo die Wegeführungen so ungünstig sind, dass dort Angsträume entstehen (können). Anschließend an diese Bestandsaufnahme wur-



den mit den verschiedenen Nutzergruppen Planungen erstellt, wie und was man gegen diese Probleme tun kann. Entsprechende Veränderungen in der Beleuchtung, Blickbeziehung/ Einsehbarkeit (Stichwort: soziale Kontrolle) wurden dann durchgeführt, um diese Angsträume nachhaltig zu beseitigen. Übergreifend konnte durch die Arbeit in den verschiedenen Themenfeldern eine intensi-

vere Zusammenarbeit der einzelnen Akteure und eine deutlich höhere soziale Kontrolle erreicht werden. Ebenso wurde der innere Zusammenhalt im Stadtteil gestärkt, die Zusammenarbeit mit der Polizei verbessert und die Anzahl der Angsträume im Stadtteil verringert. Insgesamt hat das subjektive Empfinden von Angst in Bergheim Süd-West bis heute deutlich abgenommen.

## Essen – Altenessen

Das Aktionsbündnis sicheres Altenessen (AsA) setzt sich zusammen aus der Arbeiterwohlfahrt des Kreisverbandes Essen, dem Jugendamt der Stadt Essen und der Polizei. Die Ausgangslage im Stadtteil Altenessen zum Zeitpunkt der Gründung des Aktionsbündnisses im Jahr 2010 war folgende: Es gab eine skandalisierte Berichterstattung der Medien speziell über die Situation am Bahnhof in Altenessen-Süd, was zu einem negativen Image des gesamten Stadtteils führte.

Es gibt im Stadtteil einen hohen Anteil an Migranten/-innen, insbesondere kurdische Libanesen in Großfamilien treten als problematische Gruppe auf. Ein paar dieser Großfamilien sind in anderen deutschen Großstädten in der organisierten Kriminalität verstrickt. In Essen gibt es diesbezüglich keine Erkenntnisse. Die jungen Mitglieder dieser Familien treten aber erheblich im Bereich der Jugendkriminalität in Erscheinung. Der Bezirk Altenessen-Süd hatte zum Projektbeginn im Stadtgebiet die höchste Belastung an Jugendkriminalität und gleichzeitig die höchste Armutsbelastung. In Altenessen-Süd leben 70% aller Kinder in Familien mit Bezug von Transferleistungen. Es gab acht große Polizeieinsätze aufgrund von Massenschlägereien libanesischer Großfamilien, teilweise auch auf öffentlichen Festen. Diese Entwicklungen haben das Unsicherheitsempfinden der Bürger/-innen im Stadtteil stark geprägt und waren die Initialzündung für den Start des Projekts „Aktionsbündnis sicheres Altenessen (AsA)“ im Jahr 2010.

Ein erster Schritt zum Start des Projekts war eine Ende 2010 durchgeführte Befragung zur Einschät-



Thomas Rüh, Sozialarbeiter bei der Arbeiterwohlfahrt (AWO) – Kreisverband Essen

zung der Sicherheitslage im Stadtteil. Befragt wurden Bürger/-innen (insbesondere auch Jugendliche), Geschäfte und Institutionen. Insgesamt schätzte etwa die Hälfte aller Befragten die Sicherheitslage im Stadtteil als schlecht ein. Dabei gab es auch Personen, die angegeben haben, sich in gewissen Teilbereichen des Stadtteils nicht mehr alleine aufzuhalten oder über einen Wegzug nachzudenken, falls sich die Sicherheitslage nicht verbessern sollte. Trotzdem wurde von vielen auch angegeben, dass man gerne im Stadtteil wohne. Mit Hilfe der Informationen aus der Befragung wurde der handlungsrelevante Sozialraum identifiziert und fünf Orte im Stadtteil als Handlungsschwerpunkte benannt (Abb. 9).

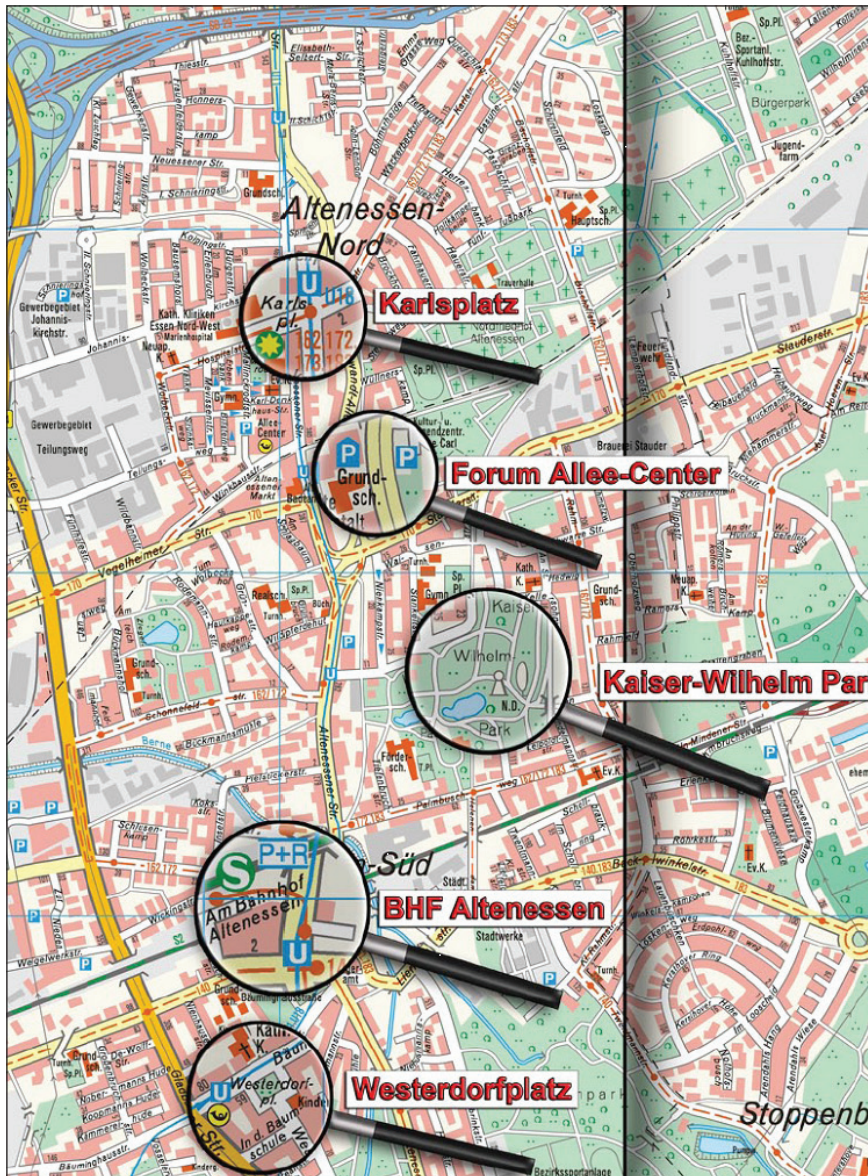


Abb. 9: Die fünf Handlungsschwerpunkte in Altenessen, Quelle: Präsentation Thomas Rüth, 9.10.2014

Die genannten Orte wurden mit den Polizeidaten abgeglichen. Dabei stellte sich heraus, dass es an diesen Orten tatsächlich gehäuft zu Straftaten kommt, die das Opfer direkt treffen, d.h. Raubstraf-taten, Beleidigungen, Nötigungen oder Körperverletzungen. Die fünf Orte liegen alle an einer Achse, der Altenessener Straße, die auch Haupteinkaufsstraße im Gebiet und somit ein Hauptwegpunkt der Altenessener Bürger/-innen ist. Von dem unteren Punkt, dem Westerdorfplatz, bis zum oberen Punkt, dem Karlsplatz, sind es ca. 1,8 Kilometer. In diesem Gebiet hielten sich regelmäßig ungefähr 180 Jugendliche – viele aus den libanesischen

Großfamilien – auf, die deutlich einen Gebietsanspruch für sich proklamiert haben. Da führte die Nennung des Nachnamens häufig dazu, dass ein hochwertiges Handy freiwillig hergegeben wurde. Aber gerade durch die Begrenztheit dieses Stadtgebietes gab es gute Chancen für ein kleinräumiges, kriminalpräventives Netzwerk und es gab die Vorerfahrung aus anderen Programmgebieten der Sozialen Stadt. Auf der Grundlage dieser Erkenntnisse wurde das Aktionsbündnis sicheres Altenessen gegründet.

Das Aktionsbündnis agiert unter Federführung der Stadt Essen. Im Zentrum steht eine kleine Steuerungsgruppe unter Koordination der AWO, bestehend aus der Leitung der Jugendamtsnebenstelle für den Bereich Altenessen und einer Vertreterin der Polizei (Leiterin der Bezirksdienstbeamten und gleichzeitig die Kontaktperson für muslimische Institutionen). Dieses Gremium trifft sich 14-tägig im Stadtteil. Zusätzlich gibt es verschiedene Teams mit entsprechenden Regelins-

titutionen im Hintergrund. Zum einen das Team Stadtteil, das sich mit einem Sozialarbeiter und einem Sporttrainer in Form von aufsuchender Arbeit um die Jugendlichen kümmert und Sportangebote vorbereitet. Ein weiteres Team ist das Team Familien & Hausbesuche, bestehend aus Sozialarbeitern unterschiedlicher Nationalitäten und dem Jugendkontaktbeamten der Polizei, die bei abweichendem Verhalten Hausbesuche in den betroffenen Familien durchführen. Dabei wurden sie bei Bedarf zusätzlich von einem türkischen und einem libanesischen Imam unterstützt.





Abb.10: Imagekampagne für Altenessen, Quelle: Präsentation Thomas Rüth, 9.10.2014

Des Weiteren gibt es das Team Sanktion und Gefährdungsansprachen, bestehend aus 7 Bezirksbeamten/-innen einer „Ermittlungsgruppe Jugend“ der Polizei und der Jugendgerichtshilfe. Zusätzlich gibt es das Team Veranstaltungen, das unter anderem die problematischen Stadtteilstefte betreute. Alle Akteure aus diesen Teams stammen aus den Regelinstitutionen, so dass letztendlich vorhandenes Personal zusammengeführt wurde. Das Aktionsbündnis mit den entsprechenden Teams trifft sich ebenfalls versetzt zur Steuerungsgruppe 14-tägig im Stadtteil. So kann direkt und zeitnah vor Ort besprochen werden, was gerade im Stadtteil passiert und welcher Handlungsbedarf besteht. In erster Linie handelt es sich dabei um polizeiliche Ermittlungsarbeit, Straßensozialarbeit, Interventionen bei Intensivtätern/-innen und bei Ersttätern/-innen.

Aber auch Hausbesuche in den Familien bzw. Hausbesuche bei Beschwerdeführern haben einen nicht zu unterschätzenden Effekt. Hier kann auf direktem Wege einem Teil der Unsicherheit

der Menschen vor Ort entgegengewirkt werden, die eine große Frustration entwickeln, wenn ihre Beschwerden bei den Behörden keine Wirkung zeigen. Des Weiteren geht es um Schlichtungen von Wohnumfeld- und Nachbarschaftskonflikten sowie Einsätze in öffentlichen Verkehrsmitteln. Es gibt ein festes Konzept zur Krisenintervention an einzelnen Schulen im Stadtteil und es werden auch Opfer von Straftaten besucht. Außerdem gibt es noch Hausbegehungen bei Zugewanderten aus Süd-Ost-Europa.

Ergänzend dazu wurden durch das Aktionsbündnis verschiedene Maßnahmen umgesetzt:

- Einrichtung einer libanesischen Frauengruppe,
- Schaffung neuer Angebote für Jugendliche,
- Konzeption eines Maßnahmenpakets für Schulen,
- vermehrte Einsätze in Bussen und Bahnen,
- vermehrte Einsätze in einem problematischen Freibad.

Besonders in den Schulen und den öffentlichen Verkehrsmitteln wurde auf eine direkte Intervention mit starker Präsenz gesetzt. In den Schulen wurden Vollversammlungen durchgeführt, in denen alle Schüler/-innen einen Regelsatz für ordnungs- und straffreies Verhalten unterschrieben haben. Das wurde jeweils mit einem türkischen bzw. einem libanesischen Imam und einem evangelischen Geistlichen organisiert. In den nächsten zwei bis drei Wochen wurden bei entsprechenden Zuwiderhandlungen sichtbare Sanktionen eingeleitet. Wenn es zu entsprechenden strafwürdigen Vorfällen gekommen ist, wurden Schüler/-innen mit der Polizei direkt aus dem Unterricht geholt, wenn nötig auch innerhalb einer Woche mehrmals aus einer Klasse.

Darüber hinaus gab es Einsätze in Schulbussen. Es gab massive Beschwerden von Fahrgästen, die sich nicht mehr getraut haben mit einer bestimmten Buslinie zu fahren. In diesen Bussen wurden junge Polizeibeamtinnen aus einer Einsatzhundertschaft in zivil platziert. Als es dann zu entsprechenden Straftaten kam, wurde der Bus zwischen zwei Haltestellen angehalten und die tatverdächtigen Jugendlichen aus dem Bus geholt und zur Polizeiwache gebracht. Dort saßen dann Vertreter/-innen des Jugendamtes, die die Eltern der betroffenen Schüler/-innen einbestellt haben. Die hohe sichtbare Öffentlichkeit dieses Vorgehens hatte sich relativ schnell unter den Jugendlichen herumgesprochen.

Seit Ende 2012 ist Altenessen nun Programmgebiet der Sozialen Stadt. Das „Aktionsbündnis sicheres Altenessen“ arbeitet seit dieser Zeit sehr eng mit der Quartiersmanagerin zusammen.

Ein wichtiges Ziel dieser Zusammenarbeit ist es, das negative Image von Altenessen umzukehren. Es konnten 25 engagierte Bewohner/-innen gewonnen werden, die Interesse daran haben aktiv etwas am Altenessener Image zu verbessern (Abb. 10).

Diese Akteure haben schließlich die „Altenessen-Konferenz“ ins Leben gerufen. Die erste Konferenz ist von über 350 Menschen aus dem Stadtteil besucht worden. Mittlerweile gibt es die vierte Konferenz und die Wahrnehmung des Stadtteils verändert sich nach und nach zum Positiven. Die Menschen wurden durch die Konferenzen dazu ermutigt, sich nicht nur zu beschweren, sondern aktiv mit anzupacken und etwas zu verändern. Als ein konkretes Beispiel ist die Müllsammlung am Altenessener Bahnhof mit Unterstützung der Bewohner/-innen zu nennen, die später auf den gesamten Stadtteil ausgeweitet wurde.

Die Entwicklung der Straftaten im Stadtteil zeigt bereits eine positive Entwicklung. Seit 2011 sind die Straftaten im gesamten Stadtteil Altenessen, aber auch im Bezirk Altenessen-Süd rückläufig.



## Anhang 1: Zusammenfassung der SoPräv-Ergebnisse

### Sozialräumliche (Kriminal-)Prävention in Quartieren in NRW (Forschungsprojekt)

#### Hintergrund/Zielsetzung

Sicherheit ist eines der Grundbedürfnisse in der Bevölkerung und Grundlage für die Teilhabe am städtischen Leben. Insbesondere im lebensnahen Umfeld, dem Quartier, ist die Wohn- und Lebensqualität besonders stark vom eigenen Sicherheitsempfinden abhängig. Vor allem in benachteiligten Quartieren, die soziale Problemlagen aufweisen, können häufig Defizite im Empfinden der Bevölkerung auf diesem Gebiet festgestellt werden. Unterschiedliche Bewohnerbefragungen ergaben, dass Sicherheit gerade dort ein wichtiger Themenbereich ist. Die genaue Erfassung der Problemlage zur Kriminalität ist allerdings schwierig, da hier Erkenntnisse aus polizeilichen Kriminalstatistiken nicht ausreichen, um neben registrierten Straftaten auch andere Faktoren, wie Verwahrlosung, Anonymität oder delinquentes Verhalten zu erfassen. Die Schere zwischen der „objektiven“ Kriminalitätsbelastung (tatsächlich begangenen Straftaten und Ordnungswidrigkeiten) und dem „subjektiven“ Sicherheitsempfinden (Angst vor Kriminalität) der Bewohner/-innen kann dabei enorm auseinandergehen. Zusätzlich können Konflikte und Störungen im Wohnumfeld auftreten, die grundlegend zwar nicht als Kriminalität oder Sicherheitsproblem eingestuft werden können, jedoch zu erheblichen Problemen und Spannungen zwischen den Bewohnern/-innen führen und die Lebensqualität einschränken können.

Wird das Problem vor Ort in der Kommune folgerichtig erkannt und definiert, können Maßnahmen und Projekte entwickelt werden, die dieser Problematik direkt oder indirekt entgegenwirken. Dies können sowohl soziale Projekte zur Förderung von Kindern und Jugendlichen (z. B. Projekte in den Bereichen Bildung, Erziehung, Konfliktmanagement) als auch städtebauliche Maßnahmen (z. B. Beleuchtungskonzepte, Beseitigung von Angsträumen) sein. Im Idealfall kommt es zu einem integrierten Maßnahmenbündel wie insbesondere im Programm Soziale Stadt. Über die Wirksamkeit bzw. Reichweite und Nachhaltigkeit dieser Maßnahmen insbesondere in

(kriminal-)präventiver Hinsicht ist allerdings bislang nur wenig bekannt.

Bei dem 1993 unter dem Titel „Integriertes Handlungsprogramm der Landesregierung Nordrhein-Westfalen für Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf“ ins Leben gerufenen Handlungsprogramm Soziale Stadt NRW handelt es sich weniger um ein Förderprogramm im klassischen Sinne als vielmehr um eine programmatische Idee: Vorhandene Ressourcen und Kräfte sollen mobilisiert und intelligent eingesetzt werden, um den Prozess des Strukturwandels positiv zu gestalten und eine stabilisierende Entwicklung in den Quartieren in Gang zu setzen. Das integrierte Handeln sowie die Aktivierung und Beteiligung verschiedener Akteure, insbesondere jedoch der Bewohner/-innen, ist wesentliches Merkmal dieses Ansatzes. Das 1999 von allen Bundesländern und der Bundesregierung gemeinsam aufgelegte Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Die Soziale Stadt“ orientiert sich deutlich am Vorbild aus NRW. Die Mittel des Bundes werden als Finanzhilfen nach Artikel 104b Grundgesetz an die Länder gewährt, ihre Verwendung ist in regelmäßigen Abständen zu evaluieren.

Auf Länderebene sind in den letzten Jahren zahlreiche Zwischenevaluationen<sup>1</sup> des Programms durchgeführt worden. In NRW konnte bereits im Jahr 2000 eine erste Evaluationsstudie<sup>2</sup> vorgelegt werden. Im Jahr 2002 wurde vom Landtag eine systematische Programmevaluation beschlossen, die mehrere Evaluationsteile und -berichte umfasste. Neben Untersuchungen zu den „Kontextbedingungen der Stadtteilentwicklung“<sup>3</sup> und der „Analyse qualitativer Prozesse“<sup>4</sup> wurden in zwei Fallstudien die Handlungsfelder „Lokale Ökono-

<sup>1</sup> Zimmer-Hegmann, Ralf/ Sucato, Evelyn (2007): Evaluation in der Sozialen Stadt – Ein Überblick aus Länderperspektive. In: Zeitschrift für Evaluation. Heft 1/2007, S. 79-107.

<sup>2</sup> Austermann, Klaus/ Zimmer-Hegmann, Ralf (2000): Analyse der Umsetzung des integrierten Handlungsprogramms für Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf. Evaluationsbericht zum nordrhein-westfälischen Landesprogramm. ILS-Schriften Bd. 166. Dortmund.

mie<sup>45</sup> sowie „Schulen im Stadtteil“<sup>46</sup> in einzelnen Programmgebieten vertiefend untersucht. Daneben waren die Programmgebiete angehalten, eigene Selbstevaluationen durchzuführen. Eine Querauswertung dieser Selbstevaluationsberichte wurde im Jahre 2012 vorgelegt.<sup>7</sup>

Die Themen Kriminalprävention und Sicherheit wurden in den bisherigen Evaluationen nur am Rande beleuchtet. So zeigt die Querauswertung der Selbstevaluationsberichte, dass in etwas mehr als der Hälfte aller Berichte (22 von 36) zwar kriminalpräventive Maßnahmen genannt werden, die teilweise oder vollständig dem kriminalpräventiven Bereich zugeordnet werden können. In den meisten Fällen sind dies die verstärkte Netzwerkarbeit und Kooperation zwischen Kommune, Polizei sowie den Bewohnern/-innen des Quartiers. Weiterhin liegen die Schwerpunkte der Maßnahmen in der Aufwertung der städtebaulichen Infrastruktur und in der Durchführung von einzelnen kriminalpräventiven Maßnahmen. Das Thema Sicherheit wird von einigen Kommunen auf die Sicherheit im Bereich Verkehr und verkehrliche Infrastruktur begrenzt. Grundsätzlich lässt sich feststellen, dass Kriminalprävention bislang als strategisches Handlungsfeld in den Zielen der Kommunen der Sozialen Stadt nur eine untergeordnete Bedeutung hat. Lediglich im Handlungsziel „Mehr Sicherheit und Aufenthaltsqualität im

öffentlichen Raum“ wird die Thematik mehrmals implementiert. In dieser Studie stehen daher die Analyse von Maßnahmen zur Prävention von Straftaten und der Erhöhung von Sicherheit in benachteiligten Stadtteilen im Fokus. Dabei wird auf ein erweitertes Verständnis der Kriminalprävention Bezug genommen, das sowohl die „objektive“ als auch die „subjektive“ Sicherheit umfasst und auch den Bereich von Störungen und Konflikten im Sozialraum thematisiert. Hierbei lassen sich verschiedene Problemkategorien unterscheiden: Straf- und ordnungsrechtliche Verstöße, die Prävalenz von Risikofaktoren im Sozialraum, soziale Konflikte im Sozialraum und Unsicherheitswahrnehmungen.

### Vorgehen

Um diese Erkenntnislücke zu füllen, wurden Untersuchungen in fünf Quartieren der Sozialen Stadt in Nordrhein-Westfalen durchgeführt. In diesen Quartieren mit entsprechenden Problemlagen wird bzw. wurde insbesondere durch das bisherige Städtebauförderungsprogramm Soziale Stadt eine integrierte Intervention zur Stabilisierung dieser Quartiere versucht, die auch kriminalpräventive Zielsetzungen und Maßnahmen umfasst. Neben originär städtebaulichen Ansätzen werden auch infrastrukturelle, soziale sowie kulturelle Ansatzpunkte gewählt, wodurch die präventive Bedeutung des Programms erkennbar wird. Es wurden Quartiere ausgewählt, bei denen konzeptionell das Thema Kriminalität und (Un-)Sicherheit eine gewisse Bedeutung hat. Ferner handelt es sich um Quartiere unterschiedlicher Größe in unterschiedlich großen Städten mit einer entsprechenden regionalen Verteilung in NRW und auch unterschiedlichen städtebaulichen und sozialstrukturellen Bedingungen.

Bei der Auswahl der Fallstudiengebiete wurden Quartiere in Nordrhein-Westfalen (NRW) berücksichtigt, die sich zur Zeit der Projektdurchführung in der Förderung der Sozialen Stadt befanden oder dessen Förderung vor kurzem ausgelaufen war. Mithilfe der genannten Selbstevaluationsberichte aller Fördergebiete in NRW wurde eine Auswahl von insgesamt fünf Quartieren getroffen.

<sup>3</sup> Kersting, Volker/ Strohmeier, Klaus Peter/ Triesch, Marion (2008): Soziale Kontextbedingungen der Stadtteilentwicklung. Indikatoren gestütztes Monitoring im Rahmen der Evaluation des integrierten Handlungsprogramms ‚Soziale Stadt in NRW‘. Endbericht. Essen.

<sup>4</sup> Aehnelt, Reinhard/ Berendt, Ulrike/ Kahl, Michael/ Kloth, Melanie/ Ruiz, Marcelo (2008): Soziale Stadt NRW. Evaluationsbaustein „Analyse qualitativer Prozesse“. Zusammenfassender Bericht. Essen.

<sup>5</sup> Neumann, Uwe/ Schmidt, Christoph M./ Trettin, Lutz (2007): Förderung der Lokalen Ökonomie. Fallstudie im Rahmen der Evaluation des integrierten Handlungsprogramms „Soziale Stadt“ in Nordrhein-Westfalen. Essen.

<sup>6</sup> Olejniczak, Claudia/ Schaarschmidt, Thomas (2005): Schulen im Stadtteil. Fallstudie im Rahmen der Evaluation des integrierten Handlungsprogramms „Soziale Stadt NRW“. Bericht 108.04. Hannover, Essen.

<sup>7</sup> Zimmer-Hegmann, Ralf/ Fasselt, Jan (2012), Querauswertung Selbstevaluation Soziale Stadt NRW, Dortmund. (unveröffentlicht)

Im Fokus der Auswahlkriterien standen die Problemanalyse in Bezug auf Kriminalität und Unsicherheiten im Quartier sowie das Vorhandensein eines kriminalpräventiven Ansatzes im Projektkonzept. Unterschieden wurden die fünf Auswahlgebiete in einer „Intensiven Analyse“ und einer „Analytischen Nachbetrachtung“ für ehemalige Soziale Stadt-Gebiete, dessen Förderung seit wenigen Jahren ausgelaufen war. Um ein möglichst großes Spektrum an unterschiedlichen Stadt- bzw. Raumtypen abbilden zu können, wurden neben innerstädtischen Gebieten, auch Großwohnsiedlungen und Städte im ländlichen Raum bei der Auswahl berücksichtigt.

Schließlich wurden für die intensive Analyse aus dem innerstädtischen Bereich das Quartier Altenessen-Süd/Nordviertel in der Stadt Essen, aus dem ländlichen Raum der Bökendorfer Grund in Brakel im Kreis Höxter und die Großwohnsiedlung Bergheim Süd-West in der Mittelstadt Bergheim ausgewählt. In der analytischen Nachbetrachtung, die vor allem die Nachhaltigkeitseffekte von kriminalpräventiven Maßnahmen nach dem Auslaufen der Förderung im Blick hatte, wurden das Quartier Hamm-Norden als innerstädtischer Bereich (in Randlage) in der Stadt Hamm sowie die Großwohnsiedlung Clarenberg im Stadtteil Hörde in Dortmund ausgewählt (Abb. 11).

Mit Hilfe von Leitfadeninterviews mit verantwortlichen Akteuren (u.a. Kommunalpolitik und -verwaltung, Polizei, soziale Einrichtungen, Wohnungsunternehmen) aus den Stadtteilen und Analysen von Unterlagen und Berichten über bestehende Maßnahmen und Projekte wurde die (kriminal-)präventive Wirksamkeit und Nachhaltigkeit im Rahmen des integrierten Programmansatzes der Sozialen Stadt geprüft. Daneben wurden Bewohner/-innen im Rahmen von Straßenbefragungen nach ihren Eindrücken über die Sicherheitssituationen und Kriminalitätsentwicklung in den Quartieren befragt



Abb. 11: Übersicht der Fallstudien, Quelle: eigene Darstellung 2015

(„subjektives“ Sicherheitsempfinden). Als letzter Analyseschritt erfolgte eine Auswertung von Daten der polizeilichen Kriminalitätsstatistik über die Entwicklung der „objektiven“ Kriminalitätsentwicklung in den Gebieten anhand von ausgewählten Delikten. Zwischenergebnisse des Projektes wurden in einem Expertenworkshop im Sommer 2013 und in einer Sitzung des Landespräventionsrates im November 2013 vorgestellt.

### Ergebnisse/ Schlussfolgerungen

Im Folgenden sollen die Ergebnisse aus den fünf Fallstudiengebieten zusammengefasst und soweit möglich vergleichend bewertet werden. Dabei wird zunächst auf die Entwicklung der objektiven Kriminalität und des subjektiven Sicherheitsempfindens anhand der Auswertungen der Kriminalitätsdaten (IGVP) sowie der durchgeführten Bewohnerbefragungen eingegangen. In einem zweiten Schritt werden die Wirkungen der durchgeführten Maßnahmen anhand der von uns unterschiedenen fünf Präventionsdimensionen insbesondere auf Grundlage der durchgeführten Experteninterviews in den Gebieten bewertet. Zuletzt sollen aus den gewonnenen Erkenntnissen allgemeine Schlussfolgerungen gezogen werden. Bei den nachfolgenden Ausführungen ist nochmal zu bemerken, dass sich die untersuchten fünf Fallstudiengebiete in unterschiedlichen Programmphasen der Umsetzung einer Vielfalt von baulichen, sozialen und netzwerkfördernden Maßnahmen des Programms Soziale Stadt zum Untersuchungszeitpunkt befunden haben.

Während in den Programmgebieten Hamm-Norden und Dortmund-Clarenberg die durchgeführten Maßnahmen schon länger zurückliegen und beide Stadtteile nicht mehr Bestandteil des Programms sind, befinden sich die Untersuchungsgebiete Bergheim Süd-West und Brakel-Bökendorfer Grund in der Endphase und das Gebiet Essen-Altenessen erst am Anfang der Programmumsetzung. Diese unterschiedlichen Programmphasen haben daher Auswirkungen auf die Wirkungsintensität und -breite im Maßnahmenbereich und damit vermutlich auch auf die Kriminalitätsentwicklung und das subjektive Sicherheitsempfinden.

#### **Entwicklung der objektiven Kriminalität und des subjektiven Sicherheitsempfindens**

Während in den Untersuchungsgebieten Brakel-Bökendorfer Grund, Bergheim Süd-West und auch Dortmund-Clarenberg offenbar aufgrund der Wirkungen der durchgeführten Maßnahmenbündel eine zum Teil deutlich positive Entwicklungstendenz bei der objektiven Kriminalität und auch dem subjektiven Sicherheitsempfinden zu verzeichnen ist, verharren beide Bereiche in Essen-Altenessen noch auf einem deutlich höheren Niveau ohne erkennbaren positiven – wie aber auch negativen – Entwicklungstrend.

Das insgesamt höhere Kriminalitätsniveau und Unsicherheitsempfinden hängt dabei gewiss auch damit zusammen, dass großstädtische Stadtbereiche aufgrund der Konzentration von kriminalitäts- und unsicherheitsfördernden Faktoren hier in der Regel auffälliger sind, als Bereiche in Klein- oder Mittelstädten (vgl. z. B. Glaeser/Sacerdote 1999<sup>8</sup> ; Oberwittler/ Köllisch 2003<sup>9</sup> ; Bruinsma 2007<sup>10</sup>).

Mit Einschränkung gilt das auch für Hamm-Norden. Allgemein hat die Bewohnerbefragung in den Gebieten auch gezeigt, dass ältere Menschen und Frauen eine tendenziell empfindlichere Kriminalitätswahrnehmung als die übrigen Bevölkerungsgruppen aufweisen. Eine Erfahrung, die sich mit ähnlichen Befragungen und dem Stand der Forschung deckt (vgl. z. B. Kury/Obergfell 1998<sup>11</sup> ; Kury/Lichtblau/Neumeier 2004<sup>12</sup>).<sup>13</sup> Mit Abstand am günstigsten ist die Entwicklung in Brakel. Hier hat die Bewohnerbefragung gezeigt, dass sich die Lage im Stadtteil Bökendorfer Grund deutlich entspannt hat. Ein großer Teil der Befragten urteilt, dass sich die Sicherheitssituation bzw. ihr persönliches Sicherheitsgefühl in den letzten Jahren zum Teil deutlich verbessert hat. Die weit überwiegende Mehrheit der Befragten schätzt sowohl die allgemeine als auch die persönliche Sicherheitslage als gut bzw. sehr gut ein. Diese positive Wahrnehmung wird durch die Kriminalitätsdaten bestätigt, die zeigen, dass die ohnehin vergleichsweise niedrige Zahl der erfassten Delikte pro Einwohner/-in im Bökendorfer Grund seit 2010 rückläufig ist. Das lässt die Schlussfolgerung zu, dass die integrierten und unterschiedlichen Maßnahmen und Aktivitäten im Rahmen des Programms Soziale Stadt offenbar eine positive Wirkung in der Kriminalitätsentwicklung und -wahrnehmung erzeugen konnten.

Positiv sind auch die Entwicklungen in Dortmund-Clarenberg. Die allgemeine Sicherheitslage wird überwiegend positiv eingeschätzt, das persönliche Sicherheitsempfinden der Bevölkerung im Quartier ist zudem hoch und die Angst, selbst Opfer einer Straftat zu werden, eher gering.

<sup>8</sup> Glaeser, Edward L./ Sacerdote, Bruce (1999): Why Is There More Crime In Cities? *Journal of Political Economy*, Jg. 107, H. 6: S. 225-258.

<sup>9</sup> Oberwittler, Dietrich/ Köllisch, Tilman (2003): Jugendkriminalität in Stadt und Land. In: Raithel, Jürgen/ Mansel, Jürgen (Hrsg.): *Kriminalität und Gewalt im Jugendalter*. Weinheim u. München.

<sup>10</sup> Bruinsma, Gerben J. N. (2007): *Urbanization and Urban Crime: Dutch Geographical and Environmental Research*. *Crime and Justice in the Netherlands*, Jg. 35, H. 1: S. 453-502.

<sup>11</sup> Kury, Helmut/ Obergfell-Fuchs, Joachim (1998): Kriminalitätsfurcht und Alter. Ergebnisse aus Ost- und Westdeutschland. In: *Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform*, Jg. 3: S. 198-217.

<sup>12</sup> Kury, Helmut/ Lichtblau, Andrea/ Neumaier, André (2004): Was messen wir, wenn wir Kriminalitätsfurcht messen? In: *Kriminalistik*, Jg. 58, H. 7: S. 457-465.

<sup>13</sup> Mit Blick auf die Interpretation der Forschungsergebnisse ist insofern zu berücksichtigen, dass es bei den Bewohnerbefragungen einen statistischen Überhang gerade von älteren Frauen gegeben hat, da diese im Stadtraum häufiger angetroffen wurden.



Laut den Befragten hat sich die Situation im Stadtteil außerdem in den letzten Jahren tendenziell verbessert. Eine Mehrheit der Bevölkerung hat jedoch auch schon Situationen der Unsicherheiten beobachten können. Hierzu gehören hauptsächlich Verunreinigungen des öffentlichen Raumes, Sachbeschädigungen, Drogendelikte sowie Einbrüche und Diebstähle. Dementsprechend führen daher vielmehr eher sogenannte Incivilities zu Unsicherheitsgefühlen im Clarenberg als Kriminalität und personenbezogene Delikte. Das deckt sich ebenfalls mit den Daten zur Kriminalitätsentwicklung, die zwischen 2009 und 2013 sowohl ein relativ niedriges als auch ein stabiles Kriminalitätsniveau in Clarenberg dokumentieren.

Tendenziell positiv ist ebenfalls der Entwicklungstrend in Bergheim Süd-West. Grundsätzlich wird auch hier die Sicherheitslage und die persönliche Sicherheit von der überwiegenden Zahl der Bewohner/-innen als eher positiv bewertet. Auch die Gefahr, selbst Opfer einer Straftat zu werden, wird eher gering eingeschätzt. Ein ambivalentes Bild zeigt sich allerdings bei den Wahrnehmungen der Veränderungen im Stadtteil. Die vielfältigen Aktivitäten im Rahmen des Programms Soziale Stadt führen bei einer Mehrzahl der Bewohner/-innen offenbar noch nicht dazu, in der Folge Verbesserungen bei der Kriminalitätsbelastung zu sehen. Ungefähr die Hälfte sieht keine Veränderungen, ungefähr ein Viertel sieht allerdings auch Verschlechterungen der Sicherheitssituation und nur ein Viertel sieht Verbesserungen.

Die Daten der objektiven Kriminalitätsentwicklung stützen diese Befunde insofern, dass im Zeitraum 2009 bis 2013 nur marginale Schwankungen in der Anzahl der in Bergheim Süd-West begangenen Straftaten dokumentiert sind. Dies trifft sowohl auf die absoluten Zahlen als auch die durch die Bevölkerungszahl relativierten Kennzahlen zu. Die Sicherheitssituation in Bergheim Süd-West wird daher insgesamt weniger von objektiven Kriminalitätsereignissen und mehr von Wahrnehmungen auf der Ebene der visuellen Kommunikation beeinflusst, die subjektive Unsicherheitsgefühle erzeugen. Es sind Risikozeichen, die

das Sicherheitsgefühl im öffentlichen Stadtraum beeinträchtigen, wie zum Beispiel Zerstörungen durch Vandalismus, Verunreinigungen, die nicht beseitigt werden, oder brach gefallene Gebäude und Flächen, für die sich niemand verantwortlich fühlt. Die Unordnung im Raum schwächt die Abwehrbereitschaft der Bewohnerschaft – im Denken, in der Wahrnehmung und im Handeln machen sich dann Resignation und Rückzug breit. Die beobachteten Zerstörungen und Verwahrlosungen werden als Signal der Gefahr und als Schwäche der für die Orte oder Gelegenheiten Verantwortlichen interpretiert.

Durch die Maßnahmen der Sozialen Stadt wurde offenbar ein großer Teil dieser Phänomene beseitigt, so dass die Spirale des Niedergangs und des Imageverlusts gestoppt werden konnte. Die Veränderungen stärken das Sicherheitsgefühl, weil wahrgenommen wird, dass die alltäglichen Routinen der Bewohnerschaft und der Stadtraumnutzer positiv beeinflusst werden. Interventionen von Wohnungsunternehmen (z. B. durch Instandhaltung), der Kommune (z. B. durch Pflege) und der Polizei werden als Schutzhinweise wahrgenommen, dass die Verantwortlichen sich nun mehr um das Gebiet kümmern.

Obwohl die große Mehrheit der Befragten gerne in Essen-Altenessen lebt und wohnt, werden hier bei vielen Bewohnern/-innen Ängste deutlich bzw. fühlen sich viele mit Unsicherheiten konfrontiert. Diese sind einerseits den tatsächlich erhöhten Vorfällen von Straftaten im Stadtteil geschuldet, andererseits aber auch der stark subjektiven Angst vor Kriminalität. Hauptursachen sind vor allem Ansammlungen von Jugendlichen im öffentlichen Raum, die durch Pöbeleien, Beleidigungen sowie kleine Delikten besonders stark auffallen und so die Bewohner/-innen ängstigen.

Die Ergebnisse zeigen, dass großer Handlungsbedarf in den Bereichen Unsicherheiten und Angst vor Kriminalität seitens der Bewohner/-innen besteht. Auch wenn keine Vergleichszahlen gegenüber früheren Zuständen vorliegen, lassen sich positive Entwicklungen bei der Wahrnehmung von

Kriminalität und Unsicherheit aus der Bewohner-sicht (noch) nicht feststellen. Vergleicht man die objektiven Kriminalitätsdaten für Altenessen mit diesen subjektiven Eindrücken aus der Bewohnerbefragung im Stadtteil, lässt sich feststellen, dass diese nur zum Teil deckungsgleich sind: Während etwas mehr als die Hälfte der befragten Bewohner/-innen keine Veränderungen in der Sicherheitslage sieht, attestiert sogar mehr als ein Drittel der befragten Bewohner/-innen in den letzten Jahren eine Verschlechterung der Sicherheitslage im Quartier.

Diese negative Wahrnehmung ist durch die Analyse der Kriminalitätsdaten, die seit 2011 sogar einen leichten Rückgang – auf allerdings insgesamt recht hohem Niveau – der erfassten Delikte zeigt, nicht gedeckt. Auch die interviewten Experten/-innen zeichnen einhellig eine tendenziell eher positive Entwicklung. Danach habe sich die allgemeine Sicherheitslage verbessert. Dies betreffe sowohl das subjektive Empfinden der Bürger/-innen als auch die Entwicklung der objektiven Kriminalität. Es komme zu weniger Unruhen und Auseinandersetzungen zwischen den Bewohnern/-innen. Nach Auskunft der Polizei habe sich z.B. die Zahl der Intensivtäter/-innen deutlich (von 28 auf 3) reduziert. Gleichwohl dominiert in Essen-Altenessen dennoch beim subjektiven Kriminalitätsempfinden eine eher negative Sichtweise.

Ein solches Abweichen zwischen objektiver Kriminalitätsentwicklung und subjektiver Wahrnehmung durch die Bewohner/-innen findet sich in ähnlicher Form auch für Hamm-Norden. Auch hier leben und wohnen die Menschen zu großen Teilen zwar gerne in ihrem Stadtteil, ausweislich der Befragung hat sich jedoch die Lebenssituation und Sicherheitslage für einen Teil der Bewohner/-innen in den letzten Jahren tendenziell eher verschlechtert. Der Stadtteil scheint hier insbesondere Probleme mit Einbrüchen und Diebstählen zu haben, während sich die in der Vergangenheit bestehenden Probleme im Bereich der Jugendgewalt und der Drogenkriminalität offenbar gebessert haben. Insgesamt ist im Gegensatz zur Wahrnehmung der Bevölkerung die Anzahl der

Delikte in den letzten Jahren jedoch kontinuierlich gesunken, was auf eine Verbesserung der Sicherheitslage hindeutet. Auch die Sichtweise der Expert/-innen ist deutlich positiver. Die Heterogenität der Verteilungsmuster zeigt einerseits an, dass sich die Gebiete in unterschiedlichen Phasen der sozialen Stadterneuerung befinden. Andererseits bilden sich darin auch unterschiedliche Belastungsgrade ab, an denen gezielt kriminalpräventive Strategien (weiter) ansetzen können und sollten.

Als Zwischenfazit kann festgehalten werden:

- Die große Mehrheit der Bevölkerung fühlt sich in den untersuchten Quartieren sicher bzw. sogar sehr sicher.
- In den innerstädtischen, dicht besiedelten Quartieren der Großstädte sind Ängste und Unsicherheitsgefühle stärker ausgeprägt.
- Die Sicherheitslage bzw. Unsicherheitsgefühle entwickeln sich in den Untersuchungsgebieten unterschiedlich.
- Bei älteren Befragten haben sich das Unsicherheitsempfinden und Einschätzungen zur Sicherheitslage im Quartier in den letzten Jahren stärker verschlechtert als bei jüngeren Befragten.
- Differenzen bestehen zum Teil zwischen der subjektiven Wahrnehmung („Story Telling“) über die Kriminalitätsbelastungen der Quartiere, der eigenen Betroffenheit von Kriminalität und Konflikten sowie der objektiven Kriminalität anhand der Daten der Kriminalitätsstatistik bzw. den Beschreibungen der Expert/-innen.

### **Wirkungen in den fünf Präventionsdimensionen**

Im Rahmen des integrierten Handlungsprogramms Soziale Stadt wurden in den Untersuchungsgebieten unterschiedliche bauliche und soziale Maßnahmen zur Aufwertung und Stabilisierung der Situation durchgeführt. Sowohl die Einzelmaßnahmen wie aber insbesondere das Zusammenwirken der unterschiedlichen Handlungsbereiche konnten dabei positive bis sehr positive kriminalpräventive Wirkungen entfalten. Mit Blick auf die von uns konzeptionell unterschiedenen fünf Dimensionen der Prävention (vgl. Kapitel 2 des ausführlichen Projektberichts) lassen sich die nachfolgenden Wirkungen feststellen bzw. Wirkungszusammenhänge vermuten.

Das Programm Soziale Stadt hat dazu beigetragen, dass sich verstärkt unterschiedliche Akteure im Bereich der Kriminalprävention auf gemeinsame Maßnahmen und Aktivitäten verständigt haben. So werden in den meisten Untersuchungsgebieten gezielte und verstärkte **ordnungsrechtliche und kontrollierende Maßnahmen** im Zusammenwirken zwischen Kommune und Polizei durchgeführt. Insbesondere eine allgemein höhere Präsenz von Ordnungsbehörden und Polizei in den Gebieten und die gezielte Ansprache insbesondere von gewalt- und kriminalitätsbereiten Jugendlichen haben positive Wirkungen auf Vandalismus, Sachbeschädigungen, gewalttätige Auseinandersetzungen sowie Drogenkriminalität. Allerdings ist auch zu vermuten bzw. wurde uns berichtet, dass es zu Verdrängungseffekten in andere Stadtteile gekommen ist. Die Bildung von dauerhaften Netzwerkstrukturen (z.B. Ordnungspartnerschaften) der beteiligten Akteure ist dabei von zentraler Bedeutung für eine erfolgreiche und kontinuierliche Kooperation. Diese Strukturen bieten auch eine Gewähr dafür, dass neben dem effektiven Einsatz repressiver Maßnahmen gezielt das Zusammenwirken mit Maßnahmen der baulichen und sozialen Prävention gesucht wird.

In der Mehrzahl der Untersuchungsgebiete konnte eine Vielzahl von baulichen und städtebaulichen Maßnahmen zur baulichen Aufwertung der Gebiete durchgeführt werden. Insofern können auch im Bereich **Gestaltung und Technik** positive kriminalpräventive Wirkungen konstatiert werden. Durch die Umgestaltung von öffentlichen (Grün-) Flächen, Gebäuden und Hauseingängen konnten bestehende Angsträume beseitigt werden.

Teilweise wurden dadurch auch bestehende Unsicherheits- und Kriminalitätsschwerpunkte beseitigt bzw. verlagert (z.B. Bahnhof Essen-Altenessen). Durch die Aufwertung von Wohnanlagen und Wohnumfeld kann auch die Bewohnerfluktuation reduziert werden (z.B. Dortmund-Clarenberg). Die Sanierung oder auch der Abriss von Wohnbeständen führt dazu, dass sozial problematische und konflikthafte Bewohnerstrukturen aufgelöst werden können (z.B. Brakel und Bergheim).

Insgesamt tragen die baulichen Maßnahmen dadurch auch zu einem deutlich besseren Erscheinungsbild der Stadtteile bei, was sich vermutlich positiv auf die subjektive Wahrnehmung und die Zufriedenheit der Bewohner/-innen sowie eine positive Imageentwicklung auswirkt. In diesem Zusammenhang kann auch die Umbenennung von bislang negativ belasteten Straßen- oder gar Quartiersnamen (Bsp. Brakel) einen positiven Effekt haben.

Um die **Nutzungsverantwortung und das Zusammenleben der Bevölkerung** zu fördern, wurden unterschiedliche Maßnahmen durchgeführt. Beispielsweise werden durch die Einrichtung von Mietergärten (z.B. Brakel) oder die gemeinsame Spielplatzplanung und -gestaltung mit den Betroffenen (z.B. Bergheim) die Identifikation und die Nutzungsverantwortung gesteigert und können Vandalismus und Sachbeschädigungen reduziert werden.

Maßnahmen zur Förderung der Begegnung und des Zusammenlebens wie z.B. Feste oder Kulturangebote stärken das bürgerschaftliche Miteinander und tragen zum Abbau von Vorurteilen und Konflikten bei. Gerade auch interkulturell oder intergenerativ ausgerichtete Angebote (z.B. Mehrgenerationenpark in Brakel) sind hier besonders förderlich. Insbesondere die Unterstützung von bürgerschaftlichen Aktivitäten, Strukturen und Vereinen (z.B. SüdWestWind in Bergheim) hat hier eine wichtige Bedeutung zur Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements und der Schaffung nachhaltiger und selbsttragender Strukturen. Damit werden außerdem das Selbstwert- und Zusammengehörigkeitsgefühl der Bewohner/-innen gesteigert, was auch positiven Einfluss auf das soziale Klima und damit den Abbau von sozialen Konflikten hat.

Im Rahmen des Programms Soziale Stadt wird ein starker Fokus gerade auch auf Maßnahmen zur **Stärkung der individuellen und sozialen Entwicklung** von benachteiligten Bevölkerungsgruppen gelegt. Im Mittelpunkt stehen hier insbesondere Kinder und Jugendliche sowie Aktivitäten

im Zusammenhang mit Jugendhilfe und Schule: Zusätzliche Streetworker, Angebote in Jugendzentren und Schulen, die Schaffung von Begegnungsräumen und -stätten. Auch wenn der Wirkungsnachweis hier nur schwer nachzuzeichnen ist, sind hiervon ebensolche sozialstabilisierenden und konfliktvermeidenden Wirkungen zu vermuten bzw. werden uns berichtet. Allerdings ist aus Untersuchungen bekannt, dass die erwünschten Wirkungen bzw. die Wirkungsreichweite nur dann erreicht werden, wenn Maßnahmen zur Anwendung kommen, die auf die jeweilige Bedarfssituation zugeschnitten sind und für die ein Nachweis der Wirkungskraft vorliegt (vgl. dazu auch die Grüne Liste Prävention unter: <http://www.gruene-liste-praevention.de/>). Ebenso wird von vielen zu Recht auf die Frage der Weiterführung und Verstärkung der Angebote und Infrastrukturen nach Auslaufen der zeitlich begrenzten Förderung durch das Programm Soziale Stadt hingewiesen.

In der Untersuchung ist an vielen Stellen deutlich geworden, dass nur durch das Zusammenwirken der unterschiedlichen Maßnahmenbereiche und durch den integrierten Programmansatz deutliche Wirkungen gerade auch in kriminalpräventiver Hinsicht entwickelt werden können. Als zentral für die Durchführung eines solchen integrierten Programmansatzes müssen dabei der Ausbau und die Stärkung von **Managementstrukturen** angesehen werden. Ob Quartiersmanagement, Ordnungspartnerschaft, wohnungswirtschaftliche Kooperation oder Jugendhilfenetzwerk: Die Stärkung solcher Strukturen ist entscheidend für den Erfolg und die Nachhaltigkeit der durchgeführten Maßnahmen. Daneben hängt der Erfolg solcher Maßnahmen und Kooperationen natürlich immer auch von engagierten und kooperationsbereiten Einzelpersonen ab (z. B. Hausmeister in Brakel). Vertrauen und niederschwellige Angebotsstrukturen sind ebenso wichtige Erfolgsgaranten.

### Allgemeine Schlussfolgerungen

Mit Blick auf die Gesamtwirkungen und die Nachhaltigkeit der durchgeführten Maßnahmen kann am Ende für die von uns untersuchten Fallgebiete zusammenfassend festgestellt werden:

- Es kommt zur Erzielung von (nachhaltigen) Wirkungen auf der Grundlage integrierter Bündel sozialraumbezogener Maßnahmen der Kriminalprävention. So konnten in den untersuchten Fallstudiengebieten durch die Kombination von baulichen, sozialen und netzwerkfördernden Projekten und Aktivitäten auch in kriminalpräventiver Hinsicht zum Teil deutliche Erfolge und Wirkungen erzielt werden, wobei kausale Wirkungszusammenhänge zu vermuten sind bzw. uns berichtet wurden.
- Es gibt Hinweise darauf, dass bessere Wirkungen (Input-Output-Verhältnis, Kommunikation) in kleinen, überschaubaren Gebieten als in großen städtischen Gebieten erzielt werden.
- Die Wirkungserfolge können in der Regel nur bei einem Erhalt der geschaffenen Angebote und Strukturen nachhaltig gesichert werden. Dazu bedarf es auch nach Ende der Förderung entsprechender Lösungen.
- Es gibt einen Widerspruch zwischen der Wirksamkeit von Maßnahmen und ihrer Wahrnehmung durch die Bevölkerung.
- Die Kommunikation von Erfolgen ist als wichtiger Faktor für die Wahrnehmung von Unsicherheit und für die Einschätzungen der Bewohner/-innen anzusehen.
- Das Programm Soziale Stadt ist eine wichtige und eine geeignete Plattform und Motor für Maßnahmen im Bereich der sozialraumbezogenen Kriminalprävention.
- Allerdings ist bislang noch eine untergeordnete Bedeutung von Sicherheit und Kriminalprävention in den integrierten Handlungskonzepten der Sozialen Stadt festzustellen. Nur in wenigen Handlungskonzepten finden sich explizite Ziele und Handlungsfelder für kriminalpräventive Maßnahmen. Implizit werden allerdings durch die meisten Maßnahmen auch kriminal- bzw. sozialpräventive Ziele angesprochen. Es fehlt allerdings überall ein strategisches Gesamtkonzept zur sozialräumlichen Kriminalprävention.



## Handlungsempfehlungen

Obwohl Fragen der (Un-)Sicherheit in den geförderten Projekten der Sozialen Stadt in NRW meistens implizit einen bedeutenden Stellenwert besitzen, werden Handlungsperspektiven der (Kriminal-)Prävention in den integrierten Handlungskonzepten weitgehend vernachlässigt und als nachgeordnetes Aktionsfeld behandelt. Es wird empfohlen, in den Gebieten der Sozialen Stadt verbesserte Instrumente und Verfahren zur Anwendung zu bringen, mit denen sich Probleme der Sicherheit und Ordnung wirkungsvoll bearbeiten lassen. Der mit dieser Studie vorgelegte Ansatz der „sozialräumlichen (Kriminal-)Prävention“ bietet Eckwerte dafür, die zu einem strategischen Gesamtkonzept für NRW weiterentwickelt werden können. Die zentralen Bausteine sind:

- Es wird empfohlen, die Prävention von Straftaten und Ordnungswidrigkeiten zur Erhöhung der Sicherheit in benachteiligten Stadtteilen zu einem festen Bestandteil in integrierten Handlungskonzepten der Sozialen Stadt zu erklären. Die lokalen Akteure sollen dabei einem erweiterten Verständnis der Kriminalprävention folgen, indem sie sowohl die „objektive Sicherheitslage“ als auch die „subjektive Sicherheitswahrnehmung“ systematisch in den Blick nehmen sowie die Störungen und Konflikte im Programmgebiet analysieren. Dazu bietet diese Studie vier Kategorien an: (1.) straf- und ordnungsrechtliche Verstöße, (2.) die Prävalenz von Risikofaktoren und (3.) soziale Konflikte im Sozialraum sowie (4.) Unsicherheitswahrnehmungen in der Bewohnerschaft.
- Dafür ist vor Ort eine interdisziplinäre Kooperation zwischen Stadt- und Grünflächenplanung, Jugend-, Gesundheits- und Sozialbehörde, Schulen, Wohnungswirtschaft (Eigentümer/-innen), Bewohnerbeirat und Polizei erforderlich. Im Allgemeinen kennen die beteiligten Akteure das lokale Erfahrungs- und Ereigniswissen der jeweilig anderen Disziplinen nicht. Um zu einer Problemdefinition kommen zu können, bedarf es eines intensiven Informationsaustausches nach den Merkmalen des in dieser Studie angewandten „Präventionsrasters“. Um die Ausgangssituation angemessen bewerten zu können, sollten polizeiliche Informationen zur Kriminalität, zu einzelnen Deliktarten, zu Ordnungswidrigkeiten und über Störungen und Konflikte nach einzelnen Raumbereichen des Programmgebiets hinzugezogen werden.
- Um Informationen über das Profil der Risiko- und Schutzfaktoren im Kinder und Jugendalter zu erhalten, wird eine enge Kooperation mit den lokalen Schulen empfohlen. In den Schulen kann der Fragebogen des Präventionsprogramms „Communities That Care“ (CTC) zur Erfassung der Prävalenz von Problemverhalten und Risikofaktoren zur Anwendung kommen, um auf der Basis der Risikofaktorenmatrix einen evidenzbasierten Ansatz für das Handlungsfeld der „sozialen Prävention“ abzuleiten. Die deutschsprachige Arbeitsgrundlage für eine systematische Schülerbefragung stellt der Landespräventionsrat Niedersachsen zur Verfügung.
- Die städtebauliche und wohnungswirtschaftliche Erneuerung kann die Angst erzeugenden Signale im Siedlungsraum mit ins Kalkül ziehen. Mangelhafte Gestaltungs- und Pflegequalitäten signalisieren Orte der Angst, weil Bewohner/-innen dort kriminelle Ereignisse befürchten. Daher muss Risikozeichen vorgebeugt werden, die das Sicherheitsgefühl im öffentlichen Raum beeinträchtigen. Zugleich sind die Erneuerungsstrategien darauf auszurichten, durch Gestaltung und Pflege Schutz- und Kontrollsignale zu erzeugen, die den Standort resilient machen, den Risiken und Bedrohungen zu widerstehen.
- Die sozialen Maßnahmen müssen dabei das Augenmerk darauf richten, dass in der Nachbarschaft gemeinsame Werthaltungen geteilt werden und die soziale Kohäsion unter der Bewohnerschaft gestärkt wird. Denn sie trägt entscheidend dazu bei, dass informelle soziale Kontrolle gelingt und untereinander auf die Einhaltung von gemeinsam getragenen Werten geachtet wird.
- Interventionen des Wohnungsunternehmens (z. B. Einsatz eines Concierge), eines kommunalen Fachbereichs (z. B. schnelle Beseitigung

von Schäden durch die Grünflächenpflege) und der Polizei (z. B. regelmäßige Präsenz) werden als positive Kontrollsignale wahrgenommen. Sie neutralisieren die Wahrnehmung von Risikosignalen und beeinflussen die Wahrnehmungen unter den Bewohnern/-innen positiv – dies stärkt das Sicherheitsgefühl. Umgebungsbezogene Kontrollsignale können schriftliche Hinweise oder der Einsatz einer Videoüberwachung sein. Durch solche äußeren Kontrollen wird die Fähigkeit in der Bewohnerschaft zur informellen sozialen Kontrolle erhöht. Kontakte und ein gutes Verhältnis zwischen dem Wohnungsunternehmen oder der Polizei als formale Kontrollagenturen und Bewohner/-innen, die sich in der informellen sozialen Kontrolle engagieren, werden als ausschlaggebend für ein gutes Sicherheitsgefühl angesehen.

- Vor diesem Hintergrund erscheint es sinnvoll, die sozialräumliche Kriminalprävention in den integrierten Handlungskonzepten der Sozialen Stadt konsequent einzubetten und von interdisziplinären Gremien begleiten zu lassen, die tiefenscharfe, kleinräumige Bestandsaufnahmen zur Identifizierung der Problemorte und Problemquellen leisten und auf dieser Grundlage einen kohärenten lokalen Aktionsplan der sozialräumlichen Kriminalprävention formulieren können, der am Modell des Präventionsrasters orientiert ist und die Konzipierung integrierter Maßnahmenbündel der (Kriminal-)Prävention ermöglicht.
- Auffallend ist ein Widerspruch zwischen der Wirksamkeit von Maßnahmen und ihrer Wahrnehmung durch die Bevölkerung. Die lokale Kommunikation stellt einen Schlüsselfaktor der Wahrnehmung von Unsicherheit durch die Bewohner/-innen dar. Neben dem Story Telling im Rahmen alltäglicher Begegnungen spielt die Presseberichterstattung der örtlichen Medien eine wichtige Rolle. Es wird deshalb empfohlen, frühzeitig Journalisten der lokalen Zeitungen zu beteiligen, ohne damit die Pressefreiheit einschränken zu wollen. So kann den Medienvertretern vermittelt werden, welche Rolle sie für den Erfolg der Stadter-

neuerung spielen und in welcher Weise eine polarisierende Berichterstattung die Angst der Bürger/-innen über Gebühr schüren kann. Das Stadtteilmaking zur Beeinflussung der Wahrnehmung von (Un-)Sicherheitsphänomenen durch die Bevölkerung hat somit eine große Bedeutung.

Wenn die genannten Empfehlungen im Programm Soziale Stadt stärker berücksichtigt werden, kann das Programm auch für Maßnahmen im Bereich der sozialraumbezogenen Kriminalprävention eine geeignete Plattform und ein starker Motor sein.

## Anhang 2: Zusammenfassungen der fünf SoPräv-Fallstudien

### Fallstudie Brakel-Bökendorfer Grund

#### Das Programmgebiet „Bökendorfer Grund“: Ausgangslage

Das Programmgebiet „Bökendorfer Grund“ (ehemals „Lange Wanne“) liegt in der Kleinstadt Brakel (ca. 16.800 Einwohner/-innen) im Kreis Höxter und umfasst neben der Wohnsiedlung die nördlich angrenzende ehemalige belgische NATO-Kaserne „Wachtmeester Maenhout“<sup>1</sup> (Abb. 12).

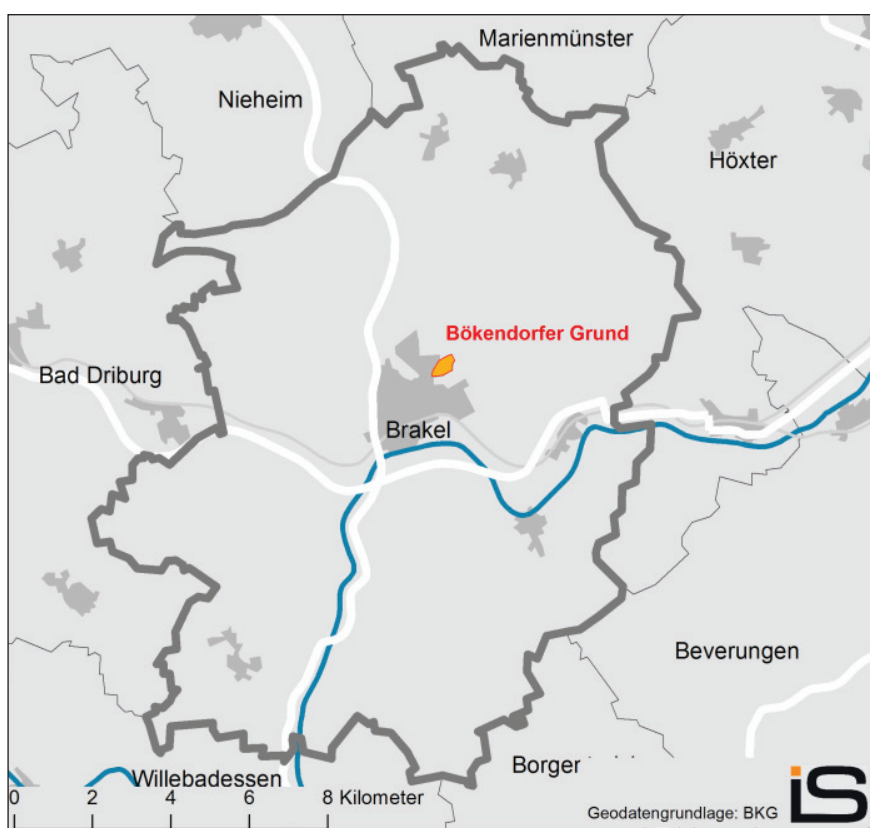


Abb. 12: Untersuchungsgebiet Brakel-Bökendorfer Grund, Quelle: eigene Darstellung 2014

Die Wohnungsbestände im Bökendorfer Grund befinden sich mittlerweile im Besitz der Di-WoPa, die den gesamten Bestand 2013 von der Wohnbau GmbH übernommen hat und seitdem verwaltet. Innerhalb des Gebietes wurden durch die Sprengung bzw. den Abriss größerer Wohnhäuser freigewordene Flächen an Privatpersonen zur Bebauung mit Einfamilienhäusern verkauft. Am nördlichen Rand des Gebiets schließt sich Ackerland an, während

sich der südliche Teil an einen Friedhof und die Jugendfreizeitstätte Brakel anschließt.

Das gesamte Gebiet mit Wohnanlage und NATO-Kaserne wurde 1965 erschlossen und bebaut. Die Bewohner/-innen sowie die ca. 1000 dort stationierten Soldaten/-innen lebten bis Anfang der 1990er Jahre in einem guten sozialen und friedlichen Umfeld.<sup>2</sup> Erst nach Abzug der Soldaten/-innen und dem Zuzug vieler Spätaussiedler/-innen aus den Ländern der ehemaligen Sowjetunion veränderten sich die Bedingungen und das Leben im Quartier „Lange Wanne“. Die entstandenen Problemlagen werden in den folgenden Abschnitten zur Ausgangssituation und Problembeschreibung näher erläutert.

Die Anerkennung der Problemlagen im Bökendorfer Grund veranlasste die Stadt Brakel zum Einschreiten. Schnell wurde deutlich, dass das Quartier neu strukturiert werden musste und eine bauliche Sanierung der kompletten Anlage notwendig war, um das Quartier aufzuwerten. Im Januar 2000 begann der Veränderungsprozess mit einer

Informationsveranstaltung, um die Bürger/-innen Brakels zu informieren und in den Umstrukturierungsprozess einzubinden. Bei der Veranstaltung wurde über die ersten anstehenden Maßnahmen im Bereich Modernisierung und Teilrückbau der Wohnanlagen referiert. Im Februar 2000 wurde die Wohnbau GmbH und die LEG Standort- und Projektentwicklungs GmbH mit der Erstellung eines integrierten Handlungskonzeptes sowie eines Rahmenplans beauftragt. Die Konzepte dienten als Grundlage für die im gleichen Jahr erfolgte

<sup>1</sup> Selbstevaluation Soziale Stadt Brakel: Bb-eu-partner/ Stadt- und Regionalplanung Dr. Jansen GmbH (Hrsg.) (2010): Soziale Stadt Brakel. Bökendorfer Grund/ Lange Wanne – Selbstevaluation. Köln: S. 5.

<sup>2</sup> ebda.: S. 6.

Aufnahme in das Förderprogramm Soziale Stadt. Im Frühjahr 2000 wurden die erarbeiteten Ergebnisse im Rahmen einer Stärken-Schwächen-Analyse der Öffentlichkeit präsentiert. Im Integrierten Handlungskonzept wurden folgende Hauptziele bzw. Maßnahmen festgelegt:

*Ein Architektenwettbewerb zur Neugestaltung der Wohnanlage, Teilrückbau und Modernisierung der Wohnanlage, Bewohnerbeteiligung am Prozess durch Workshops, Umbenennung der Straßen bzw. des Quartiers, Verkauf und Bebauung von Grundstücken für Einfamilienhäuser, Neukonzipierung der Straßenführung, Renovierung/Erweiterung der Jugendfreizeitstätte Brakel und Streetwork.* Im Bereich Kriminalprävention hat es kein konkretes Umsetzungskonzept gegeben. Die Ziele „Herstellung von Sicherheit“ und „Verminderung des Konfliktpotentials“ waren jedoch Bestandteil des Integrierten Handlungskonzeptes. Insbesondere soziale Maßnahmen sollten neben den baulichen zur Eindämmung von Kriminalität und Konflikten beitragen. Da das Kasernenareal nicht von Beginn des Prozesses an Teil des Förderungsgebietes war, wurden hierfür keine Ziele im Integrierten Handlungskonzept festgelegt.

In einem zweiten Handlungskonzept von 2009 wurde das Areal explizit mit eingebunden. Die Ziele bezogen sich vor allem auf die funktionale und gestalterische Aufwertung. Leerstehende Gebäude sollten neu genutzt sowie andere bestehende Komplexe abgerissen werden.

### Problembeschreibung

Die Probleme im Bereich **objektiver Kriminalität** umfassten vor allem gewalttätige Übergriffe, Körperverletzungen zwischen Jugendlichen, Drogenkonsum und -handel sowie Sachbeschädigungen an Wohngebäuden und in den Außenanlagen. Ein Interviewpartner der Polizei informiert darüber, dass sich die Vorfälle anhand der Kriminalstatistik eindeutig belegen lassen. Der massive Anstieg von Einsätzen der örtlichen Polizei im Quartier setzte die Akteure unter enormen Druck. Zudem gab es Probleme durch **Ordnungswidrigkeiten** wie Verunreinigungen (im Sinne rück-

sichtslosen Verhaltens bei der Benutzung öffentlicher Räume) sowie Probleme im Bereich Lärm und Ruhestörung. Vor allem die Jugendlichen im Wohngebiet hinterließen die Straßen und Wege zwischen den Gebäuden und Plätzen in einem verdreckten Zustand und sorgten dabei auch für Lärmbelästigungen. Häuserwände wurden häufig mit Graffiti besprüht. Ein Interviewpartner aus dem sozialen Bereich machte Perspektivlosigkeit, häufige Langeweile und fehlende Identifikation mit dem Wohnviertel für diese Verfehlungen verantwortlich. Fehlende Schulbildung und schlechte Sprachkenntnisse führten oft in die Arbeitslosigkeit, was die Unzufriedenheit noch verstärkte.

**Visuelle Unsicherheitszeichen** gab es in erster Linie durch die unansehnlichen Gebäude und das Wohnumfeld mit seiner geringen Aufenthaltsqualität. Die Bebauung des Quartiers war von Monotonie und Gleichförmigkeit geprägt, viele Häuser waren beschädigt oder in einem allgemein schlechten Zustand und es gab viele Wohnungsleerstände.<sup>3</sup> Das Quartier war nur im Süden verkehrlich an die Gesamtstadt angebunden und wirkte sehr isoliert. Neben dem ohnehin schon schlechten Image des Quartiers fehlte jegliche soziale Kontrolle, was einen weiteren Unsicherheitsfaktor darstellte. Insgesamt gesehen – dies wird von allen interviewten Akteuren bestätigt – wurden die Vielzahl von sozialen Problemen im Quartier durch die baulichen Mängel der Bestände, die räumliche Isolation zur Reststadt und die geringe Aufenthaltsqualität des Wohnumfeldes massiv verstärkt.

**Risikofaktoren** entstanden dadurch, dass in der Zeit zwischen 1988 bis 2005 ca. 2500 Spätaussiedler/-innen nach Brakel zogen, die hauptsächlich aus Staaten der ehemaligen Sowjetunion stammten. Über die Hälfte bezogen Wohnungen im Bökendorfer Grund. Daneben bewohnten aber auch weitere Migrantengruppen die

<sup>3</sup> Selbstevaluation Soziale Stadt Brakel: Bb-eu-partner/ Stadt- und Regionalplanung Dr. Jansen GmbH (Hrsg.) (2010): Soziale Stadt Brakel. Bökendorfer Grund/ Lange Wanne – Selbstevaluation. Köln: S. 6.



Wohnsiedlung, davon mehrheitlich mit türkischem Migrationshintergrund.

Die so entstandene Sozialstruktur im Quartier wurde vor allem durch einen hohen Anteil an Hinzugezogenen unter 21 Jahren geprägt. Zwar boten die jungen Menschen für die Stadt Brakel auch ein enormes Potenzial, jedoch waren die Jugendlichen mit gravierenden Problemen belastet. So gab es nicht nur Sprach- und grundlegende Anpassungsprobleme an die neue Kultur, hinzu kamen fehlende Chancen auf dem Bildungs- und Arbeitsmarkt, die zu Arbeits- und Perspektivlosigkeit führten, was sich in Vandalismus, Verunreinigungen, Gewalt sowie Alkohol- und Drogenkonsum kanalisierte.<sup>4</sup> Bis auf das Jugendzentrum bot das Quartier jedoch keinerlei Freizeit- und Treffmöglichkeiten für die Jugendlichen. In den Interviews wurde öfters verdeutlicht, dass neben baulichen auch soziale Maßnahmen im Quartier nötig wären.

Durch die allgemein dichte Besiedlung, den hohen Anteil an Jugendlichen und das Aufeinandertreffen verschiedener Kulturen kam es zu sozialen Konflikten und Spannungen im Quartier. So entstanden immer wieder gewalttätige Übergriffe zwischen Familien und Jugendlichen unterschiedlicher Ethnien, die letztlich sogar in „Straßenschlachten“ ausarteten. Neben Konflikten innerhalb der Bewohnerschaft des Bökendorfer Grunds kam es auch auf Seiten der Altbrakeler Bevölkerung zu Ablehnungs- und Stigmatisierungstendenzen. Der Bökendorfer Grund wurde von der restlichen Bevölkerung als Ort der Unsicherheit charakterisiert und daher gemieden.

### **(Kriminal-)Präventive Maßnahmen**

Im Bereich der **ordnungsrechtlichen Maßnahmen** wurde bereits seit Anfang der 1990er Jahre, als der „Arbeitskreis Lange Wanne“ zur Stabilisierung des Quartiers gegründet wurde, auf vor allem repressive Maßnahmen gesetzt. Es gab eine regelmäßige Bestreifung und Vor-Ort-Präsenz durch die Polizei und das Ordnungsamt

und zudem wurden regelmäßige Ortsbegehungen durchgeführt, um Missstände im Bereich Vermüllung, Vandalismus, Alkoholmissbrauch etc. aufzudecken und gegebenenfalls direkt vor Ort zu beseitigen. 1998 wurde der Arbeitskreis durch die Bildung einer Ordnungspartnerschaft, in dem sich bis heute wichtige Akteure der Stadt wie das Sozial- und Jugendamt, weitere soziale Einrichtungen oder Polizei und Ordnungsamt befinden, weiterentwickelt. Die stark repressiv ausgerichtete Strategie wurde zu Gunsten einer integrierten Herangehensweise, unter Einbeziehung vieler verschiedener Akteure, aufgegeben. Die neue Strategie umfasste ein vorausschauendes Belegungsmanagement der Wohnungen, präventive Maßnahmen und Angebote für Jugendliche und Familien sowie das schnellere Eingreifen bei Verstößen im Bereich Kriminalität bzw. Ordnungswidrigkeiten sowie der Moderation von Konflikten.<sup>5</sup>

Im Bereich **Gestaltung und Technik** wurde ein umfangreiches Gesamtkonzept zur Umgestaltung des Quartiers erstellt: Im Frühjahr 2000 wurde mit der Sprengung der achtgeschossigen Hochhäuser begonnen und es wurden weitere Sanierungen der Wohnanlagen am Bökendorfer Grund vorgenommen. Neben den Wohngebäuden wurde das gesamte Wohnumfeld inklusive der Grünanlagen sowie der Wege- und Straßenerneuerungen saniert. Zudem wurden Hauszugänge und Wegeführungen im Quartier eindeutig gekennzeichnet und in verschiedene Teilbereiche gegliedert, um die Identifikation der Bewohner/-innen mit den einzelnen Bereichen zu stärken. Die baulichen Maßnahmen wurden von Mai 2001 bis Oktober 2002 durchgeführt. Um der Stigmatisierung des Quartiers entgegenzuwirken, wurden umfassende Maßnahmen zur Umbenennung aller Straßen und des Gesamtgebietes durchgeführt. Im Frühjahr 2001 erfolgten die offizielle Einweihung der neuen Straßennamen sowie die Umbenennung des Gebiets „Lange Wanne“ zum „Bökendorfer Grund“, an der sich auch die Bewohner/-innen

<sup>4</sup> ebda.: S. 8.

<sup>5</sup> ebda.: S. 49.

beteiligten. Zudem wurde die Straßenführung und Erschließung des Gebiets verbessert. Das Kasernenareal befindet sich im nördlichen Teil des Quartiers, lag längere Zeit ungenutzt und entwickelte sich zu einem verlassenen Stadtraum. 2007 wurde das Areal mit in die Förderung der Sozialen Stadt integriert. Bereits seit Mitte der 1990er Jahren erfolgten einige Umbauten und Umnutzungen des Gebiets. So wurde beispielsweise ein Kindergarten errichtet sowie ein Seniorenheim, Wohnungen und gewerbliche Nutzungen in leerstehenden Gebäuden etabliert. Viele Flächen liegen jedoch immer noch brach. In Absprache mit dem Eigentümer sowie mit Hilfe von weiteren Fördermitteln soll das Gebiet nun weiterentwickelt werden. Es soll ein Kulturzentrum entstehen, das sowohl als Treffpunkt für die Bewohner/-innen des Quartiers genutzt werden könne, wie auch die Altbrakeler Bevölkerung ins Quartier ziehen soll. 2011 wurde ein Mehrgenerationenpark mit Sport- und Spielgelegenheiten für alle Altersgruppen auf dem südlichen Gelände des Kasernenareals errichtet sowie mit einem Stadtbus an die restliche Stadt angebunden. Damit wurde ein weiterer Schritt zur Reaktivierung des Kasernenareals und zu einem besseren Zusammenleben der Bevölkerung von Brakel unternommen. Das Projekt Mehrgenerationenpark wurde mit dem Bodenschutzpreis des Landes Nordrhein-Westfalen ausgezeichnet.<sup>6</sup>

Um die **Nutzungsverantwortung und das Zusammenleben** der Bevölkerung zu stärken, war es nötig, Vertrauen aufzubauen und Möglichkeiten der Begegnung zu schaffen. Eine von der Wohnbau GmbH bereitgestellte Wohnung im Quartier, die durch die Polizei und das Ord-

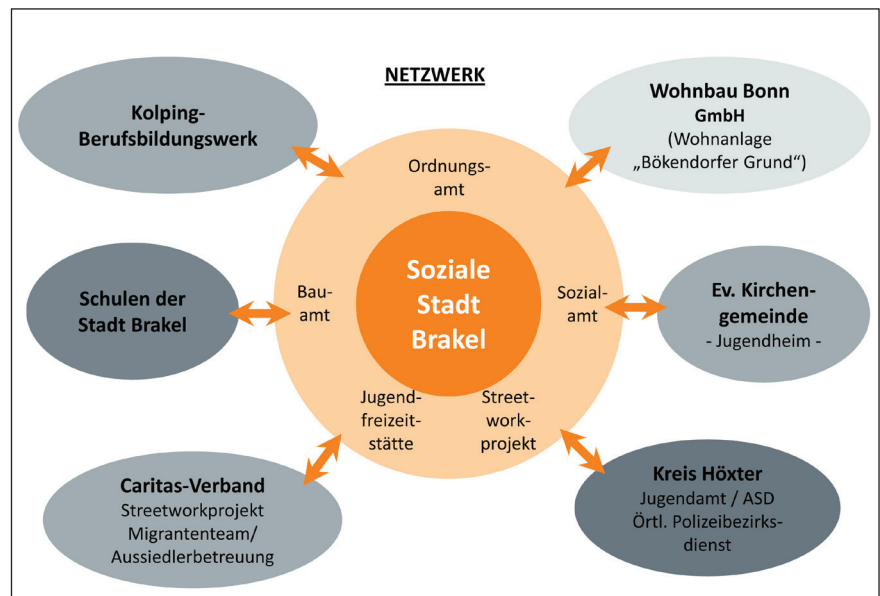


Abb. 13: Organisationsstruktur der Sozialen Stadt in Brakel, Quelle: verändert nach Soziale Stadt NRW – Brakel-Bökendorfer Grund o.J.

nungsamt geführt wurde, bot eine Anlaufstelle für Bewohner/-innen, die Beschwerden vorzubringen hatten. Die Maßnahme wurde gut angenommen, im späteren Verlauf jedoch überflüssig, da sich die Lage beruhigte.<sup>7</sup> Laut den interviewten Akteuren wurden zudem Feste und verschiedene Veranstaltungen etabliert, es wurde ein Hausmeister engagiert, der sich neben der Pflege der Wohnanlage auch um das Belegungsmanagement kümmerte. Im Quartier konnten zusätzlich Orte der Begegnung geschaffen werden, um den verschiedenen Gruppen Rückzugsräume zu bieten.<sup>8</sup>

Für **Organisation und Management** des Gesamtprojekts „Soziale Stadt Bökendorfer Grund“ sind das Gremium der Ordnungspartnerschaft und seine beteiligten Akteure zuständig. Das Akteursnetzwerk war bereits vor der Sozialen Stadt aktiv und eignete sich daher als Steuerungsgremium, da bereits alle wichtigen Akteure an einem Tisch saßen (Abb. 13).

<sup>7</sup> Selbstevaluation Soziale Stadt Brakel: Bb-eu-partner/ Stadt- und Regionalplanung Dr. Jansen GmbH (Hrsg.) (2010): Soziale Stadt Brakel. Bökendorfer Grund/ Lange Wanne – Selbstevaluation. Köln: S. 14.

<sup>8</sup> ebda.: S. 18f.

<sup>6</sup> Broschüre Mehrgenerationenpark, Stadt Brakel.

Für die **Förderung der sozialen und individuellen Entwicklung** von Jugendlichen steht die Jugendfreizeitstätte Brakel, die sich unweit des Fördergebietes Bökendorfer Grund befindet. Seit 2005 wird eine sozialpädagogische Fachkraft durch die Soziale Stadt gefördert. So konnten zusätzliche sozialpädagogische Angebote für Kinder und Jugendliche geschaffen werden. Schwerpunktmäßig liegt die Arbeit in der Ansprache von jungen Menschen (mit Migrationshintergrund) im gesamten Stadtgebiet. Aufgrund der räumlichen Nähe zum Fördergebiet nehmen auch viele Kinder und Jugendliche aus dem Quartier die Angebote in der Jugendfreizeitstätte wahr. Das Angebot umfasst neben einem täglichen Ort zum Treffen und Freizeitaktivitäten auch ein Mittagstisch und individuelle Hilfen (z. B. Hausaufgabenbetreuung) durch sozialpädagogische Betreuung der Mitarbeiter/-innen vor Ort.

### Wirkungen

Die zunächst eher repressiven **ordnungsrechtlichen Maßnahmen** durch Polizei und Ordnungsamt konnten den Anstieg von Konflikten und Kriminalität im Quartier teilweise eindämmen und somit ihre Wirkung entfalten. Schnell wurde jedoch allen Akteuren deutlich, dass nur eine Kombination von repressiven und präventiven Maßnahmen langfristig und nachhaltig zum Erfolg führt. Nach Bildung der Ordnungspartnerschaft wurde das Aktionsfeld stärker in eine präventive Richtung gelenkt. Nachdem Vorfälle im Bereich Kriminalität und sozialer Konflikte eingedämmt werden konnten, wurden die repressiven Maßnahmen sukzessiv zurückgefahren und hauptsächlich durch präventive Elemente ersetzt.<sup>9</sup> Ein Interviewpartner der Polizei gibt an, dass im Bökendorfer Grund keine besonders schwerwiegenden Fälle von Kriminalität und Ordnungswidrigkeiten bekannt seien. Die Lage hätte sich, wie alle Interviewten bestätigen, entspannt und weitgehend normalisiert. Auch im Bereich Vandalismus und Sachbeschädigung im Wohnumfeld der Anlage können keine größeren und schwerwiegenden Fälle mehr benannt werden.

Die Zusammenarbeit der Partner und die strategische Herangehensweise haben sich bewährt und sich positiv auf die Entwicklung der Sicherheit ausgewirkt. Es wird kein weiterer Handlungsbedarf seitens der interviewten Akteure in diesem Bereich gesehen.

Auch durch die neue **Gestaltung** und Komplettisierung der Wohngebäude und die Sprengung der Hochhäuser im Gebiet konnte die Wohn- und Aufenthaltsqualität massiv gesteigert werden. Die Situation der Mieter/-innen konnte durch die Wohnungsmodernisierungen verbessert werden und die Verschönerung des Wohnumfeldes hatte positive Effekte auf das gesamte Quartier. Dies trage laut den interviewten Akteuren zu einem erhöhten Sicherheitsgefühl der Bewohner/-innen bei. Zudem konnte der Neubau von Eigenheimen auf frei gewordenen Flächen zu einer sozialen Durchmischung im Quartier beitragen. Die neue Qualität des Quartiers festigt die Identifizierung mit dem Wohnumfeld und stärkt das Verantwortungsgefühl. Delikte im Bereich Vandalismus und Sachbeschädigungen gingen laut einem Interviewpartner massiv zurück. Die Umbenennung von Straßen bzw. des gesamten Quartiers hat zu einer Entstigmatisierung geführt. Alle interviewten Akteure bekräftigen, dass sich die Außenwirkung des Quartiers und seiner Bewohner/-innen in der Gesamtstadt verbessert habe.<sup>10</sup>

Durch die Sanierung der Wohnanlagen und des Wohnumfelds sowie die Einrichtung von Mietergärten konnte die Aufenthaltsqualität gesteigert sowie die **Nutzungsverantwortung der Bewohner/-innen** gestärkt werden.

Die Interviews bestätigten, dass Sachbeschädigungen und Vandalismus an den Anlagen seit der Sanierung stark abgenommen haben.

Die **Organisationsstruktur** beziehungsweise die Zusammenarbeit der Ordnungspartnerschaft und der Kooperationsstrukturen im Rahmen der Sozialen Stadt werden von allen Interviewten

<sup>9</sup> ebda.: S. 49.

<sup>10</sup> ebda.: S. 30ff.

als positiv bewertet, da man alle wichtigen Akteure für das Projekt in einem Gremium zusammenbringen konnte. Wichtigste Faktoren, die hier genannt werden, sind vor allem kurze Wege, bekannte Ansprechpartner/-innen und Zuständigkeiten sowie der gute und reibungslose Ablauf des Gesamtprojektes. Ein solches Netzwerk der Akteure bzw. eine solche Steuerungsstruktur wird daher als wichtiger Eckpfeiler der erfolgreichen integrierten Erneuerungsstrategie

gesehen. Dabei spielen auch wichtige Einzelpersonen, wie z. B. der Hausmeister, eine wichtige Rolle, um das Vertrauen innerhalb der Bewohnerschaft zu erhöhen. Niederschwellige Angebote und persönliche Ansprechpersonen vor Ort sind dabei von besonderer Bedeutung.

Im Rahmen der Förderung der Sozialen Stadt wurden die professionelle Betreuung und das Angebot für Kinder und Jugendliche weiter ausgebaut und so zur **Förderung der sozialen und individuellen Entwicklung** beigetragen. Durch die jahrelange Betreuung durch die Jugendfreizeitstätte konnten das bereits bestehende Netzwerk sowie Kontakte zu Familien und Bewohnern/-innen aus dem Bökendorfer Grund genutzt werden. Die unterschiedlichen Maßnahmen, die angeboten wurden, konnten Kinder und Jugendliche aber auch andere Bewohner/-innen aus dem Quartier und dem Rest Brakels in das Gebiet ziehen und Barrieren abbauen. So konnte Konflikten präventiv entgegengewirkt bzw. konnten diese moderierend geschlichtet werden. Alle Interviewpartner/-innen bestätigen, dass die Maßnahmen im Bereich der individuellen und sozialen Entwicklung positive Effekte aufweisen.<sup>11</sup>

<sup>11</sup> Selbstevaluation Soziale Stadt Brakel: Bb-eu-partner/ Stadt- und Regionalplanung Dr. Jansen GmbH (Hrsg.) (2010): Soziale Stadt Brakel. Bökendorfer Grund/ Lange Wanne – Selbstevaluation. Köln: S. 46ff.

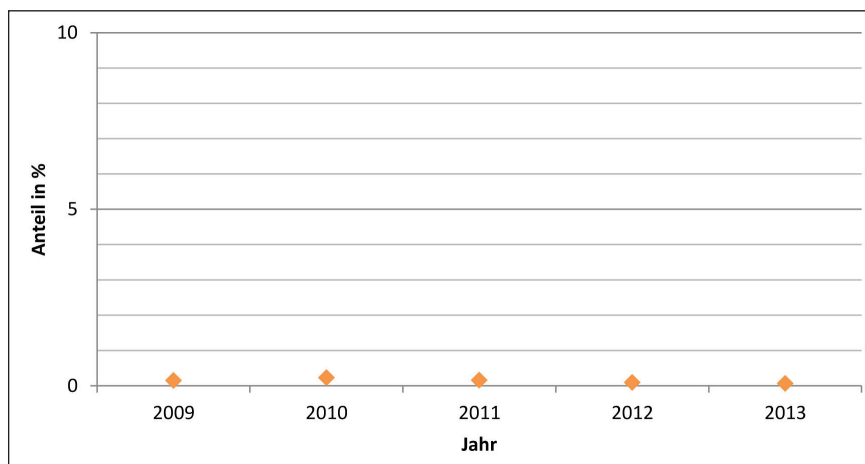


Abb. 14: Anteil der Delikte in Brakel-Bökendorfer Grund an allen Delikten im Kreis Höxter, Quelle: eigene Berechnung und Darstellung 2014

Insgesamt konnten die sozialen Maßnahmen und Projekte eine Annäherung des Bökendorfer Grunds an die Gesamtstadt bewirken. Defizite bzw. Handlungsbedarfe bestehen vor allem in der Verstetigung der sozialen Maßnahmen und des Streetworks.

### Entwicklung der objektiven Kriminalität und des subjektiven Sicherheitsempfindens

Die Entwicklung der Sicherheitslage in Brakel-Bökendorfer Grund wird im Rahmen dieser Fallstudie aus zwei unterschiedlichen Perspektiven bewertet. Zum einen ermöglichen die IGVP-Daten des Landeskriminalamtes Nordrhein-Westfalen<sup>12</sup> einen statistisch „objektiven“ Blick auf die behördlich erfassten Straftaten innerhalb des Programmgebietes. Zum anderen beleuchten die Ergebnisse der vor Ort durchgeführten Passantenbefragung das subjektive Sicherheitsempfinden einzelner Bewohner/-innen.

Obwohl beide Analysen aufgrund der gewählten Datenbasis und Methodik nur mit Einschränkung aussagefähig sind, liefern sie vor dem Hintergrund der durchgeführten Maßnahmen dennoch wichtige Anhaltspunkte.

<sup>12</sup> Die hier verwendeten IGVP-Daten und die Daten aus der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) unterliegen unterschiedlichen Erfassungsregeln und sind daher nicht miteinander vergleichbar. Insbesondere werden IGVP-Daten zu Beginn eines polizeilichen Ermittlungsverfahrens, PKS-Daten bei der Abgabe des Verfahrens an die Staatsanwaltschaft erhoben.



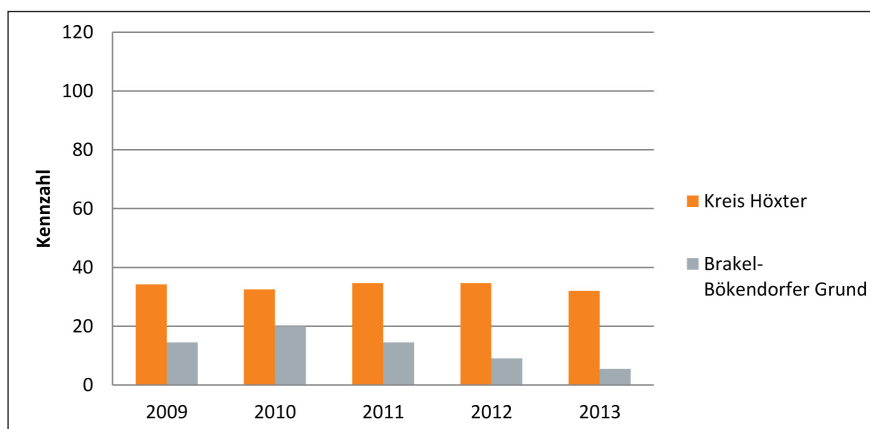


Abb. 15: Vergleich und Entwicklung der Kriminalitätskennzahlen in Brakel-Bökendorfer Grund und dem Kreis Höxter, Quelle: eigene Berechnung und Darstellung 2014

Die Auswertung der IGVP-Daten des Landeskriminalamtes Nordrhein-Westfalen zeigt, dass von allen im Kreis Höxter<sup>13</sup> angezeigten Strafdelikten weniger als 0,5% im Soziale Stadt-Gebiet Bökendorfer Grund erfasst wurden. Dieser Anteil weist im Zeitverlauf der Jahre 2009 bis 2013 lediglich minimale Veränderungen auf. Ein wichtiger Grund für diesen geringen Anteil ist in der Größe des Kreises Höxter im Vergleich zum eher kleinen Untersuchungsraum Bökendorfer Grund zu sehen (Abb. 14).

Zudem zeigen die errechneten Kriminalitätskennzahlen<sup>14</sup>, dass im Soziale Stadt-Gebiet Brakel-Bökendorfer Grund weniger Delikte pro Einwohner/-in erfasst wurden als im Durchschnitt des Kreises Höxter. Während die Anzahl der erfassten Delikte pro Einwohner/-in im gesamten Kreis Höxter in den letzten Jahren konstant blieb, sank die Zahl der erfassten Delikte pro Einwohner/-in im Bökendorfer Grund seit 2010 beträchtlich. Insgesamt liegen die Kennzahlen sowohl für den Kreis Höxter, als auch für das Soziale Stadt-Gebiet auf einem niedrigen Niveau (Abb. 15).

<sup>13</sup> Die zuständige, übergeordnete Polizeibehörde für die Stadt Brakel umfasst das gesamte Gebiet des Kreises Höxter.

<sup>14</sup> Die hier verwendete Kriminalitätskennzahl setzt die Anzahl der Delikte ins Verhältnis zur Bevölkerungszahl und ermöglicht somit einen „bereinigten“ Vergleich zwischen dem Soziale Stadt-Gebiet und dem Kreis. Berechnung: Anzahl der Delikte \* 1000 / Bevölkerungszahl

Ein Vergleich der in den letzten Jahren begangenen Deliktarten zeigt lediglich geringe Unterschiede zwischen Brakel-Bökendorfer Grund und dem gesamten Kreis Höxter. In beiden Fällen handelt es sich bei etwas mehr als der Hälfte der erfassten Delikte um Diebstähle. Deutlich dahinter folgen Sachbeschädigungen, Körperverletzungen, Rauschgiftdelikte und sonstige, schwere Straftaten, wie Raub oder Vergewaltigung. Der einzige Unterschied

zwischen den beiden Untersuchungsräumen besteht darin, dass der Anteil der Körperverletzungen in Brakel-Bökendorfer Grund höher und der Anteil der Sachbeschädigungen niedriger ist als im gesamten Kreis Höxter (Abb. 16).

Die Bewohnerbefragung<sup>15</sup> hat ergeben, dass eine Mehrheit von rund 67% die gegenwärtige Sicherheitslage als sehr gut bzw. gut einschätzt. 26,1% sehen sie im mittleren Bereich. Niemand gibt an, die Sicherheitslage im Quartier als schlecht

<sup>15</sup> Methodische Vorgehensweise und Rücklauf: Die Bewohnerbefragung im Bökendorfer Grund fand am 18. u. 19. Juni 2013 zu jeweils drei festgelegten Tagesabschnitten statt. Aufgrund der geringen Größe des Untersuchungsgebiets wurde das gesamte Quartier als Befragungsort gewählt. Die am stärksten frequentierten Orte im Quartier waren die Hauptverkehrsstraßen im Wohngebiet, der Mehrgenerationenpark und die Jugendfreizeitstätte. Befragt wurden lediglich Personen, die in dem besagten Quartier wohnen. Die angepeilte Stichprobengröße von 200 Personen wurde mit 48 Befragten stark unterschritten. Aufgrund der vergleichsweise geringen Einwohnerzahl ist dies jedoch ein guter Wert. Von den 57 angesprochenen Personen konnten 48 für ein Interview gewonnen werden. Dies entspricht einer unterdurchschnittlichen Verweigerungsquote von nur 15,8%. Mit 37,5% zu 62,5% sind weibliche Befragte stark überrepräsentiert. Ein Vergleich mit der Sozialstruktur des Stadtteils ist nicht möglich, da keine sozialräumlichen Daten vorliegen bzw. diese in Brakel nicht erhoben wurden. Daher kann die Befragung nur mit Einschränkung als repräsentativ angesehen werden. Dessen ungeachtet kann sie einen Einblick in die Unsicherheitsgefühle und Einschätzung der Bewohner/-innen zu den Themen Sicherheit und Kriminalität bieten.

einzuschätzen (Abb. 17). Über die Hälfte der Befragten sieht eine Verbesserung der Sicherheitslage in den letzten Jahren. Etwa 40% können keine Veränderung wahrnehmen. Eine Verschlechterung in Bezug auf die Veränderung der Sicherheitslage im Bökendorfer Grund wird kaum gesehen (Abb. 18).

Noch deutlicher wird diese positive Situation in Brakel durch den Vergleich mit dem persönlichen Sicherheitsgefühl der Befragten. Insgesamt 97,9% fühlen sich im Quartier sicher. 56,6% geben sogar an sich sehr sicher zu fühlen, während 41,6% sich immerhin eher sicher fühlen. Im Bereich Sicherheit sehen die Befragten des Bökendorfer Grund offensichtlich keine Probleme (Abb. 19).

Mehr als ein Drittel der Befragten gibt an, dass sich dieses Gefühl in den letzten Jahren zum Positiven verbessert hat (Abb. 20). 60% sehen keine Veränderung und für wiederum nur einen sehr kleinen Teil der Befragten hat sich die Situation verschlechtert. Als Grund für eine Verbesserung wird am häufigsten das verbesserte Zusammenleben der Bewohner/-innen genannt. Knapp 30% sehen einen Verbesserungsbedarf in Hinblick auf ihr persönliches Sicherheitsgefühl. Handlungsbedarfe werden vor allem in der allgemeinen Bekämpfung von Kriminalität durch die örtliche Polizei und durch das konsequentere Eingreifen durch das städtische Ordnungsamt bei kleineren Delikten im Ordnungsrecht gesehen. Grundlegend

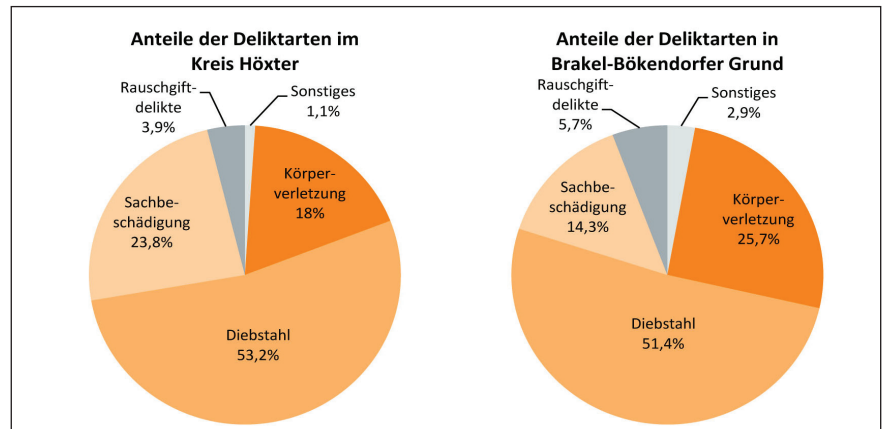


Abb. 16: Deliktarten im Kreis Höxter und Brakel-Bökendorfer Grund im Durchschnitt 2009-2013, Quelle: eigene Berechnung und Darstellung 2014

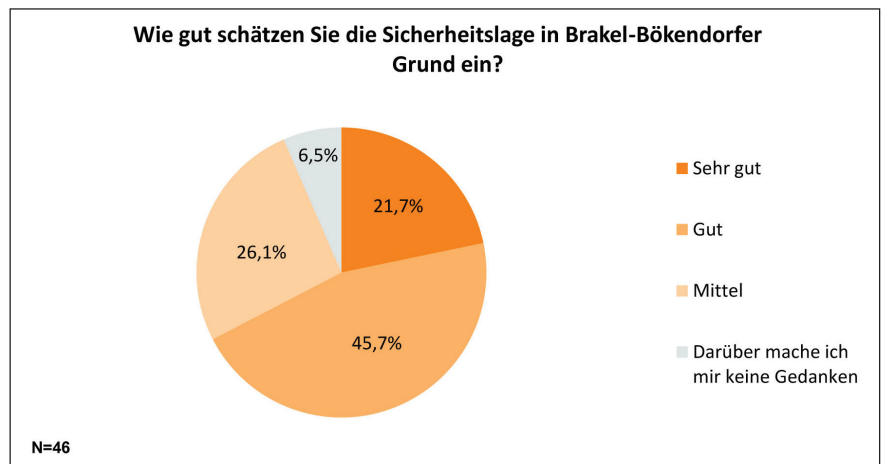


Abb. 17 Einschätzung der Sicherheitslage im Stadtteil, Quelle: Bewohnerbefragung Brakel-Bökendorfer Grund 2013

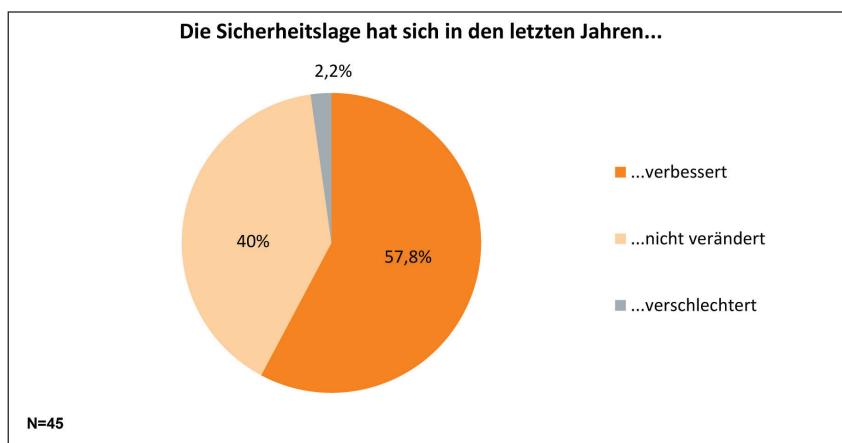


Abb. 18: Veränderung der Sicherheitslage im Stadtteil, Quelle: Bewohnerbefragung Brakel-Bökendorfer Grund 2013

hat die Bewohnerbefragung gezeigt, dass sich die Lage in Brakel deutlich entspannt hat. Zwar liegen keine allgemeinen Vergleichsdaten vor, jedoch bescheinigt ein großer Teil der Befragten, dass sich die Sicherheitssituation bzw. ihr persönliches

Sicherheitsempfinden in den letzten Jahren zum Teil deutlich verbessert hat. Geht man davon aus, dass der Stadtteil in der Vergangenheit unter Kriminalität und sozialen Konflikten litt, so ist heute scheinbar nicht mehr viel davon zu spüren. Die Mehrheit der Befragten schätzt sowohl die allgemeine als auch die persönliche Sicherheitslage als gut bzw. sehr gut ein. Nur ein sehr geringer Teil war direkt von Situationen der Unsicherheiten betroffen. Vergleicht man die oben dargestellten objektiven IGVP-Daten mit den subjektiven Eindrücken aus der Bewohnerbefragung, lässt sich feststellen, dass diese weitestgehend übereinstimmen.

Die Mehrheit der Befragten gab an, dass sich die Sicherheitslage im Stadtteil in den letzten Jahren verbessert hat. Die subjektiv empfundene Verbesserung der Sicherheitslage im Quartier wird durch die Auswertung der IGVP-Daten bestätigt. Die Daten zeigen, dass die ohnehin vergleichsweise niedrige Zahl der erfassten Delikte pro Einwohner/-in im Bökendorfer Grund seit 2010 stark rückläufig ist.

### Schlussbewertung/ Ausblick

Der bislang sehr erfolgreiche Erneuerungsprozess in Brakel wurde durch eine integrierte Strategie und durch das starke Engagement der Projektbeteiligten getragen. Durch die Kombination von baulichen und sozialen Maßnahmen, die Beteiligung und Aktivierung der Betroffenen und eine starke Netzwerk- und Steuerungsstruktur haben erhebliche positive Veränderungen stattgefunden, die sowohl von den befragten Experten/-innen dargelegt, wie auch von der Bevölkerung wahrgenommen werden. Die überschaubaren

und kleinräumigen Strukturen der Kleinstadt Brakel im ländlichen Raum vereinfachen solche Kooperations- und Kommunikationsprozesse. Die gute Zusammenarbeit mit dem Wohnungsunternehmen, welches im Gesamtprozess stets eine aktive Rolle bei der Sanierung einnahm, trug ebenfalls zum Gelingen des Transformationsprozesses des Quartiers bei.

Das Netzwerk wurde durch Akteure aus allen wichtigen Bereichen besetzt. Aus kriminalpräventiver Sicht konnten die Maßnahmen und Projekte im Bökendorfer Grund effektiv umgesetzt werden und entfalteten ihre positive Wirkung, so dass die Entwicklung des Quartiers zu einem sozialen Brennpunkt nachhaltig verhindert werden konnte.

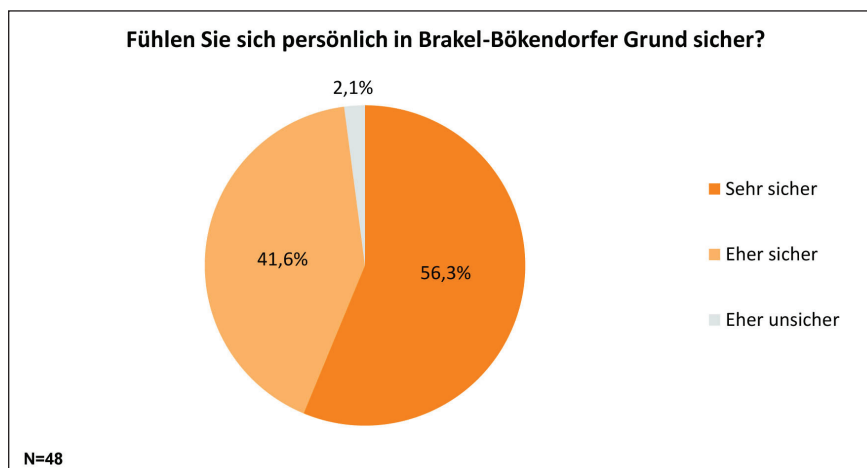


Abb. 19: Persönliches Sicherheitsempfinden, Quelle: Bewohnerbefragung Brakel-Bökendorfer Grund 2013

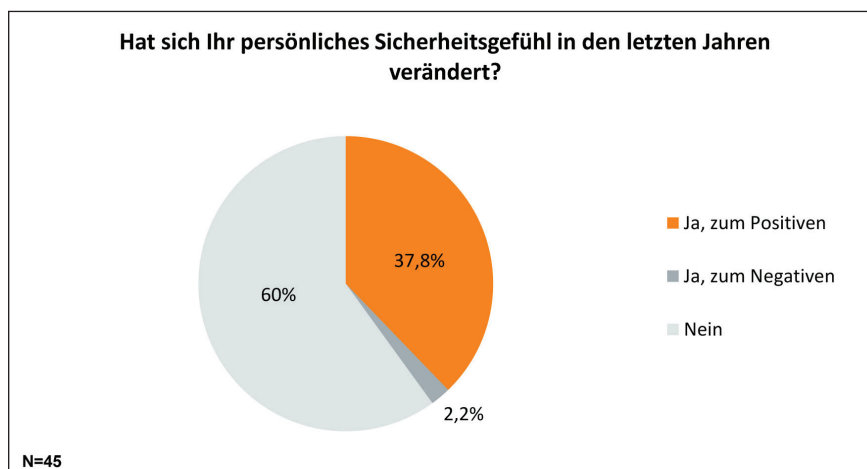


Abb. 20: Veränderung des persönlichen Sicherheitsgefühls, Quelle: Bewohnerbefragung Brakel-Bökendorfer Grund 2013

## Fallstudie Bergheim Süd-West

### Das Programmgebiet Bergheim Süd-West: Ausgangslage

Das Programmgebiet Bergheim Süd-West besteht aus Teilen der beiden Stadtteile Zieverich und Kenten. Beide Teilbereiche entstanden Ende der 1960er bzw. Anfang der 1970er Jahre als Großwohnsiedlung. Die städtebauliche Struktur ist von Hochhäusern und Wohnparks mit Einfamilienhäusern in den Randlagen geprägt.

kamen hinzu. Bergheim Süd-West liegt nahe dem Stadtzentrum von Bergheim, in dem sich viele Infrastruktureinrichtungen bündeln (Abb. 21).

Im Jahr 2001 war die Ausgangslage durch eine hohe Konzentration von Familien mit hohen sozialen Belastungen gekennzeichnet. Außerdem gab es einen hohen Wohnungsleerstand sowie einen Investitionsstau hinsichtlich der Modernisierung der Großwohnanlagen.

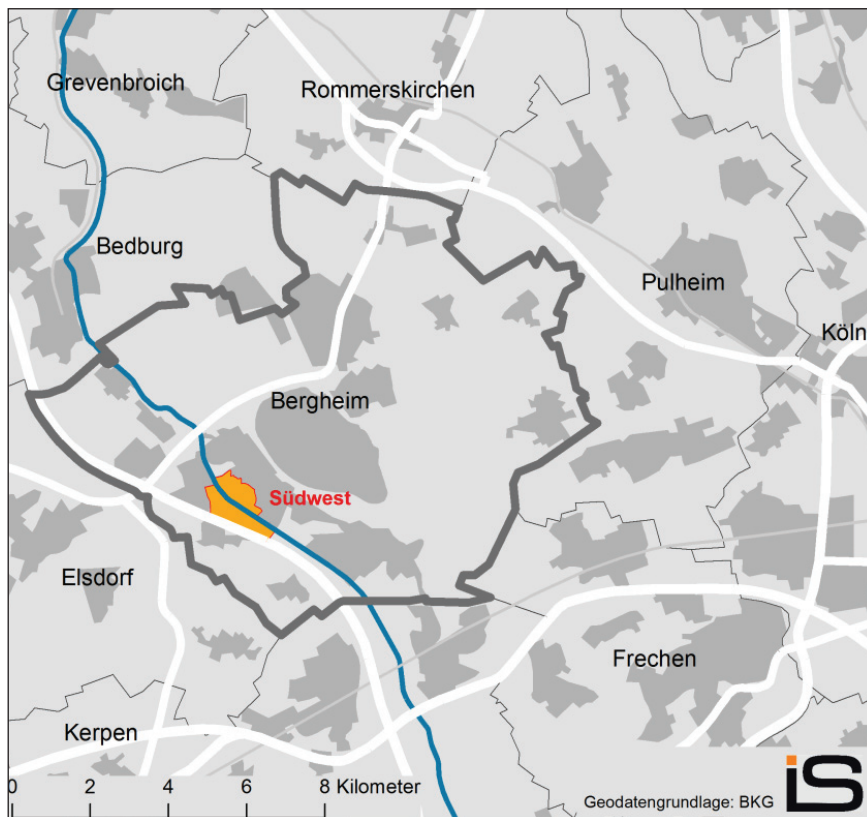


Abb. 21: Untersuchungsgebiet Bergheim Süd-West, Quelle: eigene Darstellung 2014

Weiterhin wurden eine fehlende Aufenthaltsqualität des öffentlichen Raums, wenig Freizeitangebote und Begegnungsmöglichkeiten für alle Altersgruppen, schlechter Zugang zu Arbeits- und Ausbildungsplätzen, soziale und familiäre Konflikte im Stadtteil, ein negatives Image sowie ein hoher Leerstand von zahlreichen Ladenlokalen in den Hochhauszeilen konstatiert.<sup>2</sup>

Um den Problemlagen Rechnung zu tragen, reichte die Stadtverwaltung Bergheim beim Land NRW im Jahr 2001 ein Konzept für die Aufnahme von Bergheim Süd-West in das Programm für Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf (Soziale Stadt NRW) ein. Das Integrierte Handlungskonzept beabsichtigte ein aufeinander

Rund 1.000 der insgesamt 1.300 Wohneinheiten in den Großwohnanlagen waren zu Beginn des Programmansatzes „Soziale Stadt NRW“ Eigentumswohnungen. Mit der Zeit entwickelte sich der Wohnungsbestand zu einer Kapitalanlage, wodurch notwendige Investitionen ausblieben. Bestimmte Mietersegmente zogen daraufhin weg. Sozial und ökonomisch benachteiligte Bevölkerungsgruppen<sup>1</sup>

abgestimmtes, verzahntes Zusammenwirken von sozial-kulturellen Projekten in verschiedenen Themen- und Handlungsfeldern, städtebaulichen Projekte sowie Investitionen in den privaten Wohnungsbestand.<sup>3</sup>

<sup>1</sup> Entwicklungsgesellschaft Bergheim gemeinnützige GmbH (2012): Gebietscharakter und Ausgangslage. Online verfügbar unter: <http://www.eg-bm.de/das-handlungsprogramm>, Stand 31.05.2013.

<sup>2</sup> ebda.

<sup>3</sup> Entwicklungsgesellschaft Bergheim gemeinnützige GmbH (2012): Sechzehnter Handlungsbericht über die Umsetzung des integrierten Handlungskonzepts für die Stadtteilerneuerung in Bergheim Süd-West: S. 3, Abb. 2.



Zu den Hauptzielen des Handlungsprogramms gehören die Schaffung einer sozialen Stabilität, der Abbau ökonomischer Nachteile, die Sanierung der Wohnverhältnisse, die Stabilisierung des Mietniveaus und eine Verbesserung des Wohnumfelds.<sup>4</sup> Das Integrierte Handlungskonzept wurde am 15.02.2002 vom Rat der Stadt Bergheim verabschiedet und ist seitdem Handlungsrahmen für die Stadtteilerneuerung. Es wurde in den Jahren 2005 und 2008 fortgeschrieben.<sup>5</sup>

Die Projektleitung und die Koordination liegen beim Fachbereich Jugend, Bildung, Soziales der Stadt Bergheim. Für die Abwicklung und Umsetzung ist seit 2010 die Entwicklungsgesellschaft Bergheim gemeinnützige GmbH zuständig (eine GmbH mit je 50%iger Teilhaberschaft der Stadt Bergheim und des ASH Sprungbrett e.V.). Zentrum der Stadtteilarbeit und des Stadtteilmanagements ist das Stadtteilbüro im FuNTASTIK, das im Sommer 2002 in einem der Hochhäuser eingerichtet wurde. Die Förderung durch die Mittel der Sozialen Stadt läuft im Dezember 2014 aus. Gemeinsam mit Bürgern/-innen sowie Kooperationspartnern hat die Entwicklungsgesellschaft Bergheim gemeinnützige GmbH deshalb eine Steuerungsgruppe ins Leben gerufen, die sich mit dem Verstetigungsprozess befasst und verschiedene Möglichkeiten und Maßnahmen diskutiert.

### Problembeschreibung<sup>6</sup>

Einige interviewte Akteure bezeichnen das Pro-

<sup>4</sup> Geschäftsstelle Städtenetz Soziale Stadt NRW, Ministerium für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen 2010: Bergheim Süd-West. Gebietscharakter und Ausgangslage. Online verfügbar unter: [http://www.soziale-stadt.nrw.de/stadteile\\_projekte/profil.php?st=bergheim-suedwest#meilensteine](http://www.soziale-stadt.nrw.de/stadteile_projekte/profil.php?st=bergheim-suedwest#meilensteine), Stand 31.05.2013.

<sup>5</sup> Entwicklungsgesellschaft Bergheim gemeinnützige GmbH (2012): Sechzehnter Handlungsbericht über die Umsetzung des integrierten Handlungskonzepts für die Stadtteilerneuerung in Bergheim Süd-West: S. 3.

<sup>6</sup> Die nachfolgenden Informationen basieren auf Interviewangaben, die von Mai bis Juni 2013 mit Vertretern/-innen der Verwaltung und des Stadtteilbüros der Stadt Bergheim, der Geschäftsstelle im Rathaus Bergheim sowie Akteuren aus den Handlungsfeldern Familie, Jugendarbeit, Bürger- und Polizeiwesen sowie Wohnungsverwaltung persönlich geführt wurden.

grammgebiet Bergheim Süd-West als „soziales Brennpunktgebiet“ mit vielfältigen Problemlagen. Eine **objektive Kriminalitätsbelastung** äußert sich nach Meinung der Akteure in Übergriffen, Drogenkonsum, Drogenverkauf und Vandalismus durch „Jugendgruppen“. In diesem Zusammenhang habe es eine Einrichtung gegeben, in der Drogen offen verkauft worden seien. Die Polizeidaten der Jahre 2006/2007 deuten auf eine hohe Kriminalitätsbelastung in Bergheim Süd-West hin. Insbesondere Straftaten in den Bereichen Beziehungs- und häusliche Gewalt, Hausfriedensbruch, Körperverletzung, Raub und Erpressung wurden registriert. Die befragten Akteure vertreten jedoch die Meinung, das subjektive Erleben von Kriminalitätsbedrohung sei größer gewesen, als die Daten zur objektiven Kriminalität belegt hätten.

Ein Thema im Bereich der **Ordnungswidrigkeiten**, mit dem sich die Bewohner/-innen seit Bestehen der neuen Parkanlage „Süd-West-Wiesen“ konfrontiert fühlten, seien Jugendgruppen gewesen, die sich nachts auf dem Spielplatz aufhielten.

Mehrere Interviewpartner/-innen informieren darüber, dass im Rahmen der Entwicklung des Gewalt- und Kriminalitätspräventionskonzeptes des Büros *barrio novo* in den Wintermonaten 2008 ein Rundgang durch das Programmgebiet stattgefunden habe, um **visuelle Unsicherheitszeichen** und Angsträume zu identifizieren. Dem Gewalt- und Kriminalitätspräventionskonzept ist in diesem Zusammenhang zu entnehmen, dass es eine Vielzahl an Angsträumen gab.

Durch eine Befragung von Bewohnern/-innen sowie Mitarbeitern/-innen verschiedener Institutionen in der Stadt Bergheim, wurden unter anderem der Berliner Ring, insbesondere Garagen und Parkplätze, die Otto-Hahn-Straße, der Fußweg zwischen der Albrecht-Dürer-Allee und dem Berliner Ring, der Weg entlang der Kita Abenteuerland, die Gutenbergstraße in Höhe der Real- und Hauptschule, der Bürgerpark Südwest und dunkle Bereiche in den Grünanlagen als zentrale

Angsträume benannt.<sup>7</sup> Auch der Durchgang der Zeissstraße von der Siedlung in die Innenstadt und der Kindergarten am Dänischen Ring werden als Angsträume aufgezählt.

Zu den **Risikofaktoren** zählt laut Angaben zweier Interviewpartner/-innen unter anderem die Verfügbarkeit von Drogen im Stadtteil. In der Regel habe man sich bei der Entwicklung von Projekten und Maßnahmen auf die Meinung und die Kompetenz der beteiligten Akteure verlassen.

Ein weiterer Interviewpartner informiert darüber, zu dem Risikofaktor Drogen zähle vor allem der Konsum von Alkohol, Nikotin und Cannabis. Außerdem gäbe es Probleme in den Familien, wie beispielsweise hohe Scheidungsraten und Armut.

Ein weiterer Risikofaktor sei das Internet, da Cybermobbing (z. B. bei Facebook) unter den Jugendlichen seit einiger Zeit zunehmen würde. Zudem habe die Stigmatisierung des Wohnobjekts „Berliner Ring“ unter anderem dazu geführt, dass Bewohner/-innen der Großwohnanlage Schwierigkeiten gehabt hätten, eine Arbeits- oder Ausbildungsstelle zu finden. Auch verschiedene Lieferserviceanbieter hätten den Berliner Ring aufgrund von Unsicherheitsgefühlen nicht mehr beliefert.

Zu den **sozialen Konflikten** zählen laut Angaben verschiedener Interviewpartner/-innen außerdem Generationenkonflikte, die Zurückgezogenheit von Migrantinnen/-innen, fehlende Bildungsabschlüsse, Anonymität und Fluktuation der Bewohnerschaft sowie eine Stigmatisierung des Stadtteils. Bezüglich der Integration von Migrantinnen/-innen wird gesagt, dass diese vor Programmbeginn der Sozialen Stadt nie wirklich erreicht wurden. Problematisiert wird von einem Interviewpartner in diesem Zusammenhang, dass es ethnische Gruppierungen gäbe, die nicht miteinander harmonieren

(z. B. türkische Kurden und iranische Kurden) und deshalb unter sich geblieben seien.

### **(Kriminal-)Präventive Maßnahmen**

Um den Problemlagen gerecht zu werden und die Stigmatisierung des Stadtteils aufzulösen, ist der Förderantrag für den Programmansatz Soziale Stadt gestellt worden. Zwei Interviewpartner berichten, die Analyse und das Konzept der Fachhochschule Köln für die Großwohnanlagen Berliner Ring 41-45 und Dresdner Straße 4-8 in Bergheim Süd-West aus dem Jahr 2006 sowie das Handlungskonzept zur Gewalt- und Kriminalitätsprävention des Büros *barrio novo* aus dem Jahr 2009 dienten als gesamtstrategische Ausrichtung im Prozessverlauf.<sup>8</sup> In diesem Zusammenhang sei unter anderem die Idee verfolgt worden, alle im Stadtteil angesiedelten Institutionen an dem Prozess zu beteiligen, um das Gewaltpotential im Stadtteil zu reduzieren.

**Ordnungsrechtliche Maßnahmen** sind dahingehend durchgeführt worden, dass für die Dauer eines Jahres ein Ordnungsdienst eingestellt worden ist, um den Beschwerden über die Jugendgruppen im Programmgebiet und insbesondere auf den „Süd-West-Wiesen“ entgegenzuwirken. Der Ordnungsdienst habe jedoch nach Meinung zweier Interviewpartner keine schwerwiegenden Problemlagen und kriminellen Handlungen seitens der Jugendgruppen beobachten können.

Eine weitere Maßnahme ist, so berichtet ein Interviewpartner, dass im Rahmen eines Präventionstags, erstmals straffällig gewordene Jugendliche vorgeladen und verurteilt werden. Bei dem Präventionstag handele es sich um einen seit etwa drei Jahren existierenden Zusammenschluss von Staatsanwaltschaft, Jugendgerichtshilfe und Polizei. Zusätzlich sind Polizei und der Ordnungsdienst im Rahmen von Streifen regelmäßig im Stadtteil unterwegs. Die erhöhte Präsenz der Polizei wirke sich positiv auf das Wohlbefinden der Bürger/-innen aus.

<sup>7</sup> Kaldun, Sabine (2009): Analyse und Handlungskonzept zur Gewalt- und Kriminalprävention in Bergheim Süd-West: S. 16f.

<sup>8</sup> ebda.

Um die visuellen Unsicherheitszeichen im Programmgebiet zu reduzieren, sind im Bereich **Gestaltung und Technik** die Beleuchtung optimiert sowie Büsche und Sträucher gerodet worden. Verschiedene Kunstprojekte (z.B. Gestaltung von Garagen) sind arrangiert worden, um das Stadtteilbild zu verbessern. Zu den Maßnahmen zählen unter anderem die Einrichtung der neuen Parkanlage „Süd-West-Wiesen“, der Bau des FuNTASTIK, die Schaffung neuer Aufenthaltsbereiche (z.B. Bänke), der Umbau der Verkehrsführung am Berliner Ring sowie Verkehrsberuhigungsmaßnahmen und der Umbau von Spielplätzen in Zieverich sowie von mehreren Schulhöfen. Darüber hinaus gab es eine Vielzahl an Sanierungsmaßnahmen der Hochhausanlagen, zu denen der Berliner Ring 41-45, der Schwalbenweg 4, die Turmallee 1-5 sowie die Turmallee 9 und der Wohnpark Gutenbergstraße zählen. Ein Interviewpartner problematisiert in diesem Zusammenhang, dass nur der Wohnpark in der Gutenbergstraße komplett saniert worden sei.

Aus den Gesprächen mit den interviewten Akteuren geht hervor, dass die Arbeitskreise verschiedene Projektideen zur **Verbesserung der Nutzungsverantwortung und des Zusammenlebens der Bewohnerschaft** entwickelt haben. In diesem Zusammenhang ist unter anderem diskutiert worden, wie die Problemlagen im Wohnobjekt „Berliner Ring“ behandelt werden können. Im Rahmen des Sonderprogramms „Wir setzen Zeichen“ konnten weitere Fördergelder generiert werden, aus denen beispielsweise ein Gemeinwesenbüro als Anlaufstelle im Berliner Ring eingerichtet werden konnte. Ziel der Arbeit sei gewesen, die Bewohner/-innen des Berliner Rings in die anderen Angebote des Stadtteils einzubinden und Anonymität aufzuheben. Im Rahmen des Programmansatzes ist zudem auf einen hohen Anteil von Bürgerbeteiligung geachtet worden (z.B. durch die Einladung zu Stadtteilkonferenzen, zur Arbeitsgemeinschaft Südwest Total und zum Budgetbeirat). Dies habe die Identifikation der Bürger/-innen mit ihrem Stadtteil gesteigert. Außerdem findet Öffentlichkeitsarbeit über einen E-Mail-Verteiler, Zeitung oder das Internet statt. In die-

sem Zusammenhang werde auch regelmäßig das Stadtteilmagazin „Süd-West-Pool“ an die Mieter/-innen verteilt, in dem Bewohner/-innen über aktuelle Angebote und Projekte informiert werden.

Für Aufgaben des **Managements von öffentlichem Raum und Wohnungsbestand** sind beispielsweise im Rahmen der Abrisspläne des Berliner Rings 41-45 eine Sozialarbeiterin und eine Immobilienkauffrau für die Umsetzung des Sozialplans, d.h. zur Unterstützung der Mieter/-innen bei der Wohnungssuche, eingestellt worden. Im Hinblick auf die Instandhaltung und Pflege der städtebaulichen Projekte und Maßnahmen ist die Stadt Bergheim für die Pflege des Parks zuständig. Sozialstündler<sup>9</sup> und Ein-Euro-Jobber sorgen außerdem in den Hochhaus- und Parkanlagen für Sauberkeit.

Zu den Maßnahmen hinsichtlich der **individuellen und sozialen Entwicklung** zählt laut Angaben zweier Interviewpartner unter anderem die Einrichtung einer „Nationworker-Stelle“ im Integrationsbüro, die sich um den Kontakt mit den Bewohnern/-innen mit Migrationshintergrund kümmert. Zu den Angeboten des Integrationsbüros gehören unter anderem ein Hausaufgabenprojekt, ein Frauentag, ein Vorleseprojekt, ein Sportangebot für Frauen und ein Nähtreff. Alle Frauen, die im Integrationsbüro Sport treiben, würden als Gegenleistung zwei Stunden im Monat für ehrenamtliche Tätigkeiten einbringen (z. B. Kochen, Vorlesen, mit Kindern backen etc.). Auch ein „Streetworker-Projekt“ sei ins Leben gerufen worden. Um das Bildungsniveau zu erhöhen und den Jugendlichen zu Bildungsabschlüssen zu verhelfen, sei es ferner zu einer Implementierung verschiedener Hausaufgabenprojekte gekommen. Ein Interviewpartner informiert, man habe sich nicht nur um Schulverweigernde sondern auch um Straßenkinder gekümmert, indem beispielsweise das kostenlose Erlernen eines Musikinstruments für alle Kinder angeboten worden sei (CultureClash). Hinzu kommen eine

<sup>9</sup> Sozialstunden sind eine Erziehungsmaßregel im Rahmen des Jugendgerichtsgesetzes, mit der Jugendliche oder Heranwachsende eine Straftat verbüßen.

Reihe weiterer Projekte wie das Café Global, zu dem Frauen verschiedener Nationalitäten einmal die Woche zum gemeinsamen Frühstück, Hand- und Bastelarbeiten sowie zu gemeinsamen Ausflügen eingeladen werden. Außerdem gibt es einen Spielekreis und einen Bastelkurs. Im Familienzentrum werden ebenfalls präventive Projekte angeboten (z. B. das Fun-Projekt).

Auch das Angebot des Jugendzentrums werde durch den Einsatz von Ehrenamtlichen unterstützt, indem unter anderem ein Kochkurs oder Ferienspiele für die Kinder und Jugendlichen angeboten werden.

### Wirkungen

Die **ordnungsrechtlichen Maßnahmen** haben in einigen Bereichen Wirkung gezeigt. Laut Angaben zweier Interviewpartner ist die Anzahl der Beschwerden, Ordnungswidrigkeiten und Verunreinigungen heute überschaubar. Auch das subjektive Kriminalitätsempfinden sei zurückgegangen. Hinsichtlich der Jugendgruppen in den Parkanlagen informieren zwei Interviewpartner darüber, dass aufgrund der verschiedenen Maßnahmen und Projekte viele Jugendliche bekannt seien. Über die Beziehungsarbeit habe sich das Verhältnis zu den Jugendlichen gebessert, so dass man keine Angst mehr vor ihnen habe. Während ein Interviewpartner der Überzeugung ist, Vandalismus sei aufgrund einer stärkeren sozialen Kontrolle der Bürger/-innen untereinander zurückgegangen, wird von einigen anderen Interviewpartnern/-innen ein zunehmender Vandalismus durch Jugendgruppen problematisiert. Ein Interviewpartner legt dar, das Thema Beziehungsgewalt/ häusliche Gewalt sei im Programmgebiet inzwischen kein spezifisches Problem mehr; es handele sich um ein Querschnittsthema im gesamten Stadtteil.

Der überwiegende Teil der Interviewpartner/-innen bewertet die Maßnahmen im Bereich **Gestaltung und Technik**, wie die Sanierungsmaßnahmen der Hochhausanlagen, positiv. Die interviewten Akteure sind in diesem Zusammenhang der Überzeugung, das Erscheinungsbild der Hochhausanlagen habe sich gebessert. Die

visuellen Unsicherheitszeichen seien deutlich reduziert worden (z. B. der „blaue Weg“, einsehbare Spielplätze). Auch die Beleuchtung der Anlagen habe positiv Einfluss auf das Programmgebiet genommen. Ein weiterer Interviewpartner konstatiert, das Sicherheitsgefühl der Bürger/-innen habe sich verbessert. Auch das Selbstbild der dort lebenden Bürger/-innen habe sich positiv entwickelt. In der Vergangenheit sei es aufgrund der problematischen Ausgangssituation zu einer Stigmatisierung des Stadtteils gekommen. Das Stigma habe der Stadtteil aufgrund der städtebaulichen Maßnahmen zum Teil ablegen können. Ein Interviewpartner geht davon aus, dass nach Abriss des Hochhauses am Berliner Ring 41-45 das Stigma komplett abgelegt werden könne, unter anderem auch dadurch, dass sich der Drogenhandel, der einst im Bereich des Berliner Rings stattfand, räumlich verteilte. Einige Interviewte sehen die Sanierungsarbeiten jedoch auch kritisch, da einige Wohnparks bisher nur zu Teilen saniert wurden. Die interviewten Akteure merken an, dass die Maßnahmen zur Förderung der **Nutzungsverantwortung und des Zusammenlebens der Bevölkerung** Wirkung zeigen. Die Maßnahmen werden positiv bewertet und die Bürger/-innen würden sich nun untereinander kennen, und das Zusammenleben sei von einem kommunikativen Austausch geprägt. Die Arbeit der Nationworkerin wird von allen Interviewpartnern/-innen wertgeschätzt und als Erfolg gewertet. Es sei der Nationworkerin gelungen, zwischen den Menschen mit Migrationshintergrund, die das Integrationsbüro besuchen, eine Verbundenheit herzustellen.

Im Vordergrund stehe die aktive Teilhabe der Menschen mit Migrationshintergrund an Projekten und Maßnahmen. Ein Interviewpartner vertritt die Meinung, die Arbeit des Integrationsbüros sei erfolgreich, da den Menschen mit Flexibilität, Kreativität und Akzeptanz begegnet werde. Als Erfolg werde auch die rege Teilnahme von Frauen mit Migrationshintergrund an verschiedenen Aktivitäten außerhalb des Integrationsbüros gewertet (z. B. bei Treffen im Rahmen des Verstetigungsprozesses).



Da es in einigen Kulturen nicht üblich sei, dass sich die Frauen aktiv an gesellschaftlichen Prozessen beteiligen, sei ihr Engagement als positive Entwicklung zu sehen. Bei der Arbeit des Integrationsbüros werde das Ziel verfolgt, Selbstbewusstsein aufzubauen und das Selbstwertgefühl der Menschen zu steigern. Dies trage dazu bei, das soziale Klima zu verbessern. Ein positives soziales Klima und die aktive Teilnahme an Aktivitäten im Stadtgebiet wirken sich

nach Meinung der Interviewpartner/-innen auch positiv auf die Kriminalprävention aus. Während einige interviewte Akteure die Meinung vertreten, die Aktivierung der Bürger/-innen mit Migrationshintergrund habe sich auch auf das Zusammenleben mit der deutschen Bevölkerung positiv ausgewirkt, sehen andere Interviewpartner/-innen in diesem Punkt noch weiteren Handlungsbedarf. Es sei schwierig, die deutschen Bewohner/-innen zu einem Besuch des Integrationsbüros zu bewegen. Die Vorbehalte gegenüber Menschen mit Migrationshintergrund seien tief verwurzelt.

Die Maßnahmen im Bereich **Management und Kooperationen** werden unterschiedlich bewertet. Ein Interviewpartner informiert, aufgrund des Programmansatzes Soziale Stadt und der Maßnahmen in den zurückliegenden Jahren, haben sich viele Kooperationsbeziehungen entwickelt. Die Zahl der Akteure, die in das Netzwerk des Stadtteilteams eingebunden sind, wird von einem Interviewpartner auf 94 beziffert. Eine andere Stellungnahme hält dem entgegen, im Stadtteil würden zu viele kleine Beziehungskreise gepflegt. Es gäbe zwar Arbeitskreise, jedoch sei es schwierig, übergreifend gemeinsame Projekte im Alltagsgeschehen zu entwickeln. Daher werde ein übergeordnetes Gremium gebraucht, in dem die Vertreter aller Institutionen kontinuierlich zusammenarbeiten.

Auch die Maßnahmen zur **Förderung der individuellen und sozialen Entwicklung** werden un-

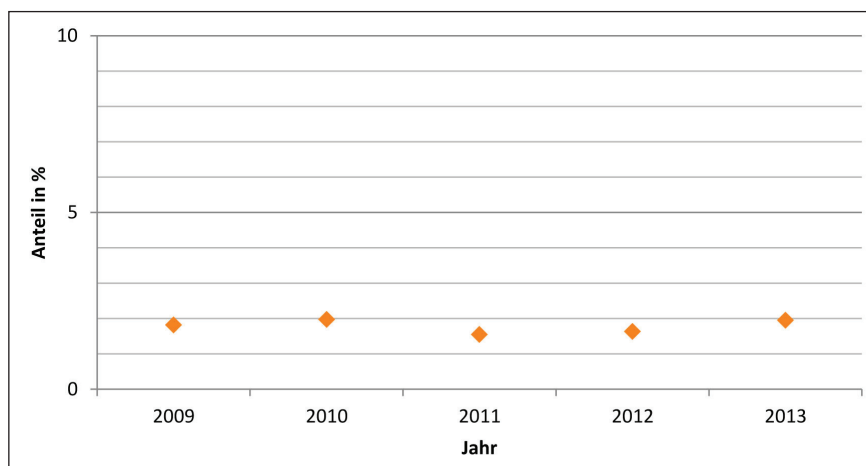


Abb. 22: Anteil der Delikte in Bergheim Süd-West an allen Delikten im Rhein-Erft-Kreis, Quelle: eigene Berechnung und Darstellung 2014

terschiedlich bewertet. Zwei Interviewpartner legen dar, insbesondere im Integrationsbereich sei die Beziehungsarbeit wirkungsvoll. Im Hinblick auf die unterschiedlichen ethnischen Gruppierungen, so konstatiert jedoch ein anderer Interviewpartner, sei es bisher nicht gelungen, diese zusammenzubringen. Ein Interviewpartner ergänzt, insbesondere die „marokkanische Community“ sei in sich sehr geschlossen.

Positiv hervorgehoben wird von einem Interviewpartner unter anderem das „CultureClash“-Musikprojekt, das seit 2008 existiert und bei dem Jugendliche die Gelegenheit erhalten unter einer professionellen musikpädagogischen Betreuung ein Instrument ihrer Wahl und den respektvollen Umgang miteinander zu erlernen. Im Bereich der Drogenkriminalität seien mittels der Beziehungsarbeit Fortschritte erzielt worden. Problematisch seien dagegen die verschiedenen Jugendcliquen, die im Stadtteil leben. Mit dem Streetwork-Projekt seien die Jugendlichen bisher noch nicht ausreichend erreicht worden. Ein Interviewpartner merkt an, durch die Lern- und Hausaufgabenprojekte im Stadtteil habe sich die Abschlussquote der Schüler/-innen verbessert.

### **Entwicklung der objektiven Kriminalität und des subjektiven Sicherheitsempfindens**

Die Entwicklung der Sicherheitslage in Bergheim Süd-West wird im Rahmen der Fallstudie aus

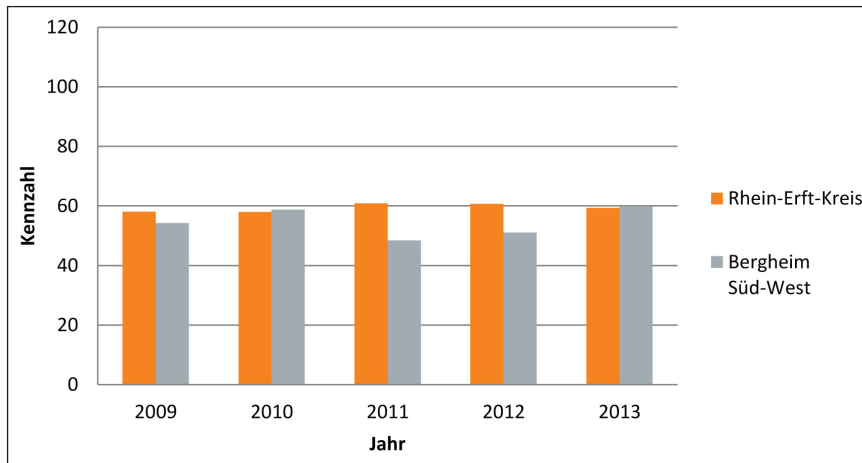


Abb. 23: Entwicklung der Kriminalitätskennzahlen in Bergheim Süd-West und im Rhein-Erft-Kreis, Quelle: eigene Berechnung und Darstellung 2014

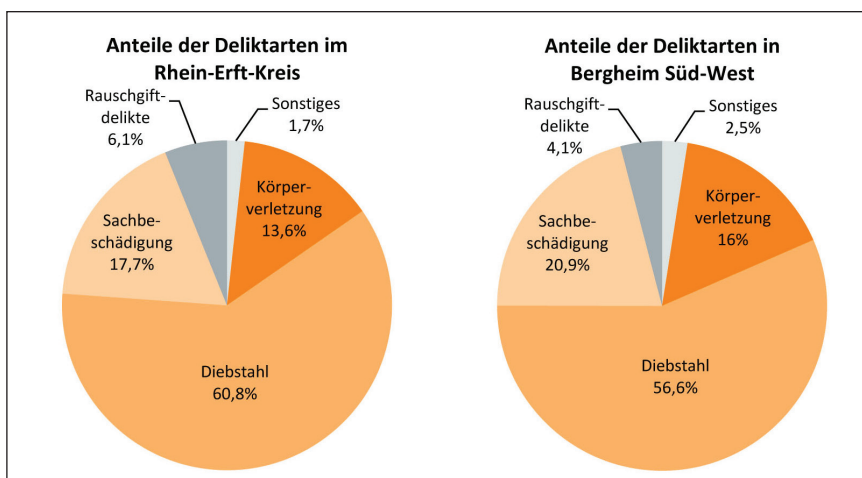


Abb. 24: Deliktarten im Rhein-Erft-Kreis und in Bergheim Süd-West im Durchschnitt 2009-2013, Quelle: eigene Berechnung und Darstellung 2014

zwei unterschiedlichen Perspektiven bewertet. Zum einen ermöglichen die IGVP-Daten des Landeskriminalamtes Nordrhein-Westfalen<sup>10</sup> einen statistisch objektiven Blick auf die behördlich erfassten Straftaten im Programmgebiet.

Zum anderen beleuchten die Ergebnisse der vor Ort durchgeführten Passantenbefragung das subjektive Sicherheitsempfinden einzelner Bewohner/-innen. Obwohl beide Analysen auf-

<sup>10</sup> Die hier verwendeten IGVP-Daten und die Daten aus der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) unterliegen unterschiedlichen Erfassungsregeln und sind daher nicht miteinander vergleichbar. Insbesondere werden IGVP-Daten zu Beginn eines polizeilichen Ermittlungsverfahrens, PKS-Daten bei der Abgabe des Verfahrens an die Staatsanwaltschaft erhoben.

grund der gewählten Datenbasis und Methodik nur mit Einschränkung aussagefähig sind, liefern sie vor dem Hintergrund der durchgeführten Maßnahmen dennoch wichtige Anhaltspunkte.

Die **Auswertung der IGVP-Daten** der letzten fünf Jahre zeigt, dass von allen im Rhein-Erft-Kreis<sup>11</sup> angezeigten Strafdelikten durchgängig weniger als 2% in Bergheim Süd-West erfasst wurden (Abb. 22). Da dieser Anteil im Zeitraum 2009 bis 2013 nur minimale Veränderungen aufweist, kann die Sicherheitslage im Programmgebiet als stabil bezeichnet werden.

Erwartungsgemäß ist der sehr geringe Anteil der Delikte in Bergheim Süd-West an allen Delikten im Rhein-Erft-Kreis auf die unterschiedliche Größe der beiden Bezugsräume zurückzuführen. Eine vergleichbare Einordnung der Kriminalitätsniveaus bieten die in Abbildung 23 dargestellten Kriminalitäts-

kennzahlen. Diese setzen die erfassten Straftaten ins Verhältnis zur Bevölkerungszahl und erlauben somit einen „bereinigten“ Vergleich zwischen dem Programmgebiet und dem Kreis.<sup>12</sup>

Die Kennzahlen belegen, dass in Bergheim Süd-West zwischen 2009 und 2013 meist weniger Delikte pro Einwohner/-in erfasst wurden als im gesamten Rhein-Erft-Kreis. Eine möglicherweise erwartete, negative Auffälligkeit des Sozialen Stadtgebietes lässt sich daher nicht feststellen.

<sup>11</sup> Die zuständige, übergeordnete Polizeibehörde für die Stadt Bergheim umfasst das gesamte Gebiet des Rhein-Erft-Kreises.

<sup>12</sup> Berechnung: Anzahl der Delikte \* 1000 / Bevölkerungszahl

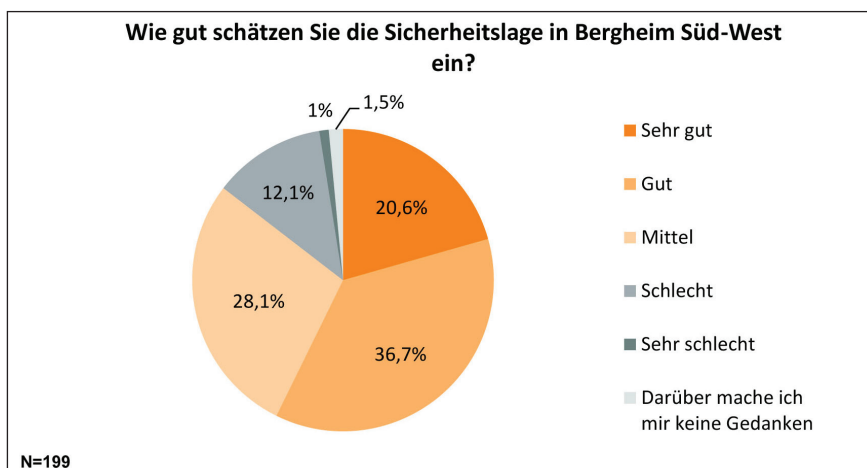


Abb. 25: Einschätzung der Sicherheitslage im Stadtteil, Quelle: Bewohnerbefragung Bergheim Süd-West 2013

Darüber hinaus zeigt sich, dass die Kennzahlen auf Kreisebene im beobachteten Zeitraum relativ stabil bleiben, während die Zahlen für Bergheim Süd-West merklichen Schwankungen unterliegen. Nach einem deutlichen Rückgang im Jahr 2011 stieg die Kriminalitätskennzahl für das Programmgebiet wieder an und war im Jahr 2013 im Vergleich zum kreisweiten Durchschnitt leicht erhöht. Eine eindeutige Tendenz ist anhand der vorliegenden Werte allerdings nicht zu erkennen. Insgesamt liegen die Kennzahlen auf einem – verglichen mit den Zahlen der anderen Fallstudien – mittleren Niveau.

Im Hinblick auf die registrierten Deliktarten unterscheiden sich das Programmgebiet Bergheim Süd-West und der Rhein-Erft-Kreis kaum (Abb. 24). Im Durchschnitt der Jahre 2009 bis 2013 handelt es sich in beiden Bezugsräumen bei mehr als der Hälfte der erfassten Straftaten um Diebstähle. Hierzu zählen auch Wohnungseinbrüche, die in beiden Fällen rund ein Zehntel der Diebstahldelikte ausmachen.

Deutlich dahinter folgen Sachbeschädigungen, Körperverletzungen, Rauschgiftdelikte und sonstige, schwere Straftaten, wie Raub, Vergewaltigung, Totschlag oder Mord. Sachbeschädigungen und Körperverletzungen weisen in Bergheim Süd-West gegenüber dem Rhein-Erft-Kreis allerdings ein leicht überdurchschnittliches Niveau auf.

Die Bewohnerbefragung<sup>13</sup> hat gezeigt, dass die Sicherheitslage im Quartier von den Bewohnern/-innen in Bergheim mehrheitlich positiv eingeschätzt wird. Die Sicherheitslage wird von mehr als der Hälfte der Befragten als gut (36,7%) oder sogar sehr gut (20,6%) bewertet. Nur etwa 13% bewerten die Sicherheitslage als schlecht oder sehr schlecht (Abb. 25).

Hinsichtlich der Veränderung des Sicherheitsempfindens gibt es widersprüchliche Einschätzungen. Etwas mehr als die Hälfte der Befragten sieht keine Veränderung. Je etwa ein Viertel der Befragten sieht eine Verbesserung, aber auch eine Verschlechterung der Sicherheitslage in Süd-West (Abb. 26).

Bei der Frage nach dem persönlichen Sicherheitsempfinden zeigt sich eine deutlich positivere Wahrnehmung (Abb. 27). 93,5% aller Befragten fühlen sich eher sicher oder sogar sehr sicher. Dieses Sicherheitsgefühl ist bei jüngeren Bewohnern/-innen (63%) sowie bei Frauen (80%) schwächer ausgeprägt.

Wie auch bei der Veränderung der allgemeinen Sicherheitslage im Stadtteil äußern die meisten Bewohner/-innen (52,2%), dass sich das persönli-

<sup>13</sup> Methodische Vorgehensweise und Rücklauf: Die Bewohnerbefragung im Bergheimer Stadtteil Süd-West fand als Passantenbefragung zwischen dem 8. Juni und dem 23. Juni 2013 zu unterschiedlichen Tageszeiten statt. Ein Teil der Befragung fand ganztätig auf dem Stadtfest am 8. Juni 2013 statt, um auch Bevölkerungsgruppen zu befragen, die seltener im öffentlichen Raum anzutreffen sind. Alle Interviews wurden rund um das Stadtteilzentrum FuNTASTIK durchgeführt. Befragt wurden nur Bewohner/-innen, die auch im Stadtteil wohnen. Auf Basis der Altersstruktur und der Geschlechtsverteilung der Bevölkerung im Stadtteil Süd-West wurden Quoten nach Altersgruppen und nach Geschlechtszugehörigkeit sowie die Gesamtzahl von 200 Interviews festgelegt. Diese Quoten wurden erreicht, so dass die Befragungsergebnisse in Bezug auf diese Merkmale repräsentativ für die (im öffentlichen Raum des Stadtteils Süd-West antreffbaren) Bewohner/-innen sind.

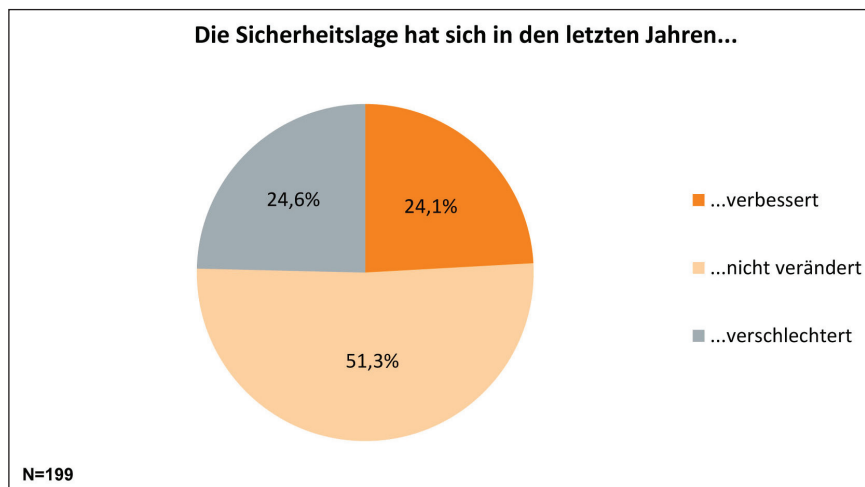


Abb. 26: Veränderung der Sicherheitslage im Stadtteil, Quelle: Bewohnerbefragung Bergheim Süd-West 2013

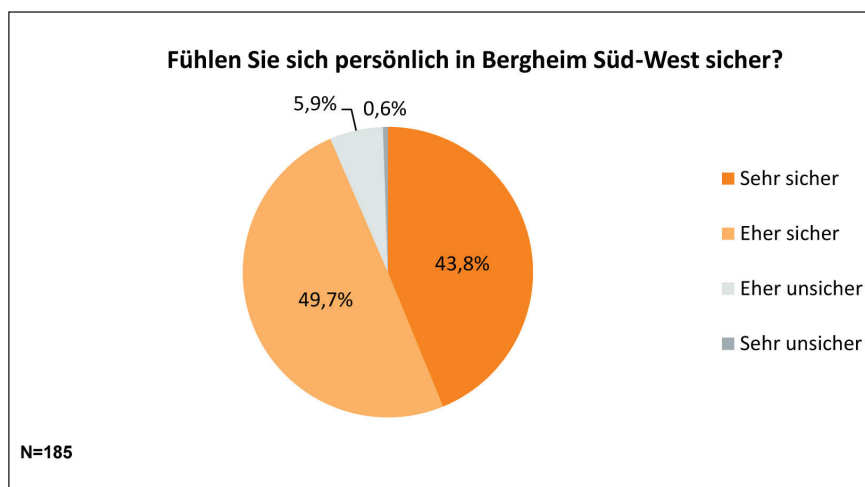


Abb. 27: Persönliches Sicherheitsempfinden, Quelle: Bewohnerbefragung Bergheim Süd-West 2013

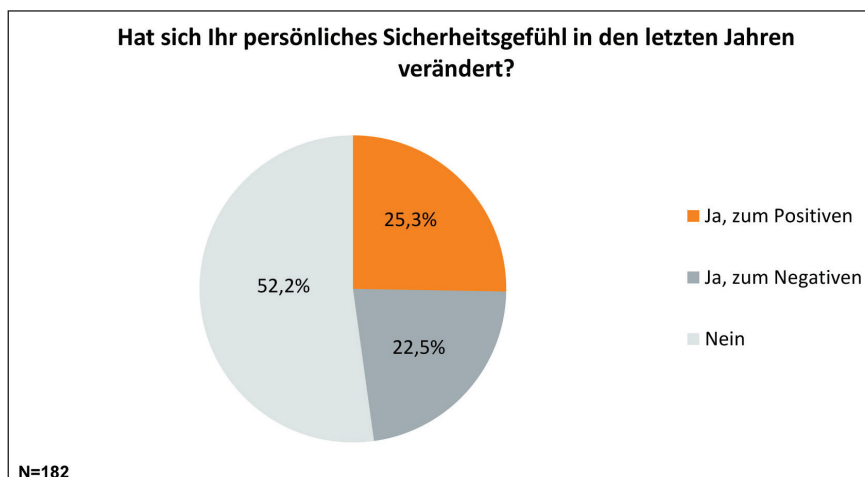


Abb. 28: Veränderung des persönlichen Sicherheitsempfindens, Quelle: Bewohnerbefragung Bergheim Süd-West 2013

che Sicherheitsgefühl nicht geändert hat. Jeweils etwa ein Viertel nimmt eine Veränderung zum Besseren beziehungsweise zum Schlechteren wahr (Abb. 28).

Als Handlungsbedarfe zur Verbesserung der Sicherheitsituation schlagen die Bewohner/-innen eine höhere Polizeipräsenz und bessere Angebote für Kinder und Jugendliche vor. Deutlich weniger sprechen sich für eine verbesserte Sauberkeit oder städtebauliche Aufwertung aus.

Grundsätzlich wird die Sicherheitslage und die persönliche Sicherheit von der überwiegenden Zahl der Bewohner/-innen von Bergheim Süd-West als sehr gut bewertet. Ein ambivalentes Bild zeigt sich bei den Wahrnehmungen der Veränderungen im Stadtteil. Die vielfältigen Aktivitäten im Rahmen des Programms Soziale Stadt führen bei einer großen Mehrzahl der Befragten nicht dazu, in der Folge Verbesserungen bei der Kriminalitätsbedrohung zu konstatieren. Ungefähr die Hälfte sieht keine Veränderungen, etwa ein Viertel sieht sogar Verschlechterungen der Sicherheitssituation und nur ein Viertel sieht Verbesserungen.

Vergleicht man die subjektiven Eindrücke aus der Bewohnerbefragung mit den oben dargestellten IGVP-Daten, lässt sich feststellen, dass diese weitestgehend übereinstimmen. Etwa die Hälfte der befragten



Bewohner/-innen (51%) gibt an, dass sich die Sicherheitslage in Bergheim Süd-West in den letzten Jahren nicht wesentlich verändert hat; jeweils gut ein Viertel sieht eine Verbesserung bzw. eine Verschlechterung der Sicherheitslage. Diese Wahrnehmungen lassen sich durch die IGVP-Daten bestätigen, die im Zeitraum 2009 bis 2013 nur marginale Schwankungen in der Anzahl der in Bergheim Süd-West begangenen Straftaten dokumentieren. Dies trifft sowohl auf die absoluten Zahlen als auch die durch die Bevölkerungszahl relativierten Kennzahlen zu.

### Schlussbewertung/ Ausblick

Symptomatisch ist die Erklärung eines Interviewpartners, das Programm Soziale Stadt sei ein wichtiger Impulsgeber und Motivator gewesen, um die städtebaulichen Maßnahmen einzuleiten. Auch auf die Umsetzung der sozialen Projekte habe sich die Förderung positiv ausgewirkt. Andere interviewte Akteure betonen, die baulichen Maßnahmen stünden mit den sozialen Projekten in einem engen Bezugsrahmen, da eine ganzheitliche Herangehensweise verfolgt wurde. Das Zusammenspiel von baulichen Maßnahmen und sozialen Projekten sei zielführend und wirksam. Im Programmverlauf wurden gemäß des integrierten Sozialplans eine Vielzahl an Maßnahmen und Projekten initiiert, die insbesondere die Nutzungsverantwortung und das Zusammenleben der Bewohner/-innen positiv gestärkt haben.

Als zentrale Entwicklung wird hervorgehoben, dass die Anonymität der Bewohner/-innen untereinander deutlich reduziert werden konnte. Es sei zu einer gestiegenen Identifikation der Bevölkerung mit ihrem Stadtteil gekommen, wodurch das soziale Klima verbessert worden sei. Durch die Maßnahmen der Sozialen Stadt wurde ein großer Teil der Probleme beseitigt, so dass die Spirale des Niedergangs und Imageverlusts gestoppt werden konnte.

Einige Interviewpartner/-innen äußern mit dem Blick in die Zukunft die Besorgnis, dass mit dem Auslaufen der Förderung des Programmansatzes Soziale Stadt Ende des Jahres 2014 einige Maß-

nahmen, die erfolgreich implementiert wurden, nicht aufrechterhalten werden können. Dies berge die Gefahr, dass sich die Präventionseffekte abschwächen und Unsicherheitsfaktoren im Programmgebiet wieder zunehmen könnten.

In Zukunft wird es gemäß den Angaben der interviewten Akteure vor allem darum gehen, die soziale Situation weiter zu stabilisieren. Erste Schritte zur Nachhaltigkeit sind mit dem Stadtteilverein Süd-WestWind e.V. und dem neuen Haus FuNTASTIK bereits gemacht worden.<sup>14</sup> Handlungsbedarf wird unter anderem hinsichtlich des anonymen Zusammenlebens von Deutschen und Migranten/-innen gesehen. Darüber hinaus werden die Jugendcliquen im Gebiet problematisiert, die trotz des Streetworker-Projekts im Projektverlauf nicht ausreichend erreicht wurden und zum Teil weiterhin Angst bei der Wohnbevölkerung schüren würden. Auch die baulichen Maßnahmen sind zum Erhebungszeitpunkt noch nicht abgeschlossen, da der Abriss des Berliner Rings 41-45 noch bevorsteht. Darüber hinaus seien Vandalismus und Drogenhandel weiterhin ein Thema.

Die Möglichkeit, dass die Angebote und Maßnahmen nach Auslaufen der Förderung vermehrt von Ehrenamtlichen übernommen werden, wird von den Beteiligten kritisch gesehen. Es sei wichtig, dass Haupt- und Ehrenamt einander weiterhin zielorientiert ergänzen. Aus diesem Grund sei es entscheidend, nicht nur das FuNTASTIK zu erhalten, sondern auch die Stelle der Nationworkerin dauerhaft zu implementieren. Die Mitarbeiter/-innen des FuNTASTIK und des Integrationsbüros seien wichtige Ansprechpartner für die Bevölkerung sowie für die Vernetzung der im Programmgebiet angesiedelten Akteure. Obwohl die Angebote positiv bewertet werden, ist ein Interviewpartner der Meinung, die Angebote im Stadtteil würden von zu wenigen Bewohnern/-innen genutzt.

<sup>14</sup> Geschäftsstelle Städtenetz Soziale Stadt NRW, Ministerium für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen (2010): Bergheim Süd-West. Gebietscharakter und Ausgangslage. Online verfügbar unter: [http://www.soziale-stadt.nrw.de/stadteile\\_projekte/profil.php?st=bergheim-suedwest#meilensteine](http://www.soziale-stadt.nrw.de/stadteile_projekte/profil.php?st=bergheim-suedwest#meilensteine), Stand 31.05.2013.

Neben der positiven Entwicklung hinsichtlich der Nutzungsverantwortung und dem Zusammenleben der Bewohnerschaft werden auch die baulichen Sanierungsmaßnahmen von den meisten Interviewpartnern/-innen wertgeschätzt und als zentrale Entwicklungsfaktoren benannt. Insbesondere dem Abriss des Berliner Rings 41-45 stehen alle Akteure positiv gegenüber. Es sei durch die Vielzahl der städtebaulichen Projekte zu einer „Aufwertung“ des Stadtteils gekommen. Die visuellen Unsicherheitszeichen seien deutlich verringert worden.

Durch den Einbezug der Bevölkerung bei allen Maßnahmen (z.B. durch Planungswshops, Zukunftsforen, Stadtteilkonferenzen) werden die sanierten Objekte sorgsamer behandelt. Die positive Sicht wird nicht von allen Interviewteilnehmern/-innen geteilt und teilweise kontrovers diskutiert. Ein Interviewteilnehmer gibt in diesem Zusammenhang an, eine nachhaltige Wirkung sei nur dann erreichbar, wenn das ge-

samte Programmgebiet entsprechend der im Antrag vorgesehenen Maßnahmen komplett saniert werde. Dafür werde ein längerer Zeitraum benötigt als im Förderzeitraum vorgesehen war. Im Rahmen des Verstetigungsprozesses seien drei Arbeitsgruppen (Finanzen, Öffentlichkeitsarbeit und Organisation) sowie eine Steuerungsgruppe, die sich aus Vertretern/-innen der Stadtteilarbeit und des Familienzentrums zusammensetzt, mit der Konzeptentwicklung für die Zeit nach dem Auslaufen der Förderung beauftragt.

Das Konzept werde nach der Fertigstellung gegen Ende des Jahres 2014 dem Rat der Stadt Bergheim vorgestellt. Ein Interviewpartner ergänzt, die Maßnahmenschritte im Rahmen des Förderprogramms seien von der Verwaltung der Stadt Bergheim stets mehrheitlich bzw. parteiübergreifend getragen worden. Aus diesem Grund werde die Verstetigung der Maßnahmen seitens der Verwaltung ebenfalls befürwortet.

## Fallstudie Essen-Altenessen

### **Das Programmgebiet Altenessen: Ausgangslage**

Das Programmgebiet Altenessen<sup>1</sup> liegt nördlich der Innenstadt und umfasst neben dem Altenessener Süden (Stadtbezirk V) auch das Nordviertel, das zum Innenstadtbereich gehört (Stadtbezirk I) (Abb. 29). Mit rund 33.100 Einwohnern/-innen (Stand 31.12.2011) ist das Gebiet relativ groß, bildet jedoch keine komplexe Einheit, obwohl die Stadtteile ineinander übergehen. Obwohl die Altenessener Straße die Hauptverkehrsader ist, existiert kein direktes Zentrum mit identitätsstiftender Struktur. Die Siedlungsstruktur ist ursprünglich industriell geprägt und stark verdichtet. Das Quartier erfüllt hauptsächlich die Wohnfunktion.

Der Wohnungsbestand besteht zu großen Teilen aus mehrgeschossigen Mietwohnungen und Blockrandbebauung. Die Eigentümerstruktur besteht weitestgehend aus großen Gesellschaften oder Anlegern. Im Einzeleigentum befindet sich nur ein geringer Teil der Bestände.

Das Programmgebiet weist gegenüber der Gesamtstadt (15,2%) einen erhöhten Anteil an Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren (17,6%) auf. Die Bevölkerungsentwicklung für das Quartier ist im Gegensatz zur Gesamtstadt positiv. Das Quartier verfügt über eine überdurchschnittlich hohe Quote an Sozialwohnungen und einen hohen Anteil an Sozialhilfeempfängern/-innen.

<sup>1</sup> Stadt Essen (Hrsg.) (2012): Integriertes Entwicklungskonzept „Soziale Stadt“ Essen-Altenessen-Süd/Nordviertel. Essen. Online verfügbar unter: [https://media.essen.de/media/wwwessende/aemter/0116/Integriertes\\_Entwicklungskonzept\\_Essen\\_-\\_Altenessen-Sued-NordviertelSoziale\\_Stadt-August2012.pdf](https://media.essen.de/media/wwwessende/aemter/0116/Integriertes_Entwicklungskonzept_Essen_-_Altenessen-Sued-NordviertelSoziale_Stadt-August2012.pdf), Stand 04.06.13.

Im Vergleich zur Gesamtstadt (15,9%) beziehen 28,8% der Bewohner/-innen Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch (SGB III) bzw. dem Asylbewerberleistungsgesetz (Stand: 31.12.2013).

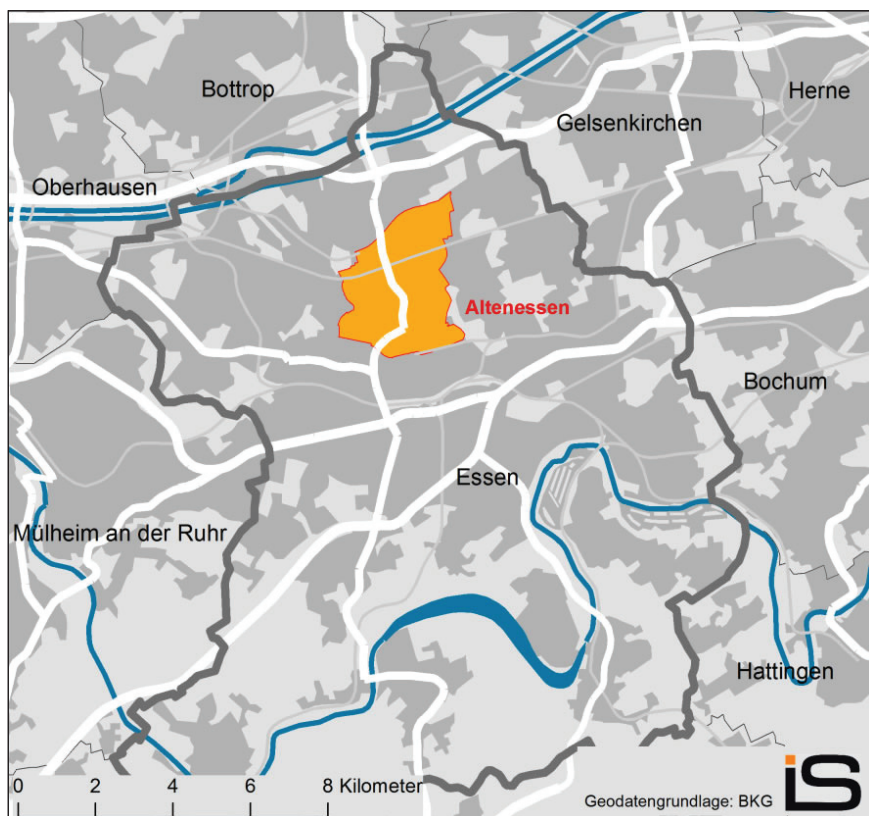


Abb. 29: Untersuchungsgebiet Essen-Altenessen, Quelle: eigene Darstellung 2014

Das Programmgebiet „Altenessen-Süd/Nordviertel“ wird seit 2013 durch die Soziale Stadt gefördert.

Kriminalpräventive Maßnahmen werden insbesondere im Handlungsfeld „Zusammenleben im Stadtteil“ des Integrierten Handlungskonzepts erkennbar, da konkret auf die Situation am Altenessener Bahnhof als Kriminalitätsschwerpunkt Bezug genommen wird. Gelingen soll dies vor allem durch Maßnahmen der sozialen Integration sowie durch die Bekämpfung von Jugendkriminalität.

Ein direkter Bezug zwischen städtebaulichen Maßnahmen und Kriminalprävention findet sich im Integrierten Handlungskonzept nicht. Von den Interviewpartnern/-innen wird jedoch bekräftigt, dass auch städtebauliche Maßnahmen in Zukunft mit Blick auf kriminalpräventive Wirkungen betrachtet werden müssen. Im Fokus sollen dabei die weitere Aufwertung des Bahnhofs, der Wohnungsbestände und die Verbesserung von Beleuchtungssystemen stehen.

### Problembeschreibung<sup>2</sup>

Von den interviewten Akteuren werden eine überdurchschnittlich hohe **objektive Kriminalitätsbelastung** und Probleme im Bereich Jugendkriminalität, insbesondere mit Intensivstraftätern/-innen, als die größten Problemlagen im Quartier benannt. Als problematisch stelle sich zudem die polarisierende Presseberichterstattung der örtlichen Medien dar, da diese die Angst der Bürger/-innen schüren würde. So würde das subjektive Angstempfinden die tatsächliche Bedrohung durch Kriminalität weit übersteigen.

Eine Befragung unter 420 Bewohnern/-innen brachte die Erkenntnis, dass sich ca. 50% der Befragten im Stadtteil unsicher

fühlen, wobei zum Vergleich nur 3% unmittelbar eigene Erfahrungen mit Kriminalität gemacht hatten. Als Gründe für das Unsicherheitsempfinden werden einerseits „pöbelnde und heruntreibtende“ Jugendliche sowie „Angstorte“ am Bahnhof Altenessen und im Umfeld der Altenessener Straße benannt. Die Interviewpartnerinnen und -partner berichten zudem, dass es eine große Bandbreite von Vergehen im Bereich der **Ordnungswidrigkeiten** im Quartier gäbe. Es werden vor allem Verunreinigungen im öffentlichen Raum sowie eine allgemeine Verwahrlosung von bestimmten Orten genannt.

Es gibt **visuelle Unsicherheitszeichen** einerseits dadurch, dass die Wohnbereiche teilweise stark

<sup>2</sup> Die nachfolgenden Informationen basieren auf dem Integrierten Entwicklungskonzept „Soziale Stadt“ Essen Altenessen-Süd/ Nordviertel, den Ergebnissen einer Bewohnerbefragung in Altenessen sowie auf Interviewangaben, die von Mai bis Juli 2013 mit Vertretern/-innen von Politik und Verwaltung, des Jugendamtes Essen, der Polizeidienststelle Altenessen, der Wohnungswirtschaft und Mitarbeitern/-innen der AWO Essen gemacht wurden.

isoliert voneinander und häufig durch Hauptverkehrsstraßen getrennt sind. Hinzu kommen fehlende Grünflächen und eine geringe Aufenthaltsqualität. Andererseits gibt es städtebauliche Defizite, die Unsicherheiten bei den Bewohnern/-innen auslösen und dazu führen, dass ein Teil der Befragten bestimmte Wege und Orte im Quartier meidet und sogar einen Umzug erwägt. Zudem wirken die verlassenen Orte und Gebäude angststeigernd und es fehle an sozialer Kontrolle.

Es existiert eine Vielzahl von **Risikofaktoren** unterschiedlicher Problemlagen im Quartier, vor allem im Bereich des Zusammenlebens, der Familie und der Schule. Grundlegende Probleme ergeben sich im Quartier dadurch, dass ein Großteil der Bevölkerung in Armut lebt. Im Bereich Altenessen-Süd/ Bahnhof leben 60% der Kinder von staatlicher Unterstützung. Laut den interviewten Akteuren gibt es einen hohen Anteil an sozial benachteiligten Familien. Daraus ergeben sich eine Reihe negativer Auswirkungen, wie innerfamiliäre Konflikte und Gewalt sowie fehlende Chancen im Bildungsbereich und auf dem Arbeitsmarkt. Im Quartier gäbe es eine starke Segregation und kaum Berührungspunkte zwischen den Familien mit Zuwanderungshintergrund und den „gutbürgerlichen“ Bewohnern/-innen Altenessens. Für Kinder und Jugendliche im Quartier ergeben sich zusätzlich gesonderte Problemlagen. So wohnten viele jugendliche Intensivstraftäter/-innen in Altenessen und hätten z.T. einen negativen Einfluss auf andere Jugendliche im Quartier.

Die **sozialen Konflikte** und gewalttätigen Auseinandersetzungen im Quartier brachten den Stadtteil Altenessen in die Schlagzeilen der örtlichen Medien. Im Fokus dieser Konflikte stehen vor allem Konfrontationen zwischen kurdisch-libanesischen Familienclans. In den Interviews wird berichtet, dass die verschiedenen Clans bereits seit Jahren in Konflikte verwickelt und diese z.T. in gewalttätige Ausschreitungen ausgeartet seien. Zudem komme es immer wieder zu Auseinandersetzungen zwischen Jugendlichen. Dies beginne teilweise schon in den Grundschulen.

### **(Kriminal-)Präventive Maßnahmen**

Die Akteure des Projektes „Soziale Stadt Altenessen“ können auf Erfahrungen aus dem Essener Stadtteil Katernberg zurückgreifen, da dort bereits kriminalpräventive Ansätze und Strukturen umgesetzt und erprobt worden sind. Insofern können insbesondere auch die Ansätze und Aktivitäten im Bereich der Kriminalprävention aus Katernberg direkt auf Altenessen übertragen werden. Dies gilt insbesondere für die Kooperationsstrukturen und bestimmte Projektansätze. Bereits vor Aufnahme in das Programm Soziale Stadt hat sich ein „Aktionsbündnis Sicheres Altenessen“ (ASA) als Netzwerk von städtischen Akteuren, Polizei, intermediären und bürgerschaftlichen Akteuren gebildet.

Dieses Aktionsbündnis bildet den übergeordneten Handlungsrahmen für **Maßnahmen im ordnungsrechtlichen Bereich**. Zwar werden im Quartier durch die Umsetzung des Programms Soziale Stadt nicht mehr Polizeikräfte eingesetzt, allerdings wird versucht das verfügbare Personal effizienter einzusetzen. Das ASA koordiniert die weiteren Eingreifmöglichkeiten durch Jugendamt oder Sozialarbeiter/-innen vor Ort. So können Hausbesuche bei wiederholt kriminellen Jugendlichen durchgeführt oder die Eltern direkt kontaktiert werden. Das schnelle Eingreifen bzw. die „kurzen“ Wege zwischen den Behörden und Einrichtungen sind das Besondere am Konzept des ASA und stellen eine grundlegende Erneuerung dar. Neben der neuen Grundstruktur hat es verschiedene repressive Maßnahmen im Stadtteil gegeben, insbesondere zur Eindämmung der Jugendkriminalität. Zu nennen ist hier die „EG-Jugend“, eine spezielle Ermittlungsgruppe der Polizei Essen, die sich um jugendliche Intensivtäter kümmert. Zudem geht Personal einer Ordnungspartnerschaft zwischen Polizei und Ordnungsamt regelmäßig durch den Stadtteil, um an verschiedenen Orten nach dem Rechten zu sehen und es werden vermehrt Zivilstreifen (z. B. in Bussen) eingesetzt.

Neben den repressiven Mitteln und Maßnahmen werden „präventive“ Elemente umgesetzt, wie das Projekt „Coole Kids“, welches versucht, straffällig gewordene Jugendliche zwischen 11 und 14



Jahren eine Perspektive zu geben und so weitere Straftaten zu verhindern.<sup>3</sup> Diese Maßnahmen erforderten laut den Interviewten keine zusätzlichen Fördermittel, da die Strukturen vor allem bei Polizei und Jugendamt bereits vorhanden waren.

Aufgrund der kurzen Programmlaufzeit konnte erst ein kleiner Teil der geplanten **gestalterischen und technischen Maßnahmen** umgesetzt werden. Städtebauliche Maßnahmen werden von den Interviewpartnern/-innen jedoch als wichtige Mittel gesehen, um das subjektive Angstgefühl der Bürger/-innen zu reduzieren. Im Zentrum der bisher durchgeführten Maßnahmen stand der Bahnhof Altenessen, der in der Bewohnerbefragung als einer der „gefährlichsten“ Orte bezeichnet wurde. Laut den interviewten Akteuren wurden der Bahnhof und das Umfeld aufgewertet und Durchgänge offener und heller gestaltet sowie die Anlagen modernisiert, um den Bahnhof insgesamt freundlicher zu gestalten, die Aufenthaltsqualität zu verbessern und so Angstgefühle in der Bevölkerung abzubauen. Probleme bereiten im gesamten Quartier Brachflächen und leerstehende Gebäude. Einige brachliegende Flächen, die stark vermüllt waren, wurden bereits geräumt und in Stand gesetzt. Andere sollen in Zukunft geräumt oder als Bauland neu vermarktet werden, um die soziale Durchmischung des Quartiers nachhaltig zu erhöhen.

Um sowohl die **Nutzungsverantwortung als auch die Qualität des Zusammenlebens** der Bewohner/-innen im Quartier zu steigern, sollen kulturelle Feste und Bürgerveranstaltungen das Miteinander stärken.

Auf dem Stadtteilstfest präsentieren sich die verschiedenene Vereine und Gruppen (z. B. eine libanesische Frauengruppe), um Vorurteile und Barrieren abzubauen.

Die „KulturTankstelle“ bietet weitere kulturelle Veranstaltungen an, um das Angebot an Kultur und Freizeit für die Bewohner/-innen des Quartiers zu bereichern und das Zusammenleben zu verbessern. Zudem hat die ASA eine Bürgersprechstunde als Anlaufstelle für Beschwerden aller Art eingerichtet und die Bürgerversammlung „Altenessener Konferenz“ mit initiiert. Ein Interviewpartner des Jugendamtes betonte die Wichtigkeit, dass die Bewohner/-innen sowie Nachbarn/-innen sich kennen und so Barrieren abgebaut würden. Die Maßnahmen zielen darauf ab, dass die Bewohner/-innen ins Gespräch kämen und so Konflikten vorgebeugt werden könne. Eine zentrale und wichtige Funktion komme hier den Streetworkern und dem im Rahmen des Programms Soziale Stadt eingerichteten Quartiersmanagement bei der Moderation von Konflikten zu.

Für **Organisation und Management** im Quartier sind verschiedene Akteure zuständig. Das ASA wurde als Koordinierungsstelle gegründet und ist im Rahmen der Sozialen Stadt verantwortlich für die strategische Umsetzung des kriminalpräventiven Ansatzes. Die Mitglieder, bestehend aus dem Leiter des Jugendamtes, einer für Altenessen zuständigen Mitarbeiterin des Jugendamtes, einem Streetworker, der Polizei, einem Mitarbeiter der AWO sowie der Jugendgerichtshilfe, koordinieren Maßnahmen im Bereich der Kriminalprävention. Das Gremium trifft sich einmal wöchentlich.

Der ASA verfügt über keine eigenen finanziellen Mittel, sondern ist eine reine Koordinationsstelle, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, vor allem eine aktive Netzwerkarbeit zu betreiben. Maßnahmen und Projekte werden durch Regelstrukturen der Stadt bzw. der AWO finanziert und durchgeführt. Eine 50%-Stelle für Koordinierungsarbeit wird durch den Innovationshaushalt der Stadt Essen finanziert. Das Hauptaugenmerk des ASA liegt auf der Präventionsarbeit mit Kindern und Jugendlichen. Eine Quartiersmanagerin ist vor allem im Bereich Kommunikation und Netzwerkarbeit aktiv. Sie vermittelt zwischen den verschiedenen kulturellen Gruppen und schafft die Verbindung zwischen ASA und den Bewohner/-innen.

<sup>3</sup> Stadt Essen (Hrsg.) (2012): Integriertes Entwicklungskonzept „Soziale Stadt“ Essen-Altenessen-Süd/Nordviertel. Essen: S. 87. Online verfügbar unter: [https://media.essen.de/media/wwwessende/aemter/0116/Integriertes\\_Entwicklungskonzept\\_Essen\\_-\\_Altenessen-Sued-Nordviertel/Soziale\\_StadtAugust2012.pdf](https://media.essen.de/media/wwwessende/aemter/0116/Integriertes_Entwicklungskonzept_Essen_-_Altenessen-Sued-Nordviertel/Soziale_StadtAugust2012.pdf), Stand 04.06.13.

Für Feste und Veranstaltungen im Quartier konnten beispielsweise Personen aus Religions- und Kulturvereinen gewonnen werden, um Konflikte zwischen den unterschiedlichen Gruppen vorzubeugen bzw. entstandene Streitigkeiten aufzuklären und friedlich zu lösen. Insgesamt ist schon bis heute eine intensive und vielschichtige Netzwerkstruktur im Stadtteil entstanden.

Zur **Förderung der sozialen und individuellen Entwicklung** von Kindern und Jugendlichen wurden verschiedene soziale Projekte ins Leben gerufen, die mit unterschiedlichen Partnern im Quartier durchgeführt werden. Als Beispiel zu nennen ist hier das Projekt „Was ist Ehre“, bei dem über religiöse Themen und Begriffe rund um das Thema Ehre diskutiert wird. Begleitet wird das Projekt von einem türkischstämmigen Theologen. Um den Jugendlichen im Quartier eine regelmäßige Anlaufstelle zu bieten, wurde der Jugendtreff „Palme 7“ auf der Altenessener Straße eingerichtet. Dort sind Streetworker vor Ort, um sich den Problemen der Kinder und Jugendlichen anzunehmen und es gibt Angebote im Bereich Sport, Tanz und Kultur. Durch das ASA wurden verschiedene Kooperationen mit Schulen, Sportvereinen und sozialen Trägern ins Leben gerufen, die Möglichkeiten für weitere Projekte und Maßnahmen schaffen. Auch die AWO unterhält ein Stadtteilbüro, das insbesondere als Anlaufstelle von delinquenten Jugendlichen für Einzelberatung und Hilfestellung genutzt wird.

### Wirkungen

Grundsätzlich geben die interviewten Akteure an, dass sich die allgemeine Sicherheitslage verbessert habe. Laut den Akteuren kommt es durch die **ordnungsrechtlichen Maßnahmen** zu weniger Unruhen und Auseinandersetzungen zwischen den Bewohnern/-innen. Die Zahl der Intensivtäter/-innen sei massiv reduziert worden. Zusätzlich wird angemerkt, dass es in der Bürgersprechstunde des ASA und auf der Bewohnerkonferenz seltener zu Beschwerden in den Themenbereichen Sicherheit und Kriminalität gekommen sei. Die Bürgersprechstunde konnte daher inzwischen eingestellt werden. Andere Themen seien hier in den Vordergrund gerückt. Auch wird eine Verbes-

serung des subjektiven Sicherheitsgefühls der Bürger/-innen beobachtet. Diese Aussagen beruhen jedoch nicht auf evaluierten Daten, sondern den alltäglichen Erfahrungen der Akteure. Die positive Wirkung der Maßnahmen wird jedoch von allen Interviewpartnern/-innen hervorgehoben. Positiv erwähnt wird von allen Befragten die Netzwerkarbeit des ASA. Mithilfe der verschiedenen Akteure im Bündnis konnte eine Vielzahl von Kooperationen und Kontakte aufgebaut werden, die „kurze Wege“ und ein schnelles Eingreifen möglich machen.

Über die Wirkungen im Bereich **Gestaltung und Technik** können nur bedingt Aussagen getroffen werden. Bisher sind nur vereinzelte Maßnahmen umgesetzt worden. Vor allem der Altenessener Bahnhof wurde städtebaulich aufgewertet, um Angsträume zu beseitigen und die subjektive Angst der Bewohner/-innen vor Kriminalität einzudämmen. Laut allen Interviewpartnern/-innen sind diese Maßnahmen sehr erfolgreich gewesen, so dass sich die Aufenthaltsqualität verbessert habe und der Bereich sicherer geworden sei. Verdrängungseffekte von Kriminalität und Ordnungswidrigkeiten sowie der Jugendlichen, die sich dort aufhielten, in andere Gebiete können jedoch nicht ausgeschlossen werden. Alle Interviewten sehen jedoch weiteren Handlungsbedarf in diesem Bereich.

Die **Nutzungsverantwortung und das Zusammenleben** der verschiedenen Kulturen und Religionen konnten verbessert werden, indem durch die Netzwerkarbeit des ASA intensive Kontakte zu den verschiedenen Vereinen und Vertretern der Clans entstanden sind. Durch die Zusammenarbeit mit einem libanesischen Verein und durch den Einsatz von Schlüsselpersonen der „libanesischen Community“ konnten beispielsweise auf der jährlich stattfindenden Kirmes Konflikte reduziert werden. Aus den Interviews geht hervor, dass die Konflikte insgesamt eingedämmt wurden und sich die verschiedenen Kulturgruppen im Quartier einander angenähert hätten. Die durchgeführten Maßnahmen konnten sich positiv auf das Zusammenleben der Bevölkerung auswirken.

Auch in Zukunft sollen die Netzwerke gepflegt bzw. weiter ausgebaut werden und somit präventive Elemente in die Regelarbeit übergehen.

Die besondere Stärke des ASA kommt im **Management** sowie in der Kooperation zwischen den Akteuren zum Tragen. Das Netzwerk kann mittlerweile auf eine Reihe von Kooperationspartnern zurückgreifen, die nicht nur verschiedene kleine Projekte möglich machen, sondern vor allem die Kommunikation zwischen den unterschiedlichen Akteuren gestärkt haben. Diese Netzwerkstruktur macht es möglich, auf unterschiedlichste Probleme tiefgreifend und umfassend zu reagieren. Probleme in Familien oder mit Jugendlichen können z. B. schneller, aber auch längerfristig und umfassender angegangen werden. Durch die Einbindung von Schulen konnten unter anderem Kontakte zu Familien geknüpft werden, die ohne das ASA nicht zustande gekommen wären. Die geschaffene Netzwerkstruktur kann auf ein effektives Geflecht von Kooperationen und Handlungsmöglichkeiten zurückgreifen. Dies ist die besondere Stärke des Projektes in Altenessen. Eine Weiterarbeit des ASA auch nach Auslaufen der Förderung durch die Soziale Stadt wird als unabdingbar beschrieben.

Ein starker Fokus der bisherigen Maßnahmen wurde auf die **individuelle und soziale Entwicklung** der Quartiersbewohner/-innen gelegt. Insbesondere Jugendliche sollten hier gefördert werden. Laut den Interviewpartnern/-innen ist es den Sozialarbeitern/-innen und Streetworkern gut gelungen, ein Vertrauensverhältnis zu den Jugendlichen aufzubauen und ihnen Angebote zur besseren Gestaltung ihrer Freizeit näherzubringen. Mithilfe der Kontakte zu den Jugendlichen konnte zudem die Familienhilfe besser und tiefgreifender arbeiten. Die neue Einrichtung für Kinder- und

Jugendarbeit „Palme 7“ in Altenessen habe sich bei den Kindern und Jugendlichen in Altenessen schnell etabliert und biete einen Anlaufpunkt. Eine Verstetigung der sozialen Maßnahmen wurde von Beginn an konsequent mitbedacht.

### Entwicklung der objektiven Kriminalität und des subjektiven Sicherheitsempfindens

Die Entwicklung der Sicherheitslage in Essen-Altenessen wird im Rahmen dieser Fallstudie aus zwei unterschiedlichen Perspektiven bewertet. Zum einen ermöglichen die IGVP-Daten des Landeskriminalamtes Nordrhein-Westfalen<sup>4</sup> einen statistisch objektiven Blick auf die behördlich erfassten Straftaten innerhalb des Programmgebietes. Zum anderen beleuchten die Ergebnisse der vor Ort durchgeführten Bewohnerbefragung das subjektive Sicherheitsempfinden einzelner Bewohner/-innen. Obwohl beide

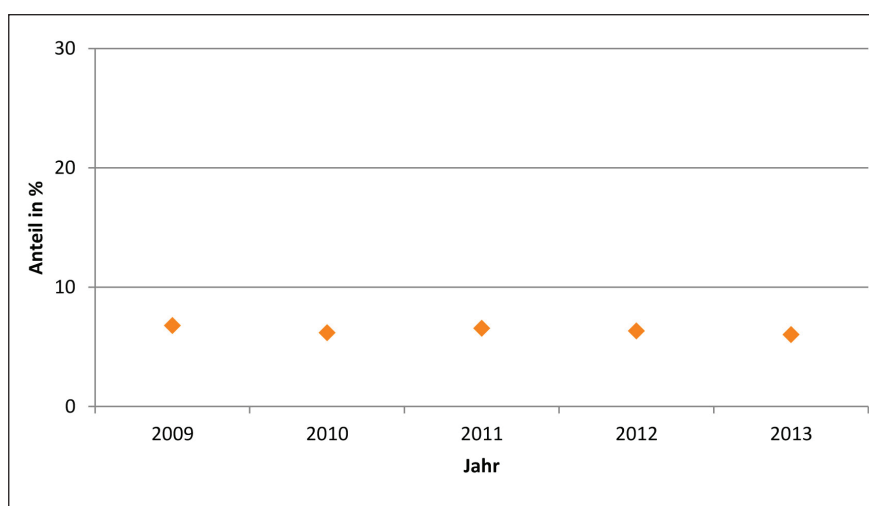


Abb. 30: Anteil der Delikte in Essen-Altenessen an allen Delikten in Essen, Quelle: eigene Berechnung und Darstellung 2014

Analysen aufgrund der gewählten Datenbasis und Methodik nur mit Einschränkung aussagefähig sind, liefern sie vor dem Hintergrund der durchgeführten Maßnahmen dennoch wichtige Anhaltspunkte.

<sup>4</sup> Die hier verwendeten IGVP-Daten und die Daten aus der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) unterliegen unterschiedlichen Erfassungsregeln und sind daher nicht miteinander vergleichbar. Insbesondere werden IGVP-Daten zu Beginn eines polizeilichen Ermittlungsverfahrens, PKS-Daten bei der Abgabe des Verfahrens an die Staatsanwaltschaft erhoben.

Die **Auswertung der IGVP-Daten** des Landeskriminalamtes Nordrhein-Westfalen zeigt, dass von allen in der Stadt Essen erhobenen Strafdelikten seit 2009 jeweils zwischen 6 und 7% im Soziale Stadt-Gebiet Altenessen erfasst wurden. Dieser Anteil weist im Zeitverlauf der Jahre 2009 bis 2013 lediglich minimale Schwankungen auf (Abb. 30).

Die errechneten Kriminalitätskennzahlen<sup>5</sup> zeigen darüber hinaus, dass im Soziale Stadt-Gebiet Altenessen mehr Delikte pro Einwohner/-in erfasst wurden als im Durchschnitt der Gesamtstadt Essen.

Während die erfassten Delikte pro Einwohner/-in in der Gesamtstadt Essen in den letzten Jahren konstant waren, unterlag die Zahl der erfassten Delikte pro Einwohner/-in im Soziale Stadt-Gebiet Altenessen leichten Schwankungen, wobei sie konstant über dem Durchschnitt der Gesamtstadt liegt. Seit 2011 ist die Zahl der erfassten Delikte pro Einwohner/-in in Altenessen leicht rückläufig. Insgesamt liegen die Kennzahlen für die Gesamtstadt Essen auf einem mittleren, für den Stadtteil Altenessen auf einem vergleichsweise hohen Niveau (Abb. 31).

<sup>5</sup> Die hier verwendete Kriminalitätskennzahl setzt die Anzahl der Delikte ins Verhältnis zur Bevölkerungszahl und ermöglicht somit einen „bereinigten“ Vergleich zwischen dem Sozialen Stadt-Gebiet und der Gesamtstadt. Berechnung: Anzahl der Delikte \* 1000 / Bevölkerungszahl.

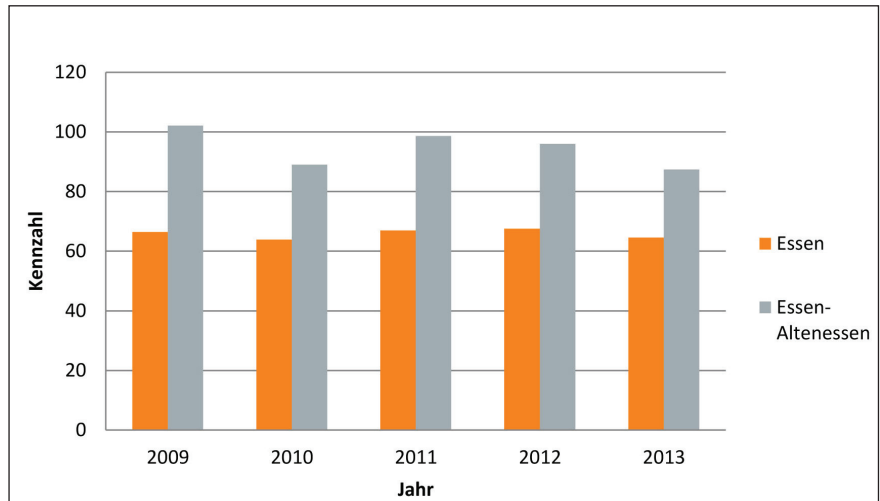


Abb. 31: Vergleich und Entwicklung der Kriminalitätskennzahlen in Essen, Quelle: eigene Berechnung und Darstellung 2014

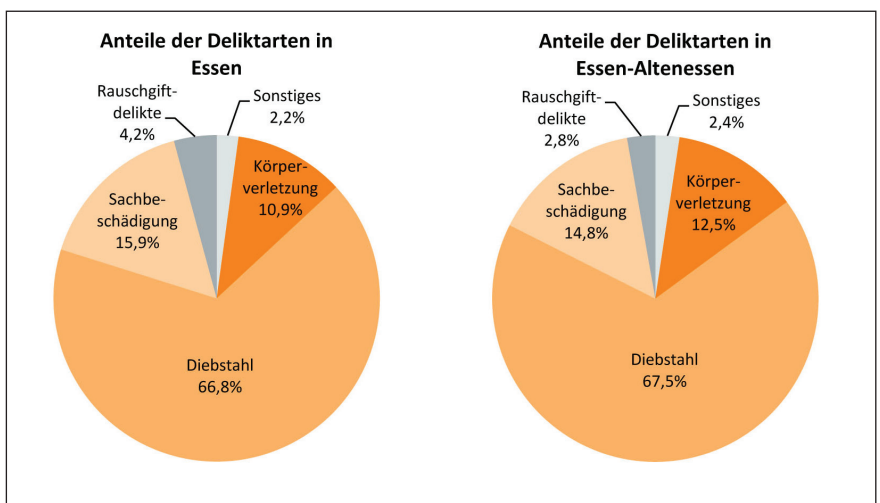


Abb. 32: Deliktarten in Essen und Essen-Altenessen im Durchschnitt 2009-2013, Quelle: eigene Berechnung und Darstellung 2014

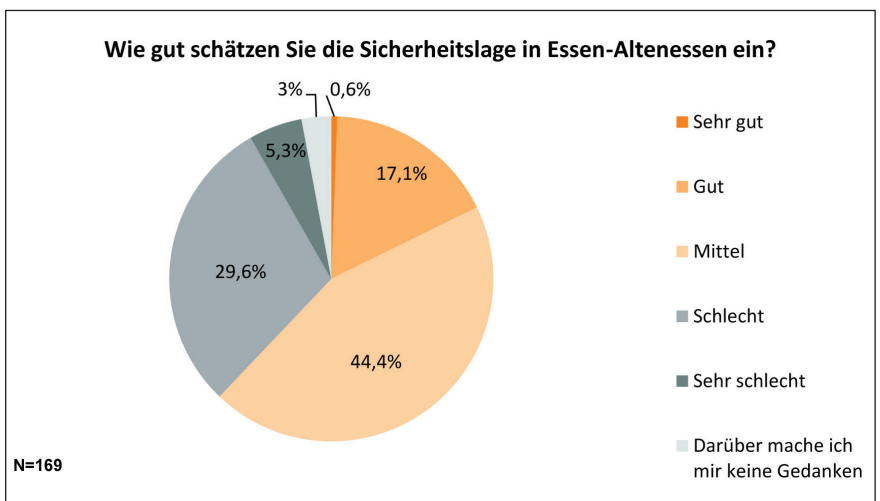


Abb. 33: Einschätzung der Sicherheitslage im Stadtteil, Quelle: Bewohnerbefragung Essen-Altenessen 2013



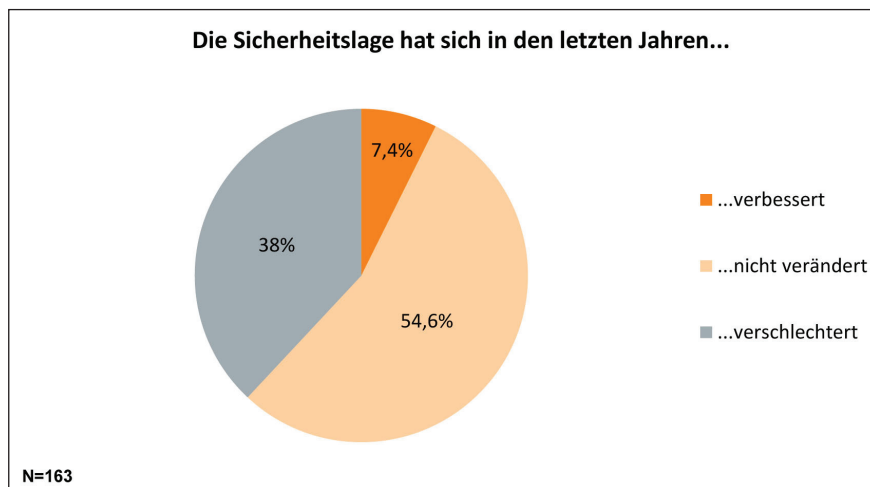


Abb. 34: Veränderung der Sicherheitslage im Stadtteil, Quelle: Bewohnerbefragung Essen-Altenessen 2013

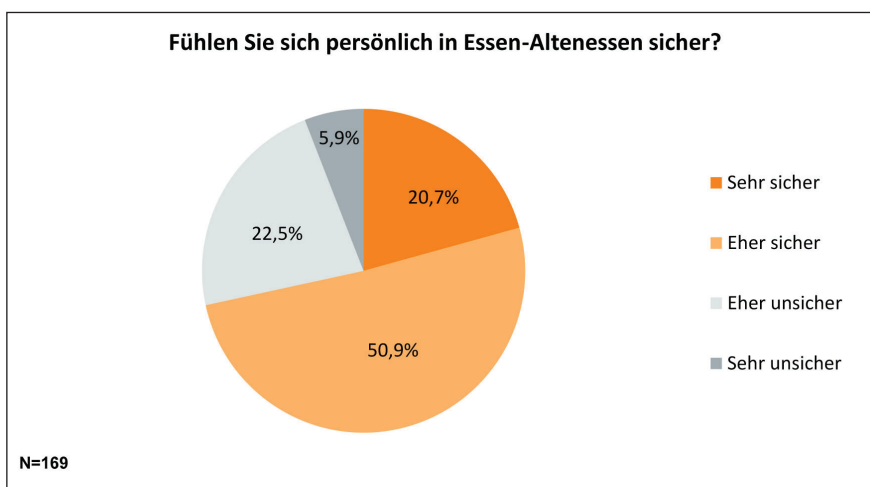


Abb. 35: Persönliches Sicherheitsempfinden, Quelle: Bewohnerbefragung Essen-Altenessen 2013

im Stadtteil schätzt die Sicherheitslage als schlecht bzw. sehr schlecht ein. Ein großer Anteil von 44,4% sieht sie im mittleren Bereich. Nur ca. 18% schätzen sie als gut bzw. sehr gut ein (Abb. 33). Bezüglich der Veränderung der Sicherheitslage in den letzten Jahren sieht eine Mehrheit von 54,6% aller Befragten keine Veränderung im Quartier (Abb. 34). Deutlich wird aber auch, dass über ein Drittel (38%) eine Verschlechterung sieht und nur 7,4% eine Verbesserung der Sicherheitslage in den letzten Jahren empfindet. Im Vergleich zur allgemeinen Sicherheitslage schätzen weitaus mehr Befragte in Altenessen ihr persönliches Sicherheitsgefühl positiver ein. Zwar fühlen sich 28,4% aller Befragten im Stadtteil unsicher bzw. sehr unsicher, dennoch fühlt sich die große Mehrheit von 71,6% sicher bzw. sehr sicher (Abb. 35). Das persönliche Sicherheitsempfinden ist bei Frauen

Ein Vergleich der in den letzten Jahren erfassten Deliktarten zeigt eine fast völlige Übereinstimmung zwischen Altenessen und der Gesamtstadt Essen (Abb. 32). In beiden Fällen handelt es sich bei etwa zwei Drittel der erfassten Straftaten um Diebstähle, zu denen auch die Wohnungseinbrüche gehören. Deutlich dahinter folgen Sachbeschädigungen, Körperverletzungen, Rauschgiftdelikte und sonstige schwere Straftaten, wie Raub, Vergewaltigung oder Totschlag bzw. Mord.

Die Bewohnerbefragung<sup>6</sup> hat ergeben, dass die Einschätzungen zur allgemeinen und persönlichen Sicherheit sehr unterschiedlich ausfallen: Knapp über ein Drittel der befragten Bewohner/-innen

<sup>6</sup> Methodische Vorgehensweise und Rücklauf: Die Bewohnerbefragung im Fördergebiet Altenessen fand am 11. und 13. Juni 2013 zu jeweils drei festgelegten Zeitabschnitten statt. Befragt wurden Passanten/-innen an drei stark frequentierten Orten im Quartier. Diese waren das Allee-Center (Einkaufszentrum), der Kaiser-Wilhelm-Park und der Altenessener Bahnhof/ U-Bahn-Station. Insgesamt wurden 442 Personen angesprochen. Realisiert werden konnten davon lediglich Befragungen mit 170 der angestrebten 200 Personen, die in dem besagten Quartier wohnen. Dies entspricht einer relativ hohen Verweigerungsquote von 61,5%. Mit 57,6% weiblichen Befragten zu 40% männlichen Befragten sind Frauen überrepräsentiert. Im Vergleich zur Sozialstruktur des Stadtteils sind in der Befragung ältere Personen ab 61 Jahren stark überrepräsentiert und Befragte in den mittleren Altersgruppen 30-60 Jahren stark unterrepräsentiert. Insofern sind insbesondere ältere Frauen überrepräsentiert, die nach allgemeinen Erfahrungen häufiger Unsicherheitsgefühle artikulieren. Demzufolge kann die Befragung als nur eingeschränkt repräsentativ für das Untersuchungsgebiet Altenessen angesehen werden, jedoch kann sie trotzdem einen Einblick in die Unsicherheitsgefühle und Einschätzungen zu den Themen Sicherheit und Kriminalität bieten.

und Befragten in der mittleren Altersgruppe der 31- bis 40-Jährigen schwächer ausgeprägt. Deckungsgleich zu der Veränderung der allgemeinen Sicherheitslage sieht rund die Hälfte aller Befragten (53%) in den letzten Jahren keine Veränderung bei ihrem persönlichen Sicherheitsempfinden. Jedoch sehen fast 40% der Bewohner/-innen eine negative Entwicklung (Abb. 36). Dies wird größtenteils auf die gestiegene Kriminalität und Probleme im Bereich des Zusammenlebens zurückgeführt.

Handlungsbedarfe im Bereich des persönlichen Sicherheitsempfindens werden zum überwiegenden Teil in der allgemeinen Bekämpfung von Kriminalität durch die örtliche Polizei, aber auch durch ein härteres und schnelleres Eingreifen des städtischen Ordnungsamtes bei kleineren Delikten im Ordnungsrecht (68 Personen nennen dies) gesehen. Insgesamt sehen 66,1% der Befragten Handlungsbedarfe in diesem Bereich. Es hat sich gezeigt, dass sich viele Bewohner/-innen mit Unsicherheiten konfrontiert fühlen. Diese sind einerseits den tatsächlich erhöhten Vorfällen von Straftaten im Stadtteil geschuldet, andererseits aber auch der stark subjektiven Angst vor Kriminalität. Vergleicht man die objektiven IGVP-Daten für Altenessen mit den subjektiven Eindrücken aus der Bewohnerbefragung im Stadtteil, lässt sich feststellen, dass diese in Teilen voneinander abweichen: Während die Mehrheit der befragten Bewohner/-innen (55%) keine Veränderungen in der Sicherheitslage sieht, attestieren mehr als ein Drittel der Befragten in den letzten Jahren eine Verschlechterung der Sicherheitslage im Quartier. Diese negative Wahrnehmung ist durch die Analyse der IGVP-Daten nicht nachzuweisen, die seit 2011 sogar einen leichten Rückgang der erfassten Delikte zeigt. Dennoch ist diese subjektive Einschätzung der Bevölkerung in Bezug auf zukünftige Maßnahmen ernst zu nehmen.



Abb. 36: Veränderung des persönlichen Sicherheitsempfindens, Quelle: Bewohnerbefragung Essen-Altenessen 2013

### Schlussbewertung/ Ausblick

Bei der Beurteilung der Wirkungen der Sozialen Stadt in Altenessen gilt es zu berücksichtigen, dass viele Maßnahmen noch am Anfang stehen bzw. erst noch begonnen werden müssen, was vor allem für die städtebaulichen Maßnahmen gilt. Insofern muss konstatiert werden, dass bestimmte geplante Veränderungen noch nicht sichtbar und damit wahrnehmbar sind. Grundsätzlich beurteilen aber alle interviewten Personen, dass die geschaffenen Arbeits- und Kommunikationsstrukturen, die aufgebauten Netzwerke und Kontakte sowie die sozialen Maßnahmen einen positiven Effekt erzielen und konfliktmindernd wirken würden. Trotzdem sehen sie noch weitere Handlungsbedarfe: So sollen in Zukunft die Schulen noch stärker eingebunden werden, um die Probleme der Jugendlichen noch ganzheitlicher angehen zu können. Kritisiert wird von einigen interviewten Akteuren die Förderpraxis im Programm Soziale Stadt, die sich zu sehr auf bauliche Investitionen konzentriert. Weitere Bedenken haben einige Akteure bei der Entwicklung des Zuzugs von Personen aus Südost-Europa in das Quartier. Dies könne die Situation weiter verschärfen, falls weitere Bewohner/-innen mit mangelnden Sprachkenntnissen, fehlender Ausbildung und nicht ausreichendem Sozialkapital ins Quartier ziehen würden. Hier wird für die Zukunft ein dringender Handlungsbedarf gesehen.

## Fallstudie Hamm-Norden

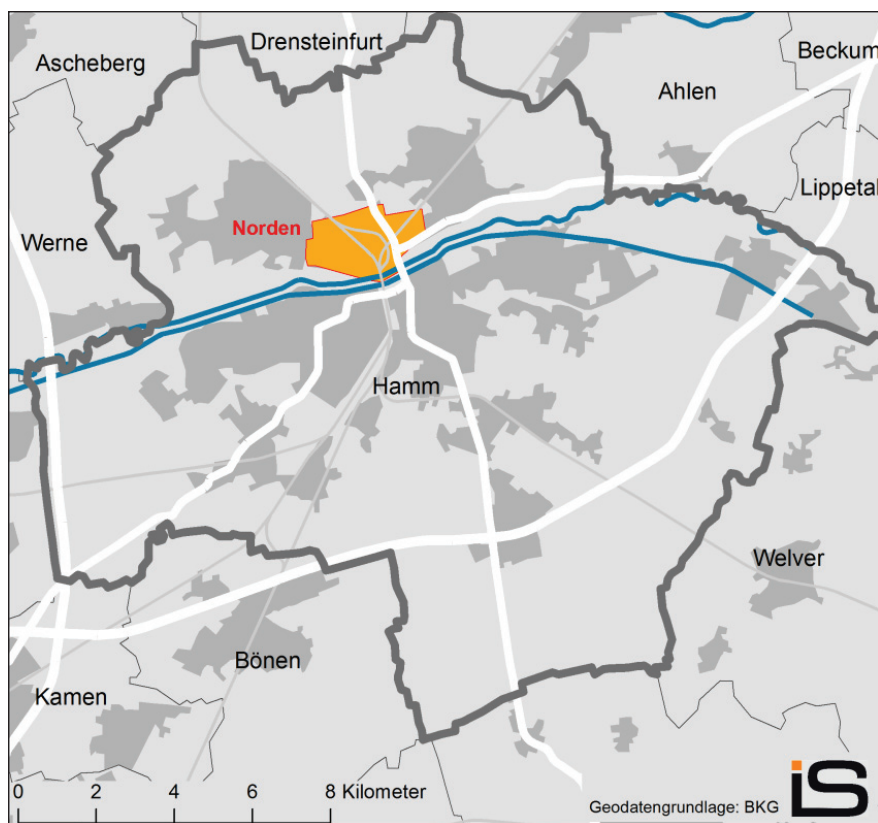


Abb. 37: Untersuchungsgebiet Hamm-Norden, Quelle: eigene Darstellung 2014

### Das Programmgebiet Hamm-Norden: Ausgangslage

Der Hammer Norden ist nach der Gebietsreform 1975 unter den Stadtbezirken Bockum-Hövel und Heessen aufgeteilt worden. Die Bezeichnung Hammer Norden bezieht sich auf ein etwa 370 ha großes Stadtgebiet nördlich der Lippe in den beiden genannten Stadtteilen (Abb. 37). Das Gebiet befindet sich gewissermaßen in einer isolierten Lage, da es im Osten und Nordosten durch eine Bahntrasse, im Norden durch die Kohlebahntrasse, im Westen durch die Kreisstraße K7 und im Süden durch die Lippe, die Lippewiesen und den Sportflugplatz begrenzt wird. Im Untersuchungsgebiet leben rund 13.000 Menschen. Der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund liegt im Hammer Norden bei ca. 16% und ist damit höher als in der Gesamtstadt (11%). Zudem bezieht ein hoher Anteil der Bevölkerung Transferleistungen zur Sozialhilfe. Der Hammer Norden verfügt über eine sehr heterogene Bebauungsstruktur. Im ehemals durch Landwirtschaft geprägten Gebiet wurden während der beginnenden Industrialisierung erste

gründerzeitliche Wohnsiedlungen erbaut. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts entwickelte sich der Stadtteil zu einer traditionellen Arbeitersiedlung. Erste Konflikte im Stadtteil entstanden durch den Zuzug von Flüchtlingsfamilien aus Ostpreußen nach dem Zweiten Weltkrieg und die Errichtung von Obdachlosenunterkünften. Auch die Baustruktur veränderte sich nun zusehends. Nachdem zunächst vornehmlich Siedlungen mit eingeschossigen Gebäuden entstanden, wurden ab den 1960er Jahren große Wohnsiedlungen mit teilweise achtgeschossigen Gebäuden des sozialen Wohnungsbaus errichtet. Hierzu zählt beispielsweise die Siedlung Schottschleife/Schlagenkamp, welche sich auch innerhalb des Gebiets, durch eine Begrenzung

aus Bahntrassen und Straßen, in einer weitgehend isolierten Lage befindet. Nicht nur diese relativ dichte Bebauungsweise, sondern auch die isolierte Lage und die hohe Verkehrsbelastung führten zusammen mit sozialen Problemen in Teilen des Gebiets laut dem Strukturkonzept „WerkStadt Hamm“<sup>1</sup> zu einem negativen Image des gesamten Gebiets des Hammer Nordens. Bemängelt wurden zudem die infrastrukturelle Ausstattung und eine fehlende Ortsteilmitte als Kommunikationspunkt. Die administrative Teilung des Gebiets hat zu dieser Benachteiligung beigetragen, da die beiden Stadtteile Bockum-Hövel und Heessen eine starke eigene Identität haben und deren Stadtteilzentren zudem weit entfernt vom Untersuchungsgebiet liegen. Auch wurden die Zuständigkeiten für den Hammer Norden dem jeweils anderen Stadtteil zugeschrieben, was zu einer politischen Vernachlässigung des Gebiets führte.

<sup>1</sup> Scheuven, Robert/ Nadrowski, Steffen/ Marx, Christian (2005): WerkStadt Hamm. Strukturkonzept zur Stadtentwicklung.

Diese Gegebenheiten trugen erheblich zur negativen sozialen und sicherheitspolitischen Entwicklung des Hammer Nordens Anfang der 1990er Jahre bei.<sup>2</sup>

### **Problembeschreibung**

Die Einschätzungen zu den folgenden Kategorien basieren größtenteils auf der DynASS-Studie (2013)<sup>3</sup> und hier insbesondere auf den Interviews mit den im Quartier relevanten sogenannten Sicherheitsakteuren. Hierzu gehören u. a. die Polizei und das Ordnungsamt, das Stadtplanungsamt, Akteure aus der kommunalen und privaten Wohnungswirtschaft, der Sozialbereich, das Stadtteilbüro sowie weitere Akteure der lokalen und gesamtstädtischen Ebene. Zudem wurden einige Kurzinterviews mit im Hammer Norden ansässigen Unternehmern/-innen und Bewohnern/-innen geführt. Die objektive Kriminalität lässt sich Hamm-Norden insgesamt aufgrund von fehlenden kleinräumigen Daten nur schwer feststellen. Es wird beschrieben, dass zu Beginn der 1990er Jahre eine enorme Sicherheitsproblematik vorlag. Diese war geprägt von Jugendgewalt, Drogenkonsum und dem Handel mit Drogen, was den Hammer Norden zu einem „unkontrollierten Quartier“ machte. Zu Beginn der 1990er Jahre wurden insbesondere von Jugendbanden, neben anderen Straftaten, Ordnungswidrigkeiten begangen. Die Gruppen wurden unter anderem durch Graffiti und sonstigen Vandalismus auffällig.

Der Hammer Norden wird immer noch als Quartier wahrgenommen, in dem Incivilities leichter und häufiger auftreten, als in anderen Stadtteilen. Der Hammer Norden und hier insbesondere die Wohnsiedlung Schottschleife/Schlagenkamp war von einem sehr schlechten Image geprägt, was nicht zuletzt an visuellen Unsicherheitszeichen aufgrund des städtebaulichen Erscheinungsbildes lag. Dies prägte auch die Bewohnerschaft und führte zu einem Gefühl der Isolation. Die relativ

hohen Anteile an benachteiligten Bevölkerungsgruppen können gewissermaßen als Risikofaktoren gelten. Soziale Konflikte gab es vor allem Anfang der 1990er Jahre in hohem Maße unter Jugendbanden und in Schulen.

### **(Kriminal-)Präventive Maßnahmen**

Ausgangspunkt für einen umfassenden und integrierten Erneuerungsansatz im Hammer Norden waren insbesondere diese Auffälligkeiten im Bereich der Jugenddelinquenz, die den damaligen Leiter der Hauptschule Anfang der 1990er Jahre veranlassten unterschiedliche Akteure des Stadtteils in einem „Präventivkreis Hamm-Norden“ zusammenzuführen. Daraus ist in der Folge neben der Erarbeitung eines städtebaulichen Rahmenplanes ein umfassendes Konzept der sozialraumbezogenen Stadtteilarbeit zur Verbesserung der Lebensqualität im Hammer Norden entstanden. An dieser Stelle sollen nur einige der aus dieser Initiative entstandenen Maßnahmen im Bereich der (Kriminal-)Prävention exemplarisch beschrieben werden. Um der objektiven Kriminalität und insbesondere der Jugendgewalt entgegenzuwirken, wurden ergänzend zu den polizeilichen Maßnahmen vor allem soziale Maßnahmen, wie Spiel- und Lernhilfen, soziale Gruppenarbeiten sowie weitere Maßnahmen für Kinder und Jugendliche, eingeführt. Als wichtiger Akteur bei der Beseitigung bzw. Vermeidung von Ordnungswidrigkeiten fungiert das Stadtteilbüro. Dieses wird von den interviewten Akteuren als „Kümmerer“ bezeichnet. Das Stadtteilbüro setzt sich dafür ein, kleinere Ordnungswidrigkeiten (wie z. B. Verschmutzung des öffentlichen Raumes rund um das Stadtteilzentrum), die auch eine Störung des Sicherheitsgefühls bedeuten können, frühzeitig beseitigen zu lassen, damit diese nicht zu größeren Problemen führen. Neben dem Stadtteilbüro agieren auch andere Akteure der Netzwerkstruktur im Quartier, um Incivilities zu begegnen. Nicht zuletzt die kontrollierenden Maßnahmen der Polizei sollen die Problematik eindämmen.

Eine weitere Strategie zielt darauf ab, mit den Tätern/-innen bzw. den Incivilities verursachenden Personen in Kontakt zu treten, um deren Ver-

<sup>2</sup> DynASS – Dynamische Arrangements städtischer Sicherheitskultur (2013) (Hrsg.): Die Herstellung von Sicherheit in der Stadt Hamm – Akteure, Bilder und Maßnahmen in der städtischen Sicherheitsproduktion. Berlin: S. 22ff.

<sup>3</sup> ebd.



halten zu beeinflussen. Auch hier spiegelt sich die allgemeine Strategie im Hammer Norden wider, den Problemsituationen in ihrer Entstehung mit einem integrierten Ansatz zu begegnen.

Mit der Aufnahme des Hammer Nordens in das Programm „Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf“ ab 1994 und später in das Programm Soziale Stadt gewannen auch bauliche Maßnahmen zur Bekämpfung der Sicherheitsproblematik und der visuellen Unsicherheitszeichen an Bedeutung. Als erfolgreiche Maßnahme in diesem Bereich wird von den Akteuren, neben der Sanierung der Wohnsiedlung Schottschleife/Schlagenkamp, die zusammen aus Geldern von privaten Investoren und Fördergeldern finanziert wurde, auch die Umgestaltung von drei öffentlichen Plätzen genannt. Durch das verbesserte städtebauliche Erscheinungsbild wird eine gewisse Symbolwirkung geschaffen, einerseits für die eigene Bevölkerung, bei der eine Art Aufbruchsstimmung hervorgerufen werden kann, aber andererseits auch für das Außenimage.

Zur Eindämmung der Risikofaktoren und sozialer Konflikte gibt es eine Reihe von im Kinder- und Jugendalter ansetzenden Maßnahmen, wie beispielsweise die Spiel- und Lernhilfe, aber auch Ferienworkshops oder Berufsbildungsprojekte. Jedoch gibt es auch unterstützende Angebote für Erwachsene. Hier sind Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen, Familienhilfe und Beratungsleistungen zu nennen. Die Akteure sind sich einig, dass auch solche sozialen Maßnahmen als Sicherheitsmaßnahmen zu verstehen sind und nicht nur die Lebenssituationen einzelner Menschen und Familien verbessern, sondern auch zu einer höheren Sicherheit im Quartier insgesamt beitragen können. Zentral für den Bereich Organisation und Management war die Gründung des Arbeitskreises für präventive Jugendarbeit (später Präventivkreis Hamm-Norden), dem verschiedene Akteure aus dem Quartier angehörten. Erreicht werden konnte somit, dass die Problematik in die Wahrnehmung der Bevölkerung und der Politik gerückt ist. Zudem gab es ein starkes Eingreifen der Polizei und verstärkte Kontrollmaßnahmen

im Quartier. Außerdem wurde das Stadtteilbüro Hamm-Norden gegründet, welches neben den bereits erwähnten sozialen Projekten, auch Maßnahmen zur Partizipation der Bevölkerung an der Entwicklung des Stadtteils vorantrieb. Hinzu kommen gemeinschaftsbildende Projekte, die soziale Konflikte eindämmen sollen. So wurde die Bevölkerung beispielsweise an der Umgestaltung der öffentlichen Plätze beteiligt.

### **Wirkungen**

Die Probleme im Bereich objektiver Kriminalität scheinen zurückgegangen zu sein. Die Aussage in einer Veröffentlichung des Jugendamtes, dass der Anteil der Jugendkriminalität in der Gesamtstadt, der von 15- bis 20-jährigen Jugendlichen aus dem Hammer Norden begangen wurde, zwischen 1992 und 1997 von 26% auf 14% gesunken ist, deutet darauf hin, dass sich die Probleme mit jugendlichen Kriminaltätern/-innen verringert haben.<sup>4</sup>

Dies wird unter anderem auf die im AK Hamm-Norden/Präventivkreis abgestimmten sozialen und erzieherischen Maßnahmen des Stadtteilbüros und der damaligen Träger der Jugendarbeit zurückgeführt, die dazu beigetragen haben, dass es einen starken Rückgang von Straftaten von strafunmündigen Kindern unter 14 Jahren gab. Dies führt inzwischen auch dazu, dass es zu einer positiven Entwicklung der Straftaten auch von über 14-jährigen gekommen ist.<sup>5</sup>

Befragungen der Polizei aus dem Jahr 2000 lassen zudem darauf schließen, dass es eine Verbesserung des Sicherheitsempfindens bei den Bewohner/-innen des Hammer Nordens im Vergleich zum Vorjahr gab.

---

<sup>4</sup> DynASS (2013) nach Bartscher, Matthias (2001): „Impulsreferat in der Arbeitsgruppe 3: Sozialraumorientierung als Konzept der solidarischen Stadt - Beiträge der Jugendhilfe zur Stadtteilarbeit“. In: Verein für Kommunalwissenschaften (Hrsg.): Auf dem Weg zur solidarischen Stadt - Kooperation von Stadtentwicklung und Jugendhilfe. Berlin (Aktuelle Beiträge zur Kinder- und Jugendhilfe): S. 151.

<sup>5</sup> DynASS (2013) nach Hesse, Silke (2007): Stadtteilbezogenes Controllingssystem. Hamm Norden. Jahresbericht 2006 / 2007 - Teil 1. Hamm: S. 24.

In der gleichen Untersuchung betont die Polizei Hamm auch, dass es einen Rückgang der Polizeieinsätze im Hammer Norden gab, was vor allem auf die zu Beginn repressiven Maßnahmen gegen Straftäter/-innen und später auf verstärkte Polizeipräsenz zurückzuführen sei.<sup>6</sup> Die in der DynASS-Studie befragten Akteure berichten übereinstimmend, dass sich die objektive Sicherheitslage deutlich verbessert hat. Darüber, dass die Problematik nach wie vor besteht, sind sich die Akteure aber ebenfalls einig. Insbesondere Kriminalitätsprobleme im Bereich von Drogendelikten und Folgetaten sehen die Akteure noch immer.

Visuelle Unsicherheitszeichen konnten insbesondere durch die Sanierung der Wohnsiedlung abgebaut werden. Diese hatte laut den Akteuren eine enorme symbolische Wirkung dahingehend, dass sie als ein Wendepunkt bezeichnet werden kann hin zu einer Verbesserung des Sicherheitsgefühls der Bevölkerung, denn seither werde das Thema Sicherheit von den Bewohnern/-innen seltener angesprochen. Die baulichen Veränderungen im Stadtteil hatten nicht nur eine Wirkung auf die Sicherheit im Quartier, sondern konnten auch zu einer Stabilisierung des Images beitragen.

Zusammen mit imageprägenden Maßnahmen, wie der seit 12 Jahren stattfindenden Kulturveranstaltung „Nordener Sommer“, wird nun an der immer noch negativ behafteten Außendarstellung gearbeitet. Laut den Akteuren ist inzwischen ein Wandel des Images des Hammer Nordens eingeleitet worden, jedoch bedarf es weiterer intensiver Arbeit in diesem Bereich.

Die im Kinder- und Jugendalter ansetzenden Maßnahmen konnten in einzelnen Fällen sehr hilfreich und wirksam sein und die Abwärtsspirale stoppen, insgesamt muss aber festgehalten werden, dass der Hammer Norden nach wie vor ein Quartier mit einer sozial benachteiligten Bewohnerschaft ist und daher weiterhin Risikofaktoren bestehen.

<sup>6</sup> DynASS (2013) nach Polizeipräsidium Hamm, Polizeiinspektion Nordwest (2000): Bürgerbefragung Hammer Norden - 16. und 17. Juni 2000. Hamm.

Im Bereich der sozialen Konflikte stellen die interviewten Akteure fest, dass die Bürgerbeteiligung bei den Bewohnern/-innen heute einen hohen Stellenwert hat und zur Nachbarschaftsbildung und dem besseren Zusammenleben erheblich beiträgt. So werde auch soziale Kontrolle gefördert und damit auch das Sicherheitsempfinden verbessert.

### **Entwicklung der objektiven Kriminalität und des subjektiven Sicherheitsempfindens**

Die Entwicklung der Sicherheitslage in Hamm-Norden wird im Rahmen der Fallstudie aus zwei unterschiedlichen Perspektiven bewertet. Zum einen ermöglichen die IGVP-Daten des Landeskriminalamtes Nordrhein-Westfalen<sup>7</sup> einen statistisch objektiven Blick auf die behördlich erfassten Straftaten im Programmgebiet.

Zum anderen beleuchten die Ergebnisse der vor Ort durchgeführten Passantenbefragung das subjektive Sicherheitsempfinden einzelner Bewohner/-innen. Obwohl beide Analysen aufgrund der gewählten Datenbasis und Methodik nur mit Einschränkung aussagefähig sind, liefern sie vor dem Hintergrund der durchgeführten Maßnahmen dennoch wichtige Anhaltspunkte.

Die Auswertung der IGVP-Daten der letzten fünf Jahre legt offen, dass von allen in der Stadt Hamm angezeigten Strafdelikten durchgängig etwa 8,5% auf den Hammer Norden entfielen (Abb. 37). Da dieser Anteil im Zeitraum 2009 bis 2013 kaum Veränderungen aufweist, kann die Entwicklung der Sicherheitslage im Programmgebiet als stabil bezeichnet werden.

<sup>7</sup> Die hier verwendeten IGVP-Daten und die Daten aus der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) unterliegen unterschiedlichen Erfassungsregeln und sind daher nicht miteinander vergleichbar. Insbesondere werden IGVP-Daten zu Beginn eines polizeilichen Ermittlungsverfahrens, PKS-Daten bei der Abgabe des Verfahrens an die Staatsanwaltschaft erhoben.

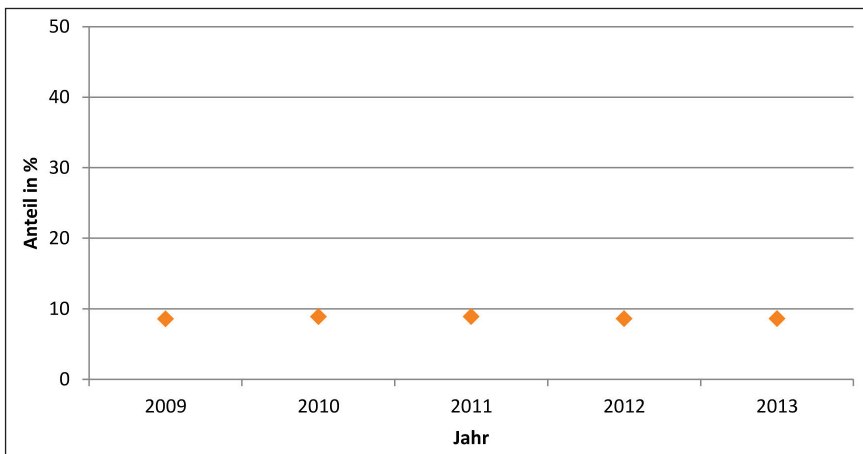


Abb. 38: Anteil der Delikte im Hammer Norden an allen Delikten in der Stadt Hamm, Quelle: eigene Berechnung und Darstellung 2014

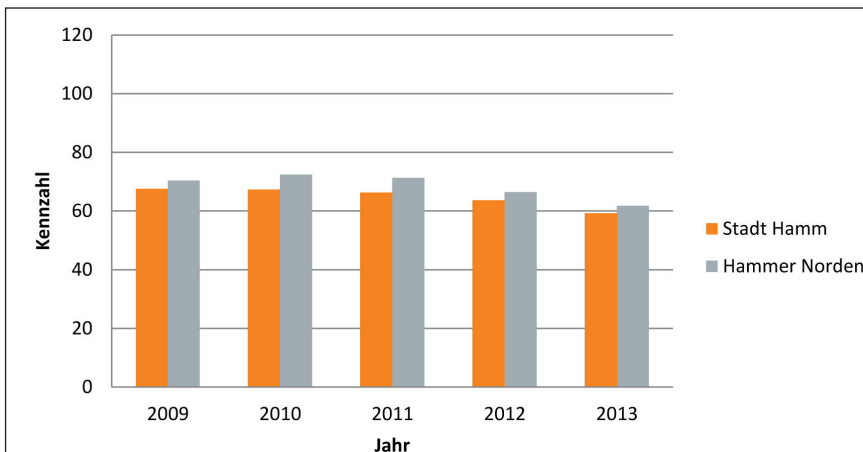


Abb. 39: Entwicklung der Kriminalitätskennzahlen in der Stadt Hamm und im Hammer Norden, Quelle: eigene Berechnung und Darstellung 2014

Um die unterschiedliche Größe der beiden Bezugsräume, der Stadt Hamm einerseits und dem Hammer Norden andererseits, zu berücksichtigen, können die in Abbildung 38 dargestellten Kriminalitätskennzahlen herangezogen werden. Diese setzen die erfassten Straftaten ins Verhältnis zur Bevölkerungszahl und erlauben somit einen „bereinigten“ Vergleich zwischen dem Programmgebiet und der Gesamtstadt.<sup>8</sup>

Interessanterweise belegen die Kennzahlen, dass im Hammer Norden zwischen 2009 und 2013 jährlich mehr Delikte pro Einwohner/-in erfasst wurden als in der Gesamtstadt. Eine möglicherweise erwartete, negative Auffälligkeit des Sozialen Stadt-Gebietes lässt sich damit unterstreichen.

<sup>8</sup> Berechnung: Anzahl der Delikte \* 1000 / Bevölkerungszahl

Andererseits zeigt sich, dass die Kennzahlen sowohl auf gesamtstädtischer Ebene als auch im Hammer Norden seit 2010 kontinuierlich gesunken sind. Beide Bezugsräume folgen im Hinblick auf die Entwicklung der Sicherheitslage also einer positiven Tendenz. Im Hinblick auf registrierte Deliktarten unterscheiden sich die Stadt Hamm und das Programmgebiet Hammer Norden kaum (Abb. 39). Im Durchschnitt der Jahre 2009 bis 2013 handelt es sich in beiden Bezugsräumen überwiegend um Diebstähle (inkl. Wohnungseinbrüche). Deutlich dahinter folgen Sachbeschädigungen, Körperverletzungen, Rauschgiftdelikte und sonstige, schwere Straftaten wie Raub, Vergewaltigung, Totschlag oder Mord. Die Bewohnerbefragung<sup>9</sup> hat gezeigt, dass die allgemeine Sicherheitslage im Stadtteil sehr ausgeglichen bewertet wird. Den 25%, die die Lage als sehr gut oder gut einschätzen,

stehen 26,3% entgegen, die eine schlechte oder sehr schlechte Sicherheitslage sehen.

<sup>9</sup> Methodische Vorgehensweise und Rücklauf: Die Bewohnerbefragung im Hammer Norden fand am 4. und 6. Juni 2013 zu drei festgelegten Tageszeiten statt. Es wurden Passanten/-innen an drei stark frequentierten Bereichen im Quartier befragt. Diese waren ein türkisches Lebensmittelgeschäft am Bockumer Weg, das Stadtteilzentrum Hamm-Norden und der Kindergarten sowie ein Lebensmitteldiscounter am Bockumer Weg. Es wurden nur Passanten/-innen befragt, die auch im Stadtteil wohnen. Insgesamt konnten 149 Interviews realisiert werden. Mit 55% weiblichen Befragten und 42,3% männlichen Befragten sind Frauen leicht überrepräsentiert. Am häufigsten befragt wurde die Altersgruppe ab 61 Jahren mit ca. 28%, gefolgt von den 51 bis 60-jährigen mit etwa 20%. Die kleinste Gruppe stellen Personen im Alter von 41 bis 50 Jahren dar. Auf sie entfällt nur ein Anteil von 7,4% der befragten Personen. Ein Vergleich mit der Sozialstruktur im Quartier ist nicht möglich, da keine sozialräumlichen Daten zur Altersstruktur vorliegen. Daher kann die Befragung nur eingeschränkt als repräsentativ angesehen werden. Dennoch kann sie Einblicke in die Einschätzungen der Bewohner/-innen zum Thema Sicherheit und Kriminalität im Quartier geben.

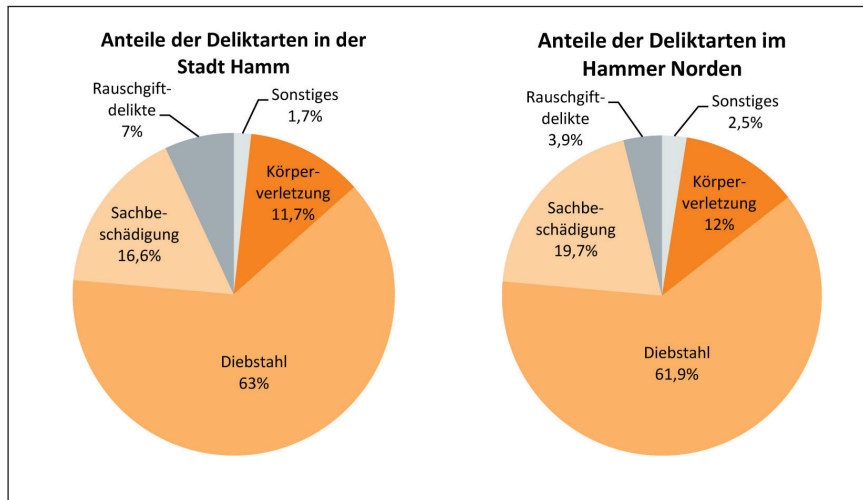


Abb. 40: Deliktarten in der Stadt Hamm und im Hammer Norden im Durchschnitt 2009-2013, Quelle: eigene Berechnung und Darstellung 2014

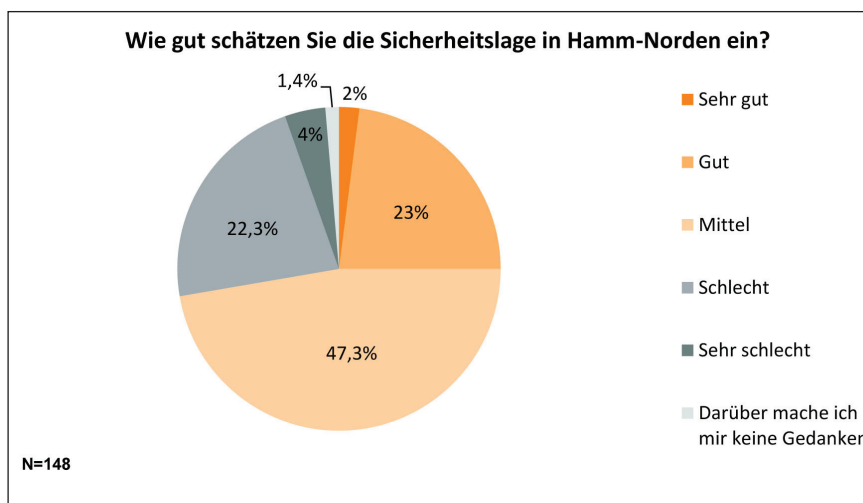


Abb. 41: Einschätzung der Sicherheitslage im Stadtteil, Quelle: Bewohnerbefragung Hamm-Norden 2013

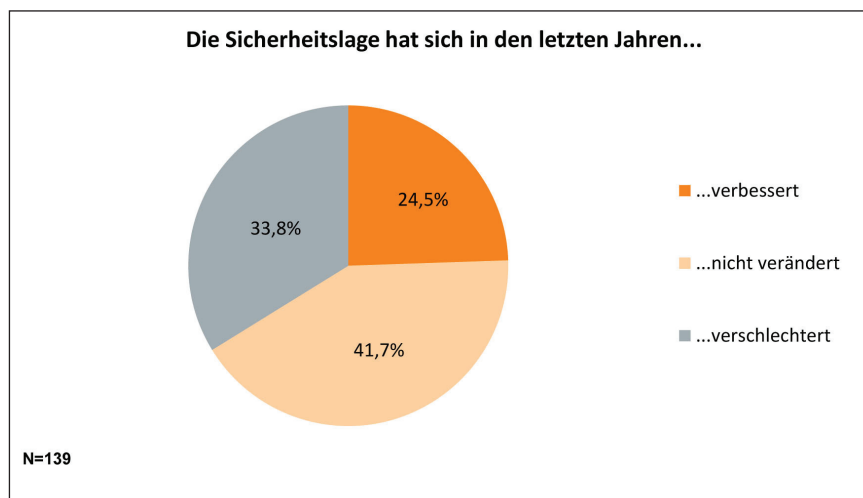


Abb. 42: Veränderung der Sicherheitslage im Stadtteil, Quelle: Bewohnerbefragung Hamm-Norden 2013

Mit ca. 47% bewertet ein Großteil die Lage als mittelmäßig. Dies zeigt, dass es sehr große Unterschiede in der Bewertung der Sicherheit gibt (Abb. 41). Auch auf die Frage, ob sich die Sicherheitslage in den letzten Jahren verändert hat, antworten die Befragten gespalten mit leichter Tendenz zu einer negativen Entwicklung (Abb. 42). Während 24,5% der Meinung sind, dass sich die Situation verbessert hat, empfinden 33,8% eine Verschlechterung. Die größte Gruppe (41,7%) sieht hier wiederum keine Veränderungen. Eindeutiger fällt die Bewertung des persönlichen Sicherheitsbefindens aus. Mit 71,5% gibt hier eine große Mehrheit der Befragten an, sich im Stadtteil sicher zu fühlen (Abb. 43). Beachtlich ist jedoch, dass dies im Vergleich mit den anderen Fallstudien den niedrigsten Wert darstellt und damit das persönliche Sicherheitsgefühl der Bewohner/-innen in Hamm-Norden am geringsten ist. Auch bei der Bewertung der Veränderung des persönlichen Sicherheitsempfindens in den letzten Jahren zeigt sich eher eine negative Tendenz (Abb. 44). 29,8% der Befragten geben an, die Situation habe sich verschlechtert, während mit 14,9% nur halb so viele Personen eine Verbesserung der Situation sehen.

Über die Hälfte (55,3%) der Befragten sieht jedoch keine Veränderung. Insgesamt 72,8% und damit fast drei Viertel der befragten Bewohner/-innen von Hamm-Norden halten ihr per-



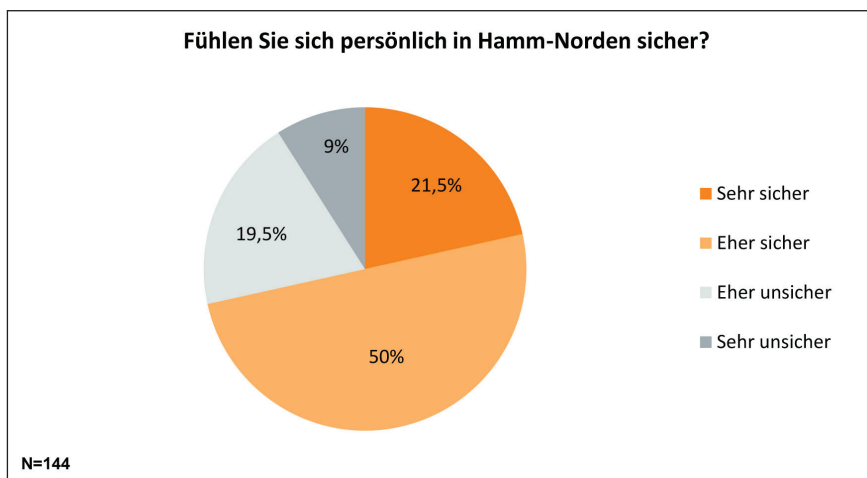


Abb. 43: Persönliches Sicherheitsempfinden, Quelle: Bewohnerbefragung Hamm-Norden 2013

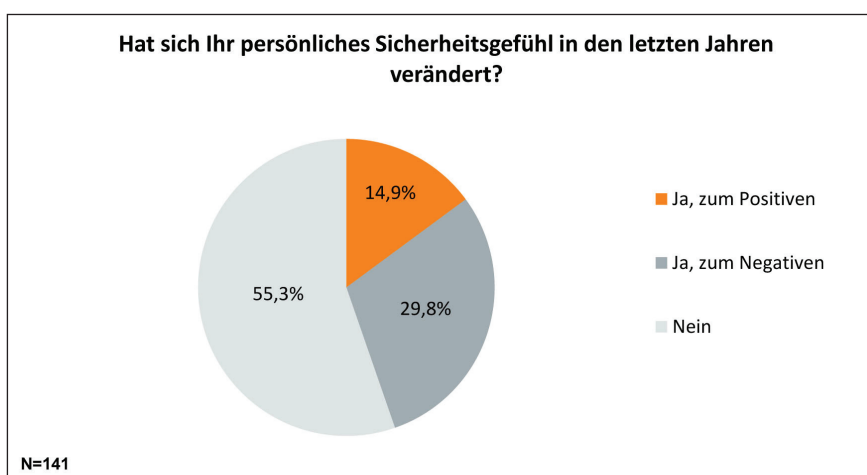


Abb. 44: Veränderung des persönlichen Sicherheitsempfindens, Quelle: Bewohnerbefragung Hamm-Norden 2013

sönliches Sicherheitsgefühl für verbesserungswürdig. Verbesserungsbedarf sehen sie insbesondere in der Kriminalitätsbekämpfung durch verstärkte Polizeipräsenz oder das Ordnungsamt. Außerdem werden u. a. bessere Angebote für Kinder und Jugendliche sowie eine erhöhte Sauberkeit als Möglichkeiten für ein verbessertes Sicherheitsgefühl genannt.

Insgesamt hat sich gezeigt, dass die Meinungen zur allgemeinen Sicherheitslage gespalten sind. Das persönliche Sicherheitsgefühl wird überwiegend positiv bewertet, jedoch ist der Wert in Hamm-Norden niedriger als in den Vergleichsgebieten. Es wurde auch deutlich, dass sich das persönliche Sicherheitsempfinden in den letzten

Jahren eher verschlechtert hat. Dementsprechend wird Handlungsbedarf vor allem in der Bekämpfung der Kriminalität durch eine verstärkte Polizeipräsenz gesehen.

Vergleicht man die subjektiven Eindrücke aus der Bewohnerbefragung mit den oben dargestellten IGVP-Daten, lässt sich feststellen, dass nur etwa ein Viertel der Befragten die Sicherheitslage positiv einschätzt. Dies deckt sich gewissermaßen mit den Kriminalitätskennzahlen, die zeigen, dass im Hammer Norden in den Jahren 2009 bis 2013 mehr Straftaten pro Einwohner/-in registriert wurden als in der Gesamtstadt.

Im Gegensatz zur Wahrnehmung der Bevölkerung, ist die Anzahl der Delikte in den letzten Jahren jedoch kontinuierlich gesunken, was auf eine Verbesserung der Sicherheitslage hindeutet. Die befragten Bewohner/-innen sehen hingegen tendenziell eher eine

Verschlechterung der Sicherheitslage.

### Schlussbewertung/Ausblick<sup>10</sup>

Es wurde festgestellt, dass sich die soziale Lage und das Negativeimage seit Anfang der 1990er Jahren stabilisiert hat und die negative Entwicklung gestoppt werden konnte.

Auch die Sicherheitslage hat sich laut den Akteuren in den letzten 20 Jahren deutlich verbessert.

<sup>10</sup> Diese Angaben beziehen sich hauptsächlich auf die DynASS-Studie: DynASS – Dynamische Arrangements städtischer Sicherheitskultur (2013) (Hrsg.): Die Herstellung von Sicherheit in der Stadt Hamm – Akteure, Bilder und Maßnahmen in der städtischen Sicherheitsproduktion. Berlin.

Den Problemen mit Jugendbanden konnte durch das härtere Eingreifen der Polizei und gleichzeitigen sozialen Angeboten für Kinder und Jugendliche weitestgehend begegnet werden. Diese gefestigten Strukturen führten auch dazu, dass die Drogenproblematik im Quartier zwar eingedämmt, jedoch bis heute nicht gänzlich beseitigt werden konnte. So wird das Sicherheitsempfinden der Bevölkerung heute überwiegend nicht als kritisch bewertet.

Trotzdem muss festgehalten werden, dass es sich beim Hammer Norden immer noch um ein Quartier mit vielen Problemen handelt. Aus der Bewohnerbefragung geht zudem hervor, dass die Sicherheitslage in den letzten Jahren eher als verschlechtert eingeschätzt wird, was im Gegensatz zu der Bewertung der Akteure steht.

Einen großen Anteil an der laut den Befragten positiven Entwicklung hat das geschaffene Netzwerk im Hammer Norden. Dieses beinhaltet dezernatsübergreifend alle erforderlichen Fachbereiche, eine Vielzahl öffentlicher und freier Träger sowie interessierte Bewohner und Bewohnerinnen. Ausschlaggebend war die kritische Sicherheitslage zu Beginn der 1990er Jahre, woraufhin ein Grundkonsens unter den Akteuren im Quartier herrschte, dass diese Problematik nur durch eine von allen getragene Initiative beseitigt werden kann.

Neben dem Präventivkreis, dem verschiedene Akteure aus dem Stadtteil angehören, wurde u. a. ein verwaltungsinterner Arbeitskreis gegründet. Diese Struktur der beiden Gruppen erwies sich als besonders hilfreich, um auch weitere Akteure an der Entwicklung zu beteiligen. So wird von einigen Interviewpartnern/-innen die erfolgreiche Bürgerbeteiligung an Prozessen der Stadtentwicklung im Hammer Norden betont. Auch informelle Kontakte der Akteure spielen in Hamm eine große Rolle. Die langfristige Zusammenarbeit führte zu dieser „zweiten Struktur“ neben der formellen, welche die Arbeit im Quartier häufig erleichtert.

Der Hammer Norden ist seit dem 01.01.2005 offiziell kein Fördergebiet der „Sozialen Stadt“ mehr.<sup>11</sup>

Das Förderende war zwangsläufig auch mit massiven Einsparungen verbunden. Trotzdem konnten die Grundstrukturen durch kommunale Mittel weiterfinanziert werden, so dass die Netzwerkstrukturen erhalten bleiben konnten. Jedoch wird von einigen Akteuren betont, dass die Fortführung einer erfolgreichen Bürgerbeteiligung nur mit einer weiteren professionellen Begleitung gewährleistet und ohne organisatorische und finanzielle Unterstützung nur wenig nachhaltig weitergeführt werden kann.

Auch bei anderen Projekten wird die Fortführung als schwierig bewertet, denn die Städtebauförderung wird als wichtige Grundlage für das Handeln im öffentlichen Raum und die Quartiersentwicklung, inklusive der Sicherheitsarbeit, im Hammer Norden angesehen. So könnten durch fehlende Finanzmittel und starke Handlungseinschränkungen eine Vielzahl an Maßnahmen und Projekten ohne Förderhilfe auf Dauer nicht erhalten bleiben, denn eine kommunale Eigenfinanzierung sei an vielen Stellen nicht möglich. Der Hammer Norden wird jedoch als „Dauerpatient“ gesehen, der sich ohne weitere Unterstützung wieder negativ entwickeln könnte.

<sup>11</sup> Soziale Stadt NRW: [http://www.soziale-stadt.nrw.de/stadtteile\\_projekte/profil\\_hamm\\_norden.php](http://www.soziale-stadt.nrw.de/stadtteile_projekte/profil_hamm_norden.php), Stand 16.05.2014.

## Fallstudie Dortmund-Clarenberg

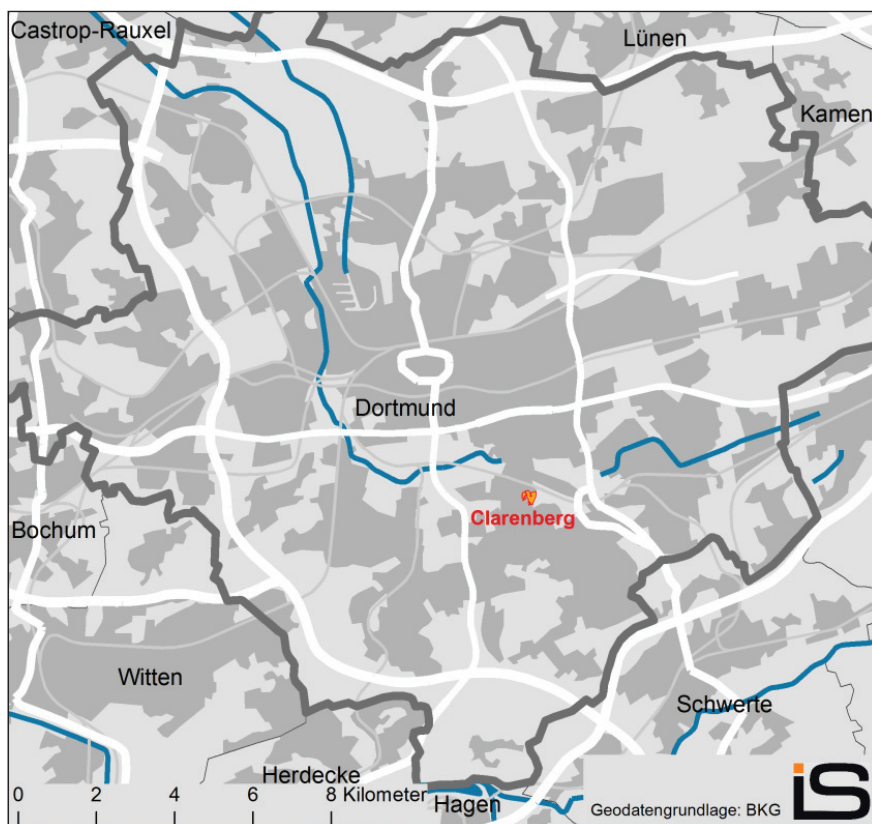


Abb. 45: Untersuchungsgebiet Dortmund-Clarenberg, Quelle: eigene Darstellung 2014

### Das Programmgebiet Dortmund-Clarenberg: Ausgangslage

Das Quartier Clarenberg liegt im südlichen Dortmunder Stadtteil Hörde (Abb. 45). Die ehemalige Arbeitersiedlung aus dem 19. Jahrhundert wurde in den 1960er Jahren rückgebaut und es entstand in den 1970er Jahren eine vier bis 17-geschossige Hochhausiedlung mit dem Namen „Wohnpark Clarenberg“. Der Wohnpark beinhaltet vier geschlossene Baukörper mit 28 Hauseingängen und insgesamt 1069 Wohnungen. Das anfänglich moderne Konzept der Großwohnsiedlung überlebte sich jedoch schnell, so dass ca. 15 Jahre nach der Errichtung erste Leerstände im Quartier zu verzeichnen waren.<sup>1</sup> Durch seine integrierte Lage im Stadtteil Hörde mit guter Infrastrukturanbindung und Einkaufsmöglichkeiten besitzt das Quartier jedoch Potenzial.<sup>2</sup>

<sup>1</sup> Stadt Dortmund (2008): Clarenberg. Mut, Vision und Zuversicht. Portrait einer gelungenen Quartierserneuerung. Abschlussdokumentation. Dortmund: S.12ff.

Neben den Potenzialen konnten jedoch, wie im Integrierten Handlungskonzept von 1996 aufgeführt, auch Problemlagen identifiziert werden.

Im Wesentlichen sind dies die fehlende Attraktivität im Wohnumfeld, das Vorhandensein von Angsträumen in den unübersichtlichen Durchgängen und Eingängen im Kellerbereich, die Vorrangigkeit des Autoverkehrs, eine erschwerte Orientierung für Besucher/-innen des Clarenbergs, eine fehlende Identität sowie ein schlechtes Außenimage des Quartiers, hervorgerufen durch die Gleichförmigkeit der Fassaden und die Monotonie der Siedlung. Darüber hinaus wird im Handlungskonzept eine hohe Sozialhilfedichte sowie Arbeitslosigkeit im Viertel attestiert.<sup>3</sup>

In einer Befragung zur Wohnzufriedenheit der FORSA Gesellschaft für Sozialforschung und statistische Analysen mbH, welche durch die Ruhr-Lippe Wohnungsgesellschaft mbH im Jahr 1995 in Auftrag gegeben wurde, konnte zudem festgestellt werden, dass 28% der Bewohner/-innen sich nicht sicher in ihren Wohnungen fühlten. Weitere Missstände sind laut der Befragung die fehlende Sauberkeit, der Zustand der Häuser und der Fahrstühle sowie die Kinderspielplätze und das Außenimage.<sup>4</sup>

<sup>2</sup> LEG Landesentwicklungsgesellschaft NRW mbH (2004): Informieren – Beteiligen – Aktivieren. Bewohnerbeteiligung bei der Erneuerung der Wohnanlage Clarenberg in Dortmund-Hörde. Dokumentation: S. 1. Online verfügbar unter: <http://www.soziale-stadt.nrw.de/downloads/clarenberg-doku.pdf>, Stand 02.07.2013.

<sup>3</sup> Ruhr-Lippe Wohnungsgesellschaft mbH (1996): Integriertes Handlungskonzept für die Weiterentwicklung der Großsiedlung „Clarenberg“ in Dortmund-Hörde. Dortmund: S. 2f.

<sup>4</sup> ebda.: S.5.

Mit dem Kauf eines Großteils des Clarenbergs durch die Ruhr-Lippe Wohnungsgesellschaft im Jahr 1992 begann die Wiederaufwertung des Quartiers durch massive Investitionen. Ersten Maßnahmen wie dem Ausbau eines Kundenbüros und der Einrichtung eines wohnungswirtschaftlichen Quartiermanagements sowie die Gründung des Arbeitskreises Clarenberg und der Verfassung eines Handlungskonzeptes NOA Clarenberg im Jahr 1995, folgte 1996 ein Integriertes Handlungskonzept für die Weiterentwicklung der Großsiedlung Clarenberg, welches in Kooperation zwischen der Kommune und der Wohnungsgesellschaft erstellt wurde.

Im selben Jahr erfolgte ein Ratsbeschluss zur Erneuerung des Clarenbergs und in 1997 die Aufnahme in das NRW-Programm „Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf“, dem Vorläufer der Sozialen Stadt. Der Wohnpark Clarenberg war bis Ende 2005 Programmgebiet.

Das Leitziel der Erneuerung war, wie auch im Integrierten Handlungskonzept von 1996 festgehalten, die Verbesserung der Lebens- und Wohnbedingungen im Quartier und die Integration des Quartiers in den Stadtteil. Durch eine Verbesserung des städtebaulichen und gestalterischen Erscheinungsbildes – ohne einen massiven Anstieg der Mieten zu erwirken – sollten die bisherigen Bewohner/-innen gehalten und neue Mieter/-innen in das Quartier geholt werden. Zudem sollte die Nachbarschaft als Wohnwert gefördert werden, indem Bewohner/-innen zusammengebracht werden und an der Erneuerung teilhaben.

Das Thema Sicherheit wurde nicht als ein alleiniges Problem im Handlungskonzept beschrieben, stellte aber durchaus eine Teilthematik dar. Hier wurde im Besonderen auf die bereits erwähnten Angsträume Bezug genommen, die in den Eingangsbereichen und den Durchgängen zu finden sind. Ferner kann auch das negative Außenimage des Clarenbergs als ein im weiteren Sinne sicherheitsrelevanter Faktor angesehen werden. Hierüber hinaus wurde in dem Handlungskonzept auf die bereits erwähnte Bewohnerbefragung durch

FORSA eingegangen und die sicherheitsrelevanten Ergebnisse, dass beispielsweise ein Teil der Bewohner/-innen sich in den eigenen Wohnungen nicht sicher fühlt, angegeben.<sup>5</sup>

### **Problembeschreibung**

Die nachfolgenden Informationen basieren zum einen auf Interviews mit verschiedenen Akteuren aus dem Stadtteil und zum anderen auf bereits vorliegenden wissenschaftlichen Untersuchungen und Publikationen zur Erneuerung des Clarenbergs.

Die vorhandene Literaturlage sowie die Aussagen der Interviewpartner/-innen lassen durchweg darauf schließen, dass im Clarenberg keine erhöhte objektive Kriminalitätsbelastung zu verzeichnen war. Der Clarenberg wurde entsprechend „wie jeder andere Stadtteil“ beschrieben. Schubert et al. (2009)<sup>6</sup> haben in einer vorherigen Studie zur Kriminalprävention ebenfalls den Clarenberg untersucht und in diesem Zusammenhang die Einsatz- und Ermittlungsstatistik<sup>7</sup> des Quartiers Clarenberg mit dem gesamtstädtischen Durchschnitt verglichen. Demnach lag die Ermittlungsrate bei Diebstahldelikten unter dem gesamtstädtischen Durchschnitt. Bei den Einsatzarten zu ‚Gewalt gegen Personen‘ sowie zur ‚Kontrolle‘ lagen hingegen die Raten über denen der Gesamtstadt Dortmund. Entsprechend muss ein differenziertes Bild gezeichnet werden, wobei die Art des Deliktes eine Rolle spielt. Grundsätzlich kann aber konstatiert werden, dass die Statistiken sowie die Aussagen der Interviewpartner/-innen nicht auf eine deutlich höhere objektive Kriminalitätsbelastung des Quartiers im Vergleich zur Gesamtstadt schließen lassen.

<sup>5</sup> Ruhr-Lippe Wohnungsgesellschaft mbH (1996): Integriertes Handlungskonzept für die Weiterentwicklung der Großsiedlung „Clarenberg“ in Dortmund-Hörde. Dortmund: S. 5.

<sup>6</sup> Schubert, Herbert/ Veil, Katja/ Spieckermann, Holger/ Jäger, Daniela/ Kaiser, André (2009): Wirkungen sozialräumlicher Kriminalprävention Bd.1. Evaluation von städtebaulichen und wohnungswirtschaftlichen Maßnahmen in zwei deutschen Großwohnsiedlungen. Köln: Verlag Sozial-RaumManagement: S. 73.

<sup>7</sup> Die Statistiken sind in erster Linie Indikatoren für die polizeiliche Arbeit. Neben der tatsächlichen Kriminalität, werden diese beeinflusst durch das Anzeigeverhalten, aber auch durch die polizeiliche Ermittlungstätigkeit.



Die Aussage eines Interviewpartners, wonach die objektive Kriminalität keine außergewöhnliche Problemlage darstellte, wird jedoch ergänzt durch den Hinweis, dass „es zu einem Problem hätte werden können“. Hierdurch wird die präventive Ausrichtung des Handlungskonzeptes unterstrichen. Wie bereits bei der objektiven Kriminalität wurde auch in puncto Ordnungswidrigkeiten berichtet, dass die Belastung des Quartiers nicht höher einzustufen ist, als in anderen Teilen des Stadtgebietes. Beobachtet werden konnten zum einen Graffitis und sogenannte ‚Tags‘<sup>8</sup>, die jedoch nur punktuell auftreten würden, sowie Vermüllungen.

Visuelle Unsicherheitszeichen existierten hauptsächlich durch das städtebauliche Erscheinungsbild des Clarenbergs. Die Architektur des Wohnkomplexes entsprach den Vorstellungen der 1960er und 1970er Jahre („Urbanität durch Dichte“), entwickelte sich jedoch in der Folgezeit durch Uniformität, Anonymität und einer unübersichtlichen Gestaltung zu einer Problemlage für die hiesige Bevölkerung. Betont wird in diesem Zusammenhang die Existenz sogenannter Angsträume. Diese waren insbesondere in den Durchgangsschotten sowie den Kellereingängen zu finden und boten u.a. durch ihre unübersichtliche Gestaltung unterschiedliche Versteckmöglichkeiten für potentielle Täter/-innen. Insbesondere zu Anfang der 1990er Jahre konnte ein hoher Anteil an Spätaussiedlern/-innen aus Russland und der Ukraine festgestellt werden, insgesamt jede/-r dritte Bewohner/-in des Clarenbergs war ausländischer Nationalität.<sup>9</sup> Schubert et al. (2009)<sup>10</sup> stellten in einer Haushaltsbefragung am Clarenberg fest,

dass im Quartier lediglich 32,5% der Befragten keinen Migrationshintergrund aufwiesen; 44,3% der Befragten gaben als Herkunftsland eine der ehemaligen GUS-Staaten an. So konnten Sprachprobleme in der benannten Gruppe konstatiert werden, aber auch im Besonderen, dass viele der Immigranten einen hohen Ausbildungsabschluss mitbrachten, dieser ihnen jedoch in der Bundesrepublik nicht angerechnet wurde. Dies führte im Weiteren zu finanziellen Problemen bei den Familien sowie fehlenden Perspektiven bei Jugendlichen. Im Quartier konnte zudem ein hoher Anteil an Sozialhilfeempfängern/-innen festgestellt werden, was wiederum das Phänomen der einseitigen Mieterstruktur verfestigte und laut Aussagen der interviewten Akteure eine „Ghettoisierung“ erkennen ließ.

Der hohe Anteil an ausländischen Bewohnerinnen und Bewohnern führte laut Bericht der LEG aber auch zu Ressentiments bei der alteingesessenen Bevölkerung des Clarenbergs und daher auch zu sozialen Konflikten.<sup>11</sup> Die interviewten Akteure konnten dies nicht bestätigen und entsprechend keine Konflikte aufgrund des ethnischen Hintergrunds oder zwischen Zugezogenen und Alteingesessenen konstatieren.

### **(Kriminal-)Präventive Maßnahmen**

Ordnungsrechtliche oder kontrollierende Maßnahmen wurden nur in begrenztem Maße umgesetzt. So war beispielsweise eine erhöhte Polizeipräsenz nicht notwendig. Der Concierge-Service kann als kontrollierende Maßnahme angesehen werden, da durch Videoüberwachung und tägliche Rundgänge eine gewisse Kontrolle erzielt wird und hierdurch u.a. der Vermüllung der Gebäudeflure begegnet werden konnte.

Auf die Müllproblematik wurde zudem durch Informationsveranstaltungen für die Mieterschaft zur

<sup>8</sup> Signaturen im Bereich der Graffitis.

<sup>9</sup> LEG Landesentwicklungsgesellschaft NRW mbH (2004): Informieren – Beteiligen – Aktivieren. Bewohnerbeteiligung bei der Erneuerung der Wohnanlage Clarenberg in Dortmund-Hörde. Dokumentation: S.3. Online verfügbar unter: <http://www.soziale-stadt.nrw.de/downloads/clarenberg-doku.pdf>, Stand 02.07.2013.

<sup>10</sup> Schubert, Herbert/ Veil, Katja/ Spieckermann, Holger/ Jäger, Daniela/ Kaiser, André (2009): Wirkungen sozialräumlicher Kriminalprävention Bd.1. Evaluation von städtebaulichen und wohnungswirtschaftlichen Maßnahmen in zwei deutschen Großwohnsiedlungen. Köln: Verlag SozialRaumManagement: S.55f.

<sup>11</sup> LEG Landesentwicklungsgesellschaft NRW mbH (2004): Informieren – Beteiligen – Aktivieren. Bewohnerbeteiligung bei der Erneuerung der Wohnanlage Clarenberg in Dortmund-Hörde. Dokumentation: S. 3. Online verfügbar unter: <http://www.soziale-stadt.nrw.de/downloads/clarenberg-doku.pdf>, Stand 02.07.2013.

richtigen Müllentsorgung reagiert. Um den visuellen Unsicherheitszeichen zu begegnen, konnten im Rahmen der Förderung durch die Soziale Stadt sowie aus Eigenmitteln der Wohnungsgesellschaft und Darlehen der KfW-Bank massive bauliche Maßnahmen am Clarenberg umgesetzt werden, die das Erscheinungsbild des Quartiers deutlich verbesserten. Durch eine neue Farbkomposition sollte die Monotonie und Uniformität der Gebäude aufgebrochen werden und somit zu einer Abnahme der Anonymität und zu einer Steigerung der Identifikation beitragen.

Die Gebäude können klaren Farbcodes zugeordnet werden und lassen die Gebäudekomplexe kleiner erscheinen. Neben einer farblichen Gestaltung wurde auch eine Neustruktur des Wohnparks erwirkt, in der insbesondere die Eingangsbereiche neu gestaltet wurden. Durchgänge und Eingangsbereiche wurden offen gestaltet, um Angsträume zu minimieren. Zum weiteren Abbau der Monotonie im Stadtbild wurden überdimensionale Hausnummern vor den Eingängen aufgestellt, die eine Übersichtlichkeit und eine Individualität des Wohnparks schaffen. Zum Abbau der Angsträume konnte zusätzlich der Concierge-Service in den Eingangsbereichen beitragen, der zudem eine Anlaufstelle für die Bewohner/-innen darstellt.

Um die Risikofaktoren zu minimieren, wurden insbesondere Sprachkurse zur Förderung der individuellen und sozialen Entwicklung von Personen mit Migrationshintergrund im Clarenberg angeboten. Diese bezogen sich im Großteil auf die russische Bevölkerung. Außerdem gab es verschiedene Maßnahmen zur Steigerung der Integration und zur Ermutigung der Teilnahme von insbesondere migrantischen und sozial benachteiligten Bevölkerungsteilen. Hierzu gehörten neben den erwähnten Sprachkursen u.a. PC-Kurse oder Maßnahmen zur sinnvollen Freizeitgestaltung. Neben den baulichen Maßnahmen wird ein integrierter Ansatz verfolgt, in dem die Bevölkerung des Clarenbergs partizipativ in die Erneuerung eingebunden ist und somit auch den sozialen Konflikten begegnet wird. Hierunter fallen u.a. die

Einrichtung eines Nachbarschaftstreffs im Jahr 1999 sowie die Gründung des Arbeitskreises Clarenberg, in dem ca. 40 Institutionen, Vereine und Gruppierungen vertreten sind. Eine zentrale Veranstaltung ist das Clarenberg-Fest. Die vielfältigen partizipativen Elemente sollen die angesprochene Anonymität und Gleichgültigkeit abbauen und den Mietern eine Identifikation mit ihrem Quartier aber auch der Nachbarschaft ermöglichen.

### **Wirkungen**

Wirkungen lassen sich insbesondere im Bereich der visuellen Unsicherheiten und bei sozialen Konflikten beobachten. Die baulichen Maßnahmen führten nicht nur zu einer verbesserten Vermietbarkeit und einem besseren Außenimage, sondern es konnten laut den interviewten Akteuren auch potentielle Täter/-innen durch die Minimierung von Versteckmöglichkeiten und die klare Gestaltung des Wohnparks abgeschreckt werden. Durch die Maßnahmen zur Eindämmung der sozialen Konflikte wurde die intendierte Wirkung, die Förderung der Integration, die Schaffung von Freizeitmöglichkeiten und die verbesserte Information der Bewohner/-innen zum großen Teil erreicht. Das Zusammenleben hat sich laut Aussagen der interviewten Akteure deutlich verbessert, die Identifikation der Mieter/-innen mit dem Quartier hat sich erhöht, was wiederum zu neuem Engagement im Clarenberg geführt hat. Die Bewohnerschaft versteht durch die Partizipation das Quartier stärker als das eigene, was zu einem Kümern um die Wohnumgebung führt.

### **Entwicklung der objektiven Kriminalität und des subjektiven Sicherheitsempfindens**

Die Entwicklung der Sicherheitslage in Dortmund-Clarenberg wird im Rahmen der Fallstudie aus zwei unterschiedlichen Perspektiven bewertet. Zum einen ermöglichen die IGVP-Daten des Landeskriminalamtes Nordrhein-Westfalen<sup>12</sup> einen

<sup>12</sup> Die hier verwendeten IGVP-Daten und die Daten aus der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) unterliegen unterschiedlichen Erfassungsregeln und sind daher nicht miteinander vergleichbar. Insbesondere werden IGVP-Daten zu Beginn eines polizeilichen Ermittlungsverfahrens, PKS-Daten bei der Abgabe des Verfahrens an die Staatsanwaltschaft erhoben.

statistisch „objektiven“ Blick auf die behördlich erfassten Straftaten im Programmgebiet. Zum anderen beleuchten die Ergebnisse der vor Ort durchgeführten Passantenbefragung das subjektive Sicherheitsempfinden einzelner Bewohner/-innen. Obwohl beide Analysen aufgrund der gewählten Datenbasis und Methodik nur mit Einschränkung aussagefähig sind, liefern sie vor dem Hintergrund der durchgeführten Maßnahmen dennoch wichtige Anhaltspunkte.

Die IGVP-Daten der letzten fünf Jahre demonstrieren, dass von allen im Zuständigkeitsbereich des Polizeipräsidiums (PP) Dortmund<sup>13</sup> angezeigten Strafdelikten durchgängig deutlich weniger als 1% auf den Clarenberg entfielen (Abb. 46). Da dieser Anteil im Zeitraum 2009 bis 2013 nur minimalen Schwankungen unterlag, ist die Entwicklung der Sicherheitslage im Programmgebiet als stabil einzuschätzen.

Erwartungsgemäß ist der extrem geringe Anteil der Delikte in Dortmund-Clarenberg an allen Delikten im Bereich des PP Dortmund auf die unterschiedliche Größe der beiden Bezugsräume zurückzuführen. Eine vergleichbare Einordnung der Kriminalitätsniveaus bieten die in Abbildung 47 dargestellten Kriminalitätskennzahlen. Diese setzen die erfassten Straftaten ins Verhältnis zur Bevölkerungszahl und erlauben somit einen „bereinigten“ Vergleich zwischen dem Programmgebiet und dem Bereich des PP Dortmund.<sup>14</sup>

<sup>13</sup> Der Zuständigkeitsbereich des Polizeipräsidiums (PP) Dortmund umfasst die kreisfreie Stadt Dortmund sowie die kreisangehörige Stadt Lünen (Kreis Unna).

<sup>14</sup> Berechnung: Anzahl der Delikte \* 1000 / Bevölkerungszahl

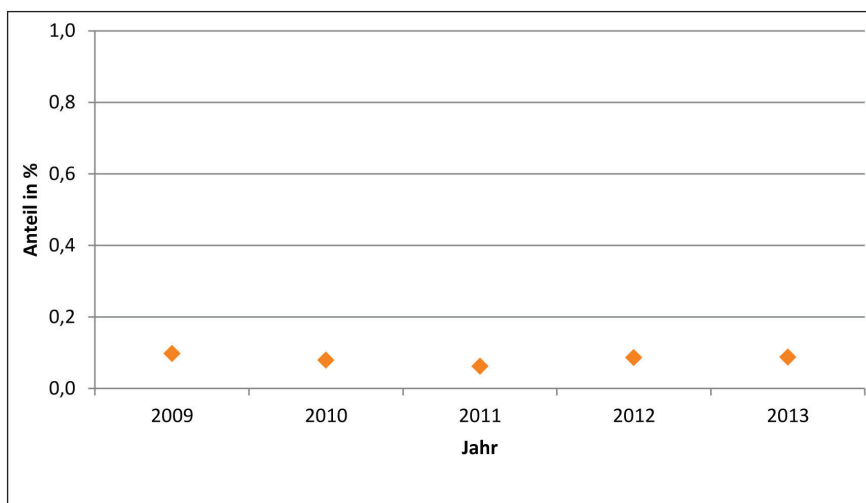


Abb. 46: Anteil der Delikte im Clarenberg an allen Delikten in Dortmund, Quelle: eigene Berechnung und Darstellung 2014

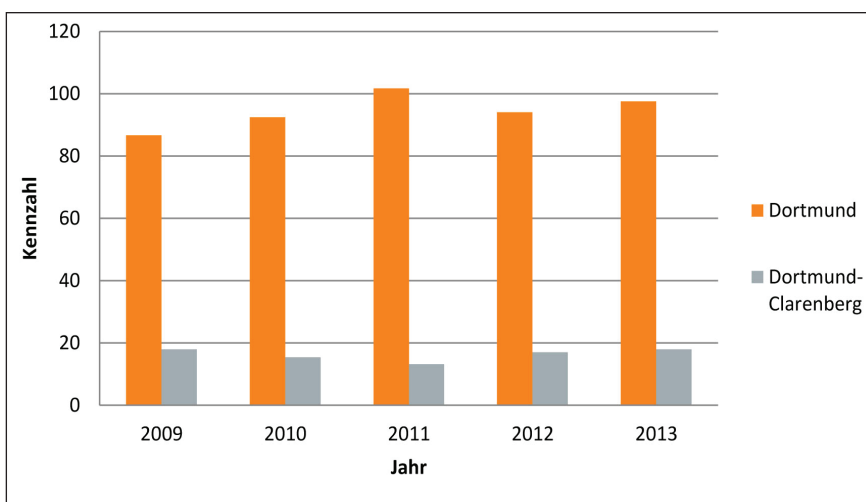


Abb. 47: Entwicklung der Kriminalitätskennzahlen in Dortmund und im Clarenberg, Quelle: eigene Berechnung und Darstellung 2014

Die Kennzahlen belegen, dass im Clarenberg zwischen 2009 und 2013 deutlich weniger Delikte pro Einwohner/-in erfasst wurden als im Bereich des PP Dortmund. Eine möglicherweise erwartete, negative Auffälligkeit des Sozialen Stadt-Gebietes lässt sich daher nicht feststellen. Im Gegenteil: Gemessen am Gesamtbezugsraum stellt sich der Clarenberg als ein sehr sicherer Standort dar. Allerdings zeigt sich, dass die Kennzahlen sowohl im Bereich des PP Dortmund als auch im Clarenberg merklichen Schwankungen unterliegen, aus denen sich keine Tendenz ableiten lässt. Erstaunlicherweise markiert das Jahr 2011 im Bereich des PP Dortmund den Höhepunkt der erfassten Straftaten pro Einwohner/-in, während im

Clarenberg im gleichen Jahr der niedrigste Wert zu beobachten ist. Verglichen mit den anderen Fallstudien ist eine Besonderheit der Kennzahlen die extreme Differenz zwischen Gesamtbezugsraum und Soziale Stadt-Gebiet. Während die Werte für den Bereich des PP Dortmund unter allen Fallstudien hoch sind, bewegen sich die Zahlen für den Clarenberg auf einem sehr niedrigen Niveau.

Ein Vergleich der in den letzten Jahren erfassten Deliktarten zeigt, dass sich die erfassten Straftaten im PP Dortmund und im Programmgebiet Clarenberg lediglich in einem Punkt unterscheiden. Die Zahl der erfassten Körperverletzungen ist im Clarenberg deutlich erhöht, während die Zahl der erfassten Diebstähle (inkl. Wohnungseinbrüche) entsprechend unterrepräsentiert ist (Abb. 48).

Die Bewohnerbefragung<sup>15</sup> hat ergeben, dass die allgemeine Sicherheitslage im Clarenberg von

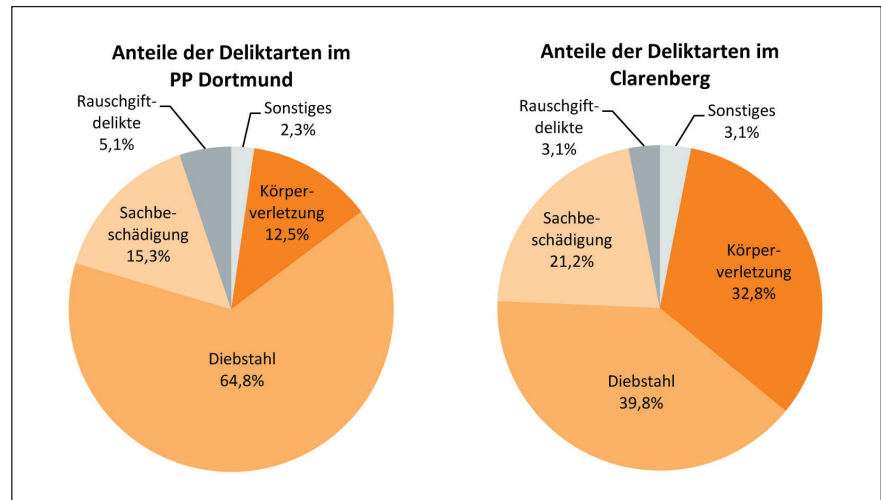


Abb. 48: Deliktarten in der Gesamtstadt Dortmund und im Clarenberg im Durchschnitt 2009-2013, Quelle: eigene Berechnung und Darstellung 2014

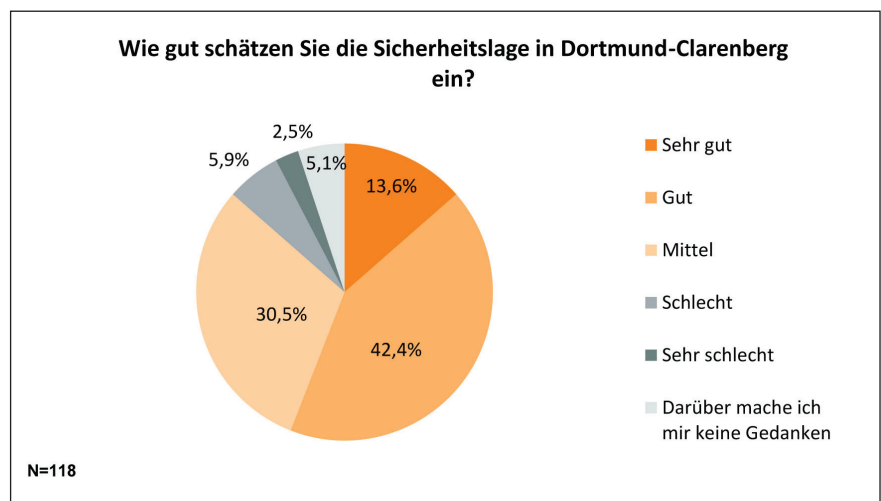


Abb. 49: Einschätzung der Sicherheitslage im Stadtteil, Quelle: Bewohnerbefragung Dortmund-Clarenberg 2013

<sup>15</sup> Methodische Vorgehensweise und Rücklauf: Die Bewohnerbefragung im Dortmunder Clarenberg wurde als Passantenbefragung am 25. und 27. Juni 2013 durchgeführt. Befragt wurde ganztägig zwischen 10 und 19 Uhr an verschiedenen Plätzen im Wohnpark Clarenberg, im Besonderen aber aufgrund der hohen Passantenfrequenz am Quartierseingang an der Straße ‚Clarenberg‘. Es wurden lediglich Personen befragt, die angaben im Quartier bzw. im unmittelbaren Umfeld zu wohnen. Insgesamt konnten 119 Fragebögen ausgefüllt werden. In der Befragungsgruppe besteht ein erhöhter Anteil an Frauen gegenüber Männern. Ferner muss festgehalten werden, dass Personen im Alter von 61 Jahren oder älter insgesamt 29,4 Prozent der Befragten ausmachen. Aufgrund der genannten Proportionen in der Stichprobe sowie der Verweigerungsquote bei der Befragung und der erschwerten Problematik, dass zahlreiche Personen ohne ausreichende Deutschkenntnisse aus der Befragung ausgeschlossen wurden, kann man nicht von einer Repräsentativität für das Gesamtquartier sprechen. Nichtsdestotrotz lassen sich gewinnbringende Erkenntnisse über die Einschätzung der Wohnbevölkerung zum genannten Quartier erkennen.

den Befragten überwiegend positiv bewertet wird (Abb. 49). Über die Hälfte der Befragten schätzt diese als sehr gut oder gut ein (56%). 30,5% bewerten die Lage als mittelmäßig und lediglich 8,4% beschreiben die Sicherheitslage im Clarenberg als schlecht oder sehr schlecht.

Mehr als die Hälfte der Befragten (56,9%) ist jedoch der Meinung, dass sich die Sicherheitslage in den vergangenen Jahren nicht verändert hat (Abb. 50). Immerhin 29,3% konnten eine Verbesserung feststellen und lediglich 13,8% empfinden eine grundsätzliche Verschlechterung der Sicherheitslage in den vergangenen Jahren.



Die grundsätzlich positive Einschätzung der Sicherheitslage im Stadtteil spiegelt sich ebenfalls in der Einschätzung zur persönlichen Sicherheit wider. Hier gibt mit 95,4% die große Mehrheit an, sich im Stadtteil sicher zu fühlen. 34,9% geben an, sich sehr sicher zu fühlen, während 60,5% sagen, sie fühlten sich eher sicher. Lediglich 4,6% der Befragten fühlen sich eher nicht sicher im Clarenberg, wobei niemand geantwortet hat, sich sehr unsicher zu fühlen (Abb. 51).

Die Antworten nach der Veränderung des persönlichen Sicherheitsgefühls in den letzten Jahren sind gespalten (Abb. 52). Fast 60% geben an, keine Veränderungen feststellen zu können, während 24,2% der Meinung sind, ihr Sicherheitsgefühl habe sich verbessert und 16,2% empfinden, es habe sich zum Negativen verändert.

Insgesamt 44,4% und damit fast die Hälfte der befragten Bewohner/-innen halten ihr persönliches Sicherheitsgefühl für verbesserungswürdig. Handlungsbedarfe sehen sie vor allem in der Kriminalitätsbekämpfung, welche sich vor allem in einer erhöhten Polizeipräsenz oder der Präsenz des Ordnungsamtes ausdrücken könnte. Des Weiteren wünschen sich die Befragten mehr Sauberkeit zur Verbesserung des persönlichen Sicherheitsgefühls. Wesentlich weniger Antworten entfallen auf bessere Angebote für Kinder und Jugendliche und städtebauliche Aufwertungsmaßnahmen sowie die Bekämpfung einer Drogen- und Alkoholproblematik.

Es hat sich gezeigt, dass die Mehrheit der Befragten die allgemeine Sicherheitslage überwiegend

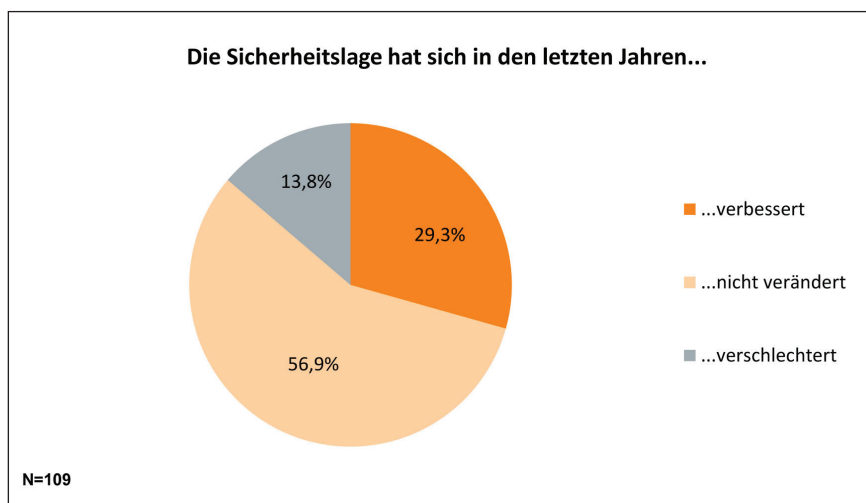


Abb. 50: Veränderung der Sicherheitslage im Stadtteil, Quelle: Bewohnerbefragung Dortmund-Clarenberg 2013

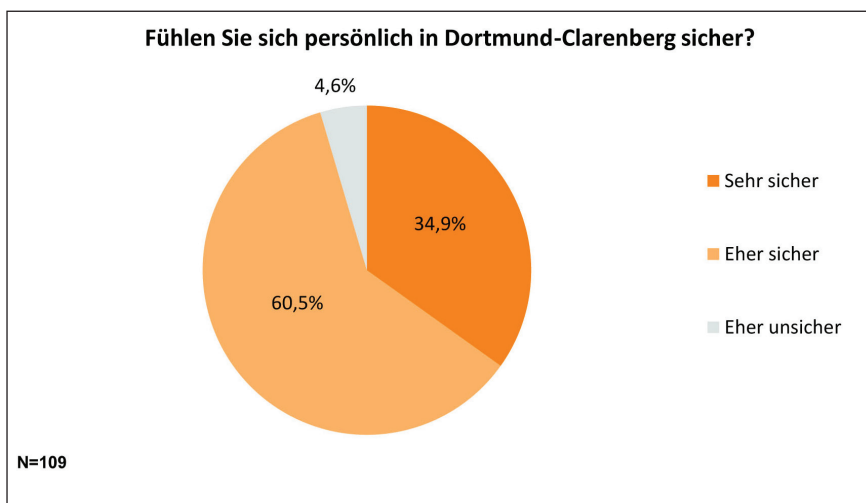


Abb. 51: Persönliches Sicherheitsempfinden, Quelle: Bewohnerbefragung Dortmund-Clarenberg 2013

positiv einschätzt. Das persönliche Sicherheitsempfinden der Bevölkerung im Quartier ist sehr hoch und zudem hat sich die Situation im Stadtteil in den letzten Jahren tendenziell verbessert. Vergleicht man die subjektiven Eindrücke aus der Bewohnerbefragung mit den oben dargestellten IGVP-Daten, lässt sich feststellen, dass diese weitestgehend übereinstimmen. Ein Großteil der befragten Bewohner/-innen schätzt die Sicherheitslage im Clarenberg positiv ein. Zudem gab mehr als die Hälfte der Befragten an, die Situation habe sich in den letzten Jahren nicht merklich verändert; fast ein Drittel sieht sogar eine Verbesserung der Sicherheitslage. Diese Wahrnehmungen lassen

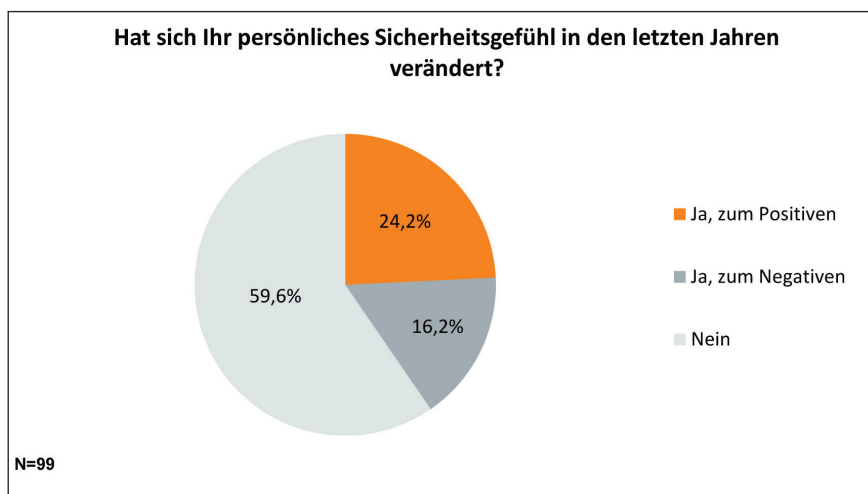


Abb. 52: Veränderung des persönlichen Sicherheitsempfindens, Quelle: Bewohnerbefragung Dortmund-Clarenberg 2013

sich mit den IGVP-Daten untermauern, die zwischen 2009 bis 2013 sowohl ein relativ niedriges als auch ein stabiles Kriminalitätsniveau im Clarenberg dokumentieren.

### Schlussbewertung/Ausblick

Das Quartier Clarenberg ist offiziell seit dem 01.01.2006 nicht mehr in der Förderung der Sozialen Stadt. Diese wird nach dem Abschluss der Förderung in diversen Beobachtungen jedoch als Erfolg gewertet.<sup>16</sup> Auch die Interviewpartner/-innen schlossen sich dieser Ansicht an und schilderten, dass es zu einer deutlichen Verbesserung der subjektiven Sicherheitsempfindung gekommen sei. Als zentral in diesem Zusammenhang werden der Umbau des Wohnparks, die Verbesserung der Sauberkeit, die Videoüberwachungssysteme und insbesondere der Concierge-Service genannt. Zwar ist es in jüngerer Vergangenheit zu Problemen mit Jugendbanden gekommen, dieses Problem sei aber wieder gelöst und komme nach den Angaben eines Interviewpartners auch in anderen Quartieren vor.

Für die sozialen Projekte aus der Förderung der Sozialen Stadt ist die Erreichung einer nachhalti-

gen Wirkung schwierig zu beurteilen. Nur in geringem Maße konnten die Projekte weiterfinanziert werden. Hierzu zählen das Jugendfreizeitbüro und das Nachbarschaftsbüro, welche im Anschluss an die Förderung durch die LEG und den Sozialdienst katholischer Frauen weiterfinanziert wurden. Als ein Fehler in diesem Zusammenhang wird dabei benannt, dass zu Beginn der Förderung nicht über eine Verstetigung nachgedacht wurde, da man die angesprochenen Projekte lediglich

als Übergangslösung ansah. Die Situation sei zudem schwierig, da sich das Personal verändert hat und zeitgleich reduziert wurde. Entsprechend seien kaum noch Personen beschäftigt, die die Situation aus den 1990er Jahren kennen. Ferner wird kritisiert, dass durch den Verkauf der LEG die Kooperationsstrukturen am Clarenberg eingebrochen seien.

Größere Handlungsbedarfe wurden im sozialen Bereich konstatiert. Insbesondere im Bereich der Kommunikation bestünden aufgrund der hohen Anzahl an russischstämmigen Bewohnern/-innen große Probleme mit der deutschen Sprache. Es müssten vermehrt Sprachkurse angeboten werden, um Konflikten aufgrund von Kommunikationsbarrieren entgegenzuwirken. Ferner sei die Frauenarbeitslosenquote im Quartier erhöht, und Alkoholiker/-innen störten das Straßenbild, worin die Befragten weiteren Handlungsbedarf sehen.

Bezüglich der Nachhaltigkeit der Fördermaßnahmen wird von einem der interviewten Akteure genannt, dass das Quartier konstant geblieben sei und sich die Sicherheitslage nicht zum Positiven oder Negativen verändert hätte. Das Quartier hat hierüber hinaus das negative Image, laut Angaben eines Akteurs, größtenteils abgelegt. Insgesamt werden die durch die Erneuerung erlangten positiven Aspekte als konstant empfunden.

<sup>16</sup> ILS NRW (2007): Kommunen und Wohnungsunternehmen gemeinsam für das Quartier – Das Beispiel Dortmund-Clarenberg. Dokumentation der Veranstaltung am 30. November 2006 in Dortmund.

## Anhang 3: Methodisches Vorgehen

Die empirische Untersuchung im Forschungsprojekt SoPräv wurde im Rahmen einer methodischen Triangulation vorgenommen. Dies ist verständlich, wenn davon ausgegangen wird, dass Sicherheit nicht durch eine einfache Variable ausgedrückt werden kann. Vielmehr kommen hier eine objektive Kriminalitätsbelastung, aber auch subjektive Empfindungen und sogenannte Unsicherheitszeichen, die nicht vom Strafrecht abgedeckt werden, zusammen und sind für das Sicherheitsbefinden der Bevölkerung von Relevanz.

Die Studie beginnt mit einer Dokumentenanalyse der Evaluationsberichte der Soziale Stadt-Quartiere in Nordrhein-Westfalen, die als Grundlage der Fallstudienauswahl gedient hat. In jenen fünf Fallstudien wurden vertiefende Experteninterviews anhand eines vorher konzipierten Präventionsrasters sowie eine Bewohnerbefragung durchgeführt. Ferner wurde die objektive Kriminalitätsbelastung durch eine Auswertung der kommunalen IGVP-Daten erfasst. Erst dieser methodische Mix kann die vielfältigen Facetten der Sicherheit berücksichtigen.

### Auswertung Selbstevaluationen und Fallstudienauswahl

Die Auswertung der Selbstevaluationsberichte sowie der Querauswertung diente als Grundlage der Fallstudienauswahl für die tiefergehende Analyse. Entsprechend wurden lediglich Quartiere in Nordrhein-Westfalen berücksichtigt, die sich aktuell im Programm Soziale Stadt befinden oder bei denen die Förderung bereits ausgelaufen ist. Es wurden insgesamt fünf Quartiere ausgewählt. Für die Auswahl der Programmgebiete standen die Problemanalysen in Bezug auf Kriminalität und Unsicherheiten im Quartier sowie das Vorhandensein eines kriminalpräventiven Ansatzes im Projektkonzept im Fokus. Darüber hinaus wurde jedoch ebenfalls versucht eine möglichst breite Variation der Quartiere in ihrer innerkommunalen sowie landesweiten Lage, baulichen Struktur sowie der kommunalen Größe abzubilden. Entsprechend wurden innerstädtische Quartiere, aber auch Gebiete in Großwohnsiedlungen gewählt. Die fünf Quartiere können darüber hinaus

nochmals in der Intensität ihrer Betrachtung differenziert werden. Zum einen wurden „intensive Analysen“ durchgeführt, zum anderen aber auch „analytische Nachbetrachtungen“ bei den beiden Quartieren, bei denen die Förderung im Rahmen der Sozialen Stadt bereits beendet wurde. Das Ziel der analytischen Nachbetrachtung ist dabei insbesondere die Nachhaltigkeit der im Rahmen der Sozialen Stadt erfolgten Maßnahmen zu untersuchen.

### Experteninterviews und Bewohnerbefragung

Die einzelnen Fallstudiengebiete wurden nochmals tiefergehend untersucht. Neben der Beschreibung der Untersuchungsgebiete auf der Grundlage bereits bestehender Literatur, wurden Experteninterviews mit Vertretern/-innen der örtlichen Polizei, Verbänden, Kommunen, Immobilienunternehmen etc. vorgenommen. Die offenen leitfadengestützten Interviews wurden zudem an einem im Vorfeld ausgearbeiteten theoretischen Präventionsraster ausgerichtet, bei dem fünf Präventionsdimensionen skizziert wurden: ordnungsrechtliche und kontrollierende Maßnahmen, Gestaltung und Technik, Nutzungsverantwortung und das Zusammenleben der Bevölkerung, Stärkung der individuellen und sozialen Entwicklung sowie Managementstrukturen.

Neben den Einschätzungen der Experten/-innen ist es ebenfalls wichtig, die Wahrnehmung der Bevölkerung in dem Quartier zu erfassen, da diese essenziell für das Sicherheitsempfinden vor Ort ist und wie bereits angesprochen, stark subjektiv beeinflusst sein kann.

Die hierfür durchgeführten Bewohnerbefragungen wurden als Passantenbefragung<sup>1</sup> konzipiert und durchgeführt. Hierfür werden Passanten/-innen auf der Straße angesprochen und anhand eines standardisierten Fragebogens befragt. Die Vorteile der Passantenbefragung liegen in ihrem relativ geringen Aufwand, sie eignen sich dabei beson-

<sup>1</sup> Friedrichs, Jürgen/ Wolf, Christof (1990): Die Methode der Passantenbefragung. In: Zeitschrift für Soziologie, Jg. 19, Heft 1, Februar 1990. S. 46-56.

ders, wenn das Thema einen Zusammenhang mit dem Befragungsort aufweist, wie es in diesem Fall gegeben ist. Um tageszeitbedingte Ungleichverteilungen in der Bevölkerung zu vermeiden, da bspw. werktags an Vormittagen Berufstätige sowie Schüler/-innen nur bedingt auf der Straße anzutreffen sind, wurde die Befragung zu unterschiedlichen Uhrzeiten – sowohl vormittags, mittags als auch abends – und an unterschiedlichen Wochentagen durchgeführt.

Um weitere systematische Verzerrungen zu vermeiden, wurde die Befragung als Quotenstichprobe angelegt. Hierbei wurden Quoten für die Altersgruppen und das Geschlecht festgelegt, die aus der Bewohnerstatistik der Kommune erstellt wurden. Die Interviewer/-innen haben Strichlisten geführt und sollten Befragungen durchführen, bis die entsprechenden Quoten erfüllt wurden. Insgesamt lag die Zielvorgabe bei 200 durchgeführten Interviews pro Quartier. Leider konnten die gesteckten Quoten nicht immer erfüllt werden, zumal es oftmals zu einer Überrepräsentation von Frauen und älteren Menschen kam, die wiederum generell ein stärkeres Unsicherheitsgefühl artikulieren.

Ferner wurde eine Verweigerungsstatistik geführt, um die Verweigerung der Teilnahme an der Befragung zu dokumentieren. Das Phänomen der von Friedrichs & Wolf (1990)<sup>2</sup> beschriebenen hohen Verweigerungsquote und der somit einhergehenden Gefahr der systematischen Verzerrung konnte bei der vorliegenden Befragung nicht beobachtet werden. Diese fiel vergleichsweise gering aus, im Fall Bergheim Süd-West betrug ihr Wert lediglich 17,7 Prozent.

### **Auswertung der Kriminalitätsdaten (IGVP)**

IGVP (Integrationsverfahren Polizei) ist das polizeiliche Vorgangsbearbeitungssystem, in dem Einsatzdaten der nordrhein-westfälischen Polizei zentral erfasst werden. Mit Unterstützung

des Landeskriminalamtes (LKA) und des Landesamtes für Zentrale Polizeiliche Dienste (LZPD) wurden für die Fallstudiengebiete sowie für die jeweils zuständigen Kreispolizeibehörden die Anzahl der erfassten polizeilichen Einsätze bezogen auf die Tatorte ausgewählter Deliktarten (Mord, Totschlag, Vergewaltigung und sexuelle Nötigung, Raub, Körperverletzung, Diebstahl, Sachbeschädigungen, Rausgiftdelikte) pro Jahr zusammengefasst. Dabei handelt es sich jeweils um die Gesamtzahl der zunächst einsatzbezogen erfassten Delikte, auch wenn diese später aus unterschiedlichen Gründen nicht zur Anzeige gelangten. Die Menge der Deliktzahlen ist von daher in der Regel höher, als die Zahlen, die in die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) einfließen.

<sup>2</sup> Friedrichs, Jürgen/ Wolf, Christof (1990): Die Methode der Passantenbefragung. In: Zeitschrift für Soziologie, Jg. 19, Heft 1, Februar 1990. S. 46-56.







## Impressum

<b>Bearbeitung</b>	Prof. Dr. Herbert Schubert, Ralf Zimmer-Hegmann (Projektleitung)  Stephanie Abels Felix Assmann Nils Hans Thomas Kieszkowski Susanne Kubiak Bastian Rinke Holger Spieckermann Dr. Katja Veil
<b>Herausgeber</b>	ILS – Institut für Landes- und Stadtent- wicklungsforschung gGmbH Postfach 101764 44017 Dortmund Telefon: +49 (0)231 / 90 51-0 Telefax: +49 (0)231 / 90 51-155 E-Mail: <a href="mailto:ils@ils-forschung.de">ils@ils-forschung.de</a> URL: <a href="http://www.ils-forschung.de/">http://www.ils-forschung.de/</a> in Kooperation mit der Fachhochschule Köln, Sozial • Raum • Management
<b>Auftraggeber</b>	Ministerium für Bauen, Wohnen, Stadtentwick- lung und Verkehr des Landes Nordrhein- Westfalen, mit Unterstützung des Landespräven- tionsrates Nordrhein-Westfalen
<b>Bildnachweis</b>	Titel: Nejrón Photo/Fotolia, S. 6: MBWSV NRW S. 11: FH Köln/Heike Fischer S. 26: Baier/Heyn S. 33: Matthias Groppe/Stadt Brakel S. 97: <a href="http://www.polizeiberatung.de">www.polizeiberatung.de</a> alle anderen ILS
<b>Layout/Satz/ Bildbearbeitung</b>	WK-Werbung, Sonja Hammel (ILS)

# „Sicherheit im Quartier – Ansätze sozialräumlicher Kriminalprävention“

Veranstaltungsdokumentation  
und Forschungsergebnisse